

Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

"Tu kam zu Me-ti und sagte: Ich will am Kampf der Klassen teilnehmen. Lehre mich. Me-ti sagte: Setz dich. Tu setzte sich und fragte: Wie soll ich kämpfen? Me-ti lachte und sagte: Sitzt du gut? Ich weiß nicht, sagte Tu erstaunt, wie soll ich anders sitzen? Me-ti erklärte es ihm. Aber, sagte Tu ungeduldig, Ich bin nicht gekommen, sitzen zu lernen. Ich weiß, du willst kämpfen lernen, sagte Me-ti geduldig, aber dazu mußt du gut sitzen, da wir jetzt eben sitzen und sitzend lernen wollen. Tu sagte: Wenn man immer danach strebt, die bequemste Lage einzunehmen und aus dem Bestehenden das Beste herauszuholen, kurz, wenn man nach Genuß strebt, wie soll man da kämpfen? Me-ti sagte: Wenn man nicht nach Genuß strebt, nicht das Beste aus dem Bestehenden herausholen will und nicht die beste Lage einnehmen will, warum sollte man da kämpfen?"

Bertolt Brecht, Me-ti. Buch der Wendungen, Frankfurt am Main 1981, S. 164



Nr. 31, September 1997

Kapitalismus - Ökonomie

Urban - **Ende des Generationenvertrages?**  
Steinhilber - **Wahl in Frankreich**

**Kapitalismus - Neoliberalismus -  
Globalisierung:**

Schui - **Neoliberalismus/Heininger -  
Staatsmonopolistischer Kapitalismus**  
Kisker - **Überakkumulation/Huffschmid -  
Internationale Finanzmärkte**  
Schmid - **Transnationale Konzerne**  
Strutynski - **Neue Produktionskonzepte**  
Binus - **Kapitalkonzentration**

**Und:** Lukács - **Probleme des  
Klassenbewußtseins/Conert - Aktualität  
der Marx' schen Kapitalismuskritik**  
Seppmann - **"Postmoderne"/Miehe -  
Zur Demokratisierung der Ökonomie**  
Boris - **"Entwicklungsländer"**

**Sowie: Berichte, Rezensionen**

# Politik im Herbst

Pierre Bourdieu/Claude Debons/Detlef Hensche/Burkart Lutz u.a.

## **Perspektiven des Protests**

Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat  
140 Seiten, DM 19,80  
SBN 3-87975-697-x

Pierre Bourdieu/Claude Debons/  
Detlef Hensche/Burkart Lutz u.a.

## **Perspektiven des Protests**

Initiativen für einen europäischen  
Wohlfahrtsstaat



Unter der Leitfrage »Protest ohne Alternativen?« hatten in Frankfurt a.M. am 7. Juni 1997 vor über 300 ZuhörerInnen u.a. der französische Soziologe Pierre Bourdieu, der IG-Medien Vorsitzende Detlef Hensche und der deutsche Soziologe Burkart Lutz einen deutsch-französischen

Dialog eingeleitet, der soziale und politische Visionen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat aufzeigte. Der Band enthält die bearbeiteten Vorträge der Veranstaltung und weitere Beiträge zu den Alternativen von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Politik.

## **Weitere Herbsttitel bei VSA:**

Elmar Altvater/Oskar Negt/Michael Krätke/  
Monika Goldmann u.a.  
**Turbo-Kapitalismus**  
Gesellschaft im  
Übergang ins 21.

Jahrhundert

Hrsg. von E. Fehrman  
220 Seiten; DM 32,80  
ISBN 3-87975-701-1  
Namhafte Wissen-  
schaftlerinnen und  
Wissenschaftler legen  
Thesen zur Zukunft der  
Gesellschaft und der  
Arbeitswelt vor.

## **Karl Georg Zinn Jenseits der Markt-Mythen**

Neue Wege für Arbeit  
und Einkommen  
160 Seiten; DM 28,-  
ISBN 3-87975-698-8  
K.-G. Zinn, Professor für  
Volkswirtschaftslehre in  
Aachen, demonstriert  
die Hauptpunkte einer  
Beschäftigungspolitik,  
die aus der ökonomi-  
schen Sackgasse  
herausführt.

## **ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG**

### **Vierteljahresschrift**

### **8. Jahrgang**

### **Heft 31 (September 1997)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische  
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)  
und dem IMSF e.V.

### **Redaktionsbeirat:**

Dr. Joachim Bischoff  
Prof. Dr. Ulrich Briefs  
Prof. Dr. Dieter Boris  
Prof. Dr. Frank Deppe  
Prof. Dr. Werner Goldschmidt  
Prof. Dr. Horst Heininger  
Prof. Dr. Jörg Huffschild  
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling  
Dr. Harald Werner

### **Redaktion:**

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz,  
Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher

## **Neu bei VSA**

Im Buchhandel oder direkt bei: VSA-Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg



## 5 Editorial

- 8 *Hans-Jürgen Urban*  
Ende des Generationenvertrages? Ein sozialstaatliches "Tabu" wird geknackt

- 22 *Jochen Steinhilber*  
Im Westen viel Neues?  
Frankreich nach den Wahlen

## Ökonomische Aspekte des modernen Kapitalismus

- Herbert Schui*  
30 Neoliberalismus: Das moderne Projekt der Gegenaufklärung  
Nachfragerrestriktion: Das Hemmnis des entwickelten Kapitalismus
- Horst Heining*  
45 Zur Aktualität der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus  
I. Der formationstheoretische Aspekt
- Klaus Peter Kisker*  
61 Strukturelle Überakkumulation und Krise der Erwerbsarbeit
- Jörg Huffschild*  
69 "Dominanz globalisierter Finanzmärkte": Politische Kapitulation statt ökonomisches Gesetz
- Fred Schmid*  
85 Transnationale Konzerne - Akteure der Globalisierung
- Peter Strutynski*  
99 Atmende Fabriken und erstickende Arbeiter  
Die Neuen Produktionskonzepte auf dem Prüfstand
- Gretchen Binus*  
110 Kapitalkonzentration und -zentralisation in der monopolisierten Wirtschaft
- Georg Lukács*  
121 Probleme des Klassenbewußtseins

- Hansgeorg Conert*  
136 Zur Aktualität der Marx'schen Kapitalismuskritik
- Werner Seppmann*  
148 Die "Postmoderne" als Realität und Ideologie
- Jörg Miehe*  
162 Thesen zur Demokratisierung der Ökonomie
- Dieter Boris*  
170 Umrisse einer marxistischen Diskussion des Begriffs "Entwicklungsländer"

## Berichte, Diskussion, Kritik

- André Leisewitz/Jürgen Reusch/Reinhard Schweicher*  
184 Europa - Protest ohne Alternativen?
- 191 INITIATIVE neue soziale Politik: Für eine neue europäische Gewerkschaftsdebatte
- Hans G Helms*  
196 Eine gleichberechtigte Stadt für Frauen und Männer, Kinder und Senioren
- Fritz Krause/Reinhard Schweicher*  
198 Wehrmachtsverbrechen  
Zum bisherigen Verlauf der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944"
- 207 **Buchbesprechungen, Annotationen**  
Neoliberalismus und Rechtsextremismus (Jörg Huffschild)  
Perspektiven europäischer Integration (Ingo Schmidt)  
Aktuelle Entwicklungen des Kapitalismus (Jutta Weber-Bensch)  
Beiträge zur Theorie sozialen Handelns (Jochen Steinhilber)  
Global Governance? (Jörg Goldberg)  
Nation als historisches Phänomen (Helmut Bleiber)  
Stadtarchäologie in Chicago (Bernd Hüttner)  
Unbewältigte Vergangenheit (Klaus D. Fischer)  
David B. Rjazanov - kritischer Intellektueller, Verteidiger der Menschenrechte, Opfer Stalins (Ursula Schumacher)  
Biographie Helmut Schinkels (Horst Dietzel)  
Thomas Metschers Epos der literarischen Ideen (Ekkehart Krippendorff)  
Bucheingänge

|     |                        |
|-----|------------------------|
| 4   | Impressum              |
| 84  | Vorschau               |
| 248 | Autorinnen und Autoren |

## Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffscheid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

### Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 54,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne, kdf

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 30.6.1997

## Editorial

Bei Erscheinen dieses Heftes liegen die Wahlen in Frankreich gerade ein Vierteljahr zurück. Sie haben die politische Konstellation in Europa deutlich verändert (vgl. den Beitrag von Jochen Steinhilber). Trotzdem bleibt die Frage nach den Alternativen und Handlungsmöglichkeiten der Linken. Frankreich wird zu einem ersten "Testfeld", ob und wie der sozialen Polarisierung und der Politik für die Reichen im Zeichen der "Globalisierung", wie sie der Neoliberalismus in den letzten beiden Jahrzehnten in Europa forciert hat, nicht nur entgegengesteuert, sondern die Luft genommen werden kann. Der Amsterdamer EU-Gipfel hat mit dem Durchziehen der deutschen Position - für deren Erfolg auch das Bündnis mit Tony Blairs neuer Labourregierung von Bedeutung war - und mit der faktischen Absage an jede Beschäftigungspolitik in Europa die gegenwärtigen Grenzen gezeigt.

Das gilt auch für den Kampf um das belgische Renault-Werk Vilvoorde. Vilvoorde ist insofern symbolträchtig, weil es einen länderübergreifenden - in der Bundesrepublik allerdings kaum registrierten, geschweige denn wirkungsvoll unterstützten - Arbeiterprotest ausgelöst hat, also ein Element der Kooperation "von unten", wie es auf dem Treffen der Gewerkschaftslinken in Frankfurt als unabdingbar eingefordert wurde, wenn dem Europa des Finanzkapitals Paroli geboten werden soll (vgl. den Bericht zu diesem Treffen, S. 184ff.). Vilvoorde wird trotzdem, wenn auch mit sozialer Abfederung, geschlossen. Auch hier gilt die Feststellung: "Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden". Die Probleme der EU-Integration nach Amsterdam - Charakter des Integrationsprozesses und Eingriffsmöglichkeiten, Widersprüche auf der Ebene einzelner Länder und Regionen, soziale Bewegungen in Westeuropa - werden den Themenschwerpunkt von Z 32 (Dezember 1997) bestimmen.

Die von der Bundesregierung unter dem Diktum der Maastricht-Kriterien verfolgte Austeritätspolitik hat die Europapläne des bundesdeutschen Kapitals und dessen Hegemonialinteressen unbeirrt im Blick. Wenn sie trotzdem von tonangebenden Zeitungen und den Unternehmerverbänden zunehmend harsch angegangen wird, so nicht wegen der sozialen Erosionen und Kosten, die sie zur Folge hat, sondern wegen der unter dem Stichwort "Politikverdrossenheit" registrierten politischen Erosion. Als besonders unangenehm wurde dabei festgehalten, daß die Unzufriedenheit mit dem Bonner Management auch auf die öffentliche Beurteilung der Wirtschaft abzufärben droht: "Holzschnittartige Stereotypen breiten sich aus. So ist heute die überwältigende Mehrheit überzeugt, daß die meisten Unternehmer ausschließlich an ihren persönlichen Gewinn denken und jegliche soziale Einstellung vermissen lassen." Allensbach zufolge scheinen "alte Formeln von Klassengegensätzen und Klassenkampf der Bevölkerung zunehmend wieder geeignet zur Beschreibung der sozialen und ökonomischen Realität. Gleichzeitig fühlt sich die Bevölkerung von der Wirtschaft noch



abhängiger als von der Politik. Die Wirtschaft gilt als einflußreicher als Bundestag und Bundeskanzler." Die Aufforderung des BDI-Präsidenten Henkel, das politische System der Bundesrepublik und deren Verfassung zur Diskussion zu stellen - "Jemand muß beginnen, über die Fähigkeit unseres politischen Systems im Wettbewerb mit anderen zu sprechen. Dazu gehört unsere Verfassung. Political engineering oder constitutional re-engineering ist auch in anderen Ländern mit der Begründung gemacht worden, die Anpassungsgeschwindigkeit an neue Verhältnisse zu erhöhen." (in: Die Woche, Nr. 29, 11.7.97) -, speist sich auch aus solchen Empfindungen, daß Bonn das politische Klima nicht mehr im Griff hat. Die neoliberale Aufkündigung von systemintegrativen Sozialkompromissen wird vor dem Verfassungsbestand nicht halt machen.

\*\*\*

Hierin liegen aktuelle Bezüge zum Schwerpunkt dieses Heftes, dessen Konzeption in den Händen von Horst Heininger und Jörg Huffschild lag. Unter dem Titel "Kapitalismus - Neoliberalismus - Globalisierung" geht es um ökonomische Aspekte des modernen Kapitalismus. Die Beiträge verdeutlichen, daß marxistische Analysen heute eine sehr große Spannweite des Herangehens und der Positionen entwickeln. Fast immer spielt dabei die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kontinuität und Bruch der Entwicklungen und ihrer theoretischen Erfassung eine wesentliche Rolle.

Eine Gruppe von Beiträgen behandelt allgemeinere und grundsätzlichere Probleme. Herbert Schui analysiert die Grundlagen des Neoliberalismus als herrschender wirtschaftspolitischer Doktrin und Praxis. Er arbeitet heraus, daß es sich dabei im Kern um einen politischen Angriff gegen die nach dem zweiten Weltkrieg zeitweise erfolgreichen Ansätze zur politischen Steuerung und Reform des Kapitalismus geht. Horst Heininger stellt in seinem Beitrag - der als Auftakt einer ganzen Reihe von Artikeln zum gleichen Thema gedacht ist - die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei aller Kritik an falschen geschichtsphilosophischen Überhöhungen als in ihren wesentlichen Elementen auch heute tragfähige Bestimmung des modernen Kapitalismus dar. Klaus-Peter Kisker zeigt, daß die klassische Überakkumulationstheorie in der Lage ist, das Phänomen der langfristig steigenden Arbeitslosigkeit besser zu erklären als andere Ansätze.

Eine zweite Gruppe von Artikeln analysiert spezifische Einzelfragen. In den Beiträgen über Neue Produktionskonzepte (Peter Strutynski) und über Konzentration und Zentralisation des Kapitals (Gretchen Binus) zeigt sich, daß die Kontinuität der Kernprozesse gegenüber den - nicht unwichtigen, aber eben auch nicht an die Stelle dieser Prozesse tretenden - neuen Erscheinungen eindrucksvoll ist und die Realität durch modische Schlagworte wie Verschlankung, Dezentralisierung etc. eher verdeckt als verdeutlicht wird. Unterschiedliche Akzente werden in der Frage der In-

ternationalisierung gesetzt. Für den Produktionsbereich stellt Fred Schmid die tragende Rolle der transnationalen Konzerne und ihrer transnationalen Produktions-Netzwerke heraus. Jörg Huffschilds Überlegungen zu den internationalen Finanzmärkten betonen demgegenüber mehr die entscheidende Rolle der politischen Liberalisierung und Deregulierung.

Es ist offensichtlich, daß sich die verschiedenen Beiträge nicht zu einer einheitlichen und widerspruchsfreien Sicht der Ökonomie des modernen Kapitalismus ergänzen. Ebenso offensichtlich fehlt eine Reihe von Themen: Vor allem ist es notwendig, die verschiedenen Formen, in denen sich der Kapitalismus in unterschiedlichen Teilen der Welt - Europa, Nordamerika, Japan, die verschiedenen Unterabteilungen der Dritten Welt und schließlich Osteuropa - entwickelt, genauer zu untersuchen. Dies wird in späteren Heften geschehen.

\*\*\*

Unter den weiteren Beiträgen bringen wir in diesem Heft zuerst einen Auszug aus einem kürzlich in Ungarn erstmals veröffentlichten Manuskript von Georg Lukács, das vermutlich 1924/25 in Auseinandersetzung mit seinen Kritikern von "Geschichte und Klassenbewußtsein" entstanden ist und das die Rolle des Subjekts im Geschichtsprozeß thematisiert. Es scheint uns gerade mit Blick auf die Diskussion über die Geschichte des Sozialismus und historische Eingriffsmöglichkeiten aktuell zu sein. Werner Seppmann setzt sich kritisch mit dem Zeitgeist der Postmoderne und ihren Theoretikern auseinander. Im Beitrag von Hansgeorg Conert geht es um die Tragfähigkeit Marx'schen Denkens heute, wobei Conert unterschiedliche Akzente in geschichtstheoretischer und kapitalismusanalytischer Hinsicht setzt. Jörg Miehe legt Thesen zur Demokratisierung der Ökonomie mit möglichen Schritten einer Strategie gesellschaftlichen Fortschritts vor. Letzter Beitrag dieses Teils ist der Vorabdruck des von Dieter Boris für den nächsten Band des Historisch-Kritischen Wörterbuchs verfaßten Stichworts "Entwicklungsländer".

Im Anschluß an den schon erwähnten Bericht über das Treffen von Gewerkschaftslinken dokumentieren wir die dort vorgelegte Erklärung der Initiative neue soziale Politik "Für eine neue europäische Gewerkschaftsdebatte". Die weiteren Berichte befassen sich mit einer Berliner Tagung über Möglichkeiten fortschrittlicher Alternativen in der Stadtentwicklung (Hans G Helms) und mit dem bisherigen Verlauf der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" (Fritz Krause und Reinhard Schweicher).



Hans-Jürgen Urban

## Ende des Generationenvertrages? Ein sozialstaatliches "Tabu" wird geknackt

### I.

Genauer betrachtet ist die weitverbreitete Rede vom *europäischen Sozialmodell* oder vom *rheinischen Kapitalismus* (L. Thurow) wenn nicht falsch, so doch recht oberflächlich. Zwar läßt sich im Vergleich zur angelsächsischen Tradition in den USA oder in Großbritannien auf dem europäischen Kontinent nach dem Krieg durchaus eine gewisse Gemeinsamkeit in der Überzeugung einer notwendigen sozialen Bändigung der kapitalistischen Marktwirtschaft ausmachen. Auch die Europäische Kommission spricht nicht zu Unrecht von gemeinsamen Wertvorstellungen als Grundlage eines *europäischen Gesellschaftsmodells*: "Dazu zählen Demokratie und Persönlichkeitsrechte, Tariffreiheit, Marktwirtschaft, Chancengleichheit für Alle sowie soziale Sicherheit und Solidarität."<sup>1</sup> Und doch läuft die Überbetonung gemeinsamer, sozialpolitischer Traditionen in Europa Gefahr, die Vielfalt der europäischen Wohlfahrtsregimes sowie die Differenzen in den institutionellen Arrangements, sozialkulturellen Traditionen und Wertorientierungen zu übersehen. So ist Ralf Dahrendorfs Mahnung, bei der Debatte um die soziale Dimension der europäischen Integration die Unterschiede in den europäischen Sozialsystemen nicht zu vernachlässigen, durchaus berechtigt. "Der Wohlfahrtsstaat als höchste Form des Nationalstaates ist auch dessen charakteristische Ausprägung. Er hat überall eigene Formen. Die Gestalt des Wohlfahrtsstaates ist kulturell spezifisch, und es gibt fast so viele Wohlfahrtsstaaten wie es Nationalstaaten gibt."<sup>2</sup>

Diese spezifischen, sozialstaatlichen Kulturen haben nicht nur zu unterschiedlichen institutionellen Modellen sozialstaatlicher Regulierung, sondern auch zu jeweils eigenen Wertschätzungen und Präferenzen der Bevölkerung gegenüber einzelnen Teilsystemen der nationalen Sozialstaaten geführt. Erfreut sich in Frankreich das Modell der öffentlichen Finanzierung von Bildung und Ausbildung besonderer Wertschätzung und kann in Großbritannien das öffentliche Gesundheitswesen als Essential britischen Sozialstaatsverständnisses gelten, so stellt in Deutschland sicherlich die gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten eine tragende, in besonderem Maße identitätsstiftende Säule des deut-

schen Sozialstaatsmodells dar. Die in gewissen historischen Abständen anstehenden Reformen des Alterssicherungssystems nahmen stets wie selbstverständlich auf der politischen Agenda eine prominente Stellung ein. Alle Rentenreformen wurden von einer großen "Rentenkoalition" aus Bundesregierung und Opposition getragen. Dies galt für die *Große Rentenreform* von 1957, mit der die bruttolohnbezogene dynamische Rente als zentrales Strukturprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt wurde, für die Reform von 1972, mit der u.a. die flexible Altersgrenze sowie die Rente nach Mindesteinkommen in Kraft trat und schließlich für die Reform von 1989 (RRG 92), in der die bruttolohn- durch die nettolohnorientierte Rentenanpassung ersetzt sowie der Selbstregulierungsmechanismus zwischen Beitragssatz, Bundeszuschuß und Rentenanpassung eingeführt wurde. Rentenfragen galten allemal als Fragen von nationaler Bedeutung, der sich keine politische Kraft zu entziehen vermochte. Dies gilt, so konnte vermutet werden, bis heute. "In Deutschland ... ist die Rentenversicherung - trotz der parallel geschaffenen Form der Versorgung für den öffentlichen Dienst und andere - ein Tabu. ... Wer in Deutschland am Generationenvertrag rührt, riskiert politisch Kopf und Kragen."<sup>3</sup>

Doch im Zuge der Standorthysterie fallen auch sozialstaatliche Tabus. Von dem großen Konsens in Rentenfragen ist nicht mehr viel übrig geblieben. Ausgeschert aus diesem Konsens ist seit geraumer Zeit die herrschende Wissenschaft. Hier gilt das lohn-, beitrags- und umlagefinanzierte Rentensystem längst als Auslaufmodell, was z.B. den "Sachverständigenrat" immer wieder zur Vorlage "marktwirtschaftlicher Reformmodelle" motiviert.<sup>4</sup> Daß mittlerweile auch Arbeitgeberverbände und der politisch organisierte (Neo-)Liberalismus ähnliche Positionen offen präferieren, ist nicht weiter verwunderlich. Überraschender ist sicherlich, daß die Aufkündigung der Akzeptanz gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung bis hinein in die Gewerkschaften reicht. Unter dem Druck des medienvermittelten Leitbildes undogmatischer Modernität werden nun auch führende Gewerkschafter zu Befürwortern eines neoliberalen Ladenhüters der Sozialpolitik, der steuerfinanzierten Minimalrente.<sup>5</sup> Die Tage der erwerbsorientierten Alterssicherung (nur dieser?) seien gezählt, so die Befürchtung, da im Zuge von Arbeitslosigkeit und rückläufigem Normalarbeitsverhältnis die Zahl der Beitragszahler schwinde und die drohende Überlastung des Faktors Arbeit weiteren Beschäftigungsabbau fördere und die Solidaritätsbereitschaft der noch Beschäftigten überfordere. Die steuerfinanzierte Grundrente á la Biedenkopf wird als Alternative ins Spiel ge-

<sup>1</sup> Europäische Kommission, Europäische Sozialpolitik. Ein zukunftsweisender Weg für die Union. Weißbuch, Luxemburg 1994, S. 9.

<sup>2</sup> R. Dahrendorf, Jedem Sozialstaat sein Tabu, in: Wochenpost, Nr. 25, v. 14.6.1995, S. 16f., hier S. 16.

<sup>3</sup> Dahrendorf, a.a.O., S. 16.

<sup>4</sup> Vgl. zuletzt Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1996/1997, Bundestagsdrucksache 13/620, v. 18.11.1996, S. 227ff.

<sup>5</sup> Vgl. z.B. Walter Riestler, 2. Vorsitzender der IG Metall, in: "Die Zeit" v. 11.4.1997.



bracht. Der kulturelle Imperialismus der Standortdebatte hinterläßt seine Spuren.<sup>6</sup>

## II.

Dabei wird die Debatte um die Zukunft der Rentenversicherung vielfach jenseits von Fakten und Realitäten als Katastrophen-Diskurs organisiert. So kondensiert das komplexe Problem der Leistungsfähigkeit eines arbeits- und beitragszentrierten Sozialversicherungsmodells angesichts chronischer Wachstumsschwächen, rückläufiger Lohnquote und steigender Arbeitslosigkeit zur katastrophischen Frage, "wie die Alten die Jungen ausplündern".<sup>7</sup> Zugleich scheint der Staatsbankrott nur noch eine Frage der Zeit. Apokalyptische Szenarios werden entworfen. "Bis zum Jahr 2030, so prophezeit die OECD in einer neueren Studie, werden die staatlichen Wohlfahrtsverpflichtungen in manchen Ländern das Doppelte des jährlichen Volkseinkommens erreichen. ... Besonders dramatisch fällt der Anstieg in Deutschland aus. Wenn sich nichts ändert, klettert die alterungsbedingte Staatsverschuldung in den nächsten 30 Jahren auf mehr als 215% des Bruttoinlandsprodukts."<sup>8</sup>

Nicht zu übersehen ist jedoch eine frappierende Diskrepanz zwischen der apokalyptischen Dramatik der öffentlichen Debatte und dem eher undramatischen Bild, das sich aus einem Blick auf die Fakten zur Entwicklung der Rentenversicherung ergibt. So kann weder von einer Explosion der Ausgaben "für die Alten" oder der Beiträge die Rede sein, noch lassen sich wirkliche Indizien dafür ausmachen, daß das beitrags- und lohnbezogene Umlagefinanzierungsmodell den demographischen Entwicklungen der nahen Zukunft nicht gewachsen sei. Im Gegenteil: Das aktuelle Rentensystem hat sich in der jüngeren Vergangenheit als ausgesprochen flexibel erwiesen. Insbesondere durch die Große Rentenreform von 1989 (Rentenreformgesetz 1992 - RRG 92) wurde das System mittels durchaus empfindlicher Einschnitte auf die zu erwartenden ökonomischen und demographischen Probleme eingestellt.<sup>9</sup> Der ansonsten zu erwartende Beitragsanstieg konnte nahezu halbiert werden. Trotzdem hat die Rentenversicherung seit zwei Jahrzehnten das heutige Sicherungsniveau (nach 45 Beitragsjahren mit Durchschnittseinkommen beträgt die "Standardrente" ca. 70% des jahresdurchschnittlichen Nettolohns) erhalten, obwohl sich die ökonomischen Umfeldbedingungen (nicht nur der Rentenversicherung) im

<sup>6</sup> Vgl. dazu H.-J. Urban, *Deregulierter Standort-Kapitalismus?*, in: H. Schmitthenner (Hrsg.), *Der schlanke Staat*, Hamburg 1995, S. 9-38, hier S. 14.

<sup>7</sup> Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 6, v. 3.2.1997, Titelbild.

<sup>8</sup> M. Sanga, *Dreimal kaufen*, in: *Die Wirtschaftswoche*, Nr. 17, v. 17.4.1997, S. 34-40, hier S. 35.

<sup>9</sup> H.-P. Bank u.a., *Rentenreform 1992 (RRG '92). Was ändert sich in der Rentenversicherung?*, Stuttgart 1990.

Zuge rückläufiger ökonomischer Wachstumsraten erheblich verschlechtert haben:

- Seit 1980 ist die registrierte Arbeitslosigkeit von 890.000 auf 3,9 Mio. (1996, Gesamtdeutschland) hochgeschwollen. Die reale Arbeitsplatzlücke hat sich im gleichen Zeitraum (1980 ca. 1,6 Mio. fehlender Arbeitsplätze in Westdeutschland und 1996 ca. 7 Mio. fehlender Arbeitsplätze in Gesamtdeutschland) um mehr als das Vierfache erhöht.<sup>10</sup> Dabei wirkt sich die Arbeitsmarktkrise in zweifacher Hinsicht negativ auf die Finanzsituation der Rentenkassen aus<sup>11</sup>: Zum einen bedeuten fehlende Arbeitsplätze fehlende Beitragseinnahmen in der Rentenversicherung; zum anderen stellen arbeitsmarktbedingte, vorzeitige Rentenzugänge eine erhebliche Kostenbelastung dar.

- Zugleich wurde durch die Deregulierungsoffensive von Bundesregierung und Arbeitgebern das sogenannte Normalarbeitsverhältnis zurückgedrängt und die Ausbreitung prekärer, ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse gefördert. So hat sich etwa in Westdeutschland der Anteil der (ausschließlich) geringfügig Beschäftigten an den Beschäftigten insgesamt seit Anfang der 80er Jahre von 6% auf 13% mehr als verdoppelt; noch höhere Steigerungsraten sind im Bereich der "Scheinselbständigen" vorhanden. Aber auch die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse sowie die zunehmende Arbeitsunterbrechung aufgrund befristeter Verträge bedeuten Beitragsausfälle für die Rentenkassen (und Sicherungslücken für die Betroffenen) in erheblichem Umfang.<sup>12</sup>

- Auch die zunehmenden Gesundheitsbelastungen in den Betrieben schlagen negativ zu Buche; während das durchschnittliche Rentenzugangsalter bei Renten wegen Alters seit 1975 (63,6 Jahre) relativ konstant geblieben ist (1996: 62,7 Jahre in Westdeutschland), so ist es bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit deutlich von 57,8 Jahre (1975) auf 52,6 Jahre (1996) abgesackt.<sup>13</sup> Auch dies führt zu einer Verschlechterung der Finanzsituation der Rentenkassen über den Weg geringerer Beitragseinnahmen und höherer Leistungsausgaben.

- Hinzu kommen finanzielle Belastungen für die Rentenversicherung aufgrund des gesellschaftspolitisch zu begrüßenden Anstiegs der Lebenserwartung der Menschen. Betrug die durchschnittliche Lebenserwartung 65-jähriger Männer und 63-jähriger Frauen 1975 12,1 bzw. 17,1 Jahre, so

<sup>10</sup> Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), zit. nach: IG Metall-Vorstand (Hrsg.), *Daten für Metaller 1996*, Frankfurt/M. (o.J.), G 2.1.

<sup>11</sup> Zum komplexen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktentwicklung und Finanzsituation der Rentenversicherung vgl. J. Steffen, *Rentenfinanzen unter dem Einfluß des Arbeitsmarktes*, in: *WSI-Mitteilungen* 4/1996, S. 218-228.

<sup>12</sup> Hierzu vgl. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, *Erwerbsfähigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil 1*, Bonn 1996.

<sup>13</sup> Verband deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), *Rentenversicherung in Zahlen 1997*, Frankfurt/M. 1997, S. 65.



ist sie bis 1995 um ca. 20% auf 14,6 (Männer) bzw. um 17% auf 20 Jahre (Frauen) gestiegen<sup>14</sup>. Dies hat zu einer deutlichen Erhöhung der Rentenbezugsdauer beigetragen. Betrug sie 1975 noch 11,6 Jahre, so ist sie bis 1996 mit 15,9 Jahren um etwa 37% gestiegen<sup>15</sup>.

- Insbesondere die arbeitsmarktbedingten Einnahmeprobleme bilden auch den Kern der prekären Finanzsituation der Rentenversicherung in Ostdeutschland. Während die westdeutsche Rentenversicherung in den Jahren 1992 - 1996 auf einen Einnahmeüberhang von ca. 2,5 Mrd. DM kam, summierte sich das Defizit in Ostdeutschland im gleichen Zeitraum auf insgesamt 26,5 Mrd. DM. Der West-Ost-Finanztransfer innerhalb der Rentenkassen, an dessen sozialpolitischer Berechtigung kein Zweifel bestehen kann, deutet die Dimension der einigungsbedingten Belastung der Rentenkassen an.<sup>16</sup>

Trotz dieser belastenden Entwicklungen hat die Rentenversicherung seit Mitte der 70er Jahre ihr durchschnittliches Leistungsniveau sichern können und in dieser Zeit den Beitragssatz von 18% (1976) lediglich auf 19,2% (1996) anheben müssen. Das entspricht einer Steigerung von nicht einmal 7%.<sup>17</sup> Insgesamt ist der Anteil am gesamtgesellschaftlichen Reichtum (Bruttoinlandsprodukt), den die Gesellschaft zur Alterssicherung der Arbeiter und Angestellten verwendet, von 1975 (9,8%) bis 1995 (9,2% alte Bundesländer) sogar leicht abgesunken; ausschließlich aufgrund der Sonderbedingungen in Ostdeutschland ist er für Gesamtdeutschland mäßig auf 10,4% angestiegen.<sup>18</sup>

Zu Beginn des Jahres 1997 ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung auf 20,3% angehoben worden. Auch für das kommende Jahr kann eine erneute Anhebung auf 20,5% nicht ausgeschlossen werden, bevor dann eine leichte Absenkung zu erwarten ist.<sup>19</sup> Doch auch diese Überschreitung der "20-Prozent-Schallmauer" kann nicht auf angebliche Konstruktionsmängel der Rentenversicherung zurückgeführt werden. Neben den für 1997 erneut zu erwartenden Defiziten der ostdeutschen Rentenversicherung spielen hier politische Entscheidungen eine wichtige Rolle. Denn schon "bei Festlegung des Beitragssatzes 1996 war abzusehen, daß dieser Beitragssatz nicht zu liquiden Teilen innerhalb der Schwankungsreserve in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe führen würde".<sup>20</sup> Dieser politisch motiviert zu gering festgesetzte Beitragssatz traf dann in 1996 darüber hin-

<sup>14</sup> Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, R 1.

<sup>15</sup> Eig. Berechnungen nach Zahlen aus VDR, a.a.O., S. 66.

<sup>16</sup> Eig. Berechnung nach Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1997, Anhang Tab. 12.

<sup>17</sup> Eig. Berechnungen nach Zahlen aus VDR, a.a.O., S. 9.

<sup>18</sup> Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Sozialbudget 1995. Revidierte Ergebnisse. Tabellenauszug (o.O., o.J.), S. 4ff.

<sup>19</sup> Frankfurter Rundschau v. 23.5.1997.

<sup>20</sup> J. Genske, Das vorläufige Rechnungsergebnis des Jahres 1996 und mittelfristige Perspektiven, in: Die deutsche Angestelltenversicherung 4/1997, S. 161.

aus auf einen hinter den Erwartungen zurückbleibenden Bruttolohnzuwachs von 1,7% und einen nicht erwartet hohen Rückgang der Beschäftigtenzahlen um etwa 1,3%. Entwicklungen, die schwerlich der gesetzlichen Rentenversicherung oder den Versicherten angelastet werden können.

### III.

Angesichts dieser Entwicklungen muß der gesetzlichen Rentenversicherung ein hohes Maß an Problemverarbeitungskapazitäten zugestanden werden. Die Vergangenheit legt für die Zukunft eher Optimismus denn Panik nahe. Dies umso mehr, je sachlicher auch das angebliche Kardinalproblem der Alterssicherung, die "demographische Bombe" in den Blick genommen wird. Unbestritten ist zunächst, daß sich die Altersgliederung der Bevölkerung zukünftig verändern wird. Doch wird den diversen Bevölkerungsprognosen mit einer Zeitperspektive von vier oder fünf Jahrzehnten oftmals ein Grad an Zuverlässigkeit und Treffgenauigkeit zugemessen, der Prognosedaten mit gesicherten Tatsachenentwicklungen verwechselt. Aufgrund der notwendigerweise mit einer nicht unerheblichen Unsicherheit behafteten Modellannahmen, die jedem Prognosemodell zugrunde zu legen sind, muß seriöserweise festgehalten werden, "daß die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland der Tendenz nach, nicht aber dem Ausmaß nach bekannt bzw. sicher voraussagbar ist".<sup>21</sup> Folgt man - trotz der unvermeidlichen Unsicherheiten - den (mittlere Variante) Modellrechnungen des Bundesministeriums des Inneren zur Bevölkerungsentwicklung, so wird im Jahre 2030 der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung von jetzt 15,4% auf 26,7%, der Anteil der 60-jährigen von jetzt 20,7% auf 35,5% ansteigen. Im Jahr 2030 werden demnach fast 20 Mio. der Bevölkerung über 65 Jahre und über 26 Mio. mehr als 60 Jahre alt sein. Die entsprechenden Zahlen für 1996 lauten 12,5 bzw. 16,9 Mio. Diese "Alterung der Gesellschaft" ist vorwiegend auf eine rückläufige Entwicklung der Geburtenrate sowie die Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung der Menschen zurückzuführen.<sup>22</sup>

Die Prognose eines Zusammenbruchs der Rentenversicherung oder unzumutbarer, weil explodierender Beitragssätze für die junge Generation kann daraus jedoch nicht abgeleitet werden. Denn zum einen finanzieren bekanntlich nicht Kinder als solche, sondern BeitragszahlerInnen die Renten. Dies setzt jedoch eine ausreichende Anzahl von produktiven Arbeitsplätzen voraus. Mindestens genauso wichtig wie die Bevölkerungsentwicklung sind demnach die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Erwerbsbeteiligung der Frauen, die Arbeitszeit, die Dauer der Ausbildung, die Produktivitätsentwicklung, das Rentenzugangsalter, der Umfang der Frühinvalidität und nicht zuletzt die Zuwanderung. Hier werden die viel-

<sup>21</sup> B. Rürup, Der Vertrag der Generationen und die unsicheren Faktoren, in: Frankfurter Rundschau v. 19.2.1997 (Dokumentation), S. 12.

<sup>22</sup> Ebenda.



fältigen Möglichkeiten deutlich, über eine aktive und gestalterische Politik auf die Folgen der Bevölkerungsentwicklung zu reagieren. Das Bundesarbeitsministerium geht in einer Modellrechnung davon aus, daß auf der Basis des geltenden Rechts der Beitragssatz zur Rentenversicherung bis 2030, also dem Höhepunkt der demographisch bedingten Belastung, auf 25,3% ansteigt. Die in dieser Modellrechnung vorausgesagten Entwicklungen würden jedoch zugleich zu einer erheblichen Entlastung auf dem Arbeitsmarkt führen. Unter diesen Voraussetzungen würde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von heute 6,5% auf 2% zurückgehen. Die Gesamtbelastung aus Renten- und Arbeitslosenversicherung läge also auf dem heutigen Stand.<sup>23</sup> Von einer explosionsartigen Ausweitung der Belastung der Beitragszahler, einer Ausbeutung der jungen Generation oder Ähnlichem läßt sich hier schwerlich reden.

#### IV.

Daß die Bundesregierung trotz dieser Fakten einen Rentengesetzentwurf vorlegt, in dem erhebliche Einschnitte in das Leistungsniveau für unverzichtbar erklärt werden, kann nur auf den ersten Blick überraschen. Denn auch die Alterssicherung wird in jene stillschweigende Umdefinition der Funktion staatlicher Sozialpolitik einbezogen, die im Windschatten der Globalisierungsdebatte die Ziele sozialstaatlicher Politik neu festlegt. Nicht mehr der problemadäquate Schutz vor sozialen Risiken (hier vor Armut im Alter) und die Korrektur der marktvermittelten Einkommenspolarisierung, sondern der Beitrag der Sozialpolitik zur Konsolidierung der Staatshaushalte, zur Reduzierung der Personalzusatzkosten und zur Deregulierung des Arbeits- und Tarifrechts avanciert zum eigentlichen Erfolgskriterium.<sup>24</sup> In der Begründung des Entwurfs "Zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung" (Rentenreformgesetz 1999 - RRG 99) vom 21. Mai 1997 wird dann auch erfreulich offen Klarheit über die vordringliche Zielsetzung des Regierungsvorhabens geschaffen. Die gesetzliche Rentenversicherung müsse, so heißt es, "einen Beitrag dazu leisten, daß der Gesamtsozialversicherungsbeitrag und damit die Sozialabgabenquote zurückgeführt werden kann".<sup>25</sup> Der Einspruch aus dem Gewerkschaftsbereich gegen diesen offensichtlich zweckfremden Mißbrauch der Rentenversicherung zur Verbesserung der Angebotsbedingungen der Wirtschaft über eine Reduzierung der sogenannten Lohnnebenkosten blieb relativ verhalten. Der DGB-Vorsitzende signalisierte sogar die Bereitschaft der Gewerkschaften, über eine Senkung des Rentenniveaus mit sich reden zu las-

<sup>23</sup> Vgl. E. Standfest, Langfristige Sicherung der Renten, in: Soziale Sicherheit 5/1997, S. 161-164, hier S. 162.

<sup>24</sup> Ausführlicher zur Neubestimmung der Sozialpolitik vgl. Urban, a.a.O., S. 15ff.

<sup>25</sup> Entwurf für ein "Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung" v. 21.5.1997, S. 130.

sen.<sup>26</sup> Dies war sicherlich mit vielen Faktoren, auch mit der Konsensfalle zu erklären, in die die Gewerkschaften mit ihrer Strategie für ein "Bündnis für Arbeit" getappt sind. Denn in dem im Januar 1996 in der Bundeskanzler-Runde vereinbarten "Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung" von Bundesregierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften wird das Ziel der Reduzierung des Gesamtsozialversicherungsbeitrages unter die 40-Prozent-Marke bis zum Jahr 2000 ausdrücklich als gemeinschaftliches Wollen festgehalten.<sup>27</sup> Auch wenn kaum Versuche der Bundesregierung zu registrieren sind, andere, ebenfalls vereinbarte Ziele, wie etwa die Halbierung der Massenarbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 auch ernsthaft anzugehen, die angestrebte Senkung der Rentenversicherungsbeiträge kann sehr wohl als ein mit den Sozialparteien vereinbartes Unterfangen gelten.

Zur Erreichung dieses Zieles sieht der Gesetzentwurf folgende Maßnahmen vor:

- Die mit dem RRG 92 geschaffene Formel zur Fortschreibung des aktuellen Rentenwertes soll durch einen *demographischen Faktor* ergänzt werden, der die längere Rentenbezugsdauer als Folge des Anstiegs der Lebenserwartung berücksichtigt. Bezugspunkt ist die Entwicklung der Lebenserwartung der 65-jährigen Männer. Dies wird dazu führen, daß sich der künftige Anstieg der Renten verlangsamt, was zu einer Verminderung des Verhältnisses zwischen den verfügbaren Renten und den verfügbaren Arbeitsverdiensten ("Nettorentenniveau") führen wird. Das sogenannte Eckrentenniveau wird von heute 70% bis zum Jahr 2030 auf ca. 64% absinken, wobei Rentenkürzungen infolge des Demographiefaktors ausgeschlossen werden sollen.

- Die heute zweigeteilte *Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente* soll durch ein System einer einheitlichen, abgestuften Erwerbsminderungsrente ersetzt werden. Gleichzeitig soll das Arbeitsmarktrisiko für erwerbsgeminderte Beschäftigte nicht mehr über die Rentenversicherung abgedeckt werden. Zukünftig kommt es bei der Feststellung, ob ein Versicherter in rechtlich relevanter Weise in seiner Erwerbsfähigkeit gemindert ist, nur noch auf seinen Gesundheitszustand und nicht mehr auch (wie bei der sogenannten konkreten Betrachtungsweise) auf die jeweilige Situation auf dem Arbeitsmarkt an. Hat ein Versicherter nicht die Möglichkeit, die ihm verbliebene, also grundsätzlich vorhandene Erwerbsfähigkeit zur Erzielung eines Erwerbseinkommens tatsächlich einzusetzen, z.B. wegen Fehlens eines (Teilzeit-)Arbeitsplatzes, so bezieht er keinerlei Leistungen aus der Rentenversicherung mehr. Gleichzeitig sieht die neue Erwerbsminde-

<sup>26</sup> Vgl. D. Schulte, in: Frankfurter Rundschau v. 22.5.1997. Gegen dieses Signal erhob sich jedoch aus den Mitgliedsgewerkschaften, z.B. von Seiten der IG Metall, heftiger Protest, vgl. ebenda.

<sup>27</sup> "Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung" v. 23.1.1996, in: Sozialpolitische Umschau 3/1996, S. 3-11, hier S. 7.



rungsrente Abstufungen (3 Stufen) je nach Beurteilung des Restleistungsvermögens vor, denen unterschiedliche Rentenhöhen (1. Stufe: volle Erwerbsminderungsrente, 2. Stufe: halbe Erwerbsminderungsrente, 3. Stufe: keine Erwerbsminderungsrente) entsprechen.

Darüber hinaus soll zur Vermeidung von Ausweichreaktionen die Höhe der vollen Erwerbsminderungsrente an die Höhe der zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Anspruch genommenen Altersrente mit Abschlägen angepaßt werden. Perspektivisch werden je nach Eintrittszeitpunkt dauerhafte Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente von bis zu 18% hinzunehmen sein.

- Die *Altersgrenze der Rente wegen Schwerbehinderung* soll vom Jahre 2000 an, und damit zeitgleich mit der bereits beschlossenen Anhebung der Altersgrenzen für die Altersrenten für langjährige Versicherte und für Frauen, stufenweise auf das 63. Lebensjahr angehoben werden. Der vorzeitige Bezug vom vollendeten 60. Lebensjahr an soll nur unter Inkaufnahme von Abschlägen möglich bleiben. Zugleich soll zur Verhinderung von Ausweichreaktionen der erforderliche Grad der Behinderung vom Jahre 2000 an von 50% auf 60% heraufgesetzt werden.

- Da die o.a. strukturellen Maßnahmen erst allmählich dämpfend auf die Ausgaben- und Beitragssatzentwicklung Auswirkungen haben werden, eine schnelle Entlastung der Lohnzusatzkosten jedoch für notwendig gehalten wird, ist ein *zusätzlicher Zuschuß des Bundes* zur (Mit-)Finanzierung von Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung vorgesehen, die die Rentenversicherung im Interesse der Allgemeinheit, vor allem im Zuge der Herstellung der deutschen Einheit, übernommen hat. Vom Jahr 1999 an soll der Bund an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in jedem Jahr einen zusätzlichen Zuschuß leisten, der es ermöglicht, den Beitragssatz in jedem Jahr um einen Prozentpunkt niedriger festzusetzen, als es ohne diesen Bundeszuschuß notwendig wäre.

- Schließlich soll im Interesse einer *Verstetigung der Beitragssatzentwicklung* der Beitragssatz zukünftig nur noch dann verändert werden, wenn am Ende des Folgejahres die Schwankungsreserve entweder den Betrag von einer Monatsausgabe unterschreitet oder den Betrag von 1,5 Monatsausgaben übersteigt. Liegt eine dieser Voraussetzungen vor, so ist der Beitragssatz so festzusetzen, daß er voraussichtlich ausreicht, um am Ende jedes der drei folgenden Kalenderjahre eine Schwankungsreserve in Höhe einer Monatsausgabe sicherzustellen. Diese Neuregelung soll erstmals für das Jahr 2000 zur Anwendung kommen.

Neben diesen Maßnahmen, die Spielräume für Beitragssatzsenkungen eröffnen sollen, ist eine Aufwertung von Erziehungsleistungen vorgesehen, die mit Mehrkosten verbunden sein wird.

- Zur Aufwertung von Kindererziehung in der Rentenversicherung soll die Bewertung von Kindererziehungszeiten stufenweise (vom 1. Juli 1998 bis zum 1. Juli 2000) von heute 75% auf 100% des Durchschnittsentgeltes

angehoben werden. Zugleich sollen Kindererziehungszeiten künftig (einer Auflage des Bundesverfassungsgerichts folgend) bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze zusätzlich (sogenannte additive Anrechnung) zu bereits vorhandenen zeitgleichen Beitragszeiten angerechnet werden. Über eine Reform der heutigen Hinterbliebenenrente soll in der zweiten Jahreshälfte 1998 entschieden werden, wenn eine verbesserte Datengrundlage vorhanden sein wird.

## V.

Angesichts der wieder deutlich zutage tretenden Bestrebungen (z.B. durch den sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf), den aktuellen Panikdiskurs in Sachen Renten für einen radikalen Systemwechsel in Richtung einer steuerfinanzierten Grundrente zu instrumentalisieren, muß das Bekenntnis des Regierungsentwurfs zu Reformen im *bestehenden* System als positiv eingeschätzt werden. Das Festhalten am Lohn-, Leistungs- und Beitragsbezug der Renten sowie am Umlageverfahren stellt objektiv angesichts der Tendenz, im Zuge der Unterwerfung unter die vermeintliche Sachzwanglogik der Globalisierung alle sozialstaatlichen Bastionen zu schleifen, eine Art *progressiven Strukturkonservatismus* dar. Denn bei genauerer Betrachtung stellen sich die diskutierten ordnungspolitischen Systemalternativen, also die steuerfinanzierte Minimalrente oder die kapitalgedeckte Privatvorsorge, sehr schnell als Scheinlösungen heraus, die keines derjenigen Probleme lösen, mit denen die beitrags- und umlagefinanzierte Rentenversicherung konfrontiert ist, die jedoch mit einer Vielzahl neuer ökonomischer und sozialer Risiken verbunden sind.<sup>28</sup>

Gleichwohl wird das Regierungskonzept keinen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Rentenversicherung leisten können. Der Irrweg begann bereits mit dem Blickwinkel, aus dem heraus nach notwendigen Veränderungen der Rentenversicherung Ausschau gehalten wurde. Das Anliegen der Reduzierung des Beitragssatzes und der stromlinienförmigen Einpassung in die Fitneßkur für den Standort Deutschland stand von Beginn an im Zentrum der Reformdebatte. So wirbt auch Norbert Blüm vor allem mit der zu erwartenden Reduzierung des Beitragssatzanstiegs. Wird der Beitragssatz unter aktuellen Bedingungen im Jahr 2030 auf 25,5% geschätzt, so läuft die Gesamtwirkung der Reformvorschläge im Prognosemodell auf eine Minderung des Beitragssatzanstiegs um 3,2 Prozentpunkte hinaus. Dem Beitragssatz von 22,3% entspräche jedoch auch eine Minderung des Rentenniveaus um 6 Prozentpunkte auf 64% (Eckrente). Mit anderen Worten: Die Reduzierung des Beitragssatzanstiegs wird um den Preis einer merklichen Absenkung des Sicherungsniveaus und einer relati-

<sup>28</sup> Zur Kritik der steuerfinanzierten Grundrente vgl. H.-J. Krupp, J. Weber, Pro und Contra Grundrente. Eine Analyse aus volkswirtschaftlicher Sicht, in: Deutsche Rentenversicherung, 3-4/1997, S. 205-219; zur Kritik kapitalgedeckter Privatvorsorge vgl. H.-J. Krupp, Ist das Kapitaldeckungsverfahren in der Alterssicherung dem Umlageverfahren überlegen?, in: WSI-Mitteilungen 5/1997, S. 289-298.



rungsrente Abstufungen (3 Stufen) je nach Beurteilung des Restleistungsvermögens vor, denen unterschiedliche Rentenhöhen (1. Stufe: volle Erwerbsminderungsrente, 2. Stufe: halbe Erwerbsminderungsrente, 3. Stufe: keine Erwerbsminderungsrente) entsprechen.

Darüber hinaus soll zur Vermeidung von Ausweichreaktionen die Höhe der vollen Erwerbsminderungsrente an die Höhe der zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Anspruch genommenen Altersrente mit Abschlägen angepaßt werden. Perspektivisch werden je nach Eintrittszeitpunkt dauerhafte Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente von bis zu 18% hinzunehmen sein.

- Die *Altersgrenze der Rente wegen Schwerbehinderung* soll vom Jahre 2000 an, und damit zeitgleich mit der bereits beschlossenen Anhebung der Altersgrenzen für die Altersrenten für langjährige Versicherte und für Frauen, stufenweise auf das 63. Lebensjahr angehoben werden. Der vorzeitige Bezug vom vollendeten 60. Lebensjahr an soll nur unter Inkaufnahme von Abschlägen möglich bleiben. Zugleich soll zur Verhinderung von Ausweichreaktionen der erforderliche Grad der Behinderung vom Jahre 2000 an von 50% auf 60% heraufgesetzt werden.

- Da die o.a. strukturellen Maßnahmen erst allmählich dämpfend auf die Ausgaben- und Beitragssatzentwicklung Auswirkungen haben werden, eine schnelle Entlastung der Lohnzusatzkosten jedoch für notwendig gehalten wird, ist ein *zusätzlicher Zuschuß des Bundes* zur (Mit-)Finanzierung von Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung vorgesehen, die die Rentenversicherung im Interesse der Allgemeinheit, vor allem im Zuge der Herstellung der deutschen Einheit, übernommen hat. Vom Jahr 1999 an soll der Bund an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in jedem Jahr einen zusätzlichen Zuschuß leisten, der es ermöglicht, den Beitragssatz in jedem Jahr um einen Prozentpunkt niedriger festzusetzen, als es ohne diesen Bundeszuschuß notwendig wäre.

- Schließlich soll im Interesse einer *Verstetigung der Beitragssatzentwicklung* der Beitragssatz zukünftig nur noch dann verändert werden, wenn am Ende des Folgejahres die Schwankungsreserve entweder den Betrag von einer Monatsausgabe unterschreitet oder den Betrag von 1,5 Monatsausgaben übersteigt. Liegt eine dieser Voraussetzungen vor, so ist der Beitragssatz so festzusetzen, daß er voraussichtlich ausreicht, um am Ende jedes der drei folgenden Kalenderjahre eine Schwankungsreserve in Höhe einer Monatsausgabe sicherzustellen. Diese Neuregelung soll erstmals für das Jahr 2000 zur Anwendung kommen.

Neben diesen Maßnahmen, die Spielräume für Beitragssatzsenkungen eröffnen sollen, ist eine Aufwertung von Erziehungsleistungen vorgesehen, die mit Mehrkosten verbunden sein wird.

- Zur Aufwertung von Kindererziehung in der Rentenversicherung soll die Bewertung von Kindererziehungszeiten stufenweise (vom 1. Juli 1998 bis zum 1. Juli 2000) von heute 75% auf 100% des Durchschnittsentgeltes

angehoben werden. Zugleich sollen Kindererziehungszeiten künftig (einer Auflage des Bundesverfassungsgerichts folgend) bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze zusätzlich (sogenannte additive Anrechnung) zu bereits vorhandenen zeitgleichen Beitragszeiten angerechnet werden. Über eine Reform der heutigen Hinterbliebenenrente soll in der zweiten Jahreshälfte 1998 entschieden werden, wenn eine verbesserte Datengrundlage vorhanden sein wird.

## V.

Angesichts der wieder deutlich zutage tretenden Bestrebungen (z.B. durch den sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf), den aktuellen Panikdiskurs in Sachen Renten für einen radikalen Systemwechsel in Richtung einer steuerfinanzierten Grundrente zu instrumentalisieren, muß das Bekenntnis des Regierungsentwurfs zu Reformen im *bestehenden* System als positiv eingeschätzt werden. Das Festhalten am Lohn-, Leistungs- und Beitragsbezug der Renten sowie am Umlageverfahren stellt objektiv angesichts der Tendenz, im Zuge der Unterwerfung unter die vermeintliche Sachzwanglogik der Globalisierung alle sozialstaatlichen Bastionen zu schleifen, eine Art *progressiven Strukturkonservatismus* dar. Denn bei genauerer Betrachtung stellen sich die diskutierten ordnungspolitischen Systemalternativen, also die steuerfinanzierte Minimalrente oder die kapitalgedeckte Privatvorsorge, sehr schnell als Scheinlösungen heraus, die keines derjenigen Probleme lösen, mit denen die beitrags- und umlagefinanzierte Rentenversicherung konfrontiert ist, die jedoch mit einer Vielzahl neuer ökonomischer und sozialer Risiken verbunden sind.<sup>28</sup>

Gleichwohl wird das Regierungskonzept keinen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Rentenversicherung leisten können. Der Irrweg begann bereits mit dem Blickwinkel, aus dem heraus nach notwendigen Veränderungen der Rentenversicherung Ausschau gehalten wurde. Das Anliegen der Reduzierung des Beitragssatzes und der stromlinienförmigen Einpassung in die Fitneßkur für den Standort Deutschland stand von Beginn an im Zentrum der Reformdebatte. So wirbt auch Norbert Blüm vor allem mit der zu erwartenden Reduzierung des Beitragssatzanstiegs. Wird der Beitragssatz unter aktuellen Bedingungen im Jahr 2030 auf 25,5% geschätzt, so läuft die Gesamtwirkung der Reformvorschläge im Prognosemodell auf eine Minderung des Beitragssatzanstiegs um 3,2 Prozentpunkte hinaus. Dem Beitragssatz von 22,3% entspräche jedoch auch eine Minderung des Rentenniveaus um 6 Prozentpunkte auf 64% (Eckrente). Mit anderen Worten: Die Reduzierung des Beitragssatzanstiegs wird um den Preis einer merklichen Absenkung des Sicherungsniveaus und einer relati-

<sup>28</sup> Zur Kritik der steuerfinanzierten Grundrente vgl. H.-J. Krupp, J. Weber, Pro und Contra Grundrente. Eine Analyse aus volkswirtschaftlicher Sicht, in: Deutsche Rentenversicherung, 3-4/1997, S. 205-219; zur Kritik kapitalgedeckter Privatvorsorge vgl. H.-J. Krupp, Ist das Kapitaldeckungsverfahren in der Alterssicherung dem Umlageverfahren überlegen?, in: WSI-Mitteilungen 5/1997, S. 289-298.



ven Entkoppelung der Alters- von den Arbeitseinkommen erkaufte. "Wenn also beispielsweise im Jahre 2022 die Arbeitsentgelte sich bei 3% jährlich verdoppelt haben und die Renten dank der Nettoanpassung nur auf ca. 160% hätten steigen können, dann wird der demographische Faktor ihr Niveau bei ca. 140% festgehalten haben. Damit wird dafür gesorgt, daß, wenn die Lebenshaltungskosten sich mit 2,5%/Jahr fast verdoppelt haben, die Rentenanpassungen regelmäßig unter der Preissteigerungsrate liegen und der reale Lebensstandard der Rentner um ein Viertel gegenüber 1997 gesunken sein wird. ... Das Ziel der Rentenreform 1957, den Rentner aus der Nachbarschaft des Fürsorgeempfängers in die Nähe des Lohnempfängers zu bringen, wollen ausgerechnet Adenauers Erben wieder rückgängig machen."<sup>29</sup> Wenn sich aber für eine nicht geringe Zahl der Versicherten nach langjährigen Beitragsleistungen ein Rentenniveau in der Nähe der Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ergibt, so wird dies zweifelsohne nicht ohne Folgen für die Legitimation der Rentenversicherung bleiben. Der ordnungspolitische Systemwechsel, der heute noch an der hohen Wertschätzung der gesetzlichen Rentenversicherung in der Bevölkerung und in der politischen Klasse scheitert, dürfte mit zunehmender Erosion der Legitimationsgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung neue Chancen erhalten.

In die gleiche Richtung wirkt die Weigerung der Bundesregierung, durch Reformen vorhandene Strukturdefizite und Sicherungslücken im Rentensystem anzugehen. Dies bezieht sich zum einen auf das Problem, das mit der zunehmenden Erosion des Normalarbeitsverhältnisses durch die Ausbreitung prekärer, oft nicht versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse verbunden ist. Hier sind Sicherungslücken für die Betroffenen vorprogrammiert, die über das bereits heute vorhandene Niveau weit hinausgehen werden. Ähnlich problematisch ist die unterbliebene Reform der jetzigen Hinterbliebenen-Versorgung in Richtung eigenständiger Rentenanwartschaften für Frauen. Hatte die von Norbert Blüm eingesetzte Expertenkommission "Zur Fortentwicklung der Rentenversicherung"<sup>30</sup> in ihrem Vorschlag vom Januar 1997 wenigstens noch Reformansätze wie die Einführung einer "Familienkasse" oder die Versicherungspflicht für geringfügig Nebenbeschäftigte in die Debatte gebracht, so sind selbst diese Minimalreformen am Widerstand der neoliberalen Hardliner in der Regierungskoalition, insbesondere der FDP, gescheitert. Damit rutscht das Regierungsmodell zwischen alle Stühle: Den marktradikalen Systemgegnern der sozialen Rentenversicherung geht es trotz erheblicher Einschnitte in das Leistungsrecht nicht weit genug und die Vertreter einer solidarischen Alterssicherung verweigern ihm insbesondere aufgrund dieser Einschnitte ihre Zustimmung.

<sup>29</sup> D. Schewe, Wie die Abkehr von der Lohnanpassung der Renten eingeleitet wurde - nebst einigen Bemerkungen, in: Sozialer Fortschritt 4/1997, S. 102-104, hier S. 103.

<sup>30</sup> In: Beilage zur Sozialpolitischen Umschau 5/1997.

## VI.

Dabei lassen sich aus der rentenpolitischen Debatte der letzten Jahre durchaus Eckpunkte für eine reformpolitische Weiterentwicklung der sozialen Rentenversicherungssysteme entnehmen. Notwendig wäre angesichts der aktuellen politischen Konstellation eine Doppelstrategie. Zum einen gilt es, die tragenden Strukturprinzipien der sozialen Rentenversicherung zu verteidigen. Zu ihnen gehört der Lohn- und Beitragsbezug, das Umlageverfahren, das Ineinandergreifen von Äquivalenz- und Solidarprinzip und die Anpassungsdynamik nach der Nettolohnentwicklung und damit die Teilhabe der älteren Generation an der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsentwicklung. Der Wert eines solchen progressiven Strukturkonservatismus sollte in einer Zeit drohender Systemdemontage nicht unterschätzt werden. Gleichwohl darf er nicht Endpunkt, sondern muß Ausgangspunkt einer offensiven Reformpolitik sein. Zugleich müssen also innerhalb der dadurch markierten Systemgrenzen Strukturreformen zur Beseitigung realer Defizite und Sicherungslücken durchgesetzt werden. Reformbedarf besteht sowohl auf der *Einnahme- wie auf der Ausgabenseite*. In diesem Sinne sind folgende Reformforderungen in den Vordergrund zu stellen:

1. Der voranschreitenden Erosion des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses, also der Ausdehnung nicht versicherungspflichtiger, ungeschützter Beschäftigung und der Zunahme sogenannter "Scheinselbständigkeit" muß entgegengetreten werden. Diese Entwicklung ist nicht nur mit Beitragsausfällen für die Sozialversicherung, sondern zugleich mit erheblichen sozialen Risiken für die Betroffenen verbunden. Als Sofortmaßnahme wäre daher die *Einbeziehung geringfügig Beschäftigter sowie "Scheinselbständiger" in Beitragspflicht und Versicherungsschutz* der gesetzlichen Rentenversicherung notwendig. Mittelfristig ist jedoch auch über eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf tendenziell alle Erwerbstätigen nachzudenken. Dies würde zukünftig auch eine Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung bedeuten. In diesem Sinne ist es notwendig, die Diskussion um eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

2. Das heutige System der *Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente* sollte durch folgende Maßnahmen reformiert werden:

- Für arbeitslose Versicherte, die nur noch eine Teilzeitarbeit verrichten können, denen aber die entsprechenden Arbeitsmärkte verschlossen sind, muß das Recht auf volle Erwerbsminderungsrente (sogenannte "konkrete Betrachtungsweise") erhalten werden. Damit übernimmt die Rentenversicherung einen Teil der Kosten der Arbeitsmarktkrise. Die Bundesanstalt für Arbeit sollte der Rentenversicherung dafür 50% der Aufwendungen erstatten.

- Sobald es die Arbeitsmarktsituation wieder zuläßt, kann darüber nachgedacht werden, Versicherte, die keinen Teilzeitarbeitsplatz gefunden ha-



ben, durch eine halbe Erwerbsminderungsrente plus ein/e halbe/s Teil-Arbeitslosengeld oder -Arbeitslosenhilfe abzusichern.

- Insgesamt muß jedoch der Vermeidung von vorzeitigem Gesundheitsverschleiß (Prävention) und der Wiederherstellung des Arbeitsvermögens (Rehabilitation) stärker als bisher Vorrang eingeräumt werden. Der Grundsatz "Reha vor Rente" muß an Gewicht gewinnen. Dies erfordert allgemein eine Weiterentwicklung des Rehabilitationsrechts sowie konkret die Aufhebung der Budgetierung der Finanzmittel für "Reha" nach dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG).

3. Angesichts der Arbeitsmarktsituation muß die bereits beschlossene *Anhebung der Altersgrenzen bzw. Einführung von versicherungstechnischen Abschlägen* (zumindest bis zum Jahr 2000) ausgesetzt und zu den Regelungen nach dem Rentenreformgesetz 1992 zurückgekehrt werden. Zum finanziellen Ausgleich für die der Rentenversicherung entstehenden Kosten bei der "Altersrente 60" für Arbeitslose sollte die Bundesanstalt für Arbeit die anfallenden Kosten erstatten. Dabei ist über eine angemessene Beteiligung der Arbeitgeber (z.B. 50%) nachzudenken.

- Langfristig ist die Erhöhung der Regelaltersgrenze aufgrund der Verlängerung der Lebenserwartung an die Arbeitsmarktentwicklung, die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Betrieben sowie der Rehabilitation zu knüpfen. Die von der SPD-Kommission vorgeschlagene Regelung, eine eventuelle Anhebung der Regelaltersgrenzen an das Unterschreiten einer Arbeitslosenquote von fünf Prozent zu knüpfen, ist zu befürworten.

4. Die Rentenversicherung finanziert sich zum größten Teil aus Beiträgen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern. Der Bundeszuschuß, der z.Zt. ca. 20% der Gesamteinnahmen ausmacht, bringt vor allem die allgemeine Verantwortung und Zuständigkeit des Sozialstaates für eine funktionsfähige und stabile Alterssicherung zum Ausdruck. Angesichts der prognostizierten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch der seit langem andauernden Abschiebung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben auf die Rentenversicherung (z.B. im Zuge der deutschen Wiedervereinigung) ist eine *Neujustierung von Beitrags- und Steuermitteln* notwendig. Daher wäre eine Erhöhung des Bundeszuschusses sinnvoll. Dadurch könnten die verteilungspolitischen Probleme der Beitragsfinanzierung eingeschränkt werden, ohne daß durch eine umstandslose Gleichsetzung von nicht beitragsgedeckten Leistungen als versicherungsfremd der Solidarausgleich im System beschädigt würde. Der Erhöhungsbetrag sollte so ausfallen, daß der jährliche Beitragssatz um zwei Prozentpunkte niedriger ausfallen kann, als er ohne diesen Zuschuß ausfallen würde.

- Gleichzeitig wäre es notwendig, daß die Unfallversicherung der Rentenversicherung in vollem Umfang die Kosten der arbeitsunfallbedingten Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und für diejenigen EU/BU-Renten, die auf Berufskrankheiten zurückgehen, erstattet. Darüber hinaus sollte

die Unfallversicherung Rentenversicherungsbeiträge für die Zeit der arbeitsunfall- bzw. berufskrankheitsbedingten Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit bis zur Altersgrenze zahlen.

5. Aufgrund von Kindererziehung und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt fehlen Frauen im Alter oftmals ausreichende, eigenständige Sicherungsansprüche. Diese Sicherungslücke muß geschlossen werden. Darauf zielt das von der IG Metall und der SPD-Kommission vorgeschlagene Modell für eine *eigenständige Alterssicherung der Frauen*.

- Für künftige Ehen sowie für bestehende Ehen, in denen der jüngere Ehegatte noch nicht das 40. Lebensjahr erreicht hat, sollten die gemeinsam in der Ehe erworbenen Rentenansprüche geteilt werden. Witwen bzw. Witwer erhalten 100% der eigenen, außerhalb der Ehe erworbenen Ansprüche, plus 50% der in der Ehe gemeinsam erworbenen Ansprüche zuzüglich eines von der Rentenhöhe abhängigen Zuschlags von 10-30%. Unverheiratete, die in Lebensgemeinschaften leben, können dieses Rentensplitting beantragen.

- Weiterhin ist eine Anhebung der Bewertung von Kindererziehungszeiten (Bewertung von drei Erziehungsjahren je Kind mit 100% des Durchschnittslohns; additive Anrechnung von Beitragszeiten aus Erwerbstätigkeit) notwendig.

- Darüber hinaus müssen die vorhandenen und bisher zeitlich befristeten Regelungen zur Aufstockung bestimmter Rentenanwartschaften ("Rente nach Mindesteinkommen") unbefristet weitergelten.

6. Für diejenigen, die auch weiterhin nicht aus eigenen Anwartschaften ein ausreichendes Sicherungsniveau erreichen, sollte eine *bedarfsorientierte Mindestsicherung* im Alter bei Invalidität eingeführt werden. Diese soziale Mindestsicherung ersetzt nicht die beitragsfinanzierte Rente, sondern ergänzt sie im unteren Bereich. Sie stellt eine steuerfinanzierte Sockelung der beitragsfinanzierten Rentenversicherung dar und muß in einem zweiten Schritt insbesondere auf die Arbeitslosenversicherung ausgedehnt und mit einer reformierten Sozialhilfe koordiniert werden.

Neben diesen konkreten Reformvorschlägen wird es auch für die Zukunft der Rentenversicherung von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingt, die notwendige und bisher sicherlich zu defensiv geführte Debatte um die solidarische Erneuerung des Sozialstaates aus den Panikdiskursen um die Wiederherstellung der vermeintlich verloren gegangenen Konkurrenzfähigkeit des Standortes Deutschland herauszulösen. Wenn sozialstaatliche Reformen ausschließlich auf ihren Beitrag hin zur Entlastung der öffentlichen Defizite oder zur Senkung der Lohnnebenkosten bewertet werden, wird die Neudefinition gesellschaftlicher Solidarität unter den Bedingungen ökologischer Globalisierung und gesellschaftlicher Individualisierung nicht gelingen. Letztlich geht es um eine Rehabilitierung einer sozialen Verfaßtheit von Gesellschaft gegenüber dem Darwinismus der globalen Standortkonkurrenz.



## Im Westen viel Neues?

### Frankreich nach den Wahlen

Der Pariser Polit-Poker endete mit einem Selbstmord der Rechten in Frankreich. Staatspräsident Jacques Chirac löste nicht nur vorzeitig die Nationalversammlung auf, sondern ganz entgegen seiner Absichten auch gleich noch die "dümmste Rechte der Welt". Trotz gezinkter Karten und rethorischer Verschleierungsversuche durchschaute die französische Bevölkerung das opportunistische Spielchen und verweigerte mit der Aussicht auf weitere fünf Jahre Juppé die Gefolgschaft. Für die Arroganz der Macht und den politischen Betrug, für die "Demokratie, die ins Abseits gestellt wurde" und die technokratische Politikverwaltung wurde die Rechte abgestraft und Chirac zu einer Zwangsehe (cohabitation) mit einem sozialistischen Premierminister verurteilt, den er bei der Präsidentschaftswahl 1995 knapp geschlagen hatte. Der Sieg der Linken in Frankreich ist deshalb zunächst eine Niederlage der Rechten. Chirac erhoffte sich "neuen Elan" für eine "neue Etappe" und "wollte auf dem Weg der Veränderung noch weiter voranschreiten" - ohne zu sagen, wohin. Die Frage des "Wohin" muß er nun zusammen mit einer pluralistischen Linken - bestehend aus Sozialisten, Kommunisten, Grünen und einigen kleineren Gruppen - beantworten, die gegen die bisherige Vier-Fünftel-Mehrheit der Rechten in der Assemblée Nationale die absolute Mehrheit errang. "Changer l'avenir - die Zukunft verändern" hieß der Wahlslogan der Sozialistischen Partei. Chiracs politische Zukunft hat sich bereits fundamental geändert. Er muß seine Macht nun teilen. Ob sich damit auch die gesellschaftliche und politische Entwicklung des Landes und Europas in Zukunft ändern wird, werden wir in den nächsten Monaten sehen. Die Wette mit Chirac und der Rechten über eine "andere Politik" gab die französische Bevölkerung am 1. Juni verloren. Aber sie schlossen noch einmal eine neue ab. Damals wie heute stimmten die WählerInnen für die gleichen Versprechungen: Arbeitsplätze, ein soziales Europa, Wachstum und politische Integrität. Jospin erklärte, daß die Linken nicht das Recht hätten, die Bevölkerung zu enttäuschen. Wurde damit die Revolte gegen die Politik der Härte, den Ökonomismus und die soziale Katastrophe endlich erhört?

Die zunehmenden sozialen Konflikte angesichts der drängenden Probleme suspendierten die obligatorische Gnadenfrist für eine neue Regierung. Mit der Erklärung vom 19. Juni verlas Jospin eine politische Agenda, die der Regierung einen Arbeitsauftrag zur Lösung der zentralsten Probleme der französischen Gesellschaft gibt. Für die Feuertaufe auf den unterschiedlichsten Politikfeldern steht dem linken Bündnis jedoch nicht einmal ein fertiges Wahlprogramm zur Verfügung. Der politische Fahrplan läßt ihnen nur die Möglichkeit, Programm und politische Praxis sich gegenseitig er-

gänzen zu lassen. Zwischen wachsender Arbeitslosigkeit, Budgetrestriktionen, einem Europa, das zunehmend beunruhigt und den "Erwartungen der Märkte" birgt dieses Experiment in vivo keine geringen Risiken.

Auch Jospin begann mit symbolischer Politik. Er entließ die "Elefanten" der mitterandischen Ära in die Rente und besetzte das verkleinerte Kabinett mit neuen Gesichtern. Die Grünen erhalten das Umweltministerium und die Kommunisten kehren mit dem Transportministerium und dem Jugendministerium nach dreizehn Jahren an die Macht zurück. Die neue Arbeits- und Sozialministerin Martine Aubry wurde gleichzeitig auch stellvertretende Ministerpräsidentin, während das Finanz- und Wirtschaftsressort (Strauss-Kahn) auf Platz sechs in der Ministerienhierarchie relegiert wurde. Eine kleine symbolische Geste, die andeuten soll, daß die Wirtschaftspolitik dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu dienen hat.

Damit es nicht bei symbolischer Politik bleibt, benannte das Kabinett die nächsten konkreten Schritte. Mit der Stilllegung des schnellen Brütters "Superphénix" und dem Stopp des "pharaonischen" Projekts des Rhein-Rhone-Kanals konnten die französischen Ökologen ihre ersten Erfolge verzeichnen. Der "republikanische Pakt", den Jospin in seiner Regierungserklärung vorschlug, sieht es als dringlichstes Problem an, eine Lösung für die illegal und ohne Papiere in Frankreich lebenden MigrantInnen ("sans-papiers") zu finden. Obwohl das Thema nicht zu den Kerndebatten im Wahlkampf gehörte, erwarten die linken WählerInnen, sensibilisiert durch die Kirchenbesetzungen und die Demonstrationen gegen die neuen Ausländergesetze der Rechten im Februar, eine rasche politische Lösung. Außerdem muß die Linke eine schnelle Antwort auf die destruktiven Vorschläge des Front National finden, die die französische Gesellschaft zunehmend unterminieren. Neben der sofortigen Untersuchung der Situation (und eventuellen Einbürgerung) der "sans-papiers" sollen alle wieder automatisch französische Staatsbürger werden, die in Frankreich geboren werden (Bodenrecht). Im Rahmen eines Integrationsgesetzes werden verschiedene Rechte (kommunales Wahlrecht, Recht auf Sozialleistungen) angeglichen sowie Familienzusammenführungen und Einbürgerungsverfahren erleichtert. Der "republikanische Pakt" wird durch die Reformierung des Justizwesens und erste Ansätze in Richtung einer ökologischen Politik ergänzt.

So wichtig die Modernisierung der Institutionen, die Migrationspolitik und die neue politische Kultur auch sein mögen, langfristig wird allein der Erfolg der Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zählen. Anders gesagt: Eine demokratische Erneuerung der französischen Gesellschaft kann nur auf der Basis der Überwindung der sozialen Spaltung erfolgen. Sowohl auf europäischer wie auf nationaler Ebene werden hier von Jospin deutliche Akzente erwartet.

Im Rahmen des "Solidaritätspaktes" fiel die Erhöhung des Mindestlohns (SMIC) um vier Prozent (die hartnäckige Betonung, daß es sich um die



kräftigste reale Erhöhung seit 15 Jahren handelt, vergißt dabei - Ironie der Geschichte -, daß dies allein auf die niedrige Inflationsrate zurückzuführen ist) mäßig aus. Dies schon nicht nur die Staatskassen, sondern soll auch die Arbeitgeber mit Blick auf die im Dezember anstehende Konferenz über Lohn- und Arbeitszeitfragen gnädig stimmen. Sie soll das Meisterstück Jospins werden und die Beschäftigungslage in Frankreich nachhaltig verbessern - ohne die öffentlichen Haushalte weiter zu belasten. Damit das Treffen zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierung nicht in der üblichen Ergebnislosigkeit endet, will die Regierung konkrete Rahmengesetze vorlegen, innerhalb derer in den Branchen verhandelt wird. Geplant sind unter anderem die sukzessive Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 35 Stunden ohne Lohnverzicht bis zum Jahr 2002 und die Schaffung von 350.000 neuen Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft. Diese beschäftigungspolitischen Maßnahmen sollen durch eine generelle Umorientierung bei der Subventionierung von Arbeitsplätzen und durch eine Reform des Arbeitsrechts ergänzt werden. So sollen die Programme, die den Unternehmen bei Einstellungen die Sozialabgaben erließen, gestoppt werden und die eingesparten 50-60 Millionen Francs direkt der Förderung von Arbeitsplätzen für Jugendliche zugute kommen. Die Deregulierung der Entlassungsmöglichkeiten soll teilweise rückgängig gemacht werden und im öffentlichen Dienst wurde ein Entlassungsmoratorium ausgerufen. Für die Apologeten des Marktradikalismus riecht das Bouquet dieses Programms nur deshalb wie "vin rouge" in neuen Schläuchen, weil sie für diese Rebe sowieso noch nie etwas übrig hatten.

Die Auseinandersetzungen um das Renaultwerk im belgischen Vilvoorde, wo das Linksbündnis mit einem Plan zur Frühverrentung zu vermitteln versuchte, sollten im kleinen europäischen Maßstab Jospin und sein Kabinett noch einmal daran erinnern, um was es auf den anstehenden europäischen Gipfeln gehen muß: um ein soziales Europa.

### "Kohlabitation"

Noch vor der Regierungserklärung wurde das Linksbündnis ins kalte europäische Wasser gestoßen. Auf der politischen Bühne in Amsterdam konnte man gleichsam zwei "personen"stücke beobachten: Zum einen die politische Zwangsehe zwischen dem gaullistischen Staatspräsidenten und seinem sozialistischen Ministerpräsidenten. Zum anderen den ins Stocken geratenen "Motor" der europäischen Integration - die "Kohlabitation" (le canard enchainé) zwischen Deutschland und Frankreich. Der Konflikt kristallisierte sich am Stabilitätspakt, der als Symbol eines "Super-Maastrichts", das Hauptangriffsziel der Sozialisten im Wahlkampf war. Jospin sprach von einer "absurden Konzession", die an die Deutschen gemacht wurde und einem Vertrag, bei dem er keinen einzigen Grund sehe, sich dafür stark zu machen. Auch der neue Europabeauftragte der Regierung, Pierre Moscovici, ließ in seinem neuen Buch (L'urgence. Plaidoyer

pour un autre politique) keinen Zweifel an seiner Opposition gegenüber dem Stabilitätspakt: "In Wahrheit haben die Europäer in Dublin einem 'Maastricht II' zugestimmt, das drastisch die Möglichkeiten einer antizyklischen Haushaltspolitik einschränkt. ... Ich betrachte die Integranten einer restriktiven Budgetpolitik und der Überbewertung als die hauptsächlichen Feinde der Europäischen Union. ... Europa verdient einen politischen Kampf und wenn es nötig ist - eine Krise." Klare Worte, die die International Herald Tribune dazu verführten, den Wahlsieg der Linken in Frankreich zum "schönsten Geschenk für Europa" seit langem zu erklären.

Aber während die französischen Regierungssprecher die zweifelnde Presse noch vom französischen Sieg auf dem Gebiet der europäischen Beschäftigungspolitik überzeugen wollten und die schönsten Schätze der Diplomatensprache ausgruben, antwortete der englische Außenminister auf die Frage, wieviel neue Arbeitsplätze denn jetzt in Europa geschaffen werden, mit: "Mindestens acht!" Bleibt zu präzisieren, daß diese sich auf Brüssel beschränken werden. Nur eine Woche Zeit für ein soziales Lifting Europas war für die französischen Linken zu kurz. "Dröpje for Dröpje" machte die neue Regierung auf dem Amsterdamer Gipfel Abstriche von ihren Positionen. Die Wolken, die am deutsch-französischen Gipfel in Poitiers den strahlenden Himmel der Euromonetaristen noch zu verdunkeln drohten, waren ein paar Tage später in Amsterdam wie weggeblasen. Hier wirkte zum ersten Mal die Logik der cohabitation. Die Strategie der Verschleppung der Stabilitäts-Debatte über den Amsterdamer Gipfel hinaus konnte nicht durchgehalten werden, ohne den französischen Präsidenten zu desavouieren, der in Dublin der deutschen Regierung diese Konzession zugestand. Gerade zehn Tage im Amt und zwei Tage vor seiner Regierungserklärung wollte Jospin noch keine offene Krise mit Chirac provozieren. Deutschland hatte sich durchgesetzt und der Stabilitätspakt wurde ohne die geringste Veränderung unterzeichnet. Waigel, der es sich nicht nehmen ließ, noch einmal zu betonen, daß er "in nichts, gar nichts, rein gar nichts nachgegeben" hätte, hat also seine Hausaufgaben erfüllt und der Bundesbank "ihren" Stabilitätspakt gerettet. Was aber bringt Jospin seinen WählerInnen mit nach Hause, die immer argwöhnischer auf Europa blicken? Und den 18 Millionen Arbeitslosen in Europa?

Er kann nur wenig zählbares vorweisen. Damit die neue Regierung in Paris in Sachen Stabilitätspakt nicht gänzlich das Gesicht verliert, stimmten die freundschaftlich gesinnten Partnerländer einer unpräzisen und unverbindlichen "Resolution über Wachstum und Beschäftigung" zu. Die beiden Texte über Stabilität und über Beschäftigung sind unabhängig voneinander, sollen aber über eine verbindende Erklärung auf die gleiche Stufe gestellt werden. Ein feiner Zug - nur stehen statt harter Zahlen und klarer Richtlinien - wie im Pendant über die Stabilität - in der Beschäftigungsresolution nur weiche Worte und nebulöse Absichtserklärungen. Die Forderung nach einer "ökonomischen Regierung" als Gegengewicht zur europäischen Zentralbank wurde zu einem "ökonomischen Pol" zurechtge-



stutzt; die deutsche Regierung vergaß nicht zu präzisieren, daß es sich dabei allenfalls um ein "informelles Gremium" handelt; die großen Investitionsprogramme sollen erst einmal warten; die Europäische Investitionsbank wurde aufgefordert, Hochtechnologieprojekte stärker zu fördern. Um die Effizienz dieses Sieben-Seiten-Papieres nicht überzustrapazieren, schob Deutschland einen weiteren Riegel vor, indem es Einstimmigkeit für die Entscheidungen im Zusammenhang mit der Resolution durchsetzte. Der Champion der Mehrheitsabstimmungen scheint außerhalb der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik die Vorzüge eines Vetos zu entdecken. Das Beschäftigungskapitel, das im Maastrichter Vertrag verankert werden wird, ist nicht wesentlich substantieller, gehört aber nun zum Grundrecht der EU. Es wird keine neuen finanziellen Mittel für eine europäische Beschäftigungspolitik geben. Stattdessen sollen die "finanziellen Anreize" zur Unterstützung von Pilotprojekten durch Haushaltsumschichtungen und "schlafende" Fonds aufgebracht werden. Eine Harmonisierung der Gesetzgebung im Sozialbereich ist nicht vorgesehen. Die neuen Kompetenzen der EU erschöpfen sich in jährlichen "Leitlinien", die mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden und in den nationalen Politiken berücksichtigt werden müssen.

### Die Linke: Verzweifelt gesucht!

Angesichts der allerorten ausgerufenen Renaissance der Sozialdemokratie und der tatsächlichen zahlenmäßigen Überlegenheit auf europäischer Ebene, läßt dieses Ergebnis doch einige Wünsche offen. Daß Frankreich sich nicht unbedingt auf die Hilfe der Genossen aus anderen Ländern verlassen konnte, wurde bereits auf dem Treffen der europäischen Sozialdemokratie in Malmö deutlich. Die falsche Einheit der sozialistischen Familie zeigte sich exemplarisch an den beiden neuen großen Stars. Tony Blair, der keine andere Alternative aufzeigen konnte als zu "modernisieren oder zu sterben", um eine "wettbewerbsfähige, prosperierende und offene Ökonomie" zu bekommen, lehnt jede Regulation als "Interventionismus" ab. Lionel Jospin, der die letzten beiden Jahre dabei war, die größten Schäden der "Blair Revolution" in der französischen sozialistischen Partei ab 1983 zu beseitigen, verteidigt nachdrücklich die Position des Staates in der Wirtschaft, damit die Politik sich wieder von der Ökonomie emanzipiert. Er erwartet "Antworten" und nicht die einfache Anpassung an die tatsächlichen und angeblichen ökonomischen Zwänge.

Hier Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und ein starker öffentlicher Dienst, dort Flexibilisierung, Marktdergulierung und die Akzeptanz des Status quo des Neoliberalismus: Die Genossen bemühten sich zwar darum, die unterschiedlichen Konzepte nicht gegeneinander auszuspielen, sondern "gegenseitig zu verstehen". Daß es aber um mehr als um bloße Semantik geht, zeigte der Gipfel in Amsterdam. Sobald die Differenzen das Feld des gemütlichen Beisammenseins und des anregenden

Austausches verlassen und als harte Interessenpolitik zwischen sozialdemokratischen Regierungschefs auf der europäischen Bühne wieder zusammentreffen, bleibt von der Internationalen nur ein laues Lüftchen übrig. Deshalb kann die Achse London-Bonn die Flexibilisierung als non plus ultra der Arbeitsmarktpolitik weiter hochhalten. Und Viktor Klima sieht sich in erster Linie als Nettozahler und nicht als Sozialdemokrat, wenn er gegen weitere Gelder für europäische Beschäftigungsprogramme stimmt. Der sozialdemokratische Berg gebirg in Amsterdam dann auch nur ein verschrecktes rosa Mäuschen.

Doch war die faktische Niederlage der französischen Regierung nicht vergeblich. Behindert durch die Zwänge einer cohabitation und die kurze Zeit hat Jospin den minimalen Handlungsspielraum genutzt, um ein erstes Fenster für frischen Wind zu öffnen. Die französischen Forderungen nach einem sozialeren Europa zwangen die anderen Regierungen zum ersten Mal in den letzten Tagen, mehr über Arbeitslosenraten als über Zinsraten und mehr über Solidarität als über Parität zu reden. Jospin war froh, ein Versprechen in einen "Kompromiß" verwandeln zu können. Das ist weniger als erwartet, aber mehr als die Stabilitätsfetischisten ihm jemals zugestehen wollten. Das Ergebnis liegt nicht auf der Höhe der Zeit und der Erwartungen, aber eine Bresche ist damit geschlagen. Auch die Palastgarden des europäischen Monetarismus müssen nun Stellung beziehen. Und dies spielt nicht nur formell eine Rolle. Denn sind die Stellungnahmen auch noch so vage, sie können dennoch in Zukunft als Referenz für die Regierungen dienen, die weiter auf diesem Weg voranschreiten wollen, und für Gewerkschaften und soziale Bewegungen, die sich formieren. Man mag zurecht ernüchtert sein von den freundlich-harmlosen Absichtserklärungen der letzten Jahre. Aber die Mini-Krise von Amsterdam bewirkte, daß sich der Neoliberalismus auch in diesen Kreisen immer schwieriger zum Dogma aufschwingen kann. Der außerordentliche Gipfel über Beschäftigungspolitik im Winter wäre eine solche Gelegenheit, die Europäische Union vierzig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge in eine produktive Midlife-Krise zu stürzen. Dort müßten dann allerdings mehr als sieben Seiten voll mit Gemeinplätzen herausspringen.

Der Formelkompromiß von Amsterdam wird den Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich sicherlich nicht beenden. Zum einen wird die weitere Vorgehensweise der Währungsunion im Wirtschafts- und Finanzrat der EU (ECOFIN) besprochen werden. Dort kann die französische Regierung unabhängiger von den Zwängen der cohabitation agieren. Besonders die sofortige Teilnahme Italiens an der Währungsunion und die Relation zwischen der zukünftigen europäischen Währung und dem Dollar werden sich zu potentiellen Konfliktherden zwischen Deutschland und Frankreich entwickeln. Zum anderen stellt sich Frankreich bereits jetzt darauf ein, die Kriterien nur "tendenziell" zu erfüllen. Zwar beteuerte der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Strauss-Kahn, "daß die Reduzierung des Haushaltsdefizits weder links noch rechts (sei), sondern ein



zwingendes Erfordernis", gleichzeitig peilt er aber eine Verschuldung zwischen 3,6 und 3,8 Prozent an. Unter vier Prozent zu bleiben dürfte angesichts der katastrophalen Lage der Sozialversicherungskassen, die trotz ständiger Beitragserhöhungen in den letzten Jahren immer neue Rekorddefizite zu verzeichnen hatten, bereits ein Erfolg sein. Auch wird die französische Regierung kaum die 37 Milliarden Francs aus dem nun gestoppten Verkauf der France Telecom ersetzen können. Aufgrund des verkündeten Privatisierungsmoratoriums kann sich die Staatskasse also keine großen Einnahmen versprechen. Gleichzeitig denkt die Regierung aber noch über eine von den Kommunisten vehement geforderte Senkung der Mehrwertsteuer nach.

Die Linke bekam in Frankreich eine zweite Chance. Die Wähler und Wählerinnen geben die Wette noch nicht verloren, daß Politik im Zeitalter der Globalisierung noch möglich ist. Wie bereits 1995 kann auch diese Wahl durch Arbeitslosigkeit und die Hoffnung auf Besserung erklärt werden. 1995 verriet Chirac mit seiner Wende zur Austeritätspolitik die französische Bevölkerung. Mit einem weiteren Verrat könnte die Linke die demokratischen Strukturen aufs Spiel setzen. Le Pen unterstützte die rechten Parteien im zweiten Wahlkampf deshalb nicht, weil er mit einem Mißerfolg der Linken an der Regierung rechnet. Der Front National könnte sich dann als einzige veritable Alternative präsentieren. Wenn unter Jospin sich eine Variante der Politik Juppés entwickelt, dann könnte auf Juppé III ein Mègret I (Front National) folgen.

Statt Aufbruchsstimmung oder große Hoffnungen wie 1981 begleiten Jospins Amtsantritt skeptisches Abwarten und verhaltene Zuversicht. Innenpolitisch wird es darum gehen, Gewerkschaften, SOS Racisme und andere verbündete Organisationen am Willensbildungsprozeß zu beteiligen und die Politik der Regierung transparenter zu machen. Von der demoralisierten Rechten, die zusätzlich auch noch intern zerstritten ist, ist dabei keine substantielle Gegenwehr zu erwarten. Vor allem auf der europäischen Bühne wird Jospin auch mit den Zwängen der cohabitation zu rechnen haben. Allerdings ist der Präsident als Verursacher der Krise der Rechten selbst in starken Legitimationsproblemen. Unter dem Druck seiner eigenen Bewegung (RPR), die gerade den Linksgaullisten Séguin zum Fraktionsvorsitzenden machte, und wieder aufflackernden sozialen Auseinandersetzungen könnte der Opportunist Chirac gezwungen sein, eine erneute europapolitische Kurskorrektur vorzunehmen. Er wird sich nur schwer einer Regierung widersetzen können, die der Beschäftigung oberste Priorität einräumt, das Modell eines sozialen Europas verteidigt und gegen die fracture sociale kämpft, d.h. all das verwirklichen will, was Chirac während seiner Kampagne 1995 versprochen hat. Frankreich würde dann wieder mit einer Stimme sprechen, diesmal aber mit einer sozialistischen - und nicht nur für Frankreich sondern auch für Europa. Denn auch zwischen Porto und Potsdam verführen Deregulierung, Flexibilisierung und ein "schlanker Staat" nur noch wenige Menschen zum Träumen.

## **isw** sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

### analysen fakten & argumente

#### isw-report

(erscheint vierteljährlich,  
z. T. mit beigeheftetem wirtschaftsinfo)  
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

**EURO-Strategien des Kapitals**  
(Nr. 29, Oktober 1996)

**Das Geschäft mit der Wohnung**  
(Nr. 30, Februar 1997)

**Deutsche Macht-Allianz**  
(Nr. 31, April 1997)

**Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft** (Nr. 32, Juli 1997)

#### isw-spezial

**Cuba libre - Kuba liberal?**  
(Nr. 9, Januar 1997), DM 5,- + Versand  
**Energiesteuer - und dann?**  
(Nr. 10, April 97), 80 Seiten, DM 8,- + Vers.

#### isw-wirtschaftsinfo extra

**Von Krise zu Krise - Standortkrieg oder Beschäftigungspolitik**  
(Nr. 25, April 96), DM 5,- + Versand

#### wirtschafts- und grafikdienst

**Reichtum u. Kapitalmacht in Deutschland** (Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + V.  
**Der Steuer-Skandal**  
(Nr. 3, Juni 96), DM 10,- + Vers.  
**Armut & Sozialabbau in einem reichen Land** (Nr. 4, Januar 1997),  
DM 10,- + Versand

#### Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren, fördern

isw sozial-ökologische  
Wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München,  
Telefon: 089-130041, Fax 168 94 15

### Neu bei isw!



**Geld und Macht der Deutschen Bank und Allianz-Versicherung**

**isw** REPORT NR. 31  
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

### Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft



**isw** REPORT NR. 32  
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.



## Neoliberalismus: Das moderne Projekt der Gegenaufklärung Nachfragerestriktion: Das Hemmnis des entwickelten Kapitalismus

Neoliberalismus ist mit dem Aufkommen Hayeks zweiter österreichischer Schule zu Ende der 20er Jahre eine ideologische und theoretische Reaktion auf eine neue Etappe in der Entwicklung der industrialisierten kapitalistischen Länder. Diese neue Etappe besteht objektiv darin, daß die ursprüngliche Schranke des Kapitalismus, nicht genügend Mehrwert zur Verwertung des Kapitals *produzieren* zu können, überwunden ist: Der Mehrwert reicht offensichtlich aus, um den tendenziellen Fall der Profitrate zu verhindern - sei es, weil die entgegenwirkenden Ursachen, so besonders die Produktion von relativem Mehrwert, dauerhafter wirken als zunächst angenommen, sei es, weil Marx' Vermutung, daß die Arbeitsproduktivität einem maximalen Grenzwert zustrebt, dies bei der Ausrüstung der lebendigen Arbeit mit Kapital (der organischen Zusammensetzung) nicht oder nur viel später auf höherem Niveau der Fall sei, in historischer Perspektive nicht mehr zutrifft. Mit der Überwindung dieser Schranke aber tritt eine andere, von Marx ebenfalls benannte Restriktion in den Vordergrund, nämlich die Frage nach der Realisation des produzierten Wertes und Mehrwertes, oder, wie dies die Keynesianer dann in den 30er Jahren nannten, der Mangel an effektiver Nachfrage. In einer Marx'schen Terminologie stellt sich die Sache nun so dar, daß bei antagonistischen Distributionsverhältnissen zwar genügend Mehrwert zur Kapitalverwertung produziert werden könnte und damit auch genügend Ressourcen für die weitere Kapitalbildung bereitgestellt werden, daß es aber wegen der "Proportionalität der verschiedenen Industriezweige" an Nachfrage nach Realkapital fehlt. Dies, weil die Distributionsverhältnisse den Massenkonsum beschränken und - gegeben der jeweilige Stand der Technik (der Produktivkraft) - damit auch die Menge an fixem Kapital, die erforderlich ist, um diesen Massenkonsum zu produzieren. Mit anderen Worten: Wenn die Kapitalknappheit des dynamischen Kapitalismus überwunden ist, dann ist nicht zu erwarten, daß der Input "Kapital" relativ zum Output "Konsum" mit derjenigen Rate steigt, die erforderlich wäre, um allen potentiell produzierbaren Mehrwert zu absorbieren, d.h. Vollbeschäftigung zu erreichen. Marx zeigt sich äußerst skeptisch, was eine Steigerung des Massenkonsums angeht: Er spricht von "mehr oder minder engen Grenzen". Und auch eine Steigerung des Kapitalistenkonsums, was ja die Realisierungsfrage auch lösen könnte, ist für Marx wenig wahrscheinlich, weil der Akkumulations-

trieb der Kapitalisten (Weber würde sagen: deren protestantische Ethik) dies verhindert.

Wenn die Dinge so liegen, sind unter kapitalistischen Bedingungen folgende Entwicklungen möglich: Entweder gelingt es, das Produktionsverhältnis so sehr zu reformieren, daß die Grenzen für den Massenkonsum weiter werden, oder die Realisierungsfrage wird durch Produktivkraftveränderung gelöst, d.h. durch politische Förderung des technischen Fortschrittes, der die Proportionalität der verschiedenen Industriezweige entsprechend umkrempelt - Kapitalentwertung eingeschlossen. Hilfreich ist bei dieser Lösung auch ein zunehmender Konsum der Kapitalisten, was eine Umlenkung ihres Akkumulationstriebs und Verwässerung ihrer asketischen Ethik zugunsten von Genüssen in der kurzen Frist erfordert. Gewiß können Außenwirtschaftsüberschüsse und Staatsdefizite zur Lösung der Realisierungsfrage beitragen.

### Die Lösung: Sozialstaat oder schlanker Staat

Die Bereinigung der Realisierungsfrage durch Steigerung des individuellen und kollektiven Massenkonsums ist der Wohlfahrts-, der Sozialstaat. Er verwendet einen Teil des gesellschaftlichen Überschusses für den Konsum, was nur im Konflikt mit der Kapitalseite möglich ist. Mehr Realkapitalnachfrage durch beschleunigten technischen Fortschritt, mehr Luxuskonsum und höhere Exportüberschüsse (und damit eine aggressive Außenwirtschaftspolitik): Das ist dagegen die neoliberale Lösung.

Je weniger Erfolg aber diese neoliberale Lösung hat, sie wird seit gut 15 Jahren bei kontinuierlich sinkendem Massenwohlstand<sup>1</sup> praktiziert, um so mehr ist der Neoliberalismus drauf angewiesen, die Treue zu seiner Politik und zum System insgesamt durch sogenannte Sinnstiftung, Betonung von Identität und Identifizierung, also durch nachdrückliche Bewußtseinsbildung zu gewährleisten.

Die sozialstaatliche Lösung dagegen zielt darauf ab, die Legitimation durch mehr Massenwohlstand zu erreichen - und dies ausdrücklich nicht durch Außenhandelsüberschüsse zu Lasten des Auslandes. "Wenn aber die Nationen lernen könnten" - so Keynes - "sich durch ihre Inlandpolitik Vollbeschäftigung zu verschaffen (...), braucht es keine wichtigen wirtschaftlichen Kräfte zu geben, die bestimmt sind, das Interesse eines Landes demjenigen seiner Nachbarn entgegenzusetzen." Zwar wäre damit die internationale Arbeitsteilung nicht abgeschafft, aber "internationaler Handel

<sup>1</sup> So sinken die Löhne in den USA für die Masse der Erwerbstätigen kontinuierlich ab. Die Arbeitslosenquote dürfte dort, wenn man etwa deutsche Erfassungskriterien zugrunde legt, 10 bis 15 Prozent betragen. - Vgl. hierzu: L.C. Thurow, Die Illusion vom Jobwunder, in: Die Zeit vom 25.10.96. Ähnliches gilt für die britische Arbeitslosenquote. Hier sorgt nicht nur der Erfassungsmodus für niedrige Zahlen; im Wahlkampf zu den letzten Unterhauswahlen konnten überdies bedeutende Fälschungen der Zahlen nachgewiesen werden.



würde aufhören, das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifelter Mittel, um die Beschäftigung im Inland durch Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten (...) aufrecht zu erhalten..."<sup>2</sup> Dieser Beitrag Keynes' zum Standortwettbewerb ist recht aktuell - sicherlich ein Grund mehr für modebewußte Sozialwissenschaftler, Keynesianismus als überholt abzutun. Staatsdefizite gehören dagegen konzeptionell in den wohlfahrtsstaatlichen Ansatz; ihr Zweck ist eigentlich, einen Konjunkturaufschwung zu initiieren, wenn die Privatwirtschaft versagt. Es ist dagegen Sache der Verteilungs-, der Steuerpolitik, die Nachfrage auf einem akzeptablen Niveau zu halten. "Der Staat" - so Keynes - "wird einen leitenden Einfluß auf den Gang zum Verbrauch (...) durch sein System der Besteuerung (...) ausüben müssen."<sup>3</sup> Dies setzt entsprechende Parlamentsmehrheiten und Steuergesetze voraus, d.h. Konflikte mit der Unternehmerschaft. Dieser Konflikt als wesentliche Implikation einer tatsächlich keynesianischen Politik kann dann umgangen werden, wenn die Verteilungspolitik *anhaltend* durch Staatsdefizite ersetzt wird. Im Grunde genommen redet P.A. Samuelson bereits 1940 einer solchen Politik das Wort, wenn er Staatsdefizite nicht mehr als eine Sache des "Pump Priming" versteht, sondern als "Compensatory Finance",<sup>4</sup> die kompensierende Verteilungspolitik ersetzt. In der Folge wurde dann darüber nachgedacht, daß die Staatsschulden gefahrlos zins- und tilgungsfrei bei der Zentralbank unterzubringen wären.<sup>5</sup>

Besonders die Praxis seit den 70er Jahren hat den Gedanken der Compensatory Finance und die Frage der Plazierung der Staatsschuld so miteinander verbunden, daß anhaltende Staatsdefizite auf dem privaten Kreditmarkt finanziert wurden. So konnte man den Konflikt mit der Unternehmerschaft umgehen und überdies den Banken zu sicheren Zinseinnahmen verhelfen.<sup>6</sup> Dies erklärt, aus welchem Grund seit Mitte der 70er Jahre die Staatsschulden - zunächst zum kleineren Teil - von aktionsunfähigen sozialdemokratischen Regierungen, dann aber - zum weitaus größeren Teil - von rechten Regierungen angehäuft wurden. Denn gerade diese konnten sich zu einer Verteilungspolitik zugunsten des Massenkonsums nicht verstehen - andererseits aber mußten auch sie im Interesse der Unternehmerschaft und ihrer eigenen Wiederwahl verhindern, daß die Nachfrage ins

<sup>2</sup> J.M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1955, S. 322f.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 318f.

<sup>4</sup> P.A. Samuelson, Theory of Pump Priming Re-examined, in: American Economic Review, Vol. 30/1940.

<sup>5</sup> A.M. Musgrave, Theorie der öffentlichen Schuld, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. III, Tübingen 1958, S. 2, S. 136f., J. Tobin, An Essay on Principles of Debt Management, in: Commission in Money and Credit, Fiscal and Debt Management Policies, Englewood Cliffs, N.Y. 1963, S. 175-210; deutsch (in Auszügen): Eine Abhandlung zur Theorie der Schuldenpolitik, in: H.C. Recktenwald (Hg.) Finanztheorie, Köln 1970, S. 472-481; J.Tobin, Grundsätze der Staatsschuldenpolitik, Baden-Baden 1978.

<sup>6</sup> H. Schui und H. Hopf, Bankgewinne und Staatsverschuldung, in: WSI-Mitteilungen 1/1981, S. 42-50.

Bodenlose sinkt. So erklären sich die italienischen Staatsschulden aus der christdemokratischen Ära, das rasche Ansteigen der Staatsschulden in Deutschland während der Regierungszeit Kohls und dasselbe Phänomen in den USA in der Ära der republikanischen Regierungen Reagan und Bush.

Nach dem Krieg allerdings hatte sich in allen westlichen Industrieländern zunächst das wohlfahrtsstaatliche Konzept auf der Grundlage von Verteilungspolitik durchsetzen können, nicht als Geschenk verständiger Politiker (Roosevelt) oder erleuchteter Industrieller (Ford), sondern weil der politische Druck "von unten" einer solchen Politik zur Vorherrschaft verholfen hatte. In den meisten Ländern war dies von einem Regierungswechsel begleitet, der Parteien eines reformerischen, sozialdemokratischen Typs an die Macht brachte; gelegentlich auch, so in Westdeutschland, betrieb eine konservative Regierung angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse durch Verbesserung des Sozialsystems, durch eine zunächst ausgeprägte Steuerprogression usw. keynesianische Einkommenspolitik. Das wesentliche Merkmal dieser Sozialstaaten war eine veränderte Verteilung der Macht, was sich, in formalen ökonomischen Kategorien ausgedrückt, häufig als politische Regulierung des Wettbewerbs ausdrückte, so die Festigung des Angebotskartells der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt, die Zwangsmitgliedschaft in den Sozialversicherungen, eine große Anzahl öffentlicher Unternehmen, Stabilisierung der Wechselkurse durch internationale Abmachungen und dergleichen mehr.

Starke Gewerkschaften waren nach dem Krieg in der Lage, Lohnerhöhungen durchsetzen und die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen. Parlamentsmehrheiten konnten durch hohe Unternehmenssteuern mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst finanzieren, und zwar nicht irgend eine Beschäftigung, sondern qualifizierte Tätigkeit, die als öffentliche Gratsleistung den Lebensstandard der Bürger steigerte. Im Ansatz waren damit zwei wesentliche Voraussetzungen für den Sozialstaat erfüllt: Zum einen Konfliktbereitschaft, d.h. das Sich-nicht-abfinden-Wollen mit dem gegebenen Zustand, und zum anderen Erkenntnisse über die Funktionsweise des sozialökonomischen Prozesses und die politischen Eingriffsmöglichkeiten, die, was bedeutend ist, eine große Verbreitung gefunden hatten. Hier bahnte sich ein gesellschaftlicher Prozeß an, der bei positivem Ausgang zu folgendem Ergebnis geführt hätte: Die Mitglieder der Gesellschaft finden sich in Kollektiven zusammen, um ihr Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu vergrößern, zu verallgemeinern, aufeinander abzustimmen und weiterzuentwickeln, um auf dieser Grundlage gemeinsame Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Dies schließt neben anderem soziale Intelligenz und soziales Lernen ein. Denn schließlich lassen sich die Mängel im entwickelten Kapitalismus, so allem voran die Arbeitslosigkeit, nicht durch individuelle Tüchtigkeit beheben. Die gesellschaftliche Institution für all dies ist kollektive Interessenvertretung als partizipative Massendemokratie, als Gewerkschaft, oder gegebenenfalls auch als gesellschaftliche Initiative mit besonderem Ziel. Der Staatszweck ist in diesem



Zusammenhang ebenfalls skizziert: Seine Rolle ist die zunehmende Aneignung und die Organisation der Verwendung eines Teiles des gesellschaftlichen Überschusses. Er hat den Rahmen zu bilden, in dem sich der Prozeß des kollektiven politischen Lernens und der Konstitution des politischen Willens vollzieht. Er ist, was seine Aufgaben angeht, Adolph Wagners Staat mit seinem Kultur- und Wohlfahrtszweck sehr ähnlich. Seine Tätigkeit nimmt in dem Ausmaß zu, in dem die Arbeitsproduktivität steigt, der so erzeugte zusätzliche Überschuß aber zum größeren Teil nicht für die Bildung von privatem Realkapital verwendet werden kann. Der Sozialstaat muß sich demnach mit der Produktivkraft entwickeln, soll diese wohlfahrtsvermehrend genutzt werden.

### Die Beseitigung des Sozialstaates: Das Ende der Aufklärung

All dies beschreibt nichts anderes als die Fortführung der Tradition der Aufklärung, den Anspruch der Vernunft als Anspruch darauf, sich die soziale Umwelt rational (d.h. wissenschaftlich) anzueignen - nicht nur im Sinne der passiven Kenntnis, sondern der aktiven, kollektiven Gestaltung. Hiergegen richtet sich der Neoliberalismus entschieden. Hayek schreibt: "Der springende Punkt ist, daß es unendlich viel schwerer ist, logisch zu erfassen, warum wir uns Kräften, deren Wirkungen wir nicht im einzelnen verfolgen können, unterwerfen müssen, als dies zu tun aus demütiger Ehrfurcht, die die Religion oder auch nur die Achtung vor den Lehren der Nationalökonomie einflößte".<sup>7</sup> "Das System funktioniert unter der Bedingung, daß der einzelne bei seiner Teilnahme an sozialen Prozessen bereit und willig sein muß, sich Änderungen anzupassen und Konventionen zu unterwerfen, die nicht das Ergebnis vernünftigen Planens sind ...", und daß der einzelne die Bereitschaft haben muß, "... sich im allgemeinen den Ergebnissen sozialer Prozesse zu unterwerfen, die niemand geplant hat und deren Ursachen vielleicht niemand versteht ..." <sup>8</sup>

Die Gesellschaft, die der Neoliberalismus fordert, ist demnach zutiefst unpolitisch; ihre einzelnen Mitglieder sind unwissend. Ihre Festigkeit und ihren Bestand verdankt diese Gesellschaft der Unterwerfung. Hier scheint sich der Neoliberalismus im Gegensatz zum Kapitalismus zu bewegen, denn schließlich sind Bourgeoisie und Kapitalismus untrennbar mit der Aufklärung verknüpft. "Das sich herausbildende bürgerliche Denken setzt die Vernunft autonom und als aktive Vernunft. Und im Laufe der Entwicklung wird sie für die klassische bürgerliche Philosophie gleichsam Alles - vor allem Subjekt, Aktivität, Tätigkeit, schließlich Tätigsein; Mittel der Kritik des Bestehenden, Vermögen der Naturbeherrschung und der Gesellschaftsgestaltung. Sie wird als jene Kraft ausgegeben, die den Menschen in die Lage versetzt, sich von der überlieferten Ideologie

<sup>7</sup> F. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, München 1991, S. 254.

<sup>8</sup> F. Hayek, *Wahrer und falscher Individualismus*, in: *ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Band I, 1948, S. 38f.

freizumachen, die Natur zu beherrschen und die überkommene gesellschaftliche Ordnung zu verändern. Und darin war eingeschlossen, daß sich der Mensch selber, in Unabhängigkeit von jedweder Autorität und jedem Gegebenen oder Positiven, das heißt: völlig autonom, kraft der Vernunft in den Griff bekommt. Die klassische bürgerliche Philosophie setzt deshalb die Vernunft als identisch mit bürgerlichem Denken und bürgerlicher gesellschaftlicher Entwicklung. Insofern war dieses Alles des klassischen bürgerlichen Denkens, das es 'Vernunft' nannte, gleichbedeutend mit dem Anspruch, Natur und Gesellschaft rational zu beherrschen.<sup>9</sup> Hayek setzt dem seine Kritik an der Vernunft entgegen: Es gibt einen "Mißbrauch und Verfall der Vernunft"<sup>10</sup>, der "die Kräfte der Gesellschaft in derselben Weise zu beherrschen (sucht), wie dies bei der Beherrschung der Kräfte der Natur gelungen ist (...). Dieser Weg führt nicht nur zum Totalitarismus, sondern auch zur Vernichtung unserer Kultur und mit Sicherheit zur Verhinderung des Fortschritts in der Zukunft".<sup>11</sup> Es handelt sich hierbei, so Hayek, um eine "rationalistische und konstruktivistische Sicht, die eine bewußte Konstruktion der Gesellschaft auf der Grundlage der Vernunft fordert".<sup>12</sup> Hayek betont in diesem Zusammenhang ausdrücklich seine Gegnerschaft zur Philosophie etwa Descartes, Voltaires und Rousseaus. Damit ist die entscheidende Frage der Gegenwart gestellt, der sich die Sozialwissenschaft - und hierin eingeschlossen die Philosophie -, soweit sie sich politisch versteht, annehmen muß.

Warum die neoliberale Aversion gegen aufklärerische Vernunft mit dem Anspruch der bewußten gesellschaftlichen Gestaltung, von der behauptet wird, daß sie uns zur Knechtschaft führte? Objektive Grundlage dieser Gegnerschaft ist ein Kapitalismus, der seine Kapitalknappheit überwunden hat und der nur durch Ausdehnung des individuellen und kollektiven Konsums zu Vollbeschäftigung kommen kann. Dies impliziert die bereits erwähnte neue Rolle des Staates. Damit kann der Kapitalismus sein Glückversprechen vom Wohlstand der Nation nur noch dann erfüllen, wenn die Politik im obigen Sinne mehr und mehr an die Stelle von Markt und Wettbewerb als wirtschaftliches Koordinationsinstrument tritt. Dies bedeutet Verlust an individueller Entscheidungsautonomie - und zwar, dies ist der springende Punkt, nicht für alle Schichten und Klassen. Denn diejenigen, die ihren Lebensunterhalt durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft bestreiten, gewinnen Autonomie dazu, wenn es für jeden Erwerbsarbeit gibt, wenn der Sozialstaat einen Schutz gegen allgemeine Lebensrisiken bietet. (Die ideologische Arbeit der Neoliberalen besteht darin, dies als Bevormun-

<sup>9</sup> M. Buhr, G. Irrlitz, *Der Anspruch der Vernunft. Die klassische deutsche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus*, Köln 1976, S. 16.

<sup>10</sup> F. Hayek, *Mißbrauch und Verfall der Vernunft. Ein Fragment*, Frankfurt a. M. 1959.

<sup>11</sup> F. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, a.a.O., S. 254.

<sup>12</sup> F. Hayek, *Liberalismus*, Walter-Eucken-Institut. Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1979, S. 6.



dung, als Verlust von Autonomie abzutun.) Unternehmerschaft und Rentiers dagegen müssen an Autonomie verlieren, im Grundsatz deswegen, weil die Regulierung des gesellschaftlichen Prozesses nun zunehmend nicht mehr auf dem Individuum als letzter Entscheidungsinstanz (und auf Markt und Wettbewerb als dazugehörige Institution und Organisationsform) beruht, sondern auf der kollektiven Willensbildung der "Massen".

## Eigentumsrechte und Output

Die Frage der Selbstbestimmung, der Autonomie ist mit den Eigentumsrechten verbunden, aber keineswegs in dem einfachen Sinn, daß der Unternehmerschaft genommen würde, um es den Nicht-Privilegierten zu geben. Denn auf der Basis der nicht gelösten Realisierungsfrage stellt sich die Sache komplizierter: Wenn die Kapitalisten zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden (etwa durch eine Wertschöpfungssteuer), so stellt dies keinen Abzug vom Gewinn dar, sondern führt zu vermehrtem Output. Der Wohlfahrtsstaat findet seine ökonomische Basis im Grundsatz nicht in einer Übertragung von industriellem Profit an die Arbeiterschaft, sondern in zusätzlicher Produktion. Er bewirkt die Nutzung bis dahin brachliegender ökonomischer Ressourcen. Warum ist das so? Weil eine Wertschöpfungssteuer zu vermehrten öffentlichen Ausgaben in gleicher Höhe führt, so daß Nachfrage, Produktion, Verkaufserlöse und Einkommen steigen. "Bezahlt" wird die Wertschöpfungssteuer folglich aus zusätzlichen Verkaufserlösen als Folge vermehrter (öffentlicher) Ausgaben. Mit den Gewinnen verhält es sich übrigens analog. (Die Wirtschaftstheorie hat dies seit den 30er Jahren wiederholt klargestellt.<sup>13</sup>) Bei gegebener Lohnsumme und - zur Vereinfachung unterstellt - bei gleich hohen Konsumausgaben der Arbeiter richtet sich die Höhe des Output nach der Nachfrage der Gewinnbezieher nach Investitions- und Konsumgütern. Je höher diese, um so höher die Produktion und der Erlös - und der Gewinn als Differenz zwischen Erlös und Lohnkosten. Auch wenn man die Aussagen zu den Wirkungen der gestiegenen öffentlichen Ausgaben und den privaten Investitionsausgaben miteinander kombiniert, zeigt sich, daß die Gewinnsumme durch die Steuer nicht gesenkt wird. (All dies gilt in dieser Einfachheit sicherlich bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung - aber der Wohlfahrtsstaat beabsichtigt ja nicht, über diesen Punkt hinauszugehen.) Eine weitere Illustration des Sachverhaltes ergibt sich, wenn die Abschaffung einer bis dahin existierenden Sozialstaatssteuer unterstellt wird: Es

<sup>13</sup> Erste Bemerkungen dazu finden sich in Keynes "Vom Gelde"; dann: M. Kalecki, *Theory of Economic Dynamics: An Essay on Cyclical and Long Run Changes in Capitalist Economy*, in: Jerzy Osiarynski (Hrsg.), *Collected Works of Michal Kalecki*, Volume II, Oxford 1991, S. 239, deutsch: Michal Kalecki, *Die Bestimmungsgrößen der Profite*, in: M. Kalecki, *Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933-1971*, Marburg 1987, S. 133-147. Eine umfassende, aber einfache Lehrbuchdarstellung findet sich bei Amit Bhaduri, *Macroeconomics*, London und Basingstoke 1986, deutsch: *Makroökonomie. Die Dynamik der Warenproduktion*, Marburg 1988, des weiteren N. Kaldor, *Alternative Theories of Distribution*, in *Review of Economic Studies* Vol. 23.

sinkt nun der Output, ohne daß die Gewinne zunehmen würden. (Dies sagt allerdings noch nichts über die Höhe der Gewinnquote aus.) Aber auch wenn der industrielle Profit nicht durch die Sozialstaatsabgaben geschmälert wird (von allfälligen negativen Wirkungen dieser Abgaben auf die Investitionsneigung wird abgesehen) - für das Rentiereinkommen verhält es sich anders. Denn je niedriger zur Investitionsverstärkung der von der Zentralbank gesetzte Zins ist, um so geringer der Kreditzins und die Dividende. Damit verbleibt mehr Gewinn bei den Unternehmen. Hier werden die Eigentumsrechte am laufenden Output zwischen Unternehmen und Unternehmern auf der einen und den Rentiers auf der anderen Seite politisch anders verteilt. Man muß allerdings beachten, daß das Rentiereinkommen zu einem recht großen Teil nicht aus Forderungen gegenüber dem privaten Sektor, sondern gegenüber dem Staat besteht. Der niedrige Zins verteilt hier zugunsten des Staates um.

Damit ist zur Verteilung der Eigentumsrechte durch den Wohlfahrtsstaat zurückzukommen. Offenbar führt eine vermehrte Zuteilung von Eigentumsrechten an der Stromgröße Output an den Staat bzw. an die hauptsächlichsten Nutznießer sozialer Leistungen zu mehr Output - hier schafft sich das Eigentumsrecht seinen materiellen Gegenstand - während eine vermehrte Zuteilung von Eigentumsrechten an die Kapitalisten den Output sinken läßt, so daß das Eigentumsrecht bei seiner Zuteilung materiell entleert wird.<sup>14</sup> Damit wird eines klar: Der entwickelte Kapitalismus kann sein genuines Wohlfahrtsversprechen nur dann einlösen, wenn die Eigentumsrechte in Bezug auf den produzierbaren Output nicht dem Wettbewerb überlassen werden, also einer Art anonymer Vernunft, die verborgen hinter den Dingen tätig ist, sondern wenn der Zuteilungsmodus Gegenstand einer expliziten Vernunft ist, was der Regulierung und auch Suspendierung des Wettbewerbs entspricht. Da nur das Kollektiv die dazu nötigen Regeln bewußt ausüben kann, muß sich die Funktion des Staates ändern. Er schützt nicht mehr einfach das Regelwerk der marktlichen Prozeduren, indem er etwa die Eigentumsrechte, die der Markt hervorbringt, anerkennt und schützt, sondern er verteilt die Eigentumsrechte entsprechend den Wohlfahrtszielen. Dies setzt voraus, daß der Staat vom Wohlfahrtsinteresse geleitet wird. Hierbei kann gegebenenfalls eingeräumt werden, daß in vorangegangenen Entwicklungsetappen diese anonyme Vernunft dem Wohlfahrtsziel angemessen war, aber die Verfolgung desselben Zieles stellt nun höhere Anforderungen. Die nötigen staatlichen Kompetenzen hinsichtlich der Eigentumsrechte und das Wohlfahrtsziel als Ausdruck des mehrheitlichen Interesses, diese Kompetenzen zielgerichtet zu nutzen, kennzeichnen diejenige Demokratie, die erforderlich ist, um

<sup>14</sup> Damit ist der Grundsatz der Sache dargestellt. In der Praxis ist zu beachten, daß die Senkung einer Steuer die Gewinnbezieher gegebenenfalls zu höheren Ausgaben, besonders für Konsum, veranlassen kann. Dann ist die entgangene Produktion in dem Ausmaß niedriger als die Höhe der Steuersenkung, in dem die Ausgaben der Gewinnbezieher ansteigen.



den Kapitalismus durch Wohlfahrt zu legitimieren. Demokratie, Wohlfahrt und materielle Kapitalismuslegitimation sind nun untrennbar miteinander verknüpft.

Damit aber das Wohlfahrtsziel durchgehalten werden kann, muß sich diese Demokratie als eine Massenbewegung darstellen, die - wie skizziert - charakterisiert ist durch Wissen, Lernen und Sich-bewußt-Werden eines kollektiven Interesses. Die Beständigkeit des Wohlfahrtsziels kann im Grundsatz nicht von einer aufgeklärten Obrigkeit, einem wohlwollenden Diktator oder von machiavellistischen Strategien gewährleistet werden, obwohl auch hier die Dialektik und Dynamik der Sache zu beachten ist. Wagners Präventivprinzip kann dies verdeutlichen: Zunächst ist die Ausdehnung des Staatszweckes auf den Kultur- und Wohlfahrtszweck motiviert durch das Ziel des Erhaltes der gegebenen Machtverhältnisse (präventiv in diesem Sinne); aber diese Zwecke, einmal formuliert, können ihre eigene Dynamik haben: Die wohlmeinende Virtù des Herrschers kann, wenn die von ihm eingerichtete politische Herrschaft - deswegen - Bestand hat, zu einer kollektiven Virtù werden, zu einem dem Ziel angemessenen allgemeinen politischen Bewußtsein. Auch dies ist für die Position des eher aristokratischen Keynes zur partizipativen Massendemokratie zu beachten.

### Weitergehende Implikationen des Wohlfahrtsstaates

Man darf sich allerdings nicht darüber täuschen: Die Vorstellung, daß die Kapitalisten einen Teil ihrer Macht hergeben könnten, um die Hauptsache davon zu behalten, zielt auf einen sehr labilen Zustand ab. Keynes' Entwurf hat ja zunächst folgendes Aussehen: Eine "ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen" verstetigt die Investitionsausgaben. (In dieselbe Richtung wirkt ein niedriger Zins.) Folglich ist es "nicht der Besitz der Erzeugungsgüter, deren Aneignung wichtig für den Staat ist. Wenn der Staat die der Vermehrung dieser Güter gewidmete Gesamtmenge der Hilfsmittel und die grundlegende Rate der Belohnung an ihre Besitzer bestimmen kann, wird er alles erfüllt haben, was notwendig ist"<sup>15</sup>. Wenn also die Investitionsausgaben durch Politik möglichst schwankungsfrei auf einem hinreichenden Niveau gehalten werden und die Sparpläne durch Einkommenspolitik - der Staat bestimmt "die Rate der Belohnung" für die Eigentümer des Realkapitals - diesen Investitionsplänen angepaßt sind, dann sind die Reproduktionsprobleme des entwickelten Kapitalismus bereinigt. Sind sie es wirklich? Da ist mit der Frage des Ausweichens vor der staatlichen Gewinnfestsetzung durch Direktinvestitionen im Ausland umzugehen; es kann sein, daß die Unternehmer ihre Mitwirkung bei der Investitionsplanung verweigern, in diesem Fall sind gegebenenfalls ganze Industriezweige zu nationalisieren; es wird einen ständigen politischen Kampf um die politische Festlegung der Gewinne geben. Die Kapitalisten werden

<sup>15</sup> J.M. Keynes, Allgemeine Theorie..., a.a.O., S. 319.

anhaltend auf der Lauer liegen, ihre Propaganda verstärken, um von diesen Regulierungen freizukommen. Hinzu kommt das Interesse der Rentiers, für die Keynes durch niedrige Zinsen den "sanften Tod" vorgesehen hatte. Was werden also die Geldvermögensbesitzer tun, um ihrer heimlichen Ausrottung entgegenzuwirken?

So kann es kommen, daß die Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates mehr verlangt als nur eine Neuverteilung der Eigentumsrechte an der Stromgröße Output: Das Eigentum an der Bestandsgröße Realkapital kann nun ebenfalls zur Debatte stehen. Will man aber all diese politischen Implikationen durchhalten, dann geht dies nur mit einer Demokratie, die die oben beschriebenen Eigenschaften hat. Dieser politische Prozeß insgesamt, von der Verwirklichung des keynesianischen Entwurfes bis hin zu dessen Implikationen, bedeutet nichts anderes als, so Hayek, den Versuch, "die Kräfte der Gesellschaft in derselbe Weise zu beherrschen, wie das bei der Beherrschung der Kräfte der Natur gelungen ist." Und es ist dieser Machtverlust, der die Gegnerschaft des Neoliberalismus zur gesellschaftlichen Vernunft ausmacht.

### Der Neoliberalismus: Unpolitisch sein, angepaßt und tüchtig im Leben

Gegen den Anspruch, die Aufklärung rigoros fortzusetzen, mußte sich der Kapitalismus entschieden zur Wehr setzen. Dies allerdings nicht sogleich. Die Nachkriegszeit hatte vielmehr gezeigt, daß wegen der gesellschaftlichen Erschütterungen des Krieges und der vorangegangenen Wirtschaftskrise das Kapital zunächst durch die Wahlsiege reformerischer Parteien überrumpelt wurde. Aber wenn diese Parteien nicht nachhaltig genug mehr Demokratie wagen, wenn das theoretische Verständnis der eigenen Reformen zunehmend - auch im Bewußtsein der Massen - verblaßt, man sich vor den Implikationen der begonnenen Reformen selbst fürchtet, wenn dann noch einige außenwirtschaftliche Ereignisse wie die Erhöhung der Ölpreise in einem beginnenden Konjunkturabschwung dazukommen, und dies von der Unternehmerseite mit Sparappellen erfolgreich ausgeschlachtet wird, wenn eine kleinbürgerliche radikale Linke sich so antietatistisch gebärdet, daß sich viele von ihnen für einen schlanken Staat begeistern, dann muß das Pendel zugunsten der Kapitalisten umschlagen.

Die theoretischen und ideologischen Vorkehrungen hierzu hat der Neoliberalismus getroffen. Im wesentlichen zentrieren sich seine Aussagen um die folgenden Punkte:

(1) Aus Gründen der Freiheit darf dem Kapitalismus kein Ziel wie soziale Gerechtigkeit oder Maximierung der Wohlfahrt von Außen vorgegeben werden.

(2) Die Menschen sind uninformiert und werden es bleiben.



(3) Die üblichen demokratischen Institutionen werden mißbraucht, oder ein Mehrheitswille ist nicht durch Wahlen feststellbar.

Die Vorzüge des Marktes als Institution und des Wettbewerbs als Organisationsform sieht der Neoliberalismus nicht darin, daß sie eine unerlässliche Voraussetzung für die Maximierung der Produktion wären. Dies sind die Argumente der Klassik und auch der Neoklassik - wenngleich diese (eher statisch) die Allokationseffizienz des Marktes sehr betont. Markt und Wettbewerb sind, so der Neoliberalismus, vielmehr deswegen überlegen, weil sie in den Köpfen und Praktiken von Individuen "eingeschlossene" Wissensfragmente entdecken und vergesellschaften. Der Wettbewerb, so Hayek, muß verstanden werden als ein "Entdeckensprozeß" individuellen Wissens, nicht als ein Garant für Massenwohlfahrt. Der Markt vermittelt Information nicht nur in Form der Preisbildung, sondern durch den Wettbewerb werden überlegene Verfahren und Verhaltensweisen ausgesiebt. Überlegen ist hierbei, was zu persönlichem Erfolg und Wohlstand verhilft, zumindest aber das Überleben sicherstellt. Überlegenheit wird in dieser Weise als Anreiz und Vorbild erfahrbar und fordert so zur Nachahmung auf.

Dieser Gedanke beruht auf zwei wichtigen Annahmen: Erstens ist gesellschaftliches Wissen im Gegensatz zu naturwissenschaftlichem zum größten Teil "stilles" Wissen, d.h. es ist "in erster Linie nicht artikuliertes Wissen, sondern ein Wissen, das zwar in Form von Regeln beschreibbar ist, das das Individuum jedoch nicht in Worten ausdrücken kann, sondern nur in der Praxis zu befolgen fähig ist."<sup>16</sup> Da dieses Wissen zudem auf zahllose Individuen verstreut ist, "jeder deshalb in Unkenntnis der meisten Tatsachen ist, auf denen das Funktionieren der Gesellschaft beruht"<sup>17</sup>, ist es unmöglich, gesellschaftliches Zusammenleben bewußt zu gestalten und planend zu formen. Zweitens vollzieht sich soziales Lernen in der Hauptsache durch unreflektierte Sozialisation: "(...) der Mensch", so Hayek, "lernt durch die Enttäuschung von Erwartungen"<sup>18</sup>, d.h. durch Versuch und Irrtum beziehungsweise durch allmähliche Dressur. Vernunftgeleitetes Lernen auf der Grundlage intellektueller Einsicht in die Zusammenhänge und Funktionsweise der besonders sozialen Umwelt ist, wenn nicht völlig ausgeschlossen, so doch nicht konstitutiv für den Menschen als soziales Tier. Damit ist das Menschen- und Gesellschaftsbild des Neoliberalismus bereits auf den Punkt gebracht: Der Mensch ist verdammt zu ewiger Unkenntnis. Gefangener im Dickicht allgemeiner Unübersichtlichkeit, ein blindes Gewohnheitstier, das im Dunkeln tappt. (Eine Ausnahme bilden die Verfasser neoliberaler Theorien, die wissen, was gut für die Menschen ist.) Er kann sich allein individuelle Überlebens- und Bereicherungspraktiken an-

<sup>16</sup> F. Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Bd.1: Regeln und Ordnung, München 1980, S. 30 und 34.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>18</sup> F. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971, S. 40.

eignen, mehr lassen die von erfolgreichen Personen ausgesandten Signale nicht zu. Ein Weg aus dieser nicht selbstverschuldeten, sondern natürlich gegebenen Unmündigkeit ist nicht bekannt. Denn, wie gesagt, das "System funktioniert unter der Bedingung, daß der Einzelne bei seiner Teilnahme an sozialen Prozessen bereit und willig sein muß, sich Änderungen anzupassen und Konventionen zu unterwerfen, die nicht das Ergebnis vernünftigen Planens sind, (...)". Er muß die Bereitschaft haben, "(...) sich im allgemeinen den Ergebnissen sozialer Prozesse zu unterwerfen, die niemand geplant hat und deren Ursachen vielleicht niemand versteht (...)"<sup>19</sup> Dies ist das Grundprinzip der "Großen", der "Spontanen Ordnung", oder "Offenen Gesellschaft", wie Karl Popper sie nennt. Ihr Bestand, ihre Stabilität beruht auf Unterwerfung unter sogenannte kulturelle Verhaltensregeln, die den Handlungsspielraum des Einzelnen festlegen: Privateigentum, Vertragsfreiheit, formale Gleichheit vor dem Recht, Ehrlichkeit und Sparsamkeit.

Warum jedoch ist eine solche sklavische Akzeptanz liberaler Grundwerte ohne jede weitere Diskussion erforderlich? Die Antwort ist einfach und unromantisch: Anders ist Überleben nicht möglich, eben weil der Mensch von Natur aus unwissend ist. Dies beweist sich auch daran, daß die "Große Ordnung" (und ihre Regeln) nicht etwa von einer besser informierten Elite entdeckt und der Masse aufgezwungen worden wäre, sondern daß sie selbst das Ergebnis einer langen kulturellen Evolution und, in diesem Sinn, "spontan" ist. Hayek und mit ihm andere neoliberale Autoren verstehen Menschheitsgeschichte als einen allmählichen Disziplinierungsprozeß, in dessen Verlauf tribalistische kollektive Instinkte des Menschen schrittweise unterdrückt wurden zugunsten der Entfaltung individueller Eigentätigkeit im Rahmen immer abstrakterer allgemeiner Verhaltensregeln. Was aus neoliberaler Sicht die 'Offene Gesellschaft' jedoch über ihre bloße Überlebensfähigkeit hinaus als Ausdruck zivilisatorischen Fortschritts empfiehlt, ist die individuelle Freiheit, die sie ihren Mitgliedern ermöglicht. Bei näherem Besehen stellt sich diese Eigenschaft der "Spontanen Ordnung" allerdings als wenig überzeugend heraus. Nicht nur muß diese Freiheit durch Unterwerfung erkaufte werden. Sie ist zudem allein negative Freiheit, d.h. sie besteht allein in der Abwesenheit von Zwang. Dieser wiederum kann nur bei zwischenmenschlichen Beziehungen ins Spiel kommen. Zwang besteht nur, soweit seine Ausübung persönlich beabsichtigt ist, er kann jedoch nie Eigenschaft eines gesellschaftlichen Systems sein. Was dies bedeutet, wird in folgender Bemerkung Hayeks über die Lage eines Arbeitsuchenden nur zu deutlich: "Auch wenn ihn selbst und vielleicht seine Familie die Gefahr des Hungers bedroht und ihn 'zwingt', eine ihm widerwärtige Beschäftigung für einen sehr geringen Lohn anzunehmen und er der 'Gnade' des einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist, ihn zu beschäftigen, so ist er doch weder von diesem noch von irgend jemand anderem in unserem Sinn gezwungen. Solange die Handlung, die seine Schwierigkeiten verur-

<sup>19</sup> F. Hayek, *Wahrer und falscher Individualismus*, in: *ORDO - Jahrbuch*, a.a.O., S. 38f.



sacht hat, nicht bezweckte, ihn zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen zu zwingen, solange die Absicht der Handlung, die ihn schädigt, nicht ist, ihn in den Dienst der Ziele eines anderen zu stellen, ist ihre Wirkung auf seine Freiheit keine andere als die einer Naturkatastrophe - eines Feuers oder einer Überschwemmung, die sein Heim zerstört, oder eines Unfalls, der seine Gesundheit schädigt.<sup>20</sup> Die "Freiheit zu verhungern" wird ausdrücklich als Wert im Sinne negativer Freiheit gutgeheißen. Eine partizipative Demokratie, gestützt auf informierte und lernbereite Menschen, die selbst ihr Geschick bewußt und planvoll als Kollektiv gestalten wollen, um ihre Lebenslage den entwickelten technischen und ökonomischen Möglichkeiten entsprechend zu verbessern, ist vom Neoliberalismus nicht vorgesehen. Denn - wie gesagt - ein von außen vorgegebenes Ziel mindert die Überlebenswahrscheinlichkeit, beschränkt die Freiheit, kurz, es ist angesichts naturgegebener menschlicher Unzulänglichkeit nicht angemessen. Folglich werden auch demokratische Institutionen nicht halten können, was man sich von ihnen verspricht. Wo der Staat es sich jedoch zur Aufgabe macht, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, wird er unweigerlich zum Spielball von Partikularinteressen. Indem er organisierte kollektive Interessenvertretung auf Massenbasis nicht nur zuläßt, sondern aktiv unterstützt (gemeint ist das Zusammenspiel von Staat und Gewerkschaften), wird der Staat in einem System, das auf der Grundlage von Mehrheitsverfahren funktioniert, zu deren Opfer. Denn solche Organisationen werden ihren Vorteil dazu nutzen, Wettbewerbsbeschränkungen durchzusetzen, demokratische politische Institutionen für ihre spezifischen Interessen zu funktionalisieren und die Gesellschaft durch den Mißbrauch staatlicher Machtmittel auszuplündern. Das Resultat sind politische Korruption und wirtschaftliche Stagnation und Krise.

Besondere Zielscheibe neoliberaler Kritik sind in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften als diejenige gesellschaftliche Gruppe, die sich in besonderem Maß des Staates bemächtigt habe, und den überwiegenden Teil aller Wettbewerbsbeschränkungen verursacht hat. Dies unterscheidet neoliberaler Argumentation zufolge das sogenannte Arbeitsmonopol vom Unternehmensmonopol, das auf Leistung (im Gegensatz zu parasitärem Mißbrauch des Staatsapparates) beruht und das zudem in der Regel nur vorübergehend existiert. Lassen wir Hayek einmal mehr zu Wort kommen: "Während sich die öffentliche Empörung und infolgedessen auch die Gesetzgebung beinahe vollständig gegen die selbstsüchtigen Handlungen einzelner Monopolisten (...) gerichtet hat (...), ist das, was die Marktordnung hauptsächlich zu zerstören droht, gar nicht die selbstsüchtigen Handlungen einzelner Firmen, sondern die Selbstsucht organisierter Gruppen. Diese haben ihre Macht weitgehend durch die Unterstützung gewonnen, die ihnen die Regierung dabei gewährt hat, jene Manifestationen individueller Selbstsucht zu unterdrücken, die ihr Handeln in Schach gehalten hätten.

<sup>20</sup> F. Hayek, *Verfassung der Freiheit*, a.a.O., S. 166.

(...) Daß das, was moralisch falsch ist, nicht das Monopol, sondern nur die Verhinderung von Wettbewerb ist (...), sollten sich besonders jene "Neoliberalen" vor Augen halten, die glauben, sie müßten ihre Unparteilichkeit dadurch beweisen, daß sie gegen alle Unternehmensmonopole genauso wettern wie gegen alle Gewerkschaftsmonopole, wobei sie vergessen, daß Unternehmensmonopole häufig das Resultat besserer Leistung sind, während alle Gewerkschaftsmonopole auf der zwangsweisen Unterdrückung des Wettbewerbs beruhen".<sup>21</sup> Diese Kritik des modernen Staates als schwache Beute großer parasitärer Interessenverbände wird, neben von Hayek selbst, vor allem von einigen Vertretern der Theorie der kollektiven Entscheidungen (public choice Theorie, hier insbesondere Mancur Olson) und von Mitgliedern der Chicago-Schule vertreten. Sie ist darüber hinaus in abgewandelter Form seit einigen Jahren auch unter dem Stichwort "rent-seeking" auf den Entwicklungsstaat in der Dritten Welt angewandt worden.

Der allgemeine Pessimismus, der so gegenüber der modernen partizipativen Massendemokratie verbreitet wird, wird schließlich weiter bestärkt durch Beiträge aus dem Bereich der Theorie der kollektiven Entscheidungen, die den modernen Staat als tyrannische Bürokratie sehen. Im Gegensatz zu der weiter oben erwähnten Argumentation erscheint hier der Staat als machtvoller, jedoch egoistische Organisation, bestehend aus selbstsüchtigen Bürokraten, die nicht im Interesse der Gesellschaft, sondern allein im unmittelbaren Eigeninteresse des Staates oder ihrer jeweiligen Ressorts handeln. Damit wird der moderne Staat zwar aus anderen Gründen, deshalb jedoch nicht weniger nachhaltig, als undemokratisch und korrupt abgestempelt.

Die Vorstellung des Staates als Beute ist ebenfalls auf die Stellung der Zentralbank anzuwenden. Ist sie parlamentarisch kontrolliert, so wird sie ebenfalls zur Beute parasitärer Interessenverbände, die dann nicht nur den Staat, sondern als begehrliche Politiker auch das Geldwesen ruinieren. Eine aus der Demokratie ausgegliederte Zentralbank dagegen kann durch hohe Zinsen den Rentier revitalisieren und auch sonst sozialstaatliche Politik radikal behindern. Sie steht dem Ziel, die Politik an das Interesse einer einsichts- und daher handlungsfähigen Masse zu binden, entschieden entgegen. Zwei Fragen allerdings bleiben auch in dieser neoliberalen Argumentation offen: Kann die Zentralbank zu einer tyrannischen Bürokratie werden und weiter, wie ist zu erklären, daß das internationale Geldwesen besonders in einer Periode stabil war, in der die Zentralbanken von den Weisungen der Finanz- und Wirtschaftsministerien unmittelbar abhingen?

Die neoliberale Gegenauflärung setzt also alles daran, die Hoffnung auf informierte und politische Menschen zu zerstören, die sich der Institution des demokratischen Staates bedienen, um ihre Lebenslage zu verbessern.

<sup>21</sup> F. Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Bd.3, a.a.O., S. 123 und 117f.



Der Staat soll diese Eigenschaften, nämlich für den zivilisatorischen Fortschritt nutzbar zu sein, nicht mehr haben. Er soll allerdings deshalb nicht machtlos sein: Er garantiert das Privateigentum (die gegebenen Eigentumsrechte), die Vertragsfreiheit und Vertragsvollstreckung, den Wettbewerb (besonders auf dem Arbeitsmarkt) und den freien Marktzutritt und -austritt. Dies ist der schlanke Staat.

Wird diese Gesellschaft stabil sein können? Gesetzt wird auf ein moralisches Korsett, auf eine zivilgesellschaftliche Lösung, nicht aber auf polizeistaatliche Vorkehrungen. Hayek schreibt dazu: "Doch daß das Verhalten innerhalb des privaten Bereichs nicht Gegenstand staatlicher Zwangsanwendung sein soll, heißt nicht notwendig, daß in einer freien Gesellschaft ein solches Verhalten auch vom Druck der allgemeinen Meinung oder der Mißbilligung frei sein soll (...). Jedenfalls fördert es die Klarheit, wenn man den Druck, den die öffentliche Zustimmung oder Ablehnung ausübt, um die Befolgung von Moralregeln und Konventionen zu sichern, nicht Zwang nennt (...). Im großen und ganzen stellen Konventionen und Normen des gesellschaftlichen Verkehrs und des persönlichen Verhaltens keine ernstliche Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit dar, sondern sichern ein gewisses Mindestmaß an Gleichheit des Verhaltens, das die persönlichen Bemühungen sicherlich eher unterstützt als behindert".<sup>22</sup>

Mehr noch fördert es allerdings die Klarheit, wenn man sich an das Verhalten von Friedmans Chicago-Schule nach dem Putsch Pinochets in Chile erinnert. Praktisch hat der Neoliberalismus gegen eine vorübergehende Zwangsanwendung nichts einzuwenden, soweit der Zweck darin besteht, die erforderlichen "Moralregeln und Konventionen" wieder in die Gesellschaft einzupflanzen. Aber dies soll sicherlich nicht die Regel sein, besonders dann, wenn sich die RTLisierung des öffentlichen Lebens (Talk-Show mit Publikumsteilnahme als Demokratie) erfolgreich vorantreiben läßt.

<sup>22</sup> F. Hayek, Verfassung der Freiheit, a.a.O., S. 176f.

Horst Heiningner

## Zur Aktualität der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus I. Der formationstheoretische Aspekt<sup>1</sup>

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (nachfolgend als SMK-Theorie bezeichnet) ist in den vergangenen Jahren von vielen als ein von der Geschichte überholtes und daher für die heutige Kapitalismusanalyse untaugliches Konzept beiseite gelegt worden. Allerdings haben sich nur wenige Autoren die Mühe gemacht, ihre ablehnende Position theoretisch näher zu begründen.<sup>2</sup>

Zumeist konzentrieren sich die Einwände auf folgende Hauptfragen:

1. Die SMK-Theorie habe sich als theoretisches Konzept zur Erklärung der Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen der *gesamten* kapitalistischen Gesellschaft verstanden, damit die Eigenständigkeit politischer und ideologischer Prozesse, Interessen und Kräfte bei der Gestaltung der Gesellschaft ungenügend erkannt und faktisch einem "Ökonomismus" in der Gesellschaftsanalyse angehangen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Dieser Artikel ist als ein erster Beitrag zur Diskussion über die Aktualität der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus gedacht, dem weitere Artikel zu solchen Themen wie "Fordismus und SMK-Theorie", "Staat und Monopole", "Staatsmonopolistische Regulierung und Regulationstheorie", "Entwicklungstypen und -varianten des SMK", "Internationalisierung und SMK", "SMK-Theorie und Kapitalismustheorie heute" folgen sollen. In diesem Artikel konzentrieren sich die Überlegungen auf den *formationstheoretischen Aspekt* der SMK-Theorie. Die Behandlung anderer Grundfragen ist diesem Aspekt untergeordnet, muß daher *thesenhaft* bleiben. Einige Fragenkomplexe, z.B. Internationalisierung, habe ich ganz ausgeklammert. Mir bleibt nichts weiter übrig, als auf künftige Beiträge zu verweisen.

<sup>2</sup> Zu den wenigen Äußerungen einer Kritik der SMK-Theorie gehören: die Beiträge von Jörg Huffschild "Deterministische Phasentheorie und unterkomplexes Verflechtungsmodell? Überlegungen zur weiteren Handhabung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" (gemeinsam mit Ulrich Dolata), in: Z 10 (Juni 1992) und "Weder toter Hund noch schlafender Löwe. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: "spw". Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Köln, Heft 82, März/April 1995 und der Artikel von Nicos Kotzias, SMK: Eine Gesellschafts- oder nur eine Monopoltheorie?, in: Z 15 (September 1993) sowie der Beitrag von Joachim Bischoff, Was bleibt vom staatsmonopolistischen Kapitalismus?, in: Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen, IMStF Forschung & Diskussion 11, Frankfurt/Main 1995. Einzelne kritische Äußerungen zur SMK-Theorie finden sich in einigen weiteren Beiträgen der beiden oben angeführten Zeitschriften.

<sup>3</sup> Es ist hier nicht der Platz, generell auf diese Grundirrtümer der marxistischen Theorie einzugehen. Ich habe mich an anderer Stelle hierzu bereits geäußert: Horst Heiningner, Anmerkungen zur kritischen Aufarbeitung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Z 13 (März 1993); ders., Überlegungen zur heutigen Sicht auf die Leninsche Imperialismustheorie, in: Z 18 (Juni 1994); ders., Lenins Imperialismustheorie in heutiger Sicht, in: Hintergrund, Osnabrück, Heft III/1995.



2. In engem Zusammenhang mit dieser Auffassung habe die SMK-Theorie durch ihre Verkettung mit der Leninschen Imperialismustheorie - besonders mit der These vom staatsmonopolistischen Kapitalismus als "unmittelbarer Vorstufe zum Sozialismus" - sowie mit der Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus eine deterministische Geschichtsauffassung propagiert, bei der der staatsmonopolistische Kapitalismus eine bestimmte Phase oder historische Entwicklungsstufe in der "Endzeit" des Kapitalismus darstellte.

3. Die SMK-Theorie habe sich zu einseitig auf die Wechselbeziehung und Verflechtung von Monopolen und Staat orientiert und hierin nahezu ausschließlich ihren Untersuchungsgegenstand gesehen, wodurch einerseits die Eigenständigkeit beider Pole dieses Verhältnisses unterschätzt und zum anderen die Analyse "nichtmonopolistischer" Bereiche und deren Rolle in der Wirtschaft des heutigen Kapitalismus vernachlässigt wurde.

Es kann keinen Zweifel geben, daß in diesen Punkten entschiedene Kritik anzusetzen ist. Das gilt besonders für die beiden erstgenannten Punkte; hier teilt die SMK-Theorie das Schicksal der gesamten, in der kommunistischen Parteidogmatik erstarrten marxistischen Gesellschaftstheorie.<sup>4</sup> Eine "Neukonstituierung" der SMK-Theorie müßte dieser Kritik voll Rechnung tragen. Nur ist zu fragen, ob diese dogmatischen Mängel - so schwerwiegend sie auch sind - Veranlassung geben können, die SMK-Theorie generell als unbrauchbar abzutun; denn dies würde darauf hinauslaufen, ihren theoretischen Gehalt auf diese Mängel und Irrtümer zu reduzieren.

Man könnte einwenden, daß gerade die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus - nicht zuletzt in Deutschland - unzählige Beispiele für "staatsmonopolistische Entwicklung", für das Zusammenwirken von Monopolen und Staat biete und damit die Existenzberechtigung der SMK-Theorie offenkundig sei. Aber dies wäre eine vordergründige und oberflächliche Herangehensweise. Vielmehr muß geprüft werden, inwieweit die SMK-Theorie in ihrer Methodologie der Kapitalismusanalyse auch heute brauchbare Ansätze bietet und daher Bestandteil einer marxistischen Kapitalismustheorie sein kann. Eine Schlüsselfrage hierbei ist die Rolle der SMK-Theorie bei der formationstheoretischen Analyse des heutigen Kapitalismus.

### Der formationstheoretische Ansatz der SMK-Theorie

Die SMK-Theorie hat sich keineswegs darauf beschränkt, die Leninschen Thesen vom historischen Platz des Imperialismus zu übernehmen. Den Anstoß zu ihrer Ausarbeitung gab bekanntlich die Analyse der Ursachen für die rasche Entwicklung des Kapitalismus, die in den 50er Jahren entgegen den "Erwartungen" marxistischer Dogmatik einsetzte. Dabei zeigte sich, daß *neuartige, stabile Interaktionsverhältnisse von Monopolen und*

<sup>4</sup> Nicos Kotzias brachte diese Kritik auf die Frage: "SMK: Eine Gesellschafts- oder nur eine Monopoltheorie?", siehe: Nicos Kotzias, a.a.O.

*Staat* wesentliche Momente dieser Entwicklung ausmachen.<sup>5</sup> Es entstand die Frage, inwieweit es sich hierbei um eine neue Stufe monopolkapitalistischer Entwicklung, um eine neuerliche Anpassung kapitalistischer Produktionsverhältnisse an die Produktivkraftentwicklung handelte. Die SMK-Theorie griff dabei auf die Marxschen Thesen über die historische Tendenz der Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitals zurück; d.h. sie fragte nach einer formationstheoretischen "Einordnung" der Entwicklungsperiode des heutigen Kapitalismus.

Diese methodologische Grundfrage der SMK-Theorie ist in der Vergangenheit mehrfach detailliert dargelegt worden - besonders während der 70er Jahre bei der sogenannten "Stamokap-Diskussion" der Jusos und bei der Auseinandersetzung mit Kritikern der SMK-Theorie.<sup>6</sup> Im Unterschied zu damals finden diese theoretischen Grundfragen heute in den Diskussionen über die SMK-Theorie kaum noch Erwähnung.

An Marx anknüpfen hieß für die SMK-Theorie, bei der Erkenntnis ansetzen, daß die inneren Widersprüche der Kapitalverwertung den Kapitalismus in seiner historischen Entwicklung immer stärker dazu zwingen, dem wachsenden gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte mit Formen des "Gesellschaftskapitals" zu entsprechen, ohne die Schranken dieser Gesellschaftsordnung überwinden zu können. Marx zeigte diese historische Tendenz bekanntlich am Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts am Beispiel der Aktiengesellschaften und der gewaltigen Ausdehnung des Kredits auf. Die Herausbildung von "Gesellschaftskapital" in diesen Formen verdeutlichte einen ersten "Schub" in der Anpassung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an einen neuen Entwicklungsstand der Produktivkräfte - eine neue Stufe in der Entwicklung des Kapitalverhältnisses.

<sup>5</sup> Natürlich enthalten die hier anzuführenden Schriften - die einen mehr und die anderen weniger - die dogmatischen Irrtümer und Fehler der damaligen Positionen. Dies gilt jedoch gerade nicht für die hier in Frage stehende formationstheoretische Ableitung der Monopol- und der SMK-Theorie. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf folgende Schriften: Horst Heininger/Peter Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik, Berlin 1970; Peter Hess, Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum, in: Neue Aspekte der Monopoltheorie, Marxismus Digest 3/71, IMSF, Frankfurt am Main; Josef Schleifstein/Jean-Pierre Delilez/Robert Katzenstein, Beiträge zur "Stamokap"-Debatte, Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 8, Köln 1973; Peter Hess, Fragen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 8/1974; Jörg Hufschmidt, Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie, in: Theorie des Monopols. Staat und Monopole, Argument-Sonderbände AS 6, Berlin 1975; Jörg Hufschmidt, Zu den theoretischen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie, in: Das Monopol - ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus. Theoretische und aktuelle Gesichtspunkte der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie, IMSF, Frankfurt am Main 1976; Heinz Jung/Josef Schleifstein, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, IMSF, Frankfurt am Main 1979. Eine ausführliche Argumentation zur Kritik an der Monopol- und SMK-Theorie findet sich auch in dem Buch von Heinz Jung, Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, Berlin und Frankfurt/M. 1986.

<sup>6</sup> Siehe hierzu z.B. Heinz Jung, Defizite und Positionen marxistischer Kapitalismusanalyse. Kontinuitäten, Brüche und neue Herausforderungen, in: Z 6 (Juni 1991), S.14f.



Jede Stufe dieser Anpassung gibt der Vergesellschaftung der Produktion weiteren Antrieb und bildet zugleich die Grundlage für ein erneutes Zurückbleiben der Produktionsverhältnisse auf einer immer höheren Stufenleiter. Die marxistische Monopoltheorie war die konsequente Fortsetzung dieser formationstheoretischen Analyse im Hinblick auf den "reifen" Kapitalismus an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert.

### Das Wesen des ökonomischen Monopols

Die Leninsche Imperialismustheorie (besser: Theorie des Monopolkapitalismus<sup>7</sup>) arbeitete heraus, daß sich in dieser Periode mit der Entstehung des Monopolkapitals tiefgreifende Veränderungen in den Kapitalverhältnissen und in den Konkurrenzbeziehungen des Kapitalismus vollzogen. Die Grundlage für diese Transformationsprozesse bildeten die bedeutende Konzentration der Produktion, die damit verbundene Konzentration und Zentralisation des Kapitals und die gewaltige Ausdehnung des Kreditwesens. Dabei ist das richtige Verständnis der marxistischen *Kategorie des ökonomischen Monopols* von zentraler Bedeutung.

Das Wesen des ökonomischen Monopols läßt sich nicht erkennen, wenn die Analyse bei Marktformen oder Organisationsformen der Großunternehmen in Industrie, Bankgewerbe oder Handel stehenbleibt; sondern sie muß zu der verallgemeinernden Erkenntnis vordringen, daß mit der Herausbildung des Monopols eine *neue Entwicklungsstufe des kapitalistischen Eigentums* verbunden ist - eine notwendige Form des kapitalistischen Enteignungsprozesses, ohne den es keine Entwicklung in dieser Gesellschaftsordnung geben kann. *"Das Monopol ist nur begreiflich als eine Entwicklungsstufe des dem Kapitalismus immanenten Enteignungsprozesses, nicht als irgendein fertiges oder irgendwie sich schlechthin vergrößerndes Machtgebilde. Nur als Enteignungsprozeß kann man die innere Kerngestalt des Monopols, seinen Funktionsmechanismus begreifen. Von dieser Seite her erweist sich das Monopol als eine zwangsläufige Stufe der Entwicklung des Kapitalverhältnisses."*<sup>8</sup> Es handelt sich um die Herstellung monopolistischer Herrschaftsverhältnisse, was im Kern heißt: "Die monopolistischen Eigentümer reduzieren mit ökonomischer und außerökonomischer Macht und Gewalt alle anderen Eigentümer dauerhaft in ihren Profit- und Eigentumsansprüchen, reduzieren aber auch die Masse der Funktionäre des Kapitals in ihren Ansprüchen auf einen Teil des Profits und verwandeln sie tendenziell in Bezieher eines (in der Regel recht hohen) Verwaltungslohns."<sup>9</sup> Und mit einem Zitat aus einer anderen Veröffentli-

<sup>7</sup> Ich habe mich zur Frage des Imperialismusbegriffs an anderer Stelle ausführlich geäußert; siehe hierzu die unter Anmerkung 2 angeführten Artikel zur Leninschen Imperialismustheorie.

<sup>8</sup> Peter Hess, Fragen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, a.a.O., S.831.

<sup>9</sup> Ebenda, S.832.

chung zur SMK-Theorie läßt sich fortfahren: "Das Monopol ist somit eine Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, eine qualitativ neue Kategorie, die weder Raum läßt für einen linguistischen Streit (Monopol oder Oligopol u.a.m.), noch für rein quantitative Bewertungen (indem das Monopol schlechthin mit einem Großbetrieb oder -unternehmen identifiziert wird)."<sup>10</sup> Voranschreiten der Monopolisierung ist eben nicht einfach mit der Herausbildung immer größerer Unternehmenseinheiten ("Monopole") gleichzusetzen, sondern es ist in erster Linie daran zu messen, wie sich unter den verschiedenen Organisationsformen der Unternehmen die monopolistischen Kapitalverhältnisse entwickeln, sich die monopolistische Aneignung von Profit und Einkommen gestaltet.

Dieses Verständnis vom kapitalistischen Monopol als Frage der Eigentumsverhältnisse und damit der Enteignung zugunsten des Monopolkapitals ist für die SMK-Theorie von zentraler Bedeutung und auch für die heutige konkrete Analyse aktuell. So hat z.B. eine "postfordistische" Dezentralisation in der Organisationsstruktur der Produktion keinen direkten Aussagewert für die Organisation monopolistischer Aneignungs- und Machtverhältnisse.

### Zum ökonomischen "Staatsmonopol"

Auch die staatsmonopolistischen Kapitalverhältnisse bildeten sich im Ergebnis der Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitalismus heraus. Die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte, die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion stellten neue, höhere Anforderungen an die Kapitalakkumulation und die Regulierung der Wirtschaft, denen auf Grundlage der bisherigen Stufe der monopolkapitalistischen Kapitalverhältnisse nicht mehr ausreichend entsprochen werden konnte. Eine Lösung dieser neuerlichen Konflikte in der kapitalistischen Produktionsweise konnte nur in einer Erweiterung der Bedingungen für eine monopolkapitalistische Aneignung von Profit und Einkommen liegen. Diese mußte über die bisherigen "privat"monopolistischen Kapitalverhältnisse hinausreichen, zur Einbeziehung staatlicher Machtpotenzen in die Konkurrenzbeziehungen führen.

Der Staat greift als politisches Machtorgan mit ökonomischen und außerökonomischen Mitteln in den kapitalistischen Wirtschaftsprozess ein, der ohne diese Eingriffe nicht mehr funktionieren kann. Der Staat ist nicht mehr - wie in früheren Perioden des Kapitalismus - nur Machtorgan der herrschenden kapitalistischen Klasse. Er ist Exekutor bei der Kapitalverwertung der Monopole, Garant des Monopolprofits. Die ökonomische Tätigkeit des Staates greift in alle Phasen des Reproduktionsprozesses ein, von der Produktion bis zur Konsumtion, von der Finanzierung der For-

<sup>10</sup> Horst Heininger/Peter Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik, a.a.O., S.27.



schung und des Produktionsprozesses bis zur Realisierung. Sie ist im Unterschied zu früher permanent geworden und richtet sich nicht mehr allein auf kurzfristige, sondern mehr und mehr auf mittel- und langfristige Profitinteressen des Großkapitals.

Der Staat selbst unterliegt nicht dem Zwang der Kapitalverwertung. Er kann Kapital mobilisieren und verwenden, das die Verwertung des monopolistischen Kapitals ermöglicht und fördert. Letztlich handelt es sich dabei um eine mit staatlichem Zwang durchgesetzte Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole. Diese ist eine "monopolistische Umverteilung" mittels des Staates = staatsmonopolistische Umverteilung, die die "privatmonopolistische Umverteilung" erweitert. Allerdings ist festzuhalten, daß der Staat wohl umfassende Regelungen im Interesse des Monopolprofits in die Wege leiten kann - aber dies nicht losgelöst von den ökonomischen Zwängen und Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Wirtschaftsprozesse. Es ist bekanntlich eine Sache, Steuervorteile u.a. Maßnahmen als Investitionsanreize zu verabschieden, aber eine andere Sache, ob Investitionen von den Kapitalisten zu dem jeweiligen Zeitpunkt als profitabel eingeschätzt und getätigt werden. Auch eine staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung kann den ökonomischen Mechanismus des Kapitalismus, das Wirken ökonomischer Kategorien und Gesetze nicht außer Kraft setzen. Sie kann nur auf diesen Mechanismus einwirken, ihn in gewisser Weise modifizieren; aber die Wirkungen staatsmonopolistischer Wirtschaftsregulierung stellen sich immer als Resultante des jeweiligen Zusammenwirkens der verschiedenen ökonomischen Prozesse und des Verhaltens der Wirtschaftssubjekte her, das maßgeblich durch die daraus erwachsenden Profiterwartungen bestimmt wird.

Die Formen staatsmonopolistischer Regulierung sind bekanntlich mannigfaltig. Sie reichen von der Ausnutzung staatlichen Eigentums durch die Monopole über die verschiedensten ökonomischen Instrumente (Haushaltssubventionen, Steuervorteile, Staatsaufträge, Finanzierung von Forschung und Entwicklung, Exportförderung usw.) bis zu direkten staatlich-dirigistischen Maßnahmen. Dabei ist keine dieser Maßnahmen für sich genommen ein genaues Kriterium dafür, welchen Stand die staatsmonopolistische Entwicklung erreicht hat. Es ist das jeweilige Zusammenwirken verschiedener Faktoren staatsmonopolistischer Eingriffe, das dem Großkapital eine entsprechende Kapitalverwertung und Aufrechterhaltung der Machtpositionen sichert. Dabei streiten verschiedene Gruppen oder Fraktionen des Großkapitals um den besonderen Einfluß auf den Staat. Monopolistische Konkurrenz schließt diese Auseinandersetzung um staatliche Förderung ein.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> In diesem Beitrag kann nicht auf die einzelnen Formen staatsmonopolistischer Aktivitäten eingegangen werden. Ich verweise hier auf die umfangreichen empirischen und theoretischen Untersuchungen zur Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland in den beiden nachfolgend angeführten Standardwerken: Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, *Wirtschaft und Staat in*

Der Übergang zu staatsmonopolistischen Formen ist historisch kein gleichmäßiger Prozeß. Seit der Herausbildung monopolistischer Kapitalverhältnisse zur Jahrhundertwende hat die Wirtschaftstätigkeit des Staates zugenommen - allerdings mit beträchtlichen Unterschieden im Gewicht und in den Formen während der Zeit bis zum zweiten Weltkrieg. Höhepunkte bildeten der erste Weltkrieg ("staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus" - Lenin) und die Zeit während und nach der "Großen Krise" von 1929-1932 (Rooseveltscher "New Deal" in den USA und militaristisch-faschistische Formen in Deutschland, Italien und Japan). Erst nach dem zweiten Weltkrieg ist der "Staatsmonopolismus" in allen kapitalistischen Industrieländern zu einer hohen Entwicklung gelangt, ist er für den Erhalt und die Erweiterung monopolistischer Kapitalverhältnisse unabdingbar und damit ein permanenter Grundzug des heutigen Kapitalismus geworden.<sup>12</sup>

### Besonderheiten des Staatsmonopolismus

Es wäre verfehlt, die Rolle des Staates auf die Sicherung und Erweiterung der Profitbedingungen des privaten Monopolkapitals zu reduzieren und den Übergang zu staatsmonopolistischen Kapitalverhältnissen nur unter dem Blickwinkel einer neuerlichen Verschärfung der inneren Widersprüche der Kapitalverwertung zu sehen. Bei staatsmonopolistischer Entwicklung geht es nicht nur um neue Bedingungen der Wirtschaftstätigkeit, sondern zugleich um grundlegende Veränderungen im Wechselverhältnis von ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Prozessen.

Als erstes muß hervorgehoben werden, daß die staatsmonopolistische Regulierung sozialer Prozesse für den Machterhalt des Kapitalismus immer bedeutsamer geworden ist. Bereits beim staatsmonopolistischen Kriegskapitalismus war die Regulierung der Klassenbeziehungen - besonders die Reglementierung und Unterdrückung der werktätigen Schichten - Grundelement des Staatsmonopolismus. Mit der Zunahme der sozialen und politischen Konflikte nach dem ersten Weltkrieg und in der Periode des zweiten Weltkrieges gewann diese Seite des Staatsmonopolismus weiter an Gewicht. *Staatsmonopolismus muß heute eine Regulierung der sozialen Beziehungen* - nicht nur zur Sicherung der Umverteilungsprozesse zugunsten des Großkapitals sondern auch immer mehr im Interesse des Systemerhalts überhaupt - einschließen.

Dabei ist wesentlich, daß die Ausgestaltung der staatsmonopolistischen Verhältnisse nicht nur den inneren politischen Kräfteverhältnissen unterliegt, sondern auch maßgeblich von äußeren Faktoren beeinflusst wird. So

Deutschland, 3 Bde., Berlin 1978-1980; IMSF, *Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik*, Beiträge des IMSF 6/I und 6/II, Frankfurt am Main, 1981, 1982.

<sup>12</sup> Besonders wertvoll ist hier das bereits erwähnte Buch von Heinz Jung, *Deformierte Vergesellschaftung*, Berlin und Frankfurt/M. 1986.



hat der Sozialismus seit der Oktoberrevolution in Rußland bis zum Ende der 80er Jahre bedeutend auf die Ausgestaltung der sozialen Regulierung in den kapitalistischen Industrieländern eingewirkt. Ohne diese für eine lange Zeit als gesellschaftliche Alternative geltende sozialistische Gesellschaft hätte es wohl kaum den "Rooseveltschen New Deal" in den 30er Jahren in den USA oder den "Sozialstaat" in Westeuropa (zumindest nicht in dieser Dimension) nach dem zweiten Weltkrieg gegeben - eine Tatsache, die heute selbst von manchen Linken "übersehen" wird.

Grundlegende Bedeutung hat eine weitere Besonderheit staatlicher Monopolisierung: Als zentrales politisches Machtorgan wird der staatliche Machtapparat in seiner Tätigkeit auf allen Ebenen - von der zentralen Regierungs- und Parlamentsebene bis zu den Kommunen - durch die *jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse* beeinflusst und bestimmt. Die ökonomische Einwirkung des Staates wie seine gesamte Regulierungstätigkeit ist immer durch mehrere staatliche/politische Ebenen vermittelt. Hierbei geht es nicht nur um die Beeinflussbarkeit einzelner Entscheidungen oder Programme, sondern auch um die politische Auseinandersetzung über *unterschiedliche Wege und Varianten staatsmonopolistischer Entwicklung* in einzelnen Ländern.

Diese Erkenntnis bildet einen wichtigen Ansatz für Überlegungen, Möglichkeiten und Wege zur Durchsetzung von Reformen in der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Daß es solche unterschiedlichen Varianten in Abhängigkeit von den innenpolitischen Kräfteverhältnissen geben kann, haben die Beispiele aus den 30er Jahren, aber auch die "neoliberalen" und die "reformerischen" staatsmonopolistischen Modelle in den letzten Jahrzehnten bewiesen. Eine bedeutsame politische und theoretische Ausdifferenzierung dieser komplizierten Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik im staatsmonopolistischen Kapitalismus und deren Beeinflussbarkeit durch unterschiedliche Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und politischen Kräften gelang Heinz Jung mit seinem Konzept von den Varianten staatsmonopolistischer Entwicklung.<sup>13</sup>

Zu einer weiteren Besonderheit der staatlichen Monopolisierung: Die Verflechtung von Staat und Monopolen, staatlichen Institutionen und Monopolen bzw. deren Interessenverbänden. Aus dem bisher Gesagten wird schon klar, daß es sich hierbei nicht um "unveränderliche" Beziehungen oder um eine Verflechtung der Monopole mit dem Staat handeln kann, wie das in manchen früheren Arbeiten zur SMK-Theorie verbreitet wurde - meist in Anlehnung an die vulgarisierende These Stalins von der "völligen Unterordnung des Staates unter die Macht der Monopole." Richtig ist, wie in zahlreichen Untersuchungen festgestellt wurde, daß es solche Verflech-

<sup>13</sup> Heinz Jung veröffentlichte diese Konzeption zuerst in seinem Beitrag: Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1, Frankfurt am Main 1978. Er hat sie dann weiter ausgebaut und präzisiert; siehe z.B. in dem Buch "Deformierte Vergesellschaftung", a.a.O., besonders S. 45ff.

tungen institutioneller und personeller Art gibt, von denen einige eine bemerkenswerte Stabilität aufweisen.<sup>14</sup> Richtig ist aber auch, daß das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat vielschichtiger ist und daß die Rolle und Entwicklung des Staates in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht auf diese Verflechtungen zwischen Monopolen und Staat reduziert werden können.

### SMK - eine bestimmte historische Phase des Kapitalismus?

Es ist nun zu fragen, inwieweit frühere Vorstellungen zutreffen, daß die staatsmonopolistischen Veränderungen in der kapitalistischen Produktionsweise den Übergang zu einer neuen "Etappe" oder "Phase" in der historischen Entwicklung des Kapitalismus bedeuteten. Diese These ist m.E. in mehrfacher Hinsicht zu korrigieren.

Zum einen ist sie deshalb fehlerhaft, weil sie faktisch den heutigen Kapitalismus mit staatsmonopolistischem Kapitalismus gleichsetzt. So spielen auch heute in der Wirtschaft des Kapitalismus andere Kapitalformen - nichtmonopolistische Unternehmen kleiner und mittlerer Größe - eine wichtige Rolle; und es gibt nach wie vor nichtkapitalistische Produktionsverhältnisse. Aber es geht nicht allein darum, die ökonomische Struktur des heutigen Kapitalismus real zu erfassen, sondern vor allem der Tatsache Rechnung zu tragen, daß kleine und mittlere kapitalistische Unternehmen heute bei der Innovation moderner Technologien wie auch bei vielfältigen Aufgaben des Dienstleistungssektors einen bedeutenden Faktor der Wirtschaftsentwicklung darstellen, was in der Vergangenheit in der marxistischen Analyse unterschätzt und daher vernachlässigt wurde.

Und zum anderen - was noch gewichtiger gegen eine Gleichsetzung von staatsmonopolistischem Kapitalismus und dem Kapitalismus spricht: Die kapitalistische Gesellschaft ist in ihrer politischen, kulturellen und geistigen Struktur wesentlich differenzierter angelegt als es der jeweilige Entwicklungsstand ihrer Produktionsweise ausweist. Bekanntlich wurde in der Vergangenheit gerade dieser Umstand in der marxistischen Gesellschaftsanalyse grob vernachlässigt. Verbreitet war ein "Ökonomismus", bei dem die Produktionsweise faktisch mit der Gesellschaft gleichgesetzt und aus den Veränderungen in den Produktionsverhältnissen direkte Schlußfolgerungen für den Charakter der gesamten Gesellschaft gezogen wurde. Für die Eigenständigkeit politischer, sozialer, kultureller und geistiger Prozesse und deren Durchsetzung in der Gesellschaft war wenig Platz. In den Ansätzen läßt sich ein solcher Ökonomismus faktisch bis zu Marx und Engels zurückverfolgen.

<sup>14</sup> Ich verweise hier erneut auf die Bände "Staat und Monopole in Deutschland" sowie auf die beiden Arbeiten des IMSF, "Der Staat im SMK der Bundesrepublik" sowie auf das bereits mehrfach angeführte Buch von Heinz Jung, "Deformierte Vergesellschaftung".



Aus alledem läßt sich wohl kaum die These von dem SMK als *besondere historische Entwicklungsstufe des Kapitalismus*, d.h. der gesamten kapitalistischen Gesellschaft aufrechterhalten. Aber: Bei aller Anerkennung der Tatsache, daß eine solche Gleichsetzung falsch wäre, bleibt es meines Erachtens bei der Erkenntnis der materialistischen Geschichtsauffassung, daß die Ökonomie die Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung bildet und *letztlich* diese Entwicklung bestimmt. In diesem Sinne ist der Staatsmonopolismus ein prägendes Element des heutigen Kapitalismus; denn die staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse sind in ihrem Gewicht der vorherrschende, bestimmende Typ der heutigen kapitalistischen Produktionsverhältnisse; und ihre Wirkung auf die gesamte Gesellschaft geht über diese Veränderungen in der Produktionsweise hinaus, da die vielfachen Verflechtungen zwischen Staat und Monopolen, die daraus resultierenden neuartigen Aspekte im Verhältnis von Ökonomie und Politik weit in die gesellschaftlichen Strukturen des Kapitalismus hineinwirken. In diesem Sinne kann man durchaus von *staatsmonopolistischem Kapitalismus* sprechen und damit *wesentliche Charakterzüge des heutigen Kapitalismus*, des Standes seiner historischen Entwicklung zutreffend beschreiben, ohne einer Stadientheorie anzuhängen. Die historische Entwicklung des Kapitalismus bleibt weiter offen. Neue Anpassungsprozesse mit entsprechenden ökonomischen, sozialen und politischen Folgen sind jedoch unausweichlich. Sie werden durch die Verknüpfung mit den die Existenz der Menschheit bedrohenden globalen Konflikten neue Akzente aufweisen. Anzeichen solcher Anpassungsprozesse sind in der Internationalisierung, in neuen finanzkapitalistischen Formen u.a. zu erkennen. Dies wird Gegenstand der Ausführungen in späteren Beiträgen sein.

\*\*\*

Es bleibt die Frage, welche alternativen "Modelle" sich für die Analyse der heutigen kapitalistischen Gesellschaft anbieten. In der Diskussion sind besonders zwei Konzepte immer stärker in den Vordergrund gerückt: das "Moderne-Konzept" und der "Fordismus/Postfordismus." Ich gehe in diesem Artikel zunächst auf ersteres Konzept ein.

### Zur Frage: Kapitalismus und Moderne<sup>15</sup>

Nach Auffassungen von Vertretern dieses Konzepts existieren moderne Gesellschaften seit den "... geistigen, politischen und wirtschaftlichen sowie internationalen Umwälzungen des ausgehenden 18. und beginnenden 19.

<sup>15</sup> Im folgenden beziehe ich mich vor allem auf Beiträge von Michael Brie und Dieter Klein, so z.B.: Michael Brie/Dieter Klein, *Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage*, Berlin 1993; sowie die Beiträge dieser Autoren in dem Band "Zur Programmatik der PDS. Ein Kommentar", Berlin 1997. Ich beschränke mich in diesem Artikel auf die Behandlung von formationstheoretischen Aspekten des "Moderne-Konzepts."

Jahrhunderts..."<sup>16</sup> Die Gesellschaften in dieser Epoche seien kapitalistische Gesellschaften im Hinblick auf die Herrschaftsverhältnisse und moderne Gesellschaften in Bezug auf die "besondere Bewegungsweise" dieser Gesellschaft. Im Mittelpunkt stehe hierbei die "Fähigkeit der modernen Gesellschaften zur ständigen Veränderung ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse, der Produktions- und Lebensbedingungen. Es geht um die Umsetzung von Macht in Entwicklung."<sup>17</sup> Dabei verfügten diese Gesellschaften über "evolutionsoffene Basisinstitutionen" wie: pluralistische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, innovationsorientierte Marktmechanismen, Sozialstaat u.a. Die als westliche Industrie- oder postindustrielle Gesellschaften apostrophierten Systeme seien daher *Moderne und Kapitalismus zugleich, kapitalistische Moderne*. So formuliert Dieter Klein mit Bezug auf die Bundesrepublik als kapitalistische Moderne: "Ihre ökonomische Grundstruktur ist kapitalistisch. Ihre Modernität besteht in hohem Maße darin, daß ihre Strukturen sogenannte Basisinstitutionen als gesellschaftliche Entwicklungspotentiale einschließen, die durch ihre heutige Gestalt und Einbettung in die Machtverhältnisse zugleich beschränkt sind."<sup>18</sup> Veränderungen dieser modernen Gesellschaft sollten darauf abzielen, deren "evolutionsoffene Grundqualitäten" entschieden mehr als bisher auszuschöpfen und die Basisinstitutionen (Markt, pluralistische Demokratie und Rechtsstaat) zu verändern.

Nun bin ich weit davon entfernt, den Autoren darin zu widersprechen, daß Errungenschaften der Moderne - des Kapitalismus im Zeitalter der Moderne - zu Zeiten des Realsozialismus zu gering geschätzt oder gar sträflich mißachtet wurden. Ich stimme André Brie zu, wenn er feststellt: "Die DDR-Gesellschaft hatte den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft in nicht geringem Maße realisiert. Zum anderen aber rückwärts: Sie hat die politischen Freiheits- und Gleichheitsrechte faktisch und vielfach auch juristisch zurückgenommen."<sup>19</sup> Und ich bin ebenfalls der Meinung, daß es Aufgabe der Linken ist, in der heutigen Gesellschaft um einen Ausbau dieser Rechte zu ringen, um damit den Weg für eine mögliche Reformalternative freizumachen. Anders sind keine realen Ansatzpunkte für eine schrittweise Veränderung dieser Gesellschaft, für deren schließliche sozialistische Umgestaltung zu finden - wie auch immer eine sozialistische Zielstellung aussehen wird. Nur: Die konkrete Analyse der Struktur des derzeitigen Kapitalismus ist dafür die entscheidende Voraussetzung. Und diese Analyse wird durch die dem "Moderne-Konzept" eigene Aufteilung des Charakters der heutigen kapitalistischen Gesellschaft in "modern" und

<sup>16</sup> Michael Brie, in: *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 27.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Dieter Klein, in: *Zur Programmatik der PDS*, a.a.O., S. 142.

<sup>19</sup> André Brie, *Linke sitzt im Schmollwinkel*, Neues Deutschland, Berlin, 7./8. Oktober 1995.



"kapitalistisch" erschwert und führt zu einseitigen oder lückenhaften Einschätzungen.

So werden die kapitalistischen Machtstrukturen folgendermaßen charakterisiert: "Von *kapitalistischen Gesellschaften* sei im folgenden immer dann gesprochen, wenn es sich um die gesonderte Erfassung jener Machtstrukturen handelt, die die Zielrichtung der sozialen Evolution der letzten zweihundert Jahre wesentlich geprägt haben. Dabei sind das Verhältnis von Kapital und Arbeit und die Dominanz der Verwertungsinteressen (Dominanz des Profitprinzips) wesentliche, aber nicht die einzigen Machtstrukturen gewesen. Großorganisationen wie Konzerne, Parteien, Verbände, ja ganze Staaten und Staatensysteme, aber auch die einzelnen, die ihre Ware Arbeitskraft auf dem Markt anbieten müssen, kämpfen als soziale Akteure darum, ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Dort, wo es einer Gruppe oder auch einer Person gelingt, sich durch Unterdrückung der Interessen der anderen durchzusetzen, verwandelt sich Macht in Herrschaft. Genau in diesem Sinne wird von der Herrschaft des Kapitals, der Herrschaft der Bürokratie oder auch vom modernen Patriarchat gesprochen. Eine Theorie der modernen Herrschaftsformen verfügt über ein Kritikpotential, das über eine Kapitalismuskritik im engeren Sinne hinausgeht und bürokratiekritische und feministische Theorien einschließt. Die Spezifik der modernen Machtstrukturen gegenüber Macht und Herrschaft in früheren, vormodernen Gesellschaften besteht darin, daß es sachliche Abhängigkeitsverhältnisse sind, daß es rechtlich regulierte wirtschaftliche und politische Märkte sind, um die gekämpft wird. . . . Die Herrschaft über die Märkte bzw. die Macht auf ihnen ist es, die für die soziale Stellung der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen entscheidend geworden ist."<sup>20</sup>

Bei dieser Lesart des Charakters der heutigen kapitalistischen Gesellschaft wird kapitalistische Herrschaft auf "Marktherrschaft" reduziert, und zugleich wird diese so interpretierte Kapitalherrschaft anderen Herrschaftsformen - der Bürokratie (?) und dem Patriarchat - gleichgeordnet. Mit dieser Konstruktion wird faktisch die wichtige Marxsche Erkenntnis aufgegeben, daß sich die Kapitalherrschaft auf eine bestimmte Eigentumsform - das Privateigentum an den Produktionsmitteln - gründet. "Marktherrschaft" ist daraus nur abgeleitet. Die verschiedenen Formen des Privateigentums liegen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zugrunde und prägen die Produktionsweise. Unklar bleibt auch die Einschätzung des Primats der Wirtschaft. Es geht ja hierbei nicht nur um "die Dominanz der Inhalte des wirtschaftlichen Wettbewerbs"<sup>21</sup>, sondern um die *letztlich bestimmende* Rolle der Produktionsweise in der Gesellschaft und dabei vor allem um die Frage, *wer* über den Einsatz der ökonomischen Potentiale verfügt, diese beherrscht.

<sup>20</sup> Michael Brie, in: Zur Programmatik der PDS, a.a.O., S. 34.

<sup>21</sup> Michael Brie, a.a.O., S. 35.

An anderer Stelle des mehrfach zitierten Buches geht Dieter Klein ausführlich auf die Rolle des kapitalistischen Eigentums ein. Dort findet sich die folgende prägnante Aussage: "In den gegenwärtigen westlichen Gesellschaften ist der auf dem kapitalistischen Privateigentum beruhende Profitmechanismus der archimedische Punkt für das Funktionieren der Wirtschaft."<sup>22</sup> Und nach der Beschreibung wichtiger Grundzüge der kapitalistischen Wirtschaft heißt es: "Das Kapitaleigentum erscheint also in der Dominanz des Profits als bestimmendes Maß des Wirtschaftens."<sup>23</sup> Nun könnte man meinen, diese Feststellung solle die oben genannten Einschätzungen kapitalistischer Herrschaft als Marktherrschaft aufheben - zumal Dieter Klein darauf verweist, daß sich die "Profitdominanz" nicht nur auf die Wirtschaft beschränkt, sondern "... auch viele andere Seiten der Gesellschaft (durchdringt)".<sup>24</sup> Aber in den weiteren Ausführungen gerät "Profitdominanz" immer mehr zum Begriff einer verzerrten Einschätzung des sozialökonomischen Charakters der kapitalistischen Gesellschaft. Das geschieht vor allem dadurch, daß Dieter Klein einen "historischen Prozeß der Relativierung der Dominanz von Kapitaleigentum und Profit" ausmacht, worunter er den Rückgang der Verelendung, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Wohnverhältnisse und anderer sozialer Bedingungen versteht. Für die "kapitalistische Moderne" nach dem Zweiten Weltkrieg konstatiert er mit dem Hinweis auf den "Sozialstaat" und weitere "Korrekturen der negativen Folgen" des Profitmechanismus: "Eine sozial relativierte Dominanz des Kapitaleigentums und des kapitalistischen Gewinns, eine Art Halbdominanz, war das Charakteristische dieser Phase."<sup>25</sup> Nun sind die geschilderten Erfolge der sozialen und politischen Kämpfe in den westlichen Industrieländern unter den begünstigenden Bedingungen des Systemwettbewerbs zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine unleugbare Tatsache; aber die Gleichsetzung dieser Erfolge mit einer Einschränkung der Dominanz von Kapitaleigentum und Profit in der kapitalistischen Wirtschaft ist m.E. nicht zutreffend und zugleich irreführend.

Das "Moderne-Konzept" sieht die Relativierung der "Profitdominanz" wesentlich in einer Einschränkung der negativen sozialen Folgen der Kapitalherrschaft, in einer besseren politischen und sozialen "Verträglichkeit" des Kapitalismus. Damit wird aber der Profitbegriff aus den wesentlichen, bestimmenden Zusammenhängen des kapitalistischen Eigentums und der Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft herausgelöst. Die kapitalistische Wirtschaft entwickelt sich aber auch heute als Profitsystem, bringt immer neue Bewegungsformen des Kapitals hervor: *die Dominanz des Kapitaleigentums und des Profits im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist nach wie vor vorhanden*. Die andersgeartete Verwendung des Begriffs "Profitdo-

<sup>22</sup> Dieter Klein, in: a.a.O., S. 123.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 123/124.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 124.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 126.



minanz" im "Moderne-Konzept" lenkt von diesen Grundzusammenhängen ab; und die These von der Relativierung dieser Dominanz (bis zur "Halbdominanz") läßt vereinfachende Schlußfolgerungen über den Charakter des heutigen Kapitalismus zu, weil sie als Einschränkung der Profitorientierung oder gar als Änderung der Zielstellung der heutigen kapitalistischen Wirtschaft (miß)verstanden werden kann. Ohne bestimmte Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen, zumindest ohne Begrenzungen in der Verfügungsmacht über wichtige Produktionsmittel ist aber die "Profitudominanz" im kapitalistischen Wirtschaftssystem m.E. nicht einzuschränken.

In diesem Zusammenhang ist auf ein weiteres Problem des "Moderne-Konzepts" einzugehen, das unter dem hier besonders interessierenden formationstheoretischen Aspekt von Bedeutung ist: die Behandlung der *historischen Entwicklung* des Kapitalismus. Hier tritt die Trennung von "modern" und "kapitalistisch" bei der Charakterisierung des Kapitalismus besonders deutlich hervor. Auf der einen Seite wird mehrfach von einer "Entfaltung der kapitalistischen Moderne" im Sinne einer Ausdifferenzierung, einer Ausbildung von Teilsystemen der Gesellschaft gesprochen. Dabei wird die Wechselbeziehung zu den Bewegungsformen des Kapitalverhältnisses nicht berücksichtigt; d.h. es geht um die weitere Entwicklung der *Moderne* - das Adjektiv *kapitalistisch* ist nur schmückendes Beiwerk.<sup>26</sup> Diese, die "moderne" Seite der kapitalistischen Gesellschaft weist nach diesem Konzept ein bestimmtes Evolutionspotential auf. Über die historische Entwicklung der anderen, der "kapitalistischen" Seite erfahren wir nichts, so daß der Eindruck vermittelt wird, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Machtstrukturen seien in diesem Jahrhundert unverändert geblieben. Die bisherigen marxistischen Erkenntnisse über historische Entwicklungsformen der kapitalistischen Produktionsweise wie auch der gesamten kapitalistischen Gesellschaft tauchen in dem "Moderne-Konzept" nicht auf. Von monopolistischem oder gar staatsmonopolistischem Kapitalverhältnissen ist nicht die Rede - abgesehen von einer einmaligen Erwähnung von "Monopol/Oligopolbildung" durch Dieter Klein, die an dieser Stelle allerdings ohne Relevanz für eine Wertung der historischen Entwicklung des Kapitalismus ist.<sup>27</sup>

Eine andere Einschätzung der historischen Entwicklung des Kapitalismus vertrüge sich auch nicht mit dem "Moderne-Konzept"; denn nach Auffassung der Autoren war die kapitalistische Gesellschaft schon immer Kapitalismus *und* Moderne und hat sich bis heute dergestalt entfaltet. Dabei rufen die Autoren Marx und Engels als ihre Kronzeugen an: "Marx und Engels haben diese beiden Seiten moderner kapitalistischer Gesellschaften gesehen. Für sie waren sie zugleich Ausbeutergesellschaften und sich ständig revolutionisierende Gesellschaften, sowohl durch die Herrschaft des Ka-

<sup>26</sup> Siehe z.B. in: Ebenda, S. 124.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 143.

pitals als auch durch die Fähigkeit zur ständigen Selbstveränderung gekennzeichnet. Die eine Eigenschaft dieser Gesellschaften wollten sie überwinden, von den Früchten der anderen Eigenschaft sollten in ausbeutungsfreier Form alle genießen können."<sup>28</sup> Gelinde gesagt ist das eine "einseitige Auslegung" der Schriften von Marx und Engels!

Natürlich haben Marx und Engels die historisch progressive Rolle des Kapitalismus im Vergleich zu allen vorangegangenen Gesellschaftsformationen mehrfach hervorgehoben. Und sie haben wiederholt darauf verwiesen, daß der Kapitalismus nicht automatisch zusammenbricht, sondern immer wieder Formen der Anpassung der Produktionsverhältnisse hervorbringt, die eine weitere Entwicklung trotz zunehmender innerer ökonomischer Konflikte - vor allem der wachsenden Kluft zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und der privaten kapitalistischen Aneignung - aufs neue ermöglicht. Aber bei Marx und Engels ist diese Zunahme der Widersprüche und Konflikte die entscheidende historische Tendenz, die auf die Notwendigkeit des Überganges zu einer neuen Gesellschaft, den Sozialismus hinweist. Und die verschiedenen Stufen und Formen der Anpassung - von der bedeutenden Zunahme der Rolle des Kredits, über die Aktiengesellschaften bis zu Trusts und der Staatseinmischung - weisen auf diese historische Tendenz hin und sind immer nur Stufen einer erneuten Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte. Monopol und Staatsmonopol sind weitere Stufen dieser historischen Tendenz. *Von einer gleichwertigen Behandlung von Kapitalismus und Moderne bei Marx und Engels kann nicht die Rede sein.* Dem widerspricht keineswegs der richtige Erkenntnis, daß die kapitalistische Gesellschaft auch heute noch zivilisatorische Fortschritte hervorbringt und bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte in allen Gesellschaftsformen bewahrens- und verteidigungswerte Ziele sind. Dennoch: Parasitismus, Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger, wachsende Kluft zwischen Arm und Reich u.a. sind die unvermeidlichen Begleiter der historischen Evolution des Kapitalismus als Profitsystem, wobei die gesellschaftliche Dimension national und international zunimmt.

Im übrigen muß auch der Behauptung widersprochen werden, Marx und Engels hätten in der gleichen Bedeutung wie die Autoren des Kommentars zur Programmatik der PDS von einer "modernen kapitalistischen Gesellschaft" gesprochen. Mir scheint aus dem Kontext der jeweiligen Arbeiten von Marx und Engels eindeutig hervorzugehen, daß beide unter dem *modernen* Kapitalismus den Kapitalismus der modernen Industrie, den modernen Industriekapitalismus meinten.

## Fazit

Mir scheint also, daß die SMK-Theorie überzeugender als das "Moderne-Konzept" eine historische Standortbestimmung des heutigen Kapitalismus

<sup>28</sup> Michael Brie, a.a.O., S. 27.



vornimmt und dabei zugleich eine Kontinuität in der marxistischen Formationsanalyse bewahrt, ohne sich mit einer engen "Stadienbestimmung" des Kapitalismus und dem Dogma von dem SMK als "Endzeit" des modernen Kapitalismus zu verbinden. Die Analyse der Veränderungen in den Kapitalverhältnissen im Zusammenhang mit den in Gang gesetzten Umbrüchen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die Folgen für die Machtverhältnisse in der Ökonomie und Politik der Nationalstaaten wie auch im internationalen Maßstab, die Rolle des Staates in diesem Prozeß u.a. Zusammenhänge sind wesentliche Fragen einer heutigen Kapitalismusanalyse.

Mir will auch nicht einleuchten, daß es eines "Moderne-Konzepts" bedarf, um die Ansätze reformerischer Bestrebungen und alternativer Konzepte zu bestimmen. Eine solche Herangehensweise hatte die marxistische Kapitalismusanalyse ausgehend von der SMK-Theorie bereits früher mit dem Konzept einer "Reformalternative" entwickelt. Es sei hier nur auf die gleichnamige Arbeit von Heinz Jung und Jörg Hufschmid aus dem Jahre 1988 verwiesen.<sup>29</sup> Jörg Hufschmid hat erst unlängst zu Recht darauf verwiesen, daß dieser Ansatz trotz notwendiger Korrekturen nach wie vor für die Entwicklung alternativer Vorstellungen von Nutzen sein kann.<sup>30</sup>

Damit sind natürlich Fragen angeschnitten, die viel eingehender betrachtet werden müssen, als das unter der Thematik dieses ersten Beitrages zur Aktualität der SMK-Theorie möglich ist.

<sup>29</sup> Jörg Hufschmid/Heinz Jung, Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, Arbeitsmaterialien des IMSF 28, Frankfurt am Main 1988.

<sup>30</sup> Siehe: Jörg Hufschmid, Reformalternative - Noch ein Abschied von noch einer Illusion? in: Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen, IMSF Forschung & Diskussion 11, Frankfurt am Main 1995.

Klaus Peter Kisker

## Strukturelle Überakkumulation und Krise der Erwerbsarbeit

Im Herbst 1996 haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute eine Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland vorgelegt. Sie prophezeien für das Jahr 1997 einen leichten Anstieg der Konjunktur, betonen aber, daß dieses Wachstum keine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen wird, sondern im Gegenteil mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, die seit den 70er Jahren das Leben der Mehrheit der Bevölkerung wesentlich beeinflußt, wird dementsprechend weiter zunehmen.

Diese Angst bestimmt nicht nur das Leben in Deutschland. Nach einer Untersuchung der International Labour Organization (ILO) in Genf sind zur Zeit weltweit mindestens eine Mrd. Menschen arbeitslos. Das sind 20% der Weltbevölkerung bzw. ein Drittel derjenigen, die arbeiten können und arbeiten wollen.<sup>1</sup> Seit Mitte der 70er Jahre steigt die Arbeitslosigkeit sowohl im "reichen Norden", wie im "armen Süden" mit nur geringen Schwankungen ständig an. In den OECD-Ländern ist sie von 17,9 Millionen (1978) auf 33,9 Millionen im Jahr 1994 gestiegen, in der Europäischen Union von 7,3 (1978) auf 19 Millionen und in Westdeutschland von 1,3 (1981) auf rund vier Millionen im Jahr 1996.

Diese Zahlen sind bedrückend, zeigen aber nicht annähernd das Ausmaß der Entwicklung, sie sind allesamt geschönt. Alle Arbeitslosen, die sich in Umschulungsmaßnahmen befinden, die erzwungenermaßen nur Kurzarbeit leisten können oder in den Vorruhestand gehen mußten, die nicht mehr vermittelbar sind, sowie die, die es aufgegeben haben, sich regelmäßig bei den Arbeitsämtern zu melden, sind in den Arbeitslosenstatistiken nicht erfaßt. Wird diese "Stille Reserve" mitberücksichtigt, haben wir zur Zeit in der Europäischen Union über 25 Millionen und in der Bundesrepublik mindestens 7,4 Millionen Arbeitslose.

Auch das sogenannte Job-Wunder in den USA erweist sich bei näherem Hinsehen als eine Fata Morgana. Die offizielle Arbeitslosenquote betrug Ende 1995 nur 5,7%. Das waren ca. 7,5 Mio Menschen. Zählt man die nichtregistrierten fünf bis sechs Mio. hinzu und berücksichtigt man diejenigen, die unfreiwillig Teilzeitarbeit verrichten (ca. 4,5 Mio.) ergibt dies bereits eine effektive Arbeitslosenquote von 14%. In den USA gibt es darüberhinaus ein Heer von "bedingt" Arbeitslosen. 8,1 Mio. US-Amerikaner haben einen Zeitvertrag, zwei Mio. arbeiten auf Abruf, 8,3 Mio. bezeichnen sich als selbständige Unternehmer, ohne ausreichende Einkünfte zu

<sup>1</sup> International Labour Organization, World Employment 1995, Genf 1995.



beziehen. Zählt man diese bedingt Arbeitslosen zu den oben genannten hinzu, kommt man auf eine Arbeitslosenquote von über 28%.<sup>2</sup> Kein Wunder, daß die Kriminalität epidemische Ausmaße angenommen hat.

Diese erschreckenden Daten zeigen nur die Oberfläche des Problems und reflektieren nicht die dahinterstehenden sozialen und persönlichen Schicksale, die mit dem Verlust des Arbeitsplatzes und damit mit dem Schwinden von Lebenschancen verbunden sind. Noch bedrückender wird das Bild, wenn man sich die Prognosen über die zukünftigen Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten ansieht. Weltweit ist davon auszugehen, daß in Zukunft höchstens 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung gebraucht werden. Das heißt, wenn alles so bleibt wie es ist, müssen wir uns mit einer "Ein-Fünftel-Gesellschaft" abfinden.<sup>3</sup>

Die von dieser jede Zivilgesellschaft zerstörenden Entwicklung Betroffenen und Bedrohten dürfen und müssen sich damit nicht abfinden. Massenarbeitslosigkeit ist keine Naturkatastrophe und nicht Schicksal der Menschheit. Sie ist ebensowenig durch die Technologie bedingt. Die neuen Technologien sind nicht plötzlich hereingebrochen, Computersteuerung, Telekommunikation etc. stammen aus den letzten 30 Jahren. Die sogenannten neuen Technologien ermöglichen betriebliche Restrukturierungen, aber sie erzwingen sie nicht. Erzwungen werden sie durch die kapitalistischen Regulationsmechanismen, durch die Konkurrenz.

### Umbruchkrise der kapitalistischen Entwicklung

Eine genauere Analyse der gegenwärtigen Entwicklung<sup>4</sup> zeigt einen grundlegenden Wandel in der etwa 170jährigen Geschichte der kapitalistischen Länder. Zyklische Krisen sind für die kapitalistischen Systeme nichts Neues. Sie ergeben sich aus der Logik der kapitalistischen Steuerung und sind ihrem Wesen nach, unabhängig von der jeweiligen Wirtschaftspolitik, das Grundmuster jeder kapitalistischen Entwicklung. Aber seit Mitte der 70er haben wir es nicht mehr mit den gewohnten Bewegungsabläufen zu tun. Im Unterschied zu früheren Aufschwungsphasen ist festzustellen:

- daß die Arbeitslosigkeit im Zuge der Aufschwünge nicht mehr wesentlich abgebaut wird;

<sup>2</sup> Siehe Lester C. Thurow, Die Zukunft des Kapitalismus, Düsseldorf/München 1996, S. 243.

<sup>3</sup> Siehe Hans-Peter Martin/Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle, Reinbek 1997, S. 12ff.

<sup>4</sup> Die Entwicklung von 1988 bis 1992 war durch zwei Besonderheiten bestimmt: 1987 haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet, bis Ende 1992 den Europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Dieser Beschluß hat 1987 ein "Gründungsfeber", ähnlich wie nach 1871/72, ausgelöst. Durch die Umwälzungen in Osteuropa hat es im Westen der Bundesrepublik einen die längerfristige Entwicklung überlagernden Einigungsboom gegeben.

- daß die Armut auch in den relativ reichen Ländern in Aufschwungsphasen zunimmt;  
- daß selbst in den Aufschwungsphasen eine massenhafte Kapitalvernichtung stattfindet; insbesondere durch Fusionen mit Stilllegungen;  
- daß eine in dieser Rigorosität noch nie zu beobachtende Verdrängungskonkurrenz eingesetzt hat, und  
- daß trotz dieser Kapitalvernichtung Überkapazitäten über den Zyklus hinweg bestehen bleiben.<sup>5</sup>

Diese neuen Phänomene - die in Westdeutschland kurzfristig durch den Anschlußboom überdeckt wurden - sind Zeichen eines Strukturbruchs in der längerfristigen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften. Dieser Strukturbruch ist weder Schicksal noch Folge politischer Fehler. Er ist unabhängig von der jeweils betriebenen Wirtschaftspolitik das Ergebnis der Steuerungsmechanismen dieser Wirtschaftssysteme. Er ist Folge des Konkurrenzkampfes, der jedes Unternehmen bei Strafe des Unterganges zur Erhöhung der Produktivität zwingt, das heißt, den Produktionsprozeß organisatorisch zu optimieren und zusätzliche, technisch fortschrittlichere Anlagen zu installieren.

Jede zyklische Belebung begann bis in die siebziger Jahre mit einer Erneuerung des Maschinenparks. In jeder Prosperitätsphase wurden zusätzliche, technisch fortschrittlichere Anlagen installiert. In jedem Abschwung wurde ein Teil der Produktionsmittel entwertet oder vernichtet. Die Folge war, am Beginn jedes neuen Zyklus standen mehr und technologisch wirkungsfähigere Anlagen bereit, als zu Beginn des vorangegangenen. Für die längerfristige Entwicklung bedeutete das:

- gemäß der technischen Entwicklung wuchs die Mehrwertrate;  
- gemäß des Wachstums des Kapitals wuchs die Profitmasse;  
dies bedeutete aber auch:  
- gemäß des Ersatzes von Menschen durch Maschinen fiel die Profitrate.

Die Tendenz der längerfristig, d.h. über die konjunkturellen Schwankungen hinweg, fallenden Profitrate hat zu immer stärkeren Klagen der Industrie geführt, war aber solange für die Entwicklung der kapitalistischen Systeme unproblematisch, wie die fallenden Profitraten mit wachsendem Kapitalumfang durch steigende Profitmassen kompensiert werden konnten.

Neu ist nun seit Mitte der siebziger Jahre, daß die längerfristige Akkumulationsrate, das heißt, das neue, zusätzlich gebildete Realkapital, gesamtgesellschaftlich und tendenziell gesehen, nicht mehr ausreicht, den Fall der Profitrate zu kompensieren. Die Akkumulationsrate fällt stärker als die Profitrate. Die Folge ist: Seit Mitte der siebziger Jahre sanken im länger-

<sup>5</sup> Nach der Krise 1974/75 stagnierte die Kapazitätsauslastung drei Jahre bei rund 80% und erreichte 1979 mit 84,5% ihr Maximum. Im letzten Zyklus lag sie bis 1987 unter 85%, erst dann stieg sie auf Grund des "EU-Gründungsfebers" und des Vereinigungsbooms auf das in früheren Boomperioden zu beobachtende Niveau.



fristigen Trend nicht nur die Profitraten, sondern auch die gesamtgesellschaftliche Profitmasse.<sup>6</sup> So ist zu erklären,

- daß die Unternehmen weltweit die Realinvestitionen deutlich einschränken und sich - soweit dies technisch möglich ist - auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen beschränken;
- daß sie zu Lasten der Realinvestitionen riesige Geldkapitale bilden, und
- eher andere Firmen aufkaufen, als die Gewinne zum Ausbau bestehender Unternehmen zu verwenden.

Diese neuen Phänomene sind Zeichen eines Strukturbruchs in der längerfristigen Entwicklung der Kapitalakkumulation. Diese als strukturelle Überakkumulation bezeichnete längerfristige Entwicklung, die als genereller Trend in allen OECD-Ländern zu beobachten ist, bedeutet: Die weltweit in praktisch allen Branchen bestehenden Überkapazitäten zwingen zu weiteren Rationalisierungsinvestitionen, die ohne entsprechendes Wachstum zu weiterer Vernichtung von Arbeitsplätzen führen müssen.<sup>7</sup>

### Unterschiede zwischen zyklischer und struktureller Überakkumulation

Oberflächlich gesehen stellt die strukturelle Überakkumulation nur eine andere Dimension der zyklischen Überakkumulation dar. In beiden Fällen liegt eine profitmindernde Akkumulation vor. Aber hinter den quantitativen Differenzen verbergen sich qualitative Unterschiede.

Zyklisch werden Ersatzinvestitionen vorgenommen, nachdem im Abschwung eine Entwertung bzw. Vernichtung von zuviel akkumuliertem Kapital stattgefunden hat. Die Ersatzinvestitionen werden zwangsläufig auf höherem technologischen Niveau, das heißt als Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen. Dann und soweit die Kapazitäten der Abteilung I durch die inter- und intrasektorale Nachfrage nach Ersatz- bzw. Rationalisierungsinvestitionen ausgelastet sind, werden hier Erweiterungsinvestitionen vorgenommen.<sup>8</sup> Diese Erweiterungsinvestitionen bewirken über zunehmende Beschäftigung eine Steigerung der konsumtiven Nachfrage und geben einen Impuls für eine die Expansion stützende Investitionskonjunktur. Die zyklische Überakkumulation ist das Ergebnis des kapitalimmanent

<sup>6</sup> Das 1989 bis 1992 zu beobachtende Ansteigen der Profitrate ist eine nicht zu der Trendaussage im Widerspruch stehende zyklische Bewegung. Außerdem ist bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen, daß die Steigerung der Gewinne insbesondere auf den Steuerentlastungen und der Umverteilung zu Lasten der Löhne beruht.

<sup>7</sup> Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften geht in ihrer Studie über Beschäftigung in Europa davon aus, daß rund 20 Mio. Menschen arbeitslos sind und daß die Arbeitslosigkeit ohne massive wirtschaftspolitische Maßnahmen nach Überwindung der gegenwärtigen konjunkturellen Krise weiter ansteigen wird. Vgl. Commission of the European Communities (1993), *Employment in Europe 1993*, Brussels/Luxembourg.

<sup>8</sup> Die relativ schwachen konjunkturellen Aufschwünge seit Mitte der 70er Jahre beruhten auf der auch in den Aufschwungsphasen anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten. Eine Ausnahme bildete der exogene Einfluß in der Phase der Vereinigung.

logischen und auf Grund der Konkurrenzbedingungen zwingenden Investitionsverhaltens. Die positiven Investitionsanreize stellen sich ex post und plötzlich als "falsche" Signale heraus. Der Kontraktionsprozeß wird aufgehalten und die Voraussetzungen für einen erneuten Expansionsprozeß werden dadurch geschaffen, daß bei sinkenden Preisen die Reallöhne steigen und trotz steigender Arbeitslosigkeit auf Grund zunehmender Transferzahlungen die Konsumausgaben ein den Zyklus abfederndes Element bilden.

Strukturelle Überakkumulation ist eine längerfristig sich anbahnende, *absehbare* Entwicklung, die im Unterschied zur zyklischen Überakkumulation nicht auf zwangsläufig falschen Signalen seitens des Marktes beruht. Anhaltende Überkapazitäten und sinkende Profite signalisieren den Unternehmen die Überakkumulation und fordern *strategisches Handeln* seitens der Kapitale. Das Problem dabei besteht - ähnlich wie von Harrod analysiert - darin, daß die kapitalimmanent logische Reaktion der Unternehmen längerfristig die strukturelle Überakkumulation verschärft. Die zyklendurchschnittliche Einschränkung der Realkapitalakkumulation, insbesondere die Reduzierung der Erweiterungsinvestitionen und die neuen, Produktionskapazitäten vernichtenden Zentralisationsstrategien bremsen zwar den Fall der Profitrate, bewirken aber eine weitere zyklendurchschnittliche Senkung der Akkumulationsrate.

Die Einschränkung der Realkapitalakkumulation - deutlich abzulesen an der gesunkenen Investitionsquote - bei Zunahme des Anteils der Rationalisierungsinvestitionen bedeutet, daß das zyklendurchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität über dem Wachstum des Sozialprodukts liegt. Eine solche Konstellation muß zu einer überzyklischen Entlassung von Arbeitskräften führen.

Längerfristig abnehmende Beschäftigung heißt, wenn die Umstände sonst gleich bleiben, abnehmende Nachfrage nach Konsumtionsmitteln und damit Kontraktion der Konsummittelproduktion. Damit fällt nicht nur Nachfrage nach Investitionsgütern, sondern zusätzlich effektive Nachfrage nach Konsumgütern aus. Wird dieser akkumulationsbedingte Ausfall an effektiver Nachfrage nicht durch staatliche Aktivität oder zunehmende Nachfrage aus dem Ausland (Exportüberschuß) kompensiert, führt dies zu weiterer Reduzierung der Investitionsgüternachfrage. Es entwickelt sich ein *circulus vitiosus* mit zunehmender Arbeitsplatzvernichtung.

Die zyklische Kapitalakkumulation wie die Kapitalentwertung ist eine endogene Bewegung des Auf- und Abbaus von Disproportionen. Die Analyse der längerfristigen Akkumulationsbewegungen zeigt keine vergleichbare, kapitalismusedogene Tendenz zur Beseitigung der wachsenden Disproportionen.



## Strukturelle Überakkumulation und gegenläufige Tendenzen

Zyklische Krisen sind nicht gewollt oder bewußt herbeigeführte Störungen des Akkumulationsprozesses, sondern sich zwangsläufig ergebende Friktionen, ungeachtet der Tatsache, daß zumindestens Teile des Kapitals Krisen als notwendiges Übel ansehen. Das zeigen die Diskussionen um die Konzepte von Keynes bereits seit den 30er Jahren und vor allem die Debatten um Deregulierung seit den 70er Jahren. Vollbeschäftigung und sichere Arbeitsplätze sind für das Kapital keine erstrebenswerten Ziele, denn Vollbeschäftigung heißt für die Unternehmen Lohnsteigerungen, da hier sowohl die Verhandlungsmacht des einzelnen Arbeitnehmers wie insbesondere die Kampfkraft der Gewerkschaften wesentlich stärker ist, als bei hoher Arbeitslosigkeit. Fehlende industrielle Reservearmee bedeutet zudem für die Unternehmen, daß sie weniger flexibel auf die für kapitalistische Systeme typischen Wechsel der Nachfrage reagieren können. Kalecki hat bereits in den vierziger Jahren von einem "politischen Konjunkturzyklus" gesprochen und den Widerstand der Unternehmer gegenüber aktiver Beschäftigungspolitik auf drei Ebenen systematisch analysiert: "Die 'Führer der Wirtschaft' widersetzen sich einer Vollbeschäftigung, die der Staat durch seine Ausgaben erzeugt. Die Gründe lassen sich in drei Gruppen einteilen:

- Das Unbehagen an der Einmischung des Staates in das Beschäftigungsproblem an sich.
- Das Unbehagen am Verwendungszweck der Staatsausgaben (öffentliche Investitionen und Subventionierung des privaten Konsums).
- Das Unbehagen an den sozialen und politischen Veränderungen, die eintreten, wenn Vollbeschäftigung zum Dauerzustand wird."<sup>9</sup>

Strukturelle Überakkumulation bahnt sich an, ist für die Kapitale auf der Ebene der Symptome erkennbar und muß deshalb - wie gezeigt - nicht hingenommen werden, zumal sie keine Disproportionen beseitigt, sondern längerfristig den Bestand der kapitalistischen Systeme gefährdet. Es entspricht deshalb der Logik des Kapitals, daß viele "erfolgreiche" Versuche unternommen worden sind, den Fall der Profitrate abzubremsen.

Mit der zunehmenden Geldkapitalbildung und den daraus erzielten Zins- und Spekulationserträgen konnten in den letzten Jahren die sinkenden Erträge beziehungsweise Verluste im Produktionsbereich auf Kosten der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte vielfach kompensiert werden.

Besonders erfolgreich im Sinne des Kapitals war die Stabilisierung der Profitraten durch rigorose Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten

<sup>9</sup> Michael Kalecki, Politische Aspekte der Vollbeschäftigung, in: M. Kalecki, Krise und Prosperität im Kapitalismus, Marburg 1987, S. 235f.

der abhängig Beschäftigten.<sup>10</sup> Lohnsteigerungen unter dem Produktivitätszuwachs und der Abbau von Sozialstaatlichkeit haben in den 80er Jahren zu einer deutlichen Erholung der Profitraten geführt, ohne die Akkumulationsraten zu erhöhen.

Weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Profite waren und sind:

- die Verlagerung von Werkbankproduktion in Billiglohnländer;
- verstärkte Ausplünderung der Dritten Welt;
- Externalisierung von Kosten zu Lasten der Umwelt;
- zunehmende Inanspruchnahme des Staates durch Subventionen.

Diese Gegenstrategien, die in den 80er Jahren den Fall der Profitrate nicht nur stoppen konnten, sondern sogar einen Anstieg der Profite zur Folge hatten, haben eins gemeinsam:

*Sie stabilisieren den Profit der Kapitale auf Kosten der Gesellschaft und der Natur und damit auf Kosten der längerfristigen Entwicklung.*

Die strukturelle Überakkumulation erfordert es, die genannten, kompensierenden Umverteilungsmaßnahmen zu forcieren. Daraus folgt nicht die "große" Krise, sondern eine zunehmende Irrationalität der kapitalistischen Systeme.

## Ablenkung von den Ursachen

Die seit Mitte der 70er Jahre ansteigende Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit ist weder Schicksal oder ein "Betriebsunfall" noch Folge politischer Fehler. Sie ist weder mit der technologischen Entwicklung noch mit überzogenen Ansprüchen an den Sozialstaat oder einer ökologischen Umorientierung zu erklären.

Die technische Entwicklung - gemessen an dem Wachstum der Arbeitsproduktivität - weist in den 80er und 90er Jahren in der EU und insbesondere in Deutschland deutlich geringere Zuwachsraten als in Zeiten der Vollbeschäftigung in den 50er und 60er Jahren auf. Im Unterschied zu der Periode bis 1975 liegen die relativ niedrigen Produktivitätszuwächse allerdings über den Wachstumsraten des Sozialproduktes. Das heißt, die Arbeitslosigkeit ist nicht technologisch, sondern wachstumsbedingt.

Sie ist auch nicht mit überzogenen Ansprüchen der abhängig Beschäftigten oder der Gewerkschaften zu erklären - wie Kohl mit seiner mehr als zynischen Bemerkung vom Freizeitpark Deutschland zu suggerieren versucht. In den 80er Jahren sind die Löhne in Westdeutschland langsamer als die Produktivität gestiegen. Das hat zur Folge, daß es eine starke Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen gegeben hat.<sup>11</sup> Die Lohn-

<sup>10</sup> Die Arbeitseinkommensquote wird im Jahr 1997 für Westdeutschland auf das Niveau vom Anfang der 60er Jahre sinken. Vgl. DIW-Wochenbericht 1-2/97, S.16.

<sup>11</sup> Nur 1992 stiegen die Löhne schneller als die Produktivität, das klassische Muster jedes konjunkturellen Abschwunges.



stückkosten - auf DM-Basis - sind seit Anfang der 80er Jahre mit nur 2,6 Prozent im Vergleich zu allen OECD-Ländern unterdurchschnittlich gestiegen. Wie das ifo-Institut feststellt, kann "bei diesem moderaten Anstieg ... von einem hausgemachten Kostendruck also keine Rede sein."<sup>12</sup>

Von der Industrie und neuerdings auch von dem Bundeswirtschaftsminister wird schließlich behauptet, die gegenwärtige Krise und damit die Lage auf dem Arbeitsmarkt sei durch überzogene ökologische Forderungen bedingt. Vergleicht man die geringen Fortschritte beim ökologischen Umbau mit dem, was inzwischen in anderen Ländern getan wurde und mit dem, was notwendig ist, um die selbstzerstörerischen Mechanismen der modernen Industriegesellschaften aufzuhalten, diskreditiert sich dieses Argument durch sich selbst.

Es bleibt: Die gegenwärtige Entwicklung, die insbesondere durch zunehmende Langzeit- und Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, beruht auf einem Strukturbruch in der längerfristigen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß dieser Trend in übersehbarer Zukunft aus sich heraus abbricht.

### Die Krise des Regulierungssystems

Der gegenwärtige Stand und die zu erwartende Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist keine unabwendbare Naturkatastrophe, sie ist vielmehr Folge des bestehenden Regulierungssystems.

Unbestreitbar ist das "Humankapital", die lebendige Arbeit, die wertvollste Ressource jeder Gesellschaft. Unbestreitbar gibt es in der Welt viel zu tun. Die Beseitigung von Umweltschäden, die Umstellung auf umweltschonende Energie-, Verkehrs- und Abfallsysteme, die Sanierung der Städte, die Versorgung mit Wohnungen und mit sozialer Infrastruktur sind Beispiele für dringende Aufgaben, die viel Arbeit erfordern. Auf der anderen Seite gibt es Frauen und Männer, von denen die Mehrheit arbeiten kann und arbeiten will, die aber durch die Steuerungsmechanismen der kapitalistischen Systeme daran gehindert werden, ihre Kräfte für eine bessere Versorgung der Gesellschaft einzusetzen. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit angesichts der Fülle zu bewältigender Aufgaben ist nur ein - wenn auch besonders bedrückendes - Beispiel der Regulationskrise, die die liberalistischen Gleichgewichts- und Optimierungssillusionen der herrschenden Lehre ad absurdum geführt haben. Die gegenwärtigen kapitalistischen Regulierungsmechanismen hemmen beziehungsweise pervertieren die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Sie zeigen, daß die kapitalistischen Systeme an ihre *historische Schranke* gestoßen sind.

<sup>12</sup> ifo-Institut, ifo-Wirtschaftskonjunktur 7/93, S. A 18.

Jörg Huffschnid

### "Dominanz globalisierter Finanzmärkte": Politische Kapitulation statt ökonomisches Gesetz

Wer von Finanzmärkten redet, handelt vom Gipfel der Globalisierung. Diese ist als überwältigende Entwicklung der Welt seit Beginn der 80er Jahre ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gehämmert und mit Hinweisen auf offensichtliche Entwicklungen belegt worden: Der internationale Handel mit Gütern und Dienstleistungen ist schneller gewachsen als die Weltproduktion; die ausländischen Direktinvestitionen haben stärker zugenommen als der Außenhandel; transnationale Konzerne produzieren zunehmend in international vernetzten Zusammenhängen. Die Transaktionen auf den internationalen Finanzmärkten aber sind geradezu explodiert und haben schwindelerregende Höhen erreicht. Unvorstellbare Geldmengen und unvorstellbare Geschwindigkeit: Das ist der Stoff, aus dem die Finanzmärkte sind. Jeder kennt die 1,3 Billionen Dollar, die 1995 täglich an den Devisenmärkten umgesetzt wurden. Jeder ahnt die power jener zehn Mrd. Dollar, die von New York nach Tokio geschoben werden und innerhalb einer Stunde nach New York zurückkommen und von diesem roundtrip zehn Millionen Dollar Profit mitbringen. Kein Wunder, daß gegen diese Macht der Finanzmärkte kein Kraut gewachsen scheint. Wer sich den Finanzmärkten zu widersetzen versucht, den bestrafen sie blitzschnell durch Kapitalflucht mit ruinösen Folgen für Währung, Wachstum und Wohlstand.

Hinsichtlich Außenhandel, Direktinvestitionen und internationaler Produktion ist die Globalisierungsdiskussion mittlerweile in nüchternere Bahnen eingemündet.<sup>1</sup> Sie stellt die Zunahme des Internationalisierungsgrades der Wirtschaft während der letzten 20 Jahre nicht in Frage, relativiert aber ihren Stellenwert und ihren Neuigkeitscharakter. Der große Schub beim internationalen Handel erfolgte nicht erst ab 1980, sondern schon in den 60ern und 70er Jahren, kann also nicht als neue Qualität der Globalisierung herhalten. Die ausländischen Direktinvestitionen entwickelten sich seit Mitte der 80er Jahre besonders dynamisch, machten aber im Welt-durchschnitt in der ersten Hälfte der 90er Jahre doch nicht mehr als 4,2% aller Investitionen auf der Welt und 5,5% aller Investitionen der entwickelten Länder aus.<sup>2</sup> Wie der internationale Handel sind auch die internationalen Direktinvestitionen nicht global: Zum einen finden beide haupt-

<sup>1</sup> Vgl. z.B. in Deutschland: Hans-Hagen Härtel, Rolf Jungnickel u.a., Grenzüberschreitende Produktion und Strukturwandel - Globalisierung der deutschen Wirtschaft, Baden-Baden 1996; Globalisierung: Falle oder Wohlstandsquelle?, DIW Wochenbericht 23/97, S. 413-419; Ulrich Dolata, Das Phantom der Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/97, S. 100-104.

<sup>2</sup> Vgl. United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), World Investment Report 1996; Investment, Trade and International Policy Arrangements, New York 1996, S. 249.



sächlich zwischen den entwickelten OECD-Ländern statt, der größte Teil der Menschheit, nämlich die Menschen der Dritten Welt, sind weitgehend von ihnen ausgeschlossen. Zum anderen bilden sich innerhalb der OECD in den 90er Jahren verstärkt (drei) regionale Zentren - die sog. Triade - heraus, die intraregionale Verflechtung wächst viel schneller als die interregionale. Die Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer findet in Einzelfällen statt, ist aber eher ein Randphänomen.<sup>3</sup> "Alles in allem kann man - trotz der Öffnung Osteuropas - nicht pauschal davon sprechen, daß es in den letzten Jahren einen Globalisierungsschub gegeben hätte."<sup>4</sup> Auch bei den Finanzmärkten ist ein nüchterner Blick angebracht. Er wird das Phänomen ihrer rasanten Entwicklung nicht bestreiten. Er soll aber genauer untersuchen, um welche Märkte und Teilmärkte es eigentlich geht (1), welches der ökonomische und vor allem politische Hintergrund für ihre schnelle Entwicklung ist (2), welche Probleme sich heute - ähnlich wie oder anders als früher - stellen (3) und - schlagwortartig - wo die politischen Handlungsperspektiven liegen (4).

## 1. Finanzmärkte: Abteilungen und Entwicklungen

Finanzmärkte lassen sich schematisch in vier unterschiedliche Teilmärkte aufgliedern, die unterschiedliche ökonomische Funktionen haben und für die unterschiedliche Ablaufmuster bestehen, die allerdings nicht ohne gegenseitige Rück- und Wechselwirkungen sind:

1. Die *Finanzierungsmärkte* oder *Primärmärkte* dienen traditionellerweise der *Finanzierung* von Unternehmensinvestitionen oder von Staatsausgaben (gelegentlich auch von Konsumgüterkäufen): Geldeinkommen, die von Haushalten nicht für den Verbrauch oder von Unternehmen nicht für Investitionen oder den laufenden Betrieb ausgegeben werden, also die Ersparnis einer Volkswirtschaft, sollen über die Institutionen der Finanzmärkte an (andere) Unternehmen oder an die öffentliche Hand weitergeleitet und dort zu privaten oder öffentlichen Investitionen verwendet werden und somit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aufrechterhalten. Zur Ankurbelung des *Wirtschaftswachstums* ist ferner *zusätzliche* monetäre Nachfrage erforderlich, die durch Kreditschöpfung geschaffen wird. Diese Finanzierung von Investitionen und Staatsausgaben über die Finanzmärkte erfolgt auf drei Hauptwegen (und zahlreichen weiteren Pfaden, die diese Wege kreuzen, verbinden und mit einer Unzahl von Finanzinnovationen ausgestalten): die Gewährung von Bankkrediten, die Ausgabe von Unternehmensanteilen (i.d.R. Aktien), und die Auflage von Anleihen. Für die Unternehmen sind die beiden ersten Wege die Regel, die Verschuldung von Regierungen erfolgt üblicherweise über Anleihen. Dabei kann es na-

<sup>3</sup> Vgl. Härtel/Jungnickel, a.a.O., S. 244; vgl. auch International Monetary Fund, World Economic Outlook, May 1997, Washington 1997, S. 58. "Es sieht nicht so aus, daß Unternehmen in großem Maße inländische durch ausländische Arbeiter ersetzt haben."

<sup>4</sup> DIW-Wochenbericht 23/97, S. 414.

türlich zu Fehlkalkulationen und Schwindelgeschäften kommen, die mit Konkursen, Bankenkrach und Gläubigerverlusten enden. Die Vermittlung von Defizitsektor (der Geld braucht) und Überschussektor (der Geld übrig hat) ist in einer wachsenden Wirtschaft kein Problem, in der die Ersparnisse voll absorbiert werden. Prinzipiell problematisch wird es erst, wenn der Überschussektor dauerhaft mehr Finanzmittel bereitstellt, als die Unternehmen nachfragen und wenn die öffentliche Hand daran gehindert wird, dieses Geld aufzunehmen und auszugeben.

Der Umfang dieser güterwirtschaftlich relevanten externen Finanzierungsvorgänge kommt im Wert der zu einem bestimmten Zeitpunkt ausstehenden Bankkredite bzw. der Ausgabekurse von Anleihen und Aktien zum Ausdruck. Dieser Wert hat sich weltweit von 1982 bis 1992 von 15,0 Billionen auf 43,8 Billionen Dollar fast verdreifacht.<sup>5</sup> Sein Wachstum ist hoch, aber nicht so hoch wie das der Direktinvestitionen, die in der gleichen Zeit auf mehr als das Dreifache gestiegen sind. Der Umfang der Finanzierungen entsprach 1982 knapp dem Doppelten des OECD-Bruttoinlandsproduktes (8,8 Billionen Dollar), 1992 gut dem zweieinhalbfachen des OECD-BIP (17,3 Billionen Dollar).<sup>6</sup> Zwischen 1982 hat sich die Struktur des Finanzierungsmarktes zu Lasten des Bankensektors verschoben: Während sein Anteil an den Finanzierungen der Welt von 59,2% auf 44,9% zurückging, nahm der Anteil des Kapitalmarktes entsprechend von 40,8% auf 55,1% zu, darunter Aktien von 18,2% auf 25,6%, Anleihen von 22,6% auf 29,7%. Interessant ist, daß in diesen zehn Jahren der Internationalisierungsgrad neuer Finanzierungen nicht gestiegen, sondern leicht gesunken ist: Lag er 1982 bei 19,5% (wobei 17,8% auf internationale Bankkredite entfielen), so war dieser Anteil 1992 auf 18,1% gesunken (14,0% Bankkredite), während sich der Anteil der international aufgelegten Anleihen von 1,7% auf 3,9% verdoppelte, aber immer noch relativ gering blieb.<sup>7</sup>

Nach wie vor werden Anleihen überwiegend von öffentlichen Körperschaften aufgenommen: Vom Weltbestand aller Anleihen in Höhe von 26,9 Billionen Dollar waren Ende 1995 rund 61% von öffentlichen Stellen aufgelegt worden, und dies zu 94% im jeweiligen Inland. Auch für 1995 neu aufgelegte Anleihen lag der Inlandsanteil bei 92,3%.<sup>8</sup>

2. Die *Sekundärmärkte*, auf denen bereits bestehende Finanzierungsinstrumente gehandelt werden, also Aktien und Anleihen sowie - in sehr viel geringerem Umfang - bereits bestehende Kredite (die zu diesem Zweck allerdings erst in handelbare Titel verwandelt d.h. "verbriefte" werden müs-

<sup>5</sup> Vgl. Yilmaz Akyüz, Taming International Finance, in: Jonathan Michie, John Grieve Smith (Hg.), Managing the Global Economy, London u.a. 1995, S. 61.

<sup>6</sup> Vgl. OECD Quarterly National Accounts, 1996, Nr. 3, S. 12.

<sup>7</sup> Vgl. Akyüz, a.a.O., S. 61.

<sup>8</sup> Vgl. Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), 66. Jahresbericht (1.4.1995-31.3.1996), Basel 1996, S. 166.



sen). Hinweise auf die Größe und Entwicklung dieser Märkte geben die Umsätze an den Börsen. Sie untertreiben den wirklichen Umfang allerdings deshalb, weil ein erheblicher Teil des Wertpapierhandels unmittelbar, ohne Dazwischenschalten einer Börse (OTC=over the counter), stattfindet. Der börsentägliche Umsatz mit Aktien betrug 1992 rund 30 Mrd. Dollar, bei Anleihen belief er sich auf rund 200 Mrd. Dollar. Bei 250 Börsentagen ist das ein Jahresumsatz von 7,5 Billionen bei Aktien und 50,0 Billionen Dollar bei Anleihen. Die Wachstumsrate des Umsatzes zwischen 1980 und 1992 betrug jahresdurchschnittlich für Aktien und Anleihen jeweils zehn Prozent und lag damit weit über der von Exporten und Produktion.<sup>9</sup> Interessant ist für die aktuelle Diskussion, daß die Umschlaghäufigkeit von Wertpapieren in diesem Jahrzehnt nicht zugenommen, sondern abgenommen hat: 1982 wurde im Weltdurchschnitt jede Aktie alle 11 Monate gehandelt, zehn Jahre später nur noch alle 17 Monate. Bei Anleihen war das Umschlagstempo erheblich höher, ist aber auch zurückgegangen: Jede Anleihe wechselte 1982 im Durchschnitt jeden zweiten, zehn Jahre später jeden dritten Monat die Hand.

Traditionellerweise fördert der Handel mit Aktien die Konzentration und Zentralisation von Kapital und erleichtert insgesamt die Umstrukturierung des Unternehmenssektors: Unternehmen kaufen die Aktien ihrer Konkurrenten an den Börsen oder im Pakethandel auf, gliedern sich neue Unternehmen an, stoßen andere ab und bereinigen so ihre Unternehmensstruktur. Daß alle derartigen Prozesse in der Regel mit "Durchforstungen" der neuerworbenen oder abgestoßenen Unternehmensteile verbunden sind, gehört mit zu den beabsichtigten Begleitumständen derartiger Transaktionen. Die großen Konzentrationswellen nach dem zweiten Weltkrieg sind im wesentlichen über die Börse abgewickelt worden, in zunehmendem Maße ist das auch in Deutschland der Fall, wo bislang die Tradition des Pakethandels direkt von Käufer zu Verkäufer oder durch Vermittlung der Hausbanken vorherrschte.

Darüber hinaus führt die Existenz von Sekundärmärkten zur Flexibilisierung der Geldgeberseite auf den Primärmärkten: Sie verwandeln die bei Unternehmen und Staat längerfristig gebundenen Finanzierungsmittel in für die Gläubiger jederzeit liquidierbare Mittel, die entsprechend nach jeweilig wechselnden Stimmungen und Erwartungen hin- und hergeschoben werden können. Das erleichtert und fördert die Spekulation und die Instabilität der Finanzierungsverhältnisse. Bei Börsenkrisen und Finanzmarktcrashes erleiden zunächst nur die Finanzanleger Verluste. Für die Schuldner haben die Kursbewegungen ihrer Aktien oder Anleihen an den Finanzmärkten zunächst keine unmittelbare Bedeutung, weil mit der erfolgreichen Emission von Aktien und Anleihen der Finanzierungsvorgang zunächst abgeschlossen ist und der Gegenwart der ausgegebenen Finanzie-

rungsinstrumente für Investitionen oder öffentliche Ausgaben zur Verfügung steht. Die mittelbaren Folgen eines Kursverfalls sind allerdings nachhaltig: Die Möglichkeiten, neue Finanzmittel über den Kapitalmarkt aufzunehmen, sinken und die Finanzierung wird entsprechend teurer. Daher bemühen sich Unternehmen und Regierungen zunehmend darum, ihre Papiere attraktiv für Anleger zu machen. Bei Unternehmen wird der "shareholder-value" gepflegt, für die Attraktivität öffentlicher Anleihen soll die "Verschlankung" des Staates sorgen.

Im Zuge der Erweiterung und Diversifizierung der Wertpapiermärkte hat auch der Handel mit kurzfristigen, dem jederzeit liquiden Geld immer ähnlicheren, Papieren (daher Geldmarktpapiere) enorm zugenommen. Der Geldmarkt war bis vor wenigen Jahren der Öffentlichkeit nicht zugänglich und diente nur dem kurzfristigen Kreditverkehr zwischen Banken untereinander und mit der jeweiligen Zentralbank. Hierdurch haben sowohl der Umfang als auch die Instabilität der nationalen und internationalen Finanzmärkte zugenommen.

Schließlich ist auch darauf hinzuweisen, daß das Wachstum des Wertpapierhandels auch die Bedeutung und den Einfluß hierauf spezialisierter Unternehmen vergrößert hat. Die traditionellen Kreditbanken haben ihre Abteilungen für das "Investmentbanking" ausgebaut, die Zahl und das Vermögen der Investmentfonds haben drastisch zugenommen. Von den Dispositionen ihrer Manager hängt das Schicksal ganzer Branchen ab.

3. Auf den *Devisenmärkten* werden die Währungen verschiedener Länder gehandelt. Durch die Preise für nationales Geld in anderen Währungen werden die güterwirtschaftlichen Austauschverhältnisse maßgeblich beeinflusst. Seitdem die jeweiligen nationalen Währungen nicht mehr an Gold gebunden sind, spielt der Devisenhandel eine wichtige Rolle in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen; und seitdem das System der politisch garantierten Wechselkurse (Bretton-Woods) in den 70er Jahren abgeschafft und durch ein System flexibler Wechselkurse abgelöst worden ist, kommt es in diesem Bereich zu mehr Unsicherheit und Risiken auf der einen und zu mehr Spekulation auf der anderen Seite. Von ihrer ursprünglichen Funktion bei der Finanzierung von internationalen Handels- und Investitionsströmen hat sich der Devisenhandel weit entfernt: 1995 entsprach der Umfang des gesamten Weltexportes nur noch 1,6% des Umsatzes mit Devisen, 1977 waren es noch 28,5% gewesen.<sup>10</sup> Die Tatsache daß die Devisenumsätze sich zwischen 1979 und 1995 von 30 Billionen auf 300 Billionen Dollar verzehnfacht haben, ist also in erster Linie auf die Zunahme der internationalen Spekulation zurückzuführen.

4. Auf dem Markt für *Derivate* geht es um den Handel mit Finanzprodukten, die sich auf die künftige Entwicklung der vorgenannten Finanzie-

<sup>9</sup> Vgl. The Economist vom 7. Oktober 1995, S. 6.

<sup>10</sup> Mahbub ul Haq, Inge Kaul, Isabelle Grunenberg (Hg.), The Tobin Tax. Coping with Financial Volatility, New York 1996, S. 292.



rungsinstrumente, z.B. den Kurs einer Anleihe oder die Zinsen eines Geldmarktpapiers oder den Wechselkurs einer Währung beziehen, also von diesen abgeleitet sind. Derartige Geschäfte können aus drei Gründen erfolgen:

- um ein Basisgeschäft abzusichern, also z.B. den Erlös eines Exportgeschäftes, der erst nach einer bestimmten Zeit fällig wird, gegen Wechselkursschwankungen abzusichern (Hedging);
- um bestehende Ertragsdifferenzen zwischen verschiedenen Geldanlagen (an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten) auszunutzen (Arbitragegeschäfte);
- um von einer erwarteten Veränderung (von Kursen, Zinsen oder Wechselkursen) zu profitieren (Spekulation).

Kurssicherungsgeschäfte gibt es schon lange. Das enorme Wachstum der Derivate hat aber erst gegen Ende der 80er Jahre begonnen. In der Zeit von 1990 bis 1994 ist der Betrag der ausstehenden börsengehandelten Derivate auf über das Vierfache - von 2,3 Billionen auf 9,9 Billionen Dollar gestiegen. Derivate werden aber zum überwiegenden Teil nicht über die Börse, sondern frei gehandelt: Hier wuchs das Volumen in sechs Jahren auf das Siebenfache, von 3,5 Billionen auf 24,3 Billionen Dollar. Mit 334 Billionen Dollar lag der Jahresumsatz des weltweiten Derivatenshandels 1995 noch über dem des Devisenumsatzes.<sup>11</sup> Derivate sind zumeist kurzfristige Papiere. Dies kommt in ihrer Umschlaghäufigkeit zum Ausdruck: 1996 war der Handel mit Derivaten 32,5mal so hoch wie der Bestand am Jahresende. Durchschnittlich wurde also jedes Papier ungefähr alle 8 Tage (250 Arbeitstage durch 32,5 Umschläge = 7,7 Tage) umgeschlagen.

## 2. Politisches Zurückweichen vor ökonomischem Druck: Ursachen für die wachsende Bedeutung der internationalen Finanzmärkte

Entscheidend für die zunehmende Rolle der Finanzmärkte in der Gegenwart sind einerseits die ökonomischen Akkumulationsprobleme des entwickelten Kapitalismus ab den 70er Jahren und andererseits die Art und Weise, wie die Wirtschaftspolitik auf diese Probleme reagiert hat.

Die Entwicklungsblockierung der realen Akkumulation und Produktion ist in erster Linie Resultat unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, die ihrerseits durch das Zurückbleiben der vor allem aus Löhnen gespeisten Massenkauflkraft und der durch Steuern finanzierten Staatsausgaben hinter dem mit Profiten aufgebauten Produktionsapparat verursacht wird. Sie hält die Unternehmen wegen fehlender Absatzaussichten von Erweiterungsinvestitionen ab, während aus Konkurrenzgründen unternommene Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsplätze vernichten und so die Kon-

sumnachfrage weiter vermindern. Hierauf wird hier nicht weiter eingegangen (vgl. hierzu den Artikel von Klaus-Peter Kisker in diesem Heft).

Auf diese typischen Verwertungsprobleme reagieren kapitalistische Unternehmen auf zweierlei Weise:

- Zum einen betreiben sie forciert die Internationalisierung, d.h. den Export von Gütern und Dienstleistungen, die sie im Inland nicht rentabel verkaufen können, sowie von Kapital, das sie im Inland nicht verwerten können. Diese Expansion auf den Weltmarkt findet im wesentlichen innerhalb der industrialisierten OECD-Länder statt und verschärft die internationale Konkurrenz und gegenseitige aggressive Marktdurchdringung. Die politische Reaktion hierauf ist die Orientierung der Wirtschaftspolitik und der ganzen Gesellschaft auf die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, durch die Kürzung von Löhnen, Sozialabbau, Steuersenkung für die Unternehmen usw.

- Die zweite Reaktion der Unternehmen besteht darin, erzielte Profite weder im Inland noch im Ausland in Produktionsanlagen zu reinvestieren, sondern als Finanzinvestitionen mit der Perspektive schneller und hoher Gewinne national oder international anzulegen. Einerseits fließen den Finanzierungsmärkten zwar weniger Mittel aus dem Haushaltssektor zu, der wegen niedriger Einkommen oder Sozialleistungen (Arbeitslosenunterstützung) sein Sparen einschränkt, andererseits aber drängen die Mittel auf die Finanzmärkte, die als Gewinne realisiert worden sind, aber wegen fehlender Absatzaussichten nicht reinvestiert werden und statt dessen eine rentable Anlage im nicht-produktiven Bereich suchen.

Das führt zu einer wesentlichen Veränderung der ökonomischen Rollenverteilung. Die Unternehmen werden ihrer traditionellen Rolle, als Defizitsektor die volkswirtschaftliche Ersparnis aus dem Überschussektor Haushalte, wo sie traditionellerweise anfällt, über den Bankenapparat abziehen und in Realinvestitionen und anschließende Produktion zu verwandeln, immer weniger gerecht. Sie werden vielmehr ihrerseits zu Überschussektoren und Sparern, die eine Verzinsung ihres Geldkapitals suchen, ohne es in produktives Kapital verwandeln und in der Produktion einsetzen zu müssen. Ihr Hang zur Finanzinvestition findet seine theoretische Spiegelung und Weiterentwicklung darin, daß die Unterscheidung von Sparen und Investieren aufgegeben wird und jede Art der Geldverwendung als Investition erscheint. So werden auch die traditionellen Haushalte mit höheren Einkommen, die sparen können, unter der Hand zu Investoren, nämlich Anlegern ihres Geldvermögens, für das sie hohe Renditen erwarten. Die Zunahme von Finanzinnovationen ist mit dem Nachlassen von Wachstum und Produktion und mit steigender Arbeitslosigkeit verbunden.

Die seit den 70er Jahren für entwickelte kapitalistische Gesellschaften typische Situation des Übersparens bringt insbesondere die Finanzinstitutionen in Schwierigkeiten, die in Zeiten störungsfreien Wachstums durch Kreditvergabe oder das Management der Erstaussgabe von und den Handel

<sup>11</sup> Vgl. BIZ, 66. Jahresbericht, a.a.O., S. 148.



mit Wertpapieren groß geworden sind. Hierzu zählen die traditionellen Kreditbanken, die Versicherungen (als Kapitalsammelstellen, die immer schon Anlagepolitik betrieben haben), die Wertpapierhäuser und die Investmentfonds. Im modernen Kapitalismus sind Finanzmärkte Käufermärkte, auf denen Finanzinstitute versuchen, durch das Versprechen hoher Renditen Anleger zu finden, deren Geld die Grundlage für ihr eigenes Geschäft ist. Daß Staaten sich wegen des niedrigen realen Wachstums und der hohen Arbeitslosigkeit gezwungen sehen, immer mehr Schulden aufzunehmen, ist ein äußerst glücklicher Umstand für diese Institutionen. Auch die Privatisierung zunächst aus Steuermitteln profitabel gemachter Staatsunternehmen ist ein zunehmend beliebtes Betätigungsfeld für institutionelle Anleger. Schließlich sind auch die ersten Schritte zur Privatisierung der Sozialversicherungen in Europa im Zusammenhang mit den Expansionsstrategien nationaler und internationaler Finanzinstitute zu sehen: Die Zusammenstellung und Verwaltung von Pensionsfonds öffnet weitreichende Geschäftsperspektiven für Finanzinstitute.

Zunehmende Akkumulationsprobleme als ökonomisches Grundproblem, zunehmende Internationalisierung und Finanzinvestitionen als hauptsächliche Reaktionen von Seiten des Kapitals, härtere internationale Konkurrenz und größeres Gewicht des Finanzsektors - das ist das Szenario, das die gegenwärtige Situation umschreibt. Allerdings ist dies keine Situation, die sich zwingend aus der Logik des Kapitals ergibt. Sie ist vielmehr deshalb eingetreten, weil sie den Interessen der großen Kapitale am meisten entsprach, und weil sie politisch durchgesetzt werden konnte.<sup>12</sup>

Um aber politisch durchgesetzt werden zu können, mußten die politischen Regulierungen beseitigt werden, die nach dem 2. Weltkrieg - im fernen Nachhall der revolutionären Stürme Anfang der 20er Jahre, im Rückblick auf die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise, aus der Erfahrung des Faschismus heraus und mit Blick auf die Systemkonkurrenz gegenüber dem Sozialismus - in der kapitalistischen Welt eingeführt worden waren - mit dem erklärten Ziel, ungezügelter Konkurrenz und Wirtschaftskriege zu verhindern und eine primär am binnenwirtschaftlichen Ziel der Vollbeschäftigung ausgerichtete Wirtschaftsentwicklung durch sichere außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Die in unserem Zusammenhang wichtigsten Elemente dieser Regulierung bestanden in einer institutionalisierten internationalen Kooperation, die feste Wechselkurse und einen Mechanismus zu ihrer Stützung bzw. Wiederherstellung vorsahen sowie in der allgemeinen Akzeptanz von Kapitalverkehrskontrollen, die das jeweilige Land vor Kapitalflucht oder Überschwemmung mit Kapital beschützen sollten. Dieses 1944 in Bretton Woods etablierte System, das weder eine antikapitalistische Stoßrichtung hatte noch eine Abkehr von der Profitorientierung bedeutete, hat trotz verschiedener praktischer und prinzipieller

<sup>12</sup> Vgl. zum folgenden Eric Helleiner, *States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s*, Ithaca and London 1994, Teil 2.

Schwierigkeiten bis Anfang der 70er Jahre funktioniert und günstige internationale Rahmenbedingungen für den Aufschwung in fast allen Ländern während der 50er und 60er Jahre geliefert.

Als sich die ökonomischen Akkumulationsbedingungen Ende der 60er Jahre weitgehend veränderten, stand die Politik vor einer grundsätzlichen Alternative:

- Entweder der 1945 eingeschlagene Weg der Zählung und Reform des Systems würde weitergeführt und die politische Regulierung national - durch Stärkung der konsumtiven oder öffentlichen Endnachfrage, Investitionslenkung, Steuerreform zugunsten der Massenkauftkraft etc. - und international - durch stärkere internationale Arbeitsteilung und Kooperation, Entwicklungspolitik etc. - verstärkt. Hierzu waren jedoch weder die Gewerkschaften noch die Sozialdemokratie in der Lage und auch wohl nicht bereit.

- Oder aber dem Druck des Kapitals würde nachgegeben, die Reformperspektive fallengelassen, eine mehr im Interesse des Kapitals liegende Entwicklung zugelassen. Bekanntlich wählten die Regierungen die zweite Alternative und wurden daran nicht von sozialen Bewegungen gehindert. Sie öffneten damit den Weg für ein neues "Paradigma" kapitalistischer Entwicklung, das sich seitdem schrittweise durchgesetzt hat und gegenwärtig die wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Diskussion und Praxis beherrscht.

Hierbei lassen sich für die Finanzmärkte drei Etappen und Bereiche der politischen Veränderung feststellen, die sich teilweise zeitlich überlappen:

- Zunächst wurde das System der festen Wechselkurse, das auch die Verpflichtung enthielt, diese auch unter Einsatz eigener Mittel zu stützen, aufgegeben und durch ein Regime schwankender Wechselkurse ersetzt. Die Orientierung auf einen Ausgleich der Handels- und Leistungsbilanzen wurde durch den Kampf um Weltmarktanteile abgelöst. Dabei wurde auch der Wechselkurs zum Konkurrenzparameter. Die internationale Währungskonkurrenz begann und führte zu heftigen Ausschlägen, Schwankungen und Instabilitäten. Die hiermit verbundenen Risiken für den Außenhandel mußten durch Kurssicherung abgewehrt werden. Dies war die Geburtsstunde der Derivate in Form der Wechselkurssicherungsgeschäfte, die freilich sehr schnell über diesen Rahmen hinauswuchsen und große Spekulationswellen in Gang setzten. Private Wechselkursabsicherung verteuerte die Produktion und führte - ganz im Gegensatz zu den euphorischen Prognosen, die mit der Wechselkursfreigabe verbunden waren - zum Anstieg statt zum Sinken des Zinsniveaus: Die langfristigen Realzinsen der G7-Länder, die in der Zeit von 1956 - 1973 bei 1,7% gelegen hatten, stiegen für die Zeit von 1981 - 1993 auf 5,1%, also auf das Dreifache.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> OECD, *National Accounts*, zit. nach John Eatwell, *International Capital Liberalisation: An Evaluation. A Report to UNDP (SSA no. 90-049)*, New York 1996, S. 15.



- Der Druck zur privatwirtschaftlichen Währungsabsicherung führte Unternehmen und Staaten - und als Dienstleistungsunternehmen dann in besonderem Maße auch die Finanzinstitutionen - zu intensiverem Währungsmanagement durch Strukturierung und Umstrukturierung finanzieller Portfolios. Das erforderte die Liberalisierung grenzüberschreitender Kapitalbewegungen, die nach dem 2. Weltkrieg weitgehend eingeschränkt waren und strenger staatlicher Kontrolle unterlagen, um den Vorrang für binnenwirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht zu gefährden. Der Druck, diese Beschränkungen im Interesse größerer internationaler Beweglichkeit und Integration abzuschaffen, nahm zu. So geschah es<sup>14</sup>: 1973 beseitigten Deutschland, Kanada und die Schweiz alle Beschränkungen für internationale Kapitalbewegungen, 1974 folgten die USA, 1979 England, 1980 Japan. Erst zehn Jahre später beseitigten Italien und Frankreich ihre Kapitalverkehrsbeschränkungen, und seit dem 1.7.1990 ist eine entsprechende Richtlinie der EG mit einigen Ausnahmen in Kraft, die mittlerweile ausgelaufen sind. Damit waren auch *kurzfristigen* Kapitalbewegungen Tür und Tor geöffnet, die keine Kapitallenkungsfunktion haben, weil sie Kreislaufbewegungen sind.

- Freier Zugang zu allen Geld- und Kapitalmärkten der Welt erfordert aber auch vergleichbare Bedingungen für das Kapital in aller Welt. Geldmärkte waren jedoch seit den 30er Jahren relativ streng reguliert. Der Grund liegt zum einen darin, daß ein funktionierendes Geldsystem als ein "öffentliches Gut" betrachtet wurde, das man nicht einfach den Märkten überlassen kann.<sup>15</sup> Zum anderen hatten die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise in so gut wie allen Ländern zu politischen Regulierungen geführt, die eine Wiederholung ausschließen sollten, die aber im übrigen entsprechend den unterschiedlichen historischen Traditionen sehr verschieden ausfielen (Trennbankensystem, Regionalprinzip, Universalprinzip, Bankenaufsicht usw.). Diese Unterschiedlichkeit wurde als Hindernis für den internationalen Kapitalverkehr betrachtet. Sie wurden jedoch nicht auf einem gemeinsamen Niveau vereinheitlicht. Statt dessen kam es zu einer weitgehenden Deregulierung auch auf den nationalen Finanzmärkten.

Der Übergang zu schwankenden Wechselkursen, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die Deregulierung der nationalen Finanzmärkte sind politische Maßnahmen, die unter dem Eindruck neuer nationaler und internationaler Handlungsbedingungen und natürlich unter dem Druck von Interessen und Interessentengruppen erfolgten, aber keinesfalls ökonomisch unausweichlich waren. Sie wurden deshalb durchgesetzt, weil es weder eine Alternativkonzeption auf Seiten der fortschrittlicheren politischen und gewerkschaftlichen Kräfte gab, noch den Willen, diese durch politischen Druck durchzusetzen. Es spricht daher nichts gegen die Möglichkeit,

<sup>14</sup> Vgl. Eatwell, a.a.O., S. 1.

<sup>15</sup> Vgl. zur Herausbildung und Regulierung der Finanzsysteme in Europa Charles P. Kindleberger, *A Financial History of Western Europe*, London, Boston, Sydney, 1984.

diese politische Weichenstellung durch eine andere zu korrigieren - wenn dies freilich nicht leicht sein würde.<sup>16</sup>

### 3. Dominanz der globalen Finanzmärkte?

Der Umfang, die Geschwindigkeit und der grenzüberschreitende Charakter der Finanzströme sowie der Abbau ihrer politischen Kontrolle und Regulierung hat gefährliche Folgen. Sie lassen sich in drei Gruppen einteilen:

*Erstens* kann die Abhängigkeit von den Finanzmärkten zu großen, teilweise existenzbedrohenden Problemen für Unternehmen und Staaten führen. Eine Kündigung von Bankkrediten bedeutet in der Regel das Aus für Unternehmen, der Abzug von Kapital in Form von Krediten oder Anleihen kann Länder in große wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen und den Beginn eines tiefen Einbruchs markieren. Weder diese Folgen noch die hierzu führenden Entwicklungen sind neu. Sie kennzeichnen die Mexiko-Krise Ende 1994 ebenso wie die große Krise in Deutschland im Jahre 1931: politische Verunsicherung - Wahlsiege des Faschismus in Deutschland, Zapatistenaufstände und politische Morde in Mexiko - lösten eine plötzliche Kapitalflucht aus und leiteten dadurch eine massive wirtschaftliche Krise ein. Bei genauem Hinsehen sind die Muster in vielen Punkten ähnlich:

- Nach Deutschland<sup>17</sup> waren bis 1930 20,5 Milliarden Mark aus dem Ausland - vor allem den USA - transferiert worden, davon bestand die Hälfte aus kurzfristigen Titeln, die zur langfristigen Finanzierung eingesetzt waren. Fast die Hälfte aller Einlagen der Berliner Großbanken stammten Anfang der 30er Jahre aus dem Ausland und wurden kurzfristig abgezogen. Dadurch verlor die deutsche Reichsbank innerhalb weniger Wochen die Hälfte ihrer Währungsreserven und hob am 15. Juli die Konvertibilität der Mark auf. Ein Abwertungswetlauf mit disastösen Folgen begann.

- Nach Mexiko<sup>18</sup> waren von 1989 - 1994, den Jahren der wirtschaftspolitischen Wende zum Neoliberalismus, 98,9 Mrd. Dollar Auslandskapital geflossen. Dabei handelte es sich überwiegend nicht um längerfristig festgelegte Direktinvestitionen, sondern um kurzfristig angelegtes Kapital: Fast Drei Viertel (72,5%) der Zuflüsse bestanden aus sog. Portfolioinvestitionen, die ihrerseits zu einem Drittel aus Aktien und zu zwei Drittel aus Anleihen bestanden, deren Zweck nicht auf Profit durch private Produktion, sondern auf schnelle Rendite auf Staatspapiere gerichtet war. Der

<sup>16</sup> Vgl. Eric Helleiner, *Post-Globalization: Is the Financial Liberalization likely to be Reversed?* in: Robert Boyer, Daniel Drache (Hg.), *States against Markets. The Limits of Globalization*, London, New York 1996, S. 193-210.

<sup>17</sup> Vgl. Dietmar Petzina, *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977, S. 97-99; Charles P. Kindleberger, *Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939*, München 1984, 6. Kapitel.

<sup>18</sup> Vgl. Julio César Godoy Alvarado, *Wirtschaftspolitik in Mexiko. Der globale Finanzmarkt und das Scheitern des Neoliberalismus*, Bremen 1996, S. 44ff., 54ff.



Abzug dieser Papiere aufgrund politischer Unruhen in Mexiko und der Tatsache, daß eine Zinserhöhung in den USA die inländische Anlage relativ attraktiver gemacht hatte, führte dazu, daß Mexiko innerhalb von zwei Monaten (Dezember 1994 und Januar 1995) 77% seiner Devisenreserven verlor. Der Peso wertete um gut ein Drittel in nur zehn Tagen ab; bis Ende 1995 war er auf weniger als die Hälfte seines Wertes vor der Krise gefallen. Wegen der hohen Importabhängigkeit der mexikanischen Wirtschaft führte dies zu einem drastischen Einbruch der Produktion und einem noch drastischeren Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Fällen betrifft die politische Steuerbarkeit der durch Finanzströme verursachten Krisen: Während die deutsche (und die vorhergehende amerikanische) Bankenkrise sich zur Weltwirtschaftskrise ausweiteten konnte eine ähnliche Ausbreitung der Mexiko-Krise durch schnelles politisches Management unter Führung des amerikanischen Präsidenten verhindert werden. Was blieb, war eine drastische Verschlechterung der Lage Mexikos, aber kaum Verluste für amerikanische Anleger. Im Unterschied zu den dreißiger Jahren besteht in den 90er Jahren die Fähigkeit, extreme Gefahren für das internationale Finanzsystem, die von einzelnen Krisen ausgehen, insgesamt einzugrenzen. Dies zeigte sich auch in der großen Bankenkrise 1987, als innerhalb weniger Tage durch Regierungen, IMF und die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ein Sicherheitsnetz für das internationale Finanzsystem geknüpft wurde. Allerdings beruht diese Fähigkeit nicht auf einer soliden institutionellen Grundlage, schon gar nicht auf einer Konzeption ausgeglichener internationaler Finanzbeziehungen. Es handelt sich um ad-hoc Management, funktioniert zu Lasten der Schwachen, verhindert aber, daß die Stärkeren mit in den Strudel gerissen werden.

Das Beunruhigende der jüngsten Entwicklung besteht nicht darin, daß die Globalisierung der Finanzmärkte heute ganz andere Intensität angenommen hat<sup>19</sup> und die Transmission von Finanzbewegungen in ganz anderer Geschwindigkeit abläuft.<sup>20</sup> Die entscheidenden Unterschiede liegen nicht so sehr zwischen den 20er Jahren und den 80er/90er Jahren, sondern zwischen den 50er bis 70er Jahren und sowohl den 20ern wie den 80/90er Jahren: Das Problem der Gegenwart besteht darin, daß wir uns einer Situation nähern, in der die internationalen Finanzmärkte ebenso unreguliert sind wie Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre. Die Entwicklung läuft da-

<sup>19</sup> Der Grad der finanziellen Offenheit ist immer noch geringer als er zu Beginn des Jahrhunderts war - vgl. R. Zevin, *Are World Financial Markets More Open? If so, Why and With What Effects?*, in: T. Banurei, J. Schor (Hg.), *Financial Openness*, Oxford 1992, S. 51f.

<sup>20</sup> Der entscheidende Sprung in dieser Hinsicht war die Einführung des Telegraphen - des Tickers -, der die Kommunikation zwischen den Kontinenten innerhalb von wenigen Minuten ermöglichte, und nicht die weitere Verkürzung der Kommunikationszeit auf Sekundenbruchteile.

hin, den Fortschritt der 50er und 60er Jahre abzubauen und zur Situation des ersten Drittels des Jahrhunderts zurückzukehren.

In diesem ersten Drittel (und erst recht natürlich in den zwölf Jahren danach) gab es keine internationale kooperative Wirtschaftsordnung. Abwertungswettläufe, Konkurrenz oder Isolationismus waren die Verhaltensfiguren, Krieg die ultima ratio. Mitte der 40er Jahre wurde ein - hegemonial strukturiertes - internationales Kooperationssystem erbaut, das aus den Erfahrungen der Weltmarktkonkurrenz in den 20er Jahren und des Krieges danach die Lehre gezogen hatte, daß hemmungslose und ungezügelter Konkurrenz fatale Folgen hat und unter allen Umständen vermieden werden muß. Die Hauptelemente dieses Systems waren eine stabile internationale Währungsordnung und Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs. Erst mit der Liquidierung dieses Systems bildete sich wieder ein internationaler Finanzmarkt heraus, wie er um 1930 bestand.

Die zweite Gefahr, die von liberalisierten und deregulierten Finanzmärkten ausgeht, ist die drastische Beschränkung der wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten einzelner Nationalstaaten, der Verlust der sogenannten Zinsautonomie. Diese Gefahr bestand vor dem zweiten Weltkrieg aus dem einfachen Grunde nicht, weil es keine entwickelte Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung ökonomischer Prozesse gab. Unregulierte Finanzmärkte können zur Gefahr für das Vorhaben werden, durch wirtschaftspolitische Steuerung die Beschäftigung und das Einkommen einer Wirtschaft zu stabilisieren. Die Bedrohung ist nicht zwangsläufig tödlich. Sie wird beherrschbar, wenn Wirtschaftspolitik sich auf ein breites Spektrum wirtschaftspolitischer Maßnahmen stützt, die z.B. den Einsatz des öffentlichen Sektors und lenkender Steuerpolitik, administrative Regelungen für Umwelt- und Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und Technologiepolitik etc. einschließen. Verengt sich die Wirtschaftspolitik allerdings auf das Ziel der Geldwertstabilität und das Instrument der Geldpolitik, werden unkontrollierte Finanzmärkte zum Problem. Dann unterhöhlt nämlich der internationale Zinszusammenhang die Souveränität nationaler Wirtschaftspolitik und setzt sie außerordentlichen Risiken aus, wenn sie sich anders als die wirtschaftspolitische Tendenz der Nachbarländer orientiert. Denn sofern nationale Wirtschaftspolitik das zinspolitische Instrumentarium einsetzt - also beispielsweise die Zinsen senkt, um Finanzanlagen weniger attraktiv zu machen und die Finanzierungskosten für Investitionen zu senken - können Unternehmen, statt Finanzanlagen in Realinvestitionen umzuschichten, ihre Geldvermögensbestände ins Ausland verlegen, wo sie wegen höherer Zinsen eine höhere Rendite bringen. Um diese Kapitalflucht zu verhindern, muß eine Regierung entweder die Währung abwerten - mit negativen Folgen für die Importe - oder die Zinsen müssen wieder auf ein attraktives Niveau heraufgesetzt werden. Das aber würgt das Wachstum ab. Diese Beschränkung wird durch die Einbeziehung kurzfristiger Gelder noch enger. Zinsdifferenzen für derartige Anlagen (etwa Dreimonatsgel-



der) lösen Arbitragegeschäfte aus, die es unmöglich machen, eigene Wege zu gehen.

Es fragt sich allerdings, ob diese These nicht vorschnell eine Realität als bereits eingetreten behauptet, die nur in Ansätzen zu beobachten ist - und damit auch Handlungsmöglichkeiten hinwegdefiniert, die in Wirklichkeit bestehen. Tatsächlich ist nämlich das beobachtbare Zinsniveau zwischen den verschiedenen kapitalistischen Ländern keinesfalls einheitlich.<sup>21</sup> Das gilt auch, wenn die unterschiedlichen Preissteigerungen und Preissteigerungserwartungen berücksichtigt werden, was zumindest beim Vergleich von Zinsen auf langfristige Anlagen erforderlich ist. Derartige Zinsdifferenzen sind sicher teilweise auf Wechselkursunsicherheiten bzw. durch Erwartungen auf Wechselkursänderungen bedingt. Im übrigen werden sie tautologisch als Ausdruck unterschiedlicher Bonitäten der jeweiligen Länder definiert. Dies engt das Spektrum der Gründe dafür, daß Kapital lieber im Inland als im Ausland angelegt wird, unzulässig ein. Die Behauptung jedenfalls, schon die kleinsten Zinsdifferenzen veranlaßten Anleger zur Umschichtung ihrer Portefeuilles zugunsten von Auslandstiteln, kann nicht belegt werden. Hierfür gibt es auch einleuchtende Gründe. Auch die Betätigung auf Geld- und Kapitalmärkten erfordert materielle Infrastrukturen und verursacht Kosten. Es ist daher unwahrscheinlich, daß kleinere Zinsveränderungen zu entsprechenden Umschichtungen von Finanzvermögen führen - auch wenn die Wahrscheinlichkeit derartiger Umschichtungen mit der Höhe der Zinsdifferenz zunimmt. Sie wird dagegen vermutlich deutlich abnehmen, wenn internationale Kapitalwanderungen durch Umsatzsteuern (und Provisionen) verteuert werden. Merkwürdigerweise wird der internationale Zinszusammenhang immer nur dann bemüht, wenn es um eine expansive Politik mittels Zinssenkung geht. Kein Problem aber scheint es zu geben, wenn eine kontraktive Politik zur Inflationsbekämpfung die Zinsen heraufsetzt. Der Zufluß von Kapital, der ja inflationstreibend wirken und damit die Zielsetzung der Politik unterlaufen könnte, wird deshalb nicht für problematisch gehalten, weil er durch restriktive Maßnahmen der Zentralbanken im Rahmen ihres Offenmarktgeschäftes abgeschöpft oder sterilisiert werden kann. Symmetrisch dazu läßt sich allerdings auch argumentieren, daß Zentralbanken jede Kapitalflucht durch zusätzliche Geldschöpfung neutralisieren können. Dies aber liegt nicht im Interesse der stärkeren Kapitalgruppen. Auch hier geht es letztlich nicht um Fragen der ökonomischen Logik, Gesetzmäßigkeit oder Vernunft, sondern um Interessen und Kräfteverhältnisse. Schließlich hat der internationale Zinszusammenhang weder die USA noch England daran gehindert, eine restriktiv monetaristische Politik gegenüber einer Welt durchzusetzen, die noch in erheblichem Maße keynesianisch beeinflusst war. Umgekehrt konnte sich der französische Versuch Anfang der 80er Jahre, gegen einen international

<sup>21</sup> Vgl. Globalisierte Finanzmärkte - machtlose Geldpolitik? DIW-Wochenbericht 11/1995, S. 237-241.

erstarkten monetaristischen Trend eine expansive Politik zu betreiben, nicht durchsetzen. Es kommt also weniger auf die Abweichung vom Trend, sondern auf die Macht an, mit der der Trend beeinflusst werden kann.

3. Die dritte finanzmarktbedingte Störquelle für Reproduktion und Beschäftigung liegt im enormen Umfang und der Geschwindigkeit der *Devisenspekulationen*. Sie gab es in diesem Umfang ebenfalls Ende der 20er Jahre nicht, weil jedenfalls teilweise noch ein bilaterales Goldstandardsystem vorherrschte. In den dreißiger Jahren wurden dann fast in der gesamten kapitalistischen Welt Devisenbewegungen verboten, beschränkt oder streng kontrolliert. Diese Beschränkungen wurden auch im System von Bretton Woods beibehalten. Heute dagegen unterliegt der Devisenverkehr keinen Beschränkungen in den kapitalistischen Industrieländern. Rein spekulative Währungsumschichtungen großer Finanzvermögen werden nicht anderes behandelt als die Finanzierung von Handel und langfristigen Investitionen. Spekulative Attacken können die Währungen einzelner Länder allerdings hinsichtlich ihrer internationalen Funktionen und Wertigkeit verzerren und damit Außenhandel, Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen erheblich beeinflussen, ohne daß das betreffende Land sich hiergegen zur Wehr setzen kann. Dabei ist es unerheblich, ob die Wechselkurse den Verhältnisse der Produktivitäten und Preise, den sogenannten fundamentals entsprechen oder nicht. Währungsabwertungen können zwar die Exportpositionen eines Landes wegen höherer preislicher Wettbewerbsfähigkeit verbessern, gleichzeitig verteuern sie aber die Importe. Der Saldo dieser Wirkungen hängt von den konkreten außenwirtschaftlichen Verflechtungen ab; bei weniger entwickelten Ländern ist dieser Saldo regelmäßig negativ. Darüber hinaus schwächt eine Abwertung die Position der Währung als Anlagewährung oder als Wertaufbewahrungsmittel. Dies wird wiederum die internationale Kreditwürdigkeit eines Landes negativ beeinflussen und möglicherweise eine Spirale nach unten in Gang setzen. Hier besteht offensichtlicher Handlungsbedarf.

#### 4. Zwischenergebnis: Politische Kontrolle der Finanzmärkte erforderlich

Ein genauerer Blick auf die Finanzmärkte muß vor allem den eminent politischen Charakter ihrer Entwicklung, gegenwärtigen Struktur und ihrer Dominanz zur Kenntnis nehmen. Sie sind nicht das notwendige Produkt unerbittlicher Sachgesetze des Kapitalismus, sondern Ergebnis politischer Weichenstellungen, die unter dem Druck von Kapitalinteressen in den 70er und 80er Jahren vorgenommen wurden - und andere, 30 Jahre vorher beschlossene Weichenstellungen liquidiert haben. Für diesen Widerruf eines weltwirtschaftlichen Reformprojektes zur Gewährleistung ungestörter kapitalistischer Binnenmärkte war die ökonomische Erschöpfung dieses Entwicklungsmusters der Auslöser, die mangelnde konzeptionelle Fähigkeit und politische Bereitschaft der Arbeiterbewegung zur konsequenten



Weiterentwicklung des nationalen und internationalen Reformprojektes aber ausschlaggebend. Nichts spricht dafür, daß zwangsläufig eine Rechtsentwicklung einsetzen muß, wenn ein bestimmtes Muster der Entwicklung erschöpft ist. Faktisch ist dies geschehen, die Kräfteverhältnisse sind zugunsten des Kapitals verändert worden und die materielle Lage auf der Welt hat sich für die meisten Menschen verschlechtert. Die Liberalisierung und - noch nicht abgeschlossene - Deregulierung der Finanzmärkte sind Ausdruck dieser Entwicklung und treiben sie weiter. Damit steigt aber auch der Handlungsbedarf. Konzeptionen hierzu liegen vor. Sie reichen von einer Verbesserung der Bankenaufsicht und der Verteuerung von kurzfristigen Geld- und Kapitalflüssen durch Einführung einer Transaktionssteuer über die Wiedereinführung des Instrumentariums von administrativen Kapitalverkehrskontrollen bis zur Errichtung eines globalen währungspolitischen Kooperationssystems, das die Wechselkurse der wichtigsten Weltwährungen stabilisiert und damit auch eine solidere Grundlage für regionale Kooperationen und Währungsunionen darstellt. Derartige Reformperspektiven verstoßen gegen die Interessen der Hauptakteure auf den Finanzmärkten und gegen die Dogmen des Neoliberalismus. Sie sind jedoch ökonomisch vernünftig, gesellschaftlich nützlich und politisch machbar. Allerdings bedarf es dazu politischen Drucks. Derartigen Druck hat es nach 1945 schon einmal gegeben. Die Vorstellung, daß es zu Reformen nur als Folge von Kriegen kommen kann, ist weder akzeptabel noch einleuchtend.

### Vorschau

#### Z - Nr. 32

erscheint Anfang Dezember 1997  
mit dem Schwerpunktthema

#### "Europa-Integration nach Amsterdam"

Herrschaftsbeziehungen - Konfliktfelder - Eingriffsmöglichkeiten  
mit Beiträgen von Bieling/Steinhilber, Boccara, Deppe, Glawe,  
Huffscheid, Maier, Michelsen u.a.

Außerdem Beiträge zu Fordismus-Diskussion (Heininger),  
Internationalisierung (Binus), Dritte Welt (Neelsen), Kuba (Hiedl),  
Lateinamerika (Pont), Reproduktionsarbeit (Braun),  
Geschlechterverhältnis (Domke), New Left Review (Rausch), Cyberspace  
(Helms) u.a.m.

\*\*\*\*\*

Z - Nr. 33 erscheint Anfang März 1998 mit dem Schwerpunktthema  
Kommunismus - Hundertfünfzig Jahre nach dem "Kommunistischen  
Manifest"

Fred Schmid

## Transnationale Konzerne - Akteure der Globalisierung

### Direktinvestitionen und Transnationale Konzerne

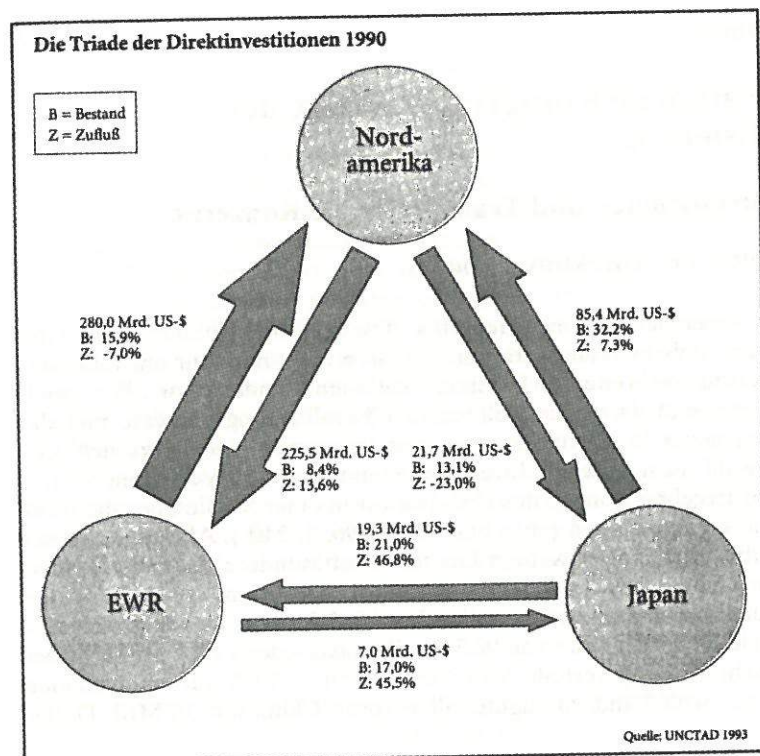
#### Entwicklung der Direktinvestitionen

"Zu den wesentlichen Charakteristika des sich beschleunigenden wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses gehören nicht nur Jahr um Jahr steigende grenzüberschreitende Direktinvestitionen, sondern vor allem auch die Tatsache, daß durch die weltweiten Liberalisierungsprozesse und die Entstehung neuer Wachstumszentren den Investoren eine wesentlich größere Auswahl an möglichen Investitionsstandorten zur Verfügung steht." Zu diesem Ergebnis kommt das IFO-Institut in einer Studie über die weltweiten Direktinvestitionen (vgl. IFO-SD, 30/96, S. 24ff.). Allerdings ist der Kapitalfluß weiterhin auf wenige Länder - insbesondere die OECD-Staaten - konzentriert. Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) in den Entwicklungsländern sind zwar in den letzten Jahren wieder angestiegen - 1995 auf die Rekordsumme von 90,3 Mrd. Dollar - doch sind sie auch hier regional sehr einseitig verteilt. Vier Fünftel kamen 1995 nur einer kleinen Gruppe von zwölf Ländern zugute, allen voran China mit 38 Mrd. Dollar (= 42%).

Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die Deregulierung der Finanzmärkte in den 80er Jahren bewirkte einen sprunghaften Anstieg der ADI. Im Zeitraum 1985 bis 1990 schwollen die grenzüberschreitenden Kapitalströme jährlich um durchschnittlich 34% an - von 56 Mrd. Dollar auf die Rekordmarke von 225 Mrd. Dollar. Infolge der Krise in den kapitalistischen Hauptländern stagnierten sie Anfang der 90er Jahre auf dem Niveau von ca. 200 Mrd. Dollar, um dann mit den Profiten der Konzerne nach der "Verschlankung" der Unternehmen erneut in die Höhe zu gehen. 1995 stiegen sie um 40% auf 325 Mrd. Dollar. Die intraregionalen ADI - also die Direktinvestitionen zwischen den Ländern innerhalb einer Triaden-Region - wiesen dabei eine höhere Dynamik auf als die interregionalen. Erweiterung, aber auch Vertiefung der Integration (insbesondere EU und NAFTA) sind hierfür die wesentlichen Gründe.

Auch im Bestand der Direktinvestitionen schlägt sich diese Regionalisierung und Triadisierung nieder (vgl. Grafik). Insgesamt hat sich der weltweite Bestand an ausländischen Direktinvestitionen nach Berechnungen der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) von 1980 bis 1995 mehr als verfünffacht, von 513 Mrd. Dollar auf 2.730 Mrd. Dollar (vgl. World Investment Report 1996, S. 245).





Grafik aus: Globale Trends, S. 161.

## Deutsche Direktinvestitionen

Die kapitalmäßige weltwirtschaftliche Verflechtung der deutschen Wirtschaft ist in den vergangenen 15 Jahren ebenfalls stark angestiegen. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre machten die internationalen Kapitalströme, die nach Deutschland einfließen und die von dort in die Welt gingen, zusammen magere 1,7 Prozent des BIP aus. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts verdreifachte sich dieser Anteil auf 5,2 Prozent, um dann im ersten Jahrfünft der 90er auf 6,3 Prozent anzuwachsen (vgl. DWI-Wochenbericht 23/97, S. 414).

Die ausfließenden Direktinvestitionen entwickelten sich in absoluten Zahlen wie folgt (jeweils Jahresdurchschnitt): 9 Mrd. DM (1980-84), 15,2 Mrd. DM (85-88), 27,8 Mrd. DM (89-91), 25,2 Mrd. DM (92/93), 39,3 Mrd. DM (94-96). Der Anstieg ab 1994 hat ebenfalls als wesentliche Ursache die Profitexplosion der deutschen Konzerne nach dem Krisenjahr 1993.

Die nach Deutschland einfließenden Direktinvestitionen waren mit 6,8 Mrd. DM (Jahresdurchschnitt 1994-96) um ein Mehrfaches niedriger als die ausfließenden ADI. In der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung

wird das häufig als Ausdruck der "Standortschwäche" Deutschlands interpretiert. Eher das Gegenteil ist der Fall: Das IFO-Institut verweist darauf, daß ein negativer Saldo der Direktinvestitionen für "ausgereifte Volkswirtschaften" durchaus üblich ist. Die Tatsache, daß deutsche Unternehmen mehr ausländische Betriebe kaufen bzw. im Ausland errichten als umgekehrt ausländische Firmen in der Bundesrepublik, "reflektiert eher die Wettbewerbsstärke der deutschen Investoren", stellt auch das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in einer Studie fest (zit. nach Die Zeit, 1.11.96). Darin kommt aber vor allem auch die Vermachtung und Abschottung der deutschen Wirtschaft ("Deutschland AG!") zum Ausdruck (vgl. dazu isw-report 31 und 32).

"Die Internationalisierung des Kapitals vollzieht sich derzeit vorrangig als Regionalisierung im Rahmen der Wirtschaftsblöcke" (isw-report 17; siehe auch Huffschild). Diese Feststellung gilt vor allem für die deutschen ADI. Ab 1989/90 flossen die Kapitalströme deutscher Auslandsinvestitionen zu über 70 Prozent in die EU-Länder. Vollendung des Europäischen Binnenmarktes (1993), Schaffung der EWR (1994) und der EU-"Nord"-Erweiterung (1995) veranlaßten das deutsche Kapital, den erweiterten und "vertieften" Verwertungsraum für ihre Expansionspläne vorrangig zu nutzen. In den achtziger Jahren lag der Anteil der in die EG fließenden Mittel bei etwa 35 Prozent. Damals stand für viele Konzerne die Positionierung auf dem weltgrößten Binnenmarkt, den USA, im Vordergrund: Etwas über die Hälfte des deutschen transnationalen Kapitals wurde in diesen Jahren in den USA investiert. Dieser Strom schwächte sich Anfang der 90er Jahre sowohl prozentual als auch absolut stark ab. Erst 1994/95 erreichten die deutschen ADI in den USA erstmals wieder die 20-Prozent-Marke und 1995 in absoluten Beträgen mit über 8 Milliarden Mark einen neuen Rekord (vgl. IFO-SD, 30/96, S. 25).

Am Kapitalstock deutscher Auslandsengagements waren die USA Ende 1993 mit etwa 26 Prozent, die EU mit über 50 Prozent beteiligt. In der dritten Triaderegion Japan konnten deutsche Unternehmen bis heute nicht richtig Fuß fassen. Die dortigen ADI machen weniger als 2 Prozent des Bestandes deutscher Direktinvestitionen aus.

Der Wirtschaftsblock "Europäische Union" stellt aber für das transnationale deutsche Kapital nur eine Zwischenetappe in der weiteren Globalisierungsstrategie dar. Der "Heimatmarkt Westeuropa" (Siemens) soll die Ausgangs- und "homebase" für einen erfolgreichen globalen Feldzug verbessern. Der damalige Siemens-Chef Kaske: "Nur von einer Position der Stärke in Europa können wir die Weltmärkte erobern." (Siemens-Mitteilungen 6/1990). Nach einem erfolgreichen Engagement in den USA ist der Elektro-Multi jetzt dabei, "den asiatisch-pazifischen Raum zum dritten Standbein unseres Geschäftes zu machen", wie Vorstandsvorsitzender von Pierer dies betonte (zit. nach Wirtschaftswoche, 21.12.95). Der Anteil der Asien-Pazifik-Märkte am Konzernumsatz soll sich bis zur Jahrtausend-



wende von heute 10 auf dann 20 Prozent verdoppeln. Allein in China will Siemens im Jahr 2000 bereits 40.000 Menschen beschäftigen.

Auch der VW-Konzern plant offenbar, über China den Asien-Markt aufzurollen. VW hat in China heute einen Marktanteil von 62% der dort gefertigten PKW (Handelsblatt, 1.7.97). Der Produktionsstandort soll so ausgebaut werden, daß in wenigen Jahren von dort Autos mit Weltmarkt-Qualität exportiert werden können. Der Anteil der Asien-Pazifik-Region am gesamten Konzernumsatz soll von heute neun Prozent binnen fünf Jahren auf 15 Prozent hochgehen.

### Steigende Zahl Transnationaler Konzerne (TNK)

"Ausländische Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen haben auch 1995 zugenommen und damit die Globalisierung der Wirtschaft beschleunigt", erklärt die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Solche Investitionen hätten den Güterhandel als die wichtigste Antriebskraft ökonomischer Integration inzwischen abgelöst (vgl. FAZ, 15.12.95).

Die enorm gesteigerten ADI wiederum haben die Zahl der Transnationalen Unternehmen (TNU) und ihrer Tochterfirmen rasant anwachsen lassen. Die Zahl der TNU, die ihren Sitz in den 15 größten Industrieländern haben, hat sich von 1969 bis 1993 nach Angaben der UNCTAD fast vervierfacht, von 7.000 auf 27.000. Insgesamt registrierte die UN-Konferenz 1994 weltweit 38.747 TNU-Muttergesellschaften mit 265.551 Tochterunternehmen (World Investment Report 1996, S. 9). Anfang der 60er Jahre gab es erst 3.500 ausländische Tochterunternehmen von TNUs.

Der Absatz aller TNU-Töchter zusammen übertraf 1993 die weltweiten Exporte um mehr als ein Drittel. Zugleich entfiel mehr als ein Drittel der Welthandelsströme auf den sogenannten Intra-Konzern-Handel dieser TNUs (vgl. Globale Trends, 164). "Es kann kein Zweifel daran bestehen", schreibt das IFO-Institut in einer Analyse zur Entwicklung Transnationaler Unternehmen, "daß transnationale Unternehmen nicht nur eine immer größere und pluralistischere Rolle in der Weltwirtschaft einnehmen, sondern daß sie in den neunziger Jahren auch eine der wichtigsten Faktoren ihres Wachstums und ihrer Entwicklung sind." (IFO-SD 23/96, S. 5). TNU sind entscheidend verantwortlich für den grenzüberschreitenden Transfer von Waren, Dienstleistungen, Finanzkapital, Technologie und Managementfähigkeiten. 40 Prozent des japanischen Außenhandels finden inzwischen als Intra-Konzernhandel, d.h. als Handel zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften einzelner Konzerne statt. 80 Prozent der in Dollar fakturierten Waren der USA, die im Ausland verkauft werden, repräsentieren keine Exporte, sondern Transaktionen zwischen TNK, sei es über Tochterfirmen, konzerninternen Handel (intrafirm trade), Lizenzen oder

Konzessionen (franchising) (Newsweek, 26.6.95, zit. nach Chomsky/Dietrich, S. 44).

1993 beschäftigten die TNU rund 73 Millionen Menschen, das sind etwa zehn Prozent der Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft in der ganzen Welt.

### Deutsche TNU

"Die Internationalisierung deutscher Firmen setzte später ein. Sie hat inzwischen aber ein Ausmaß erreicht, das für die inländische Wirtschaftsentwicklung von hoher Bedeutung sein könnte." Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung (Härtel/Jungnickel, S. 85). Danach betreiben 7.000 deutsche Auslandsinvestoren inzwischen über 20.000 Auslandsgesellschaften mit über 2,5 Millionen Beschäftigten. Das entspricht rund 14 Prozent aller in der inländischen Privatwirtschaft Beschäftigten (alte Länder). Noch höher ist der Anteil der Beschäftigten in den industriellen Auslandsgesellschaften: 1,7 Mio. Beschäftigte entsprachen fast einem Viertel der Industriebeschäftigten in Deutschland (ebenda, S. 85).

Der Anteil der Beschäftigten der deutschen Unternehmen im Ausland an den Beschäftigten der deutschen Unternehmen stieg von 17,1 Prozent 1980 auf 25,1 Prozent 1995 in der Industrie und ist nach Branchen sehr unterschiedlich: Bei der chemischen Industrie arbeiten bereits fast die Hälfte in Auslandsstöckern (48,8%), im Straßenfahrzeugbau sind es bereits zwei Fünftel (40,5%). Im Maschinenbau sind es dagegen nur 18,0 Prozent, im Büromaschinenbau/ADV 22,4 Prozent, in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik 29,6 Prozent (vgl. DWI-Wochenbericht, 26/97, S. 450).

Problematisch ist der Verlauf der Belegschaftsentwicklung in den vergangenen fünf Jahren. Während 1985 bis 1990 die durch deutsche Direktinvestitionen im Ausland "geschaffenen" Arbeitsplätze in industriellen Tochterunternehmen um mehr als 300.000 zugenommen haben, vermehrte sich die Zahl der Beschäftigten in der Inlands-Industrie im gleichen Zeitraum um 550.000. In den Jahren 1991 bis 1995 wurden diese Trends gegenläufig. Einem Zuwachs der Arbeitsplätze in den ausländischen Produktionsstätten deutscher TNU von knapp 200.000 stand ein Rückgang der Beschäftigten in den Inlands-Industriebetrieben von gut 2,3 Millionen gegenüber; davon allein 1,3 Millionen in den alten Bundesländern (DIW-W 26/97, S. 450).

Insbesondere die großen Industriekonzerne haben auch nach der Wirtschaftskrise 1993 ihre Belegschaften im Inland weiter "verschlankt", neue Arbeitsplätze sind bei ihnen nur noch im Ausland entstanden. Auch dort wurden im wesentlichen aber keine Arbeitsplätze "geschaffen", sondern meist Firmen übernommen und durchrationalisiert. Robert B. Reich, in Clintons erster Amtsperiode US-Arbeitsminister, verweist darauf, daß Investoren ja wohl nur dann ausländische Firmen erwerben, wenn sie überzeugt sind, "sie könnten die Betriebsanlagen und die Beschäftigten des je-



weils anderen Landes besser nutzen, das heißt mehr aus ihnen herausholen als dessen eigene Investoren und Manager" (Reich, S. 162).

### Die Top 100 - Konzentration unter den TNK

Die UNCTAD veröffentlichte im "World Investment Report 1993" erstmals eine Liste der größten transnationalen Konzerne (in der Rangordnung des Werts ihrer Auslandsanlagen) und kommt in ihrem Bericht zu dem Ergebnis: "Das Universum der TNCs ist nicht nur groß, sondern hochgradig konzentriert" (zit. nach Globale Trends, S. 166). Der Wert des Auslandsanlagevermögens der 100 größten TNUs (ohne Banken und Finanz-Institutionen) betrug 1995 1,4 Billionen Dollar - 0,3 Prozent der TNU verfügen damit über ein Drittel des Gesamtbestandes an Direktinvestitionen (World Investment Report 1996, S. XV). Die Top 100 haben ihren Sitz alle in den Industrieländern, unter ihnen sind US-Konzerne 32 mal vertreten, japanische 19, deutsche und französische je 11 mal.

Bei den 100 größten Industriekonzerne der Welt machte der Auslandsanteil an ihren gesamten Anlagen 37,8 Prozent, der Auslandsanteil am gesamten Umsatz fast die Hälfte (48,4%) aus (Globale Trends, S. 167). An der Spitze der Industrie-Ranking-Liste stehen Erdöl-, Automobil- und Chemie-Konzerne; besonders häufig im Top-Segment sind Elektronik-Multis vertreten. "Das Auslandskapital der Elektronik-TNUs ist inzwischen größer als das jeder anderen Industrie", schreibt das IFO-Institut. "Der Gesamtumsatz der Auslandstöchter der 23 größten Elektronik-TNUs entspricht 80% des gesamten Weltumsatzes in elektronischen Produkten (Unterhaltungs-, Industrieelektronik und Telekommunikation)" (IFO-SD, 23/96, S. 6).

Auch das US-amerikanische Institut für Politische Studien (IPS), das seit Jahren die 200 größten Multis untersucht, resümiert eine hochgradige Konzentration auf die Spitzengruppe und auf wenige Branchen: "Über die Hälfte der Umsätze der Top 200 konzentrieren sich auf nur fünf wirtschaftliche Bereiche; die Konzernkonzentration in diesen Bereichen ist sehr hoch. Die Hälfte der Gesamtumsätze der Top 200 werden in den Bereichen Handel, Automobile, Bankwesen, Einzelhandel und Elektronik erzielt. Die konzentrierte wirtschaftliche Macht in diesen und anderen Bereichen ist enorm. Bei Autos kommt auf die fünf größten Firmen fast 60 Prozent des weltweiten Umsatzes. In der Elektronik fällt über die Hälfte des Weltumsatzes auf fünf Firmen. Und die fünf größten Firmen machen über 30 Prozent des Weltumsatzes in den Bereichen Flugzeuge, Raumfahrt, Stahl, Öl, Personalcomputer, Chemikalien und den Medien" (Anderson/Cavanagh).

Die Konzentration des transnationalen Kapitals auf wenige Branchen ist auch an der Struktur der Auslandsproduktion deutscher TNU erkennbar. 1993 kamen auf die Branchen Chemie, Straßenfahrzeugbau, Elektroindustrie und Maschinenbau etwa 75 Prozent der gesamten Auslandsproduk-

tion deutscher Unternehmen. Von den restlichen 25 Branchen erreichte nur noch eine (Steine/Erden) einen Anteil von ca. 2 Prozent der gesamten Auslandsproduktion (vgl. dazu Härtel/Jungnickel, S. 131). Die auslandsintensiven Branchen sind - mit Ausnahme des mehr mittelständisch organisierten Maschinenbaus - wiederum in sich hochkonzentriert. Auf die jeweils drei bzw. zehn größten Konzerne entfielen folgende Umsatzanteile: Chemie 26,7/42,7%; Straßenfahrzeugbau 48,5/73,2%; Elektrotechnik 33/42,4%; Maschinenbau 4,2/9,3% (Monopolkommission 1996/Anhangband, S. 128ff.).

Die Internationalisierung der Industrie konzentriert sich also im wesentlichen auf die High-Tech-Branchen. Und hier wiederum auf wenige strukturbestimmende Größtkonzerne. Es sind zudem jene Konzerne, die auf engste mit dem Finanzkapital verflochten sind und so das Machtzentrum der deutschen Wirtschaft ausmachen. Über die Zulieferindustrie sowie zigttausende Beteiligungsgesellschaften im In- und Ausland reicht der Einfluß dieser Konzerngiganten weit in den mittelständischen Bereich der Wirtschaft hinein (vgl. isw-report 31 und 32).

Der Konzentrationsgrad in den strategischen High-Tech-Branchen dürfte sich in Deutschland und weltweit weiter erhöhen. Das liegt auch an den hohen FuE-Aufwendungen und den kurzen Lebenszyklen der Produkte dieser Branchen. Um die wachsenden Kapitalvorschüsse wieder einzuspielen, müssen Produktion und Absatz enorm ausgeweitet werden. Selbst der Markt einer Triaden-Region gibt die nötige Nachfrage nicht mehr her. Produktion und Absatz müssen global expandieren und entsprechende Segmente am Weltmarkt erobern. Siemens-Vorstandsvorsitzender von Pierer: "Grundsätzlich schrumpft die Zahl der 'Global Players' eher; denn in der Regel verträgt ein Arbeitsfeld langfristig nur fünf bis sechs Wettbewerber mit eigener Systementwicklung. Der 'oligopolistische' Wettbewerb zwischen ihnen nimmt an Schärfe zu." Siemens will künftig ein Geschäftsfeld nur dann weiterführen, wenn es mittelfristig darin Platz eins oder zwei in der Welt einnehmen kann. Denn nur in dieser Position ist nach Ansicht des Siemens-Finanzchefs Baumann ausreichend Gewinn bzw. die angestrebte Eigenkapital-Rendite von 15 Prozent zu erzielen. Um dieses Ziel zu erreichen, will sich Siemens wie andere Großkonzerne durch eine entsprechende "Portfolio-Strategie" auf Kerngeschäfte konzentrieren. Auf diesen Feldern versuchen die Konzerne, durch gezielte Zukäufe zu monopolartigen Marktpositionen zu kommen. Geschäftsbereiche, die nicht dazu passen bzw. mittelfristig nicht die gewünschte Rendite erwarten lassen, werden rigoros abgestoßen. Siemens plant ein solches "Desinvestment" gar in einem so angestammten Bereich wie der in Deutschland angesiedelten Rüstungselektronik, die vermutlich an die DASA abgestoßen wird.

Im globalen Konkurrenzkampf werden so nur wenige, produkt- und branchenbeherrschende Giganten überleben, die dann wirklich global präsent und organisiert sind. Siemens ist bereits jetzt in 190 Ländern vertreten und unterhält 300 Produktionsstätten außerhalb Deutschlands.



## Grenzüberschreitende Fusionen

Um möglichst schnell in die entsprechende "kritische Größe" vorzustößen, gewinnen Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions - M&A) an Bedeutung. Da das nationale Konzentrationspotential weitgehend ausgeschöpft ist, wächst der Anteil der grenzüberschreitenden (internationalen) Mergers & Acquisitions dramatisch an: Einmal nach der Zahl, vor allem aber was die Höhe der eingesetzten Mittel anbelangt. Die sechs größten Käuferländer - USA, Großbritannien, Deutschland, Japan, Frankreich, Schweiz - tätigten 1991 2805 internationale Fusionen mit einem Gesamtwert von 57,3 Mrd. Dollar, 1995 waren es bereits 3647 M&A im Wert von 144,1 Mrd. Dollar. In den USA hat sich der Gesamtwert grenzüberschreitender Fusionen von 13 Mrd. auf 64 Mrd. Dollar verfünffacht (vgl. IFO-SD 23/96, S. 11). "Heute werden mindestens vier Fünftel der neuen Kapitalanlagen im Ausland (im Gegensatz zu reinvestierten Gewinnen) in der Form von M&A getätigt", stellt das IFO-Institut fest. "Der wichtigste Grund für die beschleunigte Ausweitung von grenzüberschreitenden M&As ist die wachsende Bedeutung, die dem Erwerb strategischer Unternehmensteile und Fähigkeiten beigemessen wird" (IFO-SD 23/96, S. 10).

Das deutsche transnationale Kapital ist inzwischen zum drittgrößten weltweiten Unternehmensaufkäufer aufgerückt. Der Wert der getätigten Übernahmen hat sich 1995 gegenüber 1991 auf 21,2 Mrd. DM verdreifacht. Umgekehrt ist die Deutschland AG für ausländische TNK offenbar nur schwer zu knacken. Ein entscheidender Grund liegt in der Konzentration des Aktienbesitzes und die weitgehende Verfügung der Banken (Depotstimmrecht) darüber. So machen ausländische M&As in Deutschland wertmäßig nur ein Drittel bis höchstens die Hälfte deutscher Firmenkäufe im Ausland aus.

Auch 1996 brach sowohl die gesamte als auch die grenzüberschreitende Fusionswelle alle Rekorde. Als Hauptargument wurde in den meisten Branchen die Globalisierung genannt, deren Wettbewerbsanforderungen nur Mammutkonzerne gewachsen seien (vgl. Handelsblatt, 27./28.12.96).

## Transnationale Konzerne errichten globale Produktionsnetzwerke

Wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt, ist der Internationalisierungsprozeß der Weltwirtschaft kontinuierlich vorangeschritten, hat sich aber offenbar im vergangenen Jahrzehnt beschleunigt. Merkmale dafür sind die rapide gewachsenen Direktinvestitionen und die rasante Zunahme transnationaler Unternehmen. Allerdings ist dieser Prozeß räumlich auf die Triade und hier wiederum die einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsböcke konzentriert. Sektoral sind in der Industrie wenige, allerdings Spitzen- und Schlüsselbranchen, stark internationalisiert. Das gilt zunehmend auch für

Finanz- und andere moderne Dienstleistungen. Sie machten 1990 bereits 50 Prozent des Gesamtbestandes der Direktinvestitionen aus, gegenüber 31 Prozent im Jahre 1973. Im Zentrum dieses Prozesses stehen wenige, gigantische transnationale Konzerne, mit der Fähigkeit zur Systemführerschaft (vgl. Narr/Schubert). Diese eigentlichen Akteure der Globalisierung können sich zunehmend in einem Verwertungsraum bewegen, der weitgehend von den nationalen Ökonomien abgehoben ist und für sie zum nahezu rechts- und politikfreien Operationsfeld wird.

Die von diesen TNK-Giganten favorisierten Investitions-, Produktions- und Produktstrategien bestimmen mehr und mehr die Muster und Formen der internationalen Investitionen und des Welthandels. Sie gehen jetzt zunehmend dazu über, die Internationalisierung im Sinne einer "betriebswirtschaftlichen" Globalisierung, einer weltweiten konzerninternen Arbeitsteilung, voranzutreiben. Sie vernetzen über alle Grenzen hinweg den Prozeß der Wertschöpfung im Sinne einer "Global Factory". TNK-Giganten legen so nicht nur ein Netz von Tochterfirmen rund um den Globus, sondern vernetzen ihre Filialen im Sinne einer weltweiten Mehrwerterzeugung.

Die Struktur der TNU hat sich über Jahrzehnte nicht wesentlich verändert. "Die alten multinationalen amerikanischen Unternehmen wurden von ihren amerikanischen Hauptquartieren aus dirigiert", schreibt der US-Ökonom und frühere US-Arbeitsminister Robert B. Reich. "Die ausländischen Tochtergesellschaften waren in der Tat nichts weiter als 'Filialen' - woran die Beschäftigten und ausländischen Kunden immer wieder erinnert wurden. Ob sie Rohstoffe gewannen und sie zur Verarbeitung in die Vereinigten Staaten schickten, ob sie in Amerika hergestellte Erzeugnisse auf ihren eigenen Märkten vertrieben und den Erlös nach Amerika schickten - immer war klar, daß die Filialen den Interessen ihrer amerikanischen Muttergesellschaften dienten. Besitz und Kontrolle lagen unbestreitbar in amerikanischer Hand" (Reich, S. 125).

## "Global Sourcing"

Ein erster Wandel in der Organisationsstruktur der TNKs vollzog sich, als diese dazu übergingen, Produktionsstätten im Ausland zu errichten. Dabei ließ die Muttergesellschaft meist zu, daß die Auslandswerke operativ selbständig agieren konnten, d.h., "die Zentralen legten nur grobe Richtlinien der Geschäftspolitik fest und überließen es ihren Tochterunternehmen, die Geschäfte in eigener Regie zu führen, was auch den Rückgriff auf lokale Zulieferer mit einschloß" (Altwater/Mahnkopf, S. 250). Opel z.B. hat innerhalb des General-Motors-Konzern die Verantwortung für alle Märkte außerhalb Nordamerikas, einschließlich der Marken Vauxhall, Holden, Isuzu und Saab (vgl. SZ, 29.1.96).

Hauptmotiv dieser zunehmenden Produktion vor Ort war und ist die Markterschließung und -erweiterung. Dauerhaft lassen sich große Märkte durch den Export allein nicht absichern. Mit einer Produktion vor Ort



konnte zudem auch besser auf lokale Besonderheiten eingegangen werden. Manche Länder fordern darüber hinaus bei der Einfuhr hochtechnischer Produkte einen Anteil heimischer Wertschöpfung (local content), was z.B. bei BMW dazu geführt hat, daß komplett zerlegte Autos verschifft und dann vor Ort wieder zusammengebaut werden. Im Zuge der Formierung regionaler Blöcke versuchen TNK mit der Errichtung von Produktionsstätten einen Fuß in die Festung zu bekommen, um spätere Abschottungsmaßnahmen unterlaufen zu können. Hierbei wird dann das Motiv der Markterschließung meist ergänzt mit dem Streben nach kostensparenden Standortvorteilen. So galt in den vergangenen zehn Jahren Großbritannien wegen seines "Standortcharmes" (niedrige Löhne und Steuern, zahme Gewerkschaften, deregulierte Wirtschaft) als Brückenkopf und Einfallstor für ausländische Direktinvestitionen mit Zielrichtung EU; eine ähnliche Funktion hatte Mexico im Hinblick auf die NAFTA inne. Absatzerweiterung und Kostendegression und -einsparung waren der Ansporn verstärkter Auslandsengagements. So wird z.B. die internationale Wettbewerbsfähigkeit französischer Autokonzerne als niedrig im Vergleich zu ihren europäischen Konkurrenten eingestuft. "Die Sünden der Franzosen" bestünden darin, daß sie beim Absatz noch zu stark auf Europa konzentriert seien, wo sie 85 Prozent ihrer Wagen absetzen. Die Volkswagengruppe (VAG) und Fiat vermarkten dagegen schon 42 Prozent bzw. 33 Prozent ihrer Fahrzeuge außerhalb Europas (vgl. SZ, 18.4.97). Von Renault stammen zudem 56 Prozent aus den vergleichsweise teuren französischen Werken, bei PSA (Peugeot/Citroen) sind es gar 67 Prozent. Die VAG baut dagegen ihre Autos nur noch zu 44 Prozent in Deutschland.

Generell ist diese Phase durch ein zunehmend systematisches "global sourcing" gekennzeichnet; d.h., die TNK sind aufgrund ihrer multinationalen bis globalen Präsenz fähig, Ressourcen dort anzuzapfen, wo sie die günstigsten Bedingungen vorfinden: Rohstoffe, Halbfabrikate, Zulieferfirmen, Wissen, Produktionsbedingungen und zunehmend auch hochqualifizierte Arbeitskräfte. Siemens z.B. hat die Zahl seiner Software-Entwickler im indischen Bangalore binnen zwei Jahren von 500 auf 1000 verdoppelt. Zur Hauptversammlung 1997 kündigte Konzernchef von Pierer eine "weltweite Einkaufsoffensive" an, die einen Ergebnisbeitrag von einer Milliarde Mark bringen soll.

Allerdings registrieren die Forscher des HWWA-Instituts in ihrer empirischen Analyse für deutsche TNK bislang "nur eine mäßige Zunahme des global sourcing". Sie machen jedoch darauf aufmerksam, "daß in den statistisch noch nicht erfaßten 90er Jahren die global-sourcing-Quoten deutlich gestiegen sein dürften..." (Härtel/Jungnickel, S. 119f.).

### "Made in the World"

Die neuere Entwicklung transnationaler Unternehmen ist dadurch gekennzeichnet, daß sie zunehmend ihren gesamten Prozeß der Wertschöp-

fung internationalisieren und zu einem globalen Netzwerk integrieren. Ermöglicht und forciert wird diese Entwicklung durch Fortschritte in den Transport-, Kommunikations- und Transaktionstechnologien. Das eröffnet nicht nur neue technische Möglichkeiten, sondern verbilligt zudem die Distanzkosten. In die gleiche Richtung wirken der Abbau handelspolitischer Barrieren und politischer Hemmnisse, Liberalisierung und Deregulierung der Kapital-, Güter- und Dienstleistungsmärkte. "Die geringeren Transaktionskosten erlauben es in vielen Fällen, die Wertschöpfungsketten aufzubrechen und den Produktionsprozeß so über die ganze Welt zu streuen, daß die jeweiligen regionalen Vorzüge bestmöglich genutzt werden. Es wird daher in Zukunft immer leichter möglich sein, auch kurzfristig ganze Unternehmensteile zu verlagern, um Kosten zu sparen." (FAZ, 23.3.96) Die gesamte Wertschöpfungskette - Einkauf, Zuliefersystem, FuE, Produktion, Marketing und Absatz - wird über globale Telekommunikationssysteme und konzerninterne Datennetze verbunden und gesteuert sowie über moderne Transportsysteme aufeinander abgestimmt und mit Welt- und Firmennetzen verbunden und gesteuert.

Ein anschauliches Beispiel eines derartigen Forschungs- und Produktionsnetzwerkes liefert die "Siemens-Zeitschrift" (3/93) in einem Interview mit dem Geschäftsführer der Siemens Components Singapur. Er antwortet auf die Frage nach den Gründen für den Aufbau der Chipfertigung in Singapur: "... die Infrastruktur - Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung sowie das Transportwesen funktionieren hervorragend. Durch die Verbreitung der englischen Sprache ... ein sehr gutes Bildungswesen ... stehen hier Fachkräfte in einem Maß zur Verfügung, wie man es sonst nur in hochentwickelten Industrieländern findet ... politisch ein sehr stabiles Land. ... Somit haben wir hier ein sehr sicheres soziales Umfeld und wir haben auch keinerlei Sorge, daß sich daran Entscheidendes ändern wird. ... Für uns ist z.B. entscheidend, daß wir hier in der Lage sind, unseren Betrieb jeweils 24 Stunden laufen zu lassen ... die Fertigungskosten etwa um 40% niedriger liegen. Die größte Einsparung ergibt sich aus den deutlich niedrigeren Personalkosten..." - Auf die Frage nach der Zusammenarbeit mit den europäischen Fabriken im österreichischen Villach und im bayerischen Regensburg antwortet er: "Wir sind mit unseren Partnerbetrieben über Datenleitungen zu einem durchgehenden System der Fertigungssteuerung und -überwachung vernetzt. In Villach kann man z.B. jederzeit verfolgen, wo der Baustein X für den Kunden Y heute in unserer Fertigung ist. Wir können andererseits alle notwendigen Informationen in Villach abrufen. Die gesamte Vorausplanung und das Einplanen in die Fertigung läuft über dieses System. Wir haben außerdem einen Austausch an Testdaten, so daß die Information, die bei uns aus den Tests gewonnen wird, zeitgleich in Villach bereitsteht ... bei einem dermaßen exzellenten Flughafen wie dem in Singapur kann man davon ausgehen, daß alles, was um 16 Uhr das Endfließband verläßt, am nächsten Tag um 10 Uhr in unserem Distributionslager in Fürth (bei Nürnberg) liegt. ... Wir sind gerade dabei,



ein IC-Design-Center (Chip-Entwicklungszentrum) aufzubauen ... weil man hier IC kostengünstiger entwerfen kann als in Europa..."

Nach Einschätzung der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) werden die großen transnationalen Unternehmen durch die neuen Weltmarktbedingungen geradezu gedrängt, "integrierte internationale Produktionssysteme aufzubauen". In der daraus folgenden internationalen Arbeitsteilung innerhalb von Firmen könne "jeder Teil der Mehrwertkette dorthin verlegt werden, wo er am meisten zum Gesamtwerk der Company beiträgt" (World Investment Report 96, S. XXIII). Das erfolge durch ein komplexes Beziehungsgeflecht zwischen Mutterfirma und Filialen sowie der Filialen untereinander. So sei der Anteil des Exports an andere Filialen im Rahmen des Intra-Firmen-Exports der Filialen bei US-TNUs stark gewachsen: von 37% im Jahre 1977 auf 60% in 1993 (ebenda). Auch der größere Anteil von Vorprodukten und Halbwerten am gesamten Welthandel widerspiegelt diesen Trend.

Ergebnis einer Welt-Wertschöpfung ist dann das "Weltprodukt". Fiat will mit dem Palio sein erstes "richtiges Weltauto" bauen. Das neuentwickelte Modell Palio soll erstmals in den verschiedenen Teilen der Welt gleich gebaut und keinerlei lokale Abweichung erlaubt werden (vgl. FAZ, 1.8.96). Opel setzt dagegen auf gleiche Plattformen, d.h. gleiche Grundbestandteile jedes Modells für den Weltmarkt. In den einzelnen Ländern passen sie lokale Entwicklungszentren dann an die örtlichen Bedürfnisse an. Im gesamten General-Motors-Konzern wird die Zahl der Plattformen von 16 auf sieben reduziert. Opel soll für drei solcher Plattformen verantwortlich sein. Der Vorteil besteht darin, daß viele Gleichteile in größerer Stückzahl verwendet und dann Modellreihen schon mit niedrigeren Stückzahlen rentabel gefahren werden können (vgl. SZ, 29.1.96). Der Trend zur Global Factory schlägt sich bereits jetzt in einem erhöhten Anteil von Halbfabrikaten am Welthandel nieder.

In diesem Zusammenhang verändert sich auch die Organisationsform der Zentrale eines derartigen transnationalen Konzerns. Darauf weist das IFO-Institut hin: "In den neunziger Jahren ähnelt die Entscheidungszentrale transnationaler Unternehmen einem zentralen Nervensystem, das eine Vielzahl gegenseitig abhängiger, nicht formell kontrollierter Aktivitäten verbindet, deren Endzweck es ist, die globale Wettbewerbsstrategie und die Ertragskraft des Konzerns zu fördern. Von der hierarchischen Organisationsform ist das moderne Unternehmen längst abgekommen." (IFO-SD, 23/96, S. 5)

Durch das so organisierte Produktionssystem verschafft sich der transnationale Großkonzern das "Monopol der verbesserten Produktionsweise" (Marx), was für ihn die Quelle von Extraprofiten ist. Das IFO-Institut kommt in seiner Analyse der "Transnationalen Unternehmen" zu dem Ergebnis: "Die Fähigkeit, solche Systeme von Wertschöpfungsketten komplexer grenzüberschreitender innovativer Produktionen und Aktivitäten zu or-

ganisieren und zu managen, könnte künftig zum wichtigsten komparativen Vorteil transnationaler Unternehmen werden." (IFO-SD 23/96, S. 13) Allerdings handelt es sich dabei um kein stabiles "Monopol", sondern um einen Vorteil, der in einem sich verschärfenden Standortwettbewerb, in einem sich beschleunigenden Innovationstempo und bei Verkürzung der Produkt- und Lebenszyklen ständig neu errungen werden muß.

## TNK und globale Kapitalbeschaffung

Die OECD weist noch auf einen wichtigen Aspekt des global sourcing der TNK hin. Sie definiert Globalisierung als "die jetzt erreichte Stufe und heutige Form der internationalen Produktion ...", in der ein zunehmender Teil der Wertschöpfung und der Vermögen weltweit durch ein System eng verflochtener privater Netzwerke produziert und verteilt wird. Große multinationale Unternehmen, die innerhalb konzentrierter Angebotsstrukturen operieren und die Vorteile finanzieller Globalisierung voll ausschöpfen können, stehen im Zentrum dieses Prozesses" (OECD, Technology and the Economy; The Key Relationships, 1992; zit. nach IFO).

In der Tat. Globalisiert wird bei den großen TNK nicht nur das Netz der Mehrwertproduktion; global, d.h. auf den internationalen Finanzmärkten, erfolgt bei ihnen auch die Kapitalbeschaffung. Denn Kapitalmarktfinanzierung ist für sie in der Regel billiger als Kreditaufnahme. Vor allem für große Kapitalgesellschaften. "Die Großen kommen bei uns im Kreditgeschäft kaum mehr vor", bedauerte der damalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Hilmar Kopper. "Die Konzerne haben einen Mords-Cash-flow und leihen sich in Deutschland in der Regel kein Geld mehr" (managermagazin 3/96).

Allerdings geraten die TNK damit auch zunehmend unter die Kuratel des internationalen Finanzkapitals. Internationale Kapitalanleger, insbesondere die geldpotenten institutionellen Anleger, investieren nur dann in Aktienemissionen oder nehmen Wertpapieren an, wenn sie ihre Renditevorstellungen durch den zu erwartenden Total Return - Aktionärsinkünfte aus Kursgewinnen, Bezugsrechten und Dividenden - befriedigt sehen. Der "Shareholder Value", der Wert, den das Unternehmen für die Anteilseigner (Aktionäre) hat, ist ja inzwischen zum Schlagwort geraten und zum Schlagstock dazu, um aus den Belegschaften noch mehr herauszuprügeln. Denn der Shareholder Value steht im Kontext mit der Eigenkapitalrendite. Volker Hölterhoff, Ex-Chef-Volkswirt der bayerischen Hypobank: "Global Player müssen Eigenkapitalrenditen von mindestens 15 Prozent erwirtschaften, um auf den Finanzmärkten akzeptiert zu werden." (zit. nach SZ, 20.1.97) Andernfalls werden Aktienemissionen oder die Ausgabe von Wertpapieren zum Flop. Man beachte, wie häufig mittlerweile die 15-Prozent-Rendite-Marke auf Hauptversammlungen deutscher Konzerne angestrebt wird. Um aber diese "benchmarking" möglichst schnell zu erreichen, beschleunigen die Konzernverwaltungen den Prozeß der Restrukturierung



ihrer TNKs: Beschränkung aufs Kerngeschäft, Eroberung internationaler Märkte durch Kauf von Marktanteilen, Umstrukturierung zur Global Factory....

Die Mobilität des internationalen Kapitals und die Durchlässigkeit der Finanzmärkte führen dazu, daß sich eine globale Durchschnittsprofitrate international operierender Kapitalgruppen herausbildet. Wer diese Profitrate nicht erwirtschaftet, schrumpft oder verschwindet vom Weltmarkt.

## Literatur

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Widerspruch 31, Juli 1996
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996.
- Anderson, Sarah/Cavanagh, John - Institute for Policy Studies, Top 200 - The Rise of Corporate Power, Washington 1997
- BDU (Bundesverband Deutscher Unternehmensberater), Das Auslandsengagement Deutscher Unternehmen, Bonn 1997
- Chomsky, Noam/Dieterich, Heinz: Globalisierung im Cyberspace, Bad Honnef 1996
- Die Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs, München 1997
- Dolata, Ulrich: Das Phantom der Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/97
- DWI-Wochenbericht 23/97: Globalisierung: Falle oder Wohlstandsquelle?, 5. Juni 1997
- DWI-Wochenbericht 26/97: Forschung und Entwicklung in multinationalen Unternehmen aus der Sicht der Bundesrepublik, 26. Juni 1997
- Huffschmid, Jörg: Globalisierung oder Blockbildung? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/94
- Härtel, Hans-Hagen/Jungnickel, Rolf et. al.: Grenzüberschreitende Produktion und Strukturwandel - Globalisierung der deutschen Wirtschaft, HWWA-Studie, Baden-Baden 1996
- IFO-Schnelldienst (IFO-SD) 23/96, Globalisierung: Transnationale Unternehmen auf dem Vormarsch, 14. August 1996
- IFO-Schnelldienst 30/96: Direktinvestitionen weltweit auf Rekordhöhe: Sind Arbeitsplätze in Deutschland bedroht, gewinnt die Dritte Welt?, 28. Oktober 1996
- isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München, report Nr. 17, Krieg der Konzerne, München 1993
- isw - report Nr. 31: Deutsche Macht - Allianz (Deutsche Bank und Allianzversicherung), München 1997
- isw - report Nr. 32: Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft, München 1997
- Narr, Wolf-Dieter/Schubert, Alexander: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994
- Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie (ÖGKG), Alte Ordnung - Neue Blöcke?, Forschung PROMEDIA, Wien 1994
- Reich, Robert B.: Die neue Weltwirtschaft, Frankfurt/M. 1993
- Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1996, Frankfurt/M. 1995
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development), World Investment Report 1996, Genf 1996
- werkstatt ökonomie, Multis, Markt & Krise, Heidelberg 1992
- Ziebur, Gilbert: Globalisierter Kapitalismus: chancenlose Linke?, in: PROKLA 102, März 1996

Peter Strutynski

## Atmende Fabriken und erstickende Arbeiter

Die Neuen Produktionskonzepte auf dem Prüfstand

Sozialwissenschaftler neigen dazu (Sozialwissenschaftlerinnen mögen da etwas zurückhaltender sein), spürbare Veränderungen der Wirklichkeit als Umbrüche oder gar historische Epochenwechsel zu interpretieren. Dies widerspiegelt einerseits das Bemühen, neue Realitäten tatsächlich ernst zu nehmen, andererseits kommt es dem zunehmend marktförmigen Wissenschaftsbetrieb entgegen, in dem eingängige Slogans über Profil und Position ihrer überwiegend männlichen Vertreter entscheiden. Allerdings laufen schnelle Umbruchdiagnosen Gefahr, Teilaspekte zu überhöhen und das Wesentliche einer Gesellschaftsformation, d.h. ihre Herrschafts-, Organisations- und Funktionsmechanismen zu vernachlässigen und grundlegende Kontinuitäten auszublenden.

Grundlegende Umbrüche werden seit den achtziger Jahren auch für den Produktionsprozeß und die Arbeitsorganisation im Kapitalismus behauptet. Die Stichwörter sind lean production, outsourcing, flache Hierarchien etc. In diesem Artikel geht es darum, diese Konzepte genauer unter die Lupe zu nehmen und zu fragen, welchen Stellenwert sie in der Wirklichkeit haben.

## Lean Production und Neue Produktionskonzepte

Spätestens seit der Studie des MIT (Massachusetts Institute of Technology) über die "zweite Revolution in der Autoindustrie" (Womack u.a. 1991) setzten sich jene industriesoziologischen und arbeitspolitischen Ansätze und Theorien durch, die schon seit den 80er Jahren den westlichen Industriestaaten bzw. deren Großunternehmen eine Abkehr vom Produktionsparadigma des Fordismus/Taylorismus attestierten oder prophezeiten (vgl. hierzu Strutynski 1997). In den USA waren dies Michael J. Piore und Charles F. Sabel mit ihrer bahnbrechenden Arbeit über die Ablösung der -fordistischen - Massenproduktion durch flexible Formen der spezialisierten Kleinserienfertigung (Piore/Sabel 1985), in der BRD propagierten nahezu zeitgleich Horst Kern und Michael Schumann vom SOFI Göttingen das Ende der - tayloristischen - Arbeitsteilung (Kern/Schumann 1984). Was hier unter Rückgriff auf die sozio-technische Schule, insbesondere auf schwedische Partizipationsmodelle (z.B. teilautonome Gruppenarbeit) in emanzipatorischer Absicht formuliert worden war, geriet in der MIT-Version der "schlanken Produktion" (lean production) zu einer von den Produktionserfolgen Toyotas inspirierten Handlungsanleitung zur Effektivitätssteigerung und Kostensenkung der US-amerikanischen und europäi-



schen Unternehmen. Die Rezeptionsgeschichte aller drei Bücher zeigt, daß die beiden erstgenannten kaum den Weg aus der scientific community herausgefunden haben, während die MIT-Studie ihren Hauptadressaten, das höhere und mittlere Management privater Unternehmen (zunehmend aber auch öffentlicher Einrichtungen, wie die Schlagworte von der "lean administration" oder dem "schlanken Staat" beweisen), massenhaft erreichte und zum wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bestseller der ersten Hälfte der 90er Jahre wurde.

Beide Ansätze stimmten aber darin überein, daß die überkommene fordistisch-tayloristische Produktionsweise, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weltweit durchgesetzt hatte, ihren Höhepunkt überschritten habe und zu einer organisatorischen und mentalen Bremse der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte geworden sei. Während man in Europa vor allem wegen der offenbar nachlassenden Wachstumsdynamik in den 70er und 80er Jahren geschockt war und die zunehmenden ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Probleme teils auf technologische, teils auf arbeitsorganisatorische Defizite zurückführte, sah man sich in den USA von der aufstrebenden Konkurrenz Japans bedroht und befürchtete den ökonomischen und - für manche noch schlimmer - den politischen Niedergang der USA als führende Weltmacht. Der Aufstieg Japans, der sich in wachsenden Welthandelsanteilen und Direktinvestitionen ausdrückte, mußte einen triftigen Grund in der fortgeschrittenen Produktionsorganisation und Unternehmensverfassung haben. Die MIT-Kommission, die im Auftrag der US-Regierung tätig war, untersuchte den Automobilsektor, weil in ihm der weltweite Wettbewerb am stärksten ausgeprägt war und die japanischen Produktionserfolge am augenfälligsten waren. Es entspricht dem Selbstverständnis einer weitgehend pragmatisch-praxeologisch ausgerichteten Denkweise, wenn sich das MIT in seiner vergleichenden Analyse der Stärken und Schwächen sowie in seinen Politikempfehlungen an den erfolgreichsten Unternehmen orientierte und demzufolge die Produktions- und Managementorganisation des japanischen Autokonzerns Toyota als "best practice" propagierte. Im Mittelpunkt dieses Konzepts stand die Überlegung, alle wenig produktiven oder gar nicht wertschöpfenden Teile aus dem Unternehmen auszulagern (outsourcing) sowie jegliche Verschwendung von Arbeitszeit zu eliminieren - ein durch und durch tayloristischer Gedanke! Dies sollte überbetrieblich durch die Rationalisierung der gesamten Wertschöpfungskette vom Rohstoffhersteller über die Teile- und Komponentenzulieferer bis zur Distributionslogistik bewerkstelligt werden (Anwendung des Just-in-time-Prinzips) und innerbetrieblich durch die Straffung der Unternehmensorganisation, des Material- und Teileflusses sowie der Ablauforganisation ("schlanke" Produktion im engeren Sinne).

Beträchtliche Verwirrung in der sozialwissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Diskussion ist dadurch entstanden, daß in der Rezeption der MIT-Studie zwei Stränge nicht genügend auseinander gehalten wurden:

das auf strikte Kostensenkung angelegte Verschlankungs-Programm des MIT (das sich nebenbei anti-tayloristisch gab) auf der einen Seite, auf der anderen Seite ein auf Humanisierung der Arbeit abzielendes Restrukturierungskonzept kritischer Industriesoziologen, die in der vermeintlichen anti-tayloristischen Stoßrichtung des MIT einen Ansatzpunkt zu einer gemeinsamen Arbeitspolitik, einem Rationalisierungspakt in Form eines neuen "Basiskompromisses" zwischen Kapital und Arbeit (Schumann 1993) zu entdecken meinten. Die Ablösung des Fordismus-Taylorismus durch lean production oder Toyotismus bzw. durch das, was Kern und Schumann "Neue Produktionskonzepte" nannten, soll sich mindestens auf vier Ebenen abspielen:

(1) Die Herstellung standardisierter Massenprodukte für einen anonymen Markt (Fordismus) weicht einer auf individuelle Kundenwünsche orientierten Fertigung "nach Maß", d.h. auf Bestellung (Postfordismus). Daraus ergibt sich der Wechsel von der Produktion großer Lose (unter Ausnutzung der economies of scale) zur Fertigung kleiner Lose bis hin zur Losgröße 1 (vgl. hierzu kritisch Strutynski 1996).

(2) Die im Fordismus-Taylorismus auf die Spitze getriebene Arbeitszergliederung (d.h. nicht nur die strikte Trennung von Kopf- und Handarbeit, von Arbeitsvorbereitung und Arbeitsvollzug, sondern auch die Aufteilung des Arbeitsvollzugs in immer kleinere Partien und Handgriffe) wird in der schlanken Produktion zurückgenommen, indem die Arbeitsumfänge zunehmen und die Arbeitsvollzüge ganzheitlicher werden, z.B. durch Gruppenarbeitsprozesse (sowohl das MIT als auch Piore und Sabel sprechen in dem Zusammenhang von der Rückkehr handwerklicher Tätigkeiten in den industriellen Arbeitsprozeß).

(3) Die extreme Arbeitsteilung mit ihrem starken Anteil kurzzyklischer repetitiver Handgriffe hat unter fordistischen Verhältnissen zu einer tendenziellen Dequalifizierung industrieller Produktionsarbeit geführt (bis heute gehört der überwiegende Teil der Automobilbeschäftigten zu den an- und ungelernten Arbeitskräften); mit der Zurückdrängung des Taylorismus stünde eine Requalifizierung der einfachen Tätigkeiten, die "Reprofessionalisierung" der Industriearbeit auf der Tagesordnung.

(4) Ein wesentlicher Bestandteil des fordistischen Fabrikregimes waren eine möglichst lückenlose Kontrolle der Produktion und der Beschäftigten (durch ein streng hierarchisches Aufseher- und Berichtswesen) sowie die fast totale Entmündigung der Produzenten. Heute geht man demgegenüber davon aus, daß mit der Einführung von Gruppenarbeit und anderen arbeits- und unternehmensorganisatorischen Veränderungen die unmittelbaren Produzenten sowohl mehr Verantwortung als auch mehr Autonomie oder "Produzentenouveränität" (Schumann 1993) erhalten.

Nach sieben "mageren" Jahren lean production mag es an der Zeit sein, den in den vorstehenden Annahmen enthaltenen arbeitspolitischen "Paradigmenwechsel" im Lichte empirischer Ergebnisse zu hinterfragen.



Ich möchte dies im folgenden anhand von drei zentralen Problemkomplexen versuchen.

## Gruppenarbeit

Die Einführung teamförmiger Arbeitsprozesse in der industriellen Fertigung gehört zu den großen Themen des Managements und der Betriebsräte seit Beginn der 90er Jahre. Insbesondere die Automobilhersteller versprachen, daß sie Gruppenarbeit "flächendeckend" einführen wollten. Dies mußte insofern als gewaltiger arbeitspolitischer Fortschritt betrachtet werden, als alle früheren Versuche, Gruppenarbeitskonzepte zu verankern - z.B. im Rahmen des Humanisierungsprogramms der Bundesregierung in den 70er Jahren -, am Widerstand der Unternehmer gescheitert waren (vgl. Strutynski 1994). Nun hatte aber die MIT-Studie behauptet, daß der Produktivitätsvorsprung der japanischen Autohersteller größtenteils aus der weitverbreiteten Teamarbeit resultiere. Durch sie werde "ein Maximum an Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf jene Arbeiter (übertragen), die am Band tatsächliche Wertschöpfung am Auto erbringen" (Womack u.a., S. 103). Während in den Montagewerken der Anteil der Arbeiter, die in Teams zusammenarbeiten, in Japan und in den japanischen Transplants rund 70 Prozent betrug, lag dieser Anteil in Europa bei weniger als einem Prozent (ebd., S. 97). In quantitativer Hinsicht ist hier in den letzten Jahren einiges geschehen. So ergab eine Befragung, die das Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) bei 1.305 Unternehmen durchgeführt hat, daß mittlerweile in 32 Prozent aller Betriebe Gruppenarbeit eingeführt worden sei (Weltz 1997, S. 3). Der Prozentsatz derjenigen Arbeiter, die in Gruppenarbeit involviert sind, liegt natürlich wesentlich niedriger. Nach einer Erhebung des Instituts Arbeit und Technik Gelsenkirchen (IAT) aus dem Jahr 1993/94 waren zu diesem Zeitpunkt knapp sieben Prozent der Beschäftigten einbezogen. Der Rest, so stellte der Projektleiter bei der Präsentation der Studie fest, arbeite "mehr oder weniger wie zu Henry Fords Zeiten" (Handelsblatt, 25.8.1995; vgl. auch Kleinschmidt/Pekruhl 1994). Die IG Metall ermittelte in der Automobilindustrie Mitte der 90er Jahre eine Gruppenarbeitsquote von 22 Prozent, Mercedes-Benz gibt für das eigene Unternehmen für 1996 bereits 50 Prozent an und verspricht eine 100-prozentige Umsetzung der Gruppenarbeit in den Produktionsmannschaften bis zum Jahr 1998 (Schumann 1997, S. 220), die Planung bei VW sieht für das laufende Jahr einen Anteil von 71 Prozent vor (Lacher/Freiboth 1997). Zumindest für den Fertigungs- und Montagebereich der sechs großen Autohersteller in der BRD (Audi, BMW, Ford, Opel, Mercedes-Benz und VW) liegt diese Quote nach einer neueren Untersuchung noch höher, nämlich bei 59 Prozent, wobei allerdings die Unterschiede zwischen den Unternehmen und innerhalb der Unternehmen zwischen einzelnen Bereichen erheblich sind: Die Quoten schwanken zwischen 22,4 und 100 Prozent (Frieling 1997, S. 285).

Qualitativ liegen die Dinge etwas anders. Nicht jede Form der Gruppenarbeit entspricht den in sie gesetzten Erwartungen, wobei zu bedenken ist, daß die hochfliegenden Ziele aus der Humanisierungsdiskussion der 70er Jahre (Überwindung der tayloristischen Arbeitsteilung durch Arbeitsanreicherung und Arbeitswechsel, Verlängerung der Taktzeiten, Autonomie usw.) auch im industriesoziologischen Diskurs der letzten Jahre gehörig heruntergeschraubt wurden. Davon zeugen die zwei großen Kongresse zum Thema "Gruppenarbeit", die mit Unterstützung des Projektträgers Arbeit und Technik des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie 1993 und 1994 stattgefunden haben. Während auf dem ersten Kongreß die Humanisierungsüberlegungen noch gleichberechtigt neben den ökonomisch definierten Unternehmenszielen zu Wort kamen (vgl. z.B. die Beiträge von Bechte, Benz-Overhage und Schumann, in: Binkelman u.a. 1994), dominierten beim zweiten Kongreß die betriebswirtschaftlichen Ziele: "Leistungssteigerung und Kostensenkung, höhere Flexibilität und effektivere Kommunikation, Erhöhung der Qualität und Verkürzung der Auftragsbearbeitungs- und Durchlaufzeiten"; erst danach folgen Ziele wie "Abflachung der betrieblichen Hierarchie und mitarbeiterorientierte Arbeitsgestaltung" (RKW 1995, S. 13f.). Eine ähnliche Zielhierarchie formulierten die im Rahmen einer internationalen Untersuchung bei acht europäischen Automobilherstellern befragten Manager. Ihnen zufolge würde Gruppenarbeit dann eingeführt, wenn damit 1. die Qualität (der Arbeit und der Produkte), 2. die Produktivität und 3. die Flexibilität erhöht würde, wenn 4. die Einbindung indirekter Tätigkeiten und 5. ein Hierarchieabbau erleichtert würde, wenn 6. die Motivation und Arbeitszufriedenheit gesteigert würden und wenn 7. (und letztes) ein Belastungsabbau zu erreichen sei (Freiboth, in: Frieling 1997, S. 207).

Die jüngste Literatur zum Thema Gruppenarbeit bietet eine Menge Anschauungsmaterial für die "Verbetriebswirtschaftlichung" (Schumann) der arbeitspolitischen Diskussion. Da Gruppenarbeitsmodelle heute fast nur noch aus Kostensenkungsgründen eingeführt werden, gerät der Humanisierungsaspekt immer mehr in den Hintergrund. Mittlerweile dürften selbst in der Vorzeigebbranche Automobilindustrie jene "strukturkonservativen" Gruppenarbeitskonzepte - gegenüber den "strukturinnovativen" Strategien - die Oberhand gewonnen haben, die zwar "Elemente der Selbstorganisation" (z.B. Absprachen über das Leistungs-Soll) anwenden, solche Zugeständnisse zur Aktivierung des Leistungswillens aber nur "in homöopathischen Dosierungen" zulassen; im übrigen beläßt man es bei der "Rigidität des Taylorismus" (Schumann 1997, S. 221f.). Hierfür steht das Opel-Werk Eisenach, neben dem Transplant Nissan in England vielleicht die "japanischste" Autofabrik in Europa.

Gruppenarbeit, so lautet ein erstes Zwischenresümee, trägt also weder automatisch zu einer Verbesserung der allgemeinen Arbeitssituation, noch zu einer Verminderung tayloristischer Leistungsanforderungen bei.



## Funktionsintegration und Requalifizierung

Die verschiedenen Varianten von Gruppenarbeit unterscheiden sich auch hinsichtlich des Ausmaßes der Re-Integration qualifizierter Arbeitsaufgaben (z.B. Instandhaltung, Qualitätsprüfung, Disposition) in die Fertigung. Die hochstandardisierten, repetitiven Teiloperationen der tayloristischen Fließarbeit konnten ohne besondere Qualifikationsanforderungen quasi von "jedermann" (in anderen Branchen wie z.B. der Elektroindustrie von "jederfrau") erledigt werden. Dies hat sich mit der Entwicklung der Mikroelektronik und dem Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in der Produktion grundlegend geändert - zumindest in den Bereichen, in denen Überwachungs-, Steuerungs- und "Gewährleistungs"arbeiten eine große Rolle spielen. Aber auch in den weiterhin von Handarbeit geprägten Bereichen (in der Automobilindustrie z.B. in der Montage) sind die allgemeinen Anforderungen, was Geschicklichkeit und Handhabung von Werkzeugen betrifft, gestiegen. Von einer "Reprofessionalisierung" der Produktionsarbeit, die zu einer Integration planender, steuernder und kontrollierender Aufgaben in der Person des "Gewährleistungsarbeiters" (im Gegensatz zum "einfachen Handarbeiter") beiträgt, kann indessen nur in Ansätzen die Rede sein. Im 1994 erschienenen "Trendreport Rationalisierung", einer großangelegten Nachfolgestudie zu Kern/Schumanns "Ende der Arbeitsteilung" (1984), kommen die Wissenschaftler des SOFI Göttingen zu einem zunächst widersprüchlichen, insgesamt aber doch eher ernüchternden Befund. Einerseits fanden sie jene Ergebnisse der zehn Jahre älteren Studie bestätigt, wonach industrielle Arbeit "mit der (Teil-)Automatisierung auf breiter Front endgültig aus ihrem direkten Herstellungsbezug heraus(tritt) und .. einen planenden, steuernden und kontrollierenden Charakter gegenüber einer auf kontinuierliche Nutzung angewiesenen, hochproduktiven Maschinerie" annimmt (Schumann u.a. 1994, S. 643). Diese als "Gewährleistungsarbeit" oder "Systemregulierung" bezeichnete Tätigkeit markiere eine "einschneidende Wende" im betrieblichen Rationalisierungsgeschehen und bilde den Kern der "Neuen Produktionskonzepte". Auf der anderen Seite präsentiert der "Trendreport" eine mehr als bescheidene quantitative Bilanz: Im Automobilbau stellt der Arbeitstyp des Systemregulierers gerade einmal acht Prozent der Produktionsarbeiter (im Werkzeugmaschinenbau sind es 10 Prozent; der hohe Anteil von 47 Prozent in der chemischen Industrie hat mit der stofflich verschiedenen Produktion zu tun, die eine umfassende Prozeßautomatisierung erlaubte). Die Tätigkeitsstruktur der Arbeit wird also nicht bestimmt durch die "arbeitsverdünnten Automationssektoren", sondern durch die "verbleibenden arbeitsintensiven Restbereiche" (ebd., S. 644) - eine sonderbare Ausdrucksweise, wo diese "Rest"bereiche doch 92 Prozent der Produktionsarbeiter ausmachen! "Die große Mehrheit der Produktionsarbeiter verbleibt weiterhin im Status des 'einfachen Handarbeiters' oder 'Lückenbüßers der Mechanisierung' traditioneller Prägung."

(ebd.) Gleichwohl hat sich deren Arbeitssituation - wie ich noch zeigen werde - weiter verschlechtert.

Der - gemessen an den Erwartungen - niederschmetternde Befund des "Trendreports" wird durch andere Untersuchungen vielfach bestätigt. Der schwedische Soziologe Christian Berggren etwa hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß sich die europäische Automobilindustrie viel stärker am Produktionsmodell von Toyota orientiert, in dem weder die sozio-technischen Ansätze in Skandinavien ("Volvoismus"), noch die US-Diskussion über "Quality of Working Life", noch die westdeutschen Humanisierungsvorstellungen zum Tragen kämen. Der Veränderungsprozeß industrieller Arbeit wird nicht in erster Linie von Automatisierung und den damit verbundenen Gewährleistungsarbeiten bestimmt; wichtiger sind "andere Arten von technischen Variablen wie Montagegestaltung und Anordnung der Produktionsausrüstung, neue Systeme der Materialhandhabung etc." (Berggren 1991, S. 27), Bereiche also, in denen die oben genannten 92 Prozent der Produktionsarbeiter beschäftigt sind. Die Integration indirekter Aufgaben in die direkte Herstellungsarbeit findet nur in Ausnahmefällen statt, auch von job enlargement oder job enrichment kann wohl nur in einem sehr reduzierten Verständnis die Rede sein. Was sich in der am meisten verbreiteten Form der Gruppenarbeit in deutschen Unternehmen abspielt, ist allenfalls eine Arbeitserweiterung in rein quantitativer Hinsicht: Der oder die Beschäftigte übernimmt zusätzliche, vom Charakter und Anspruchsniveau her im wesentlichen gleichartige Aufgaben anderer Gruppenmitglieder, so daß der Arbeitseinsatz (etwa durch job rotation) flexibler gestaltet werden kann. Diese Praxis drückt sich u.a. darin aus, daß die Arbeitstakte generell kurz bleiben oder dort, wo sie vorübergehend verlängert worden waren, wieder verringert werden. Unter Auswertung der Erfahrungen des Opel-Werkes Eisenach mit seiner kurzzyklischen Fließbandproduktion in "Teamarbeit" (vgl. hierzu Stahlmann 1995; Mickler u.a. 1996, S. 111ff. u. 265) fordert beispielsweise der Werksdirektor des Rüsselsheimer Opel-Werkes: "Konstante Bandgeschwindigkeiten und Taktzeiten von nur noch einer Minute sollen dem Arbeiter künftig jede Einflußmöglichkeit auf den Fertigungsablauf entziehen." (Sperling 1997, S. 31)

Die Umstrukturierung der bisher in Inselfertigung mit relativ umfangreichen Arbeitsinhalten der Montagearbeiter organisierten Türenmontage im Opel-Werk Bochum wurde u.a. mit dem Ziel vorgenommen, die Arbeitsinhalte kleiner und leichter erlernbar zu machen, das Gegenteil von job enrichment also. Die Einführung von Inselmontagesystemen - eine Form von Parallelmontage -, die seit Ende der 80er Jahre in verschiedenen Produktionsabschnitten stattgefunden hat, wird bei verschiedenen Autoherstellern inzwischen "als gescheitert angesehen". Entsprechende Systeme bei Opel (Bochum und Rüsselsheim) und BMW (München und Regensburg) werden demontiert (Saager, in: Frieling 1997, S. 175). Im arbeitspolitischen Rückwärtsgang befindet sich auch das Vorzeigewerk von Mercedes-Benz



in Rastatt. "Dort wurden ursprünglich integrierte indirekte Tätigkeiten wieder mehr und mehr bei bestimmten Personen spezialisiert. In die Gruppen integrierte Vormontagen wurden wieder reduziert, und im Rahmen einer Neuplanung der Fabrik sollen die Zyklen, die gegenwärtig zwischen 2,5 und 20 Minuten betragen, auf 1,3 Minuten verkürzt werden." (R. Salm, zit. nach Sperling 1997, S. 32) Die Ergebnisse des großangelegten europäischen Forschungsprojekts FWS-Future Working Structures, dessen Abschlußbericht vor kurzem veröffentlicht wurde (Frieling 1997), belegen, daß es sich bei diesen Beispielen keinesfalls um Einzelfälle handelt. Der Systemtakt in den Montagebereichen der Autoindustrie schwankt danach - und zwar unabhängig vom Produktionssystem - zwischen 35 Sekunden und zwei Minuten; selbst in hoch automatisierten Montagebereichen dominieren kurze Taktzeiten; der "Rekord" - ein Beispiel aus Frankreich - beträgt 18 Sekunden (Freiboth, in: Frieling 1997, S. 211f.). Und auch die kognitiven Arbeitsaufgaben bleiben bei den ausführenden Montagetätigkeiten dann gering, wenn "Aspekte der Selbstkontrolle und der Qualitätssicherung auf niedrigem Niveau" in die Gruppenarbeit integriert sind. Lediglich fünf bis maximal zehn Prozent der Arbeitszeit von Montagearbeitern gehen auf das Konto des Informationsaustausches sowie der mündlichen oder schriftlichen Kommunikation, 90 bis 95 Prozent der Zeit wird mit einfacher manueller Tätigkeit verbracht (ebd., S. 209f.).

Die Reorganisation der industriellen Produktion führt also - bisher - weder zu einer qualitativen Anreicherung einfacher Arbeitsaufgaben, noch zu einer auch nur ansatzweisen Integration indirekter Tätigkeiten in die Fertigungslinie, noch zu einer spürbaren Rücknahme der tayloristischen Form der Arbeitszergliederung und des Arbeitsrhythmus.

## Das Belastungsgeschehen

Die Einführung neuer Produktionskonzepte auf breiter Front, die Restrukturierung der industriellen Fertigung und die Zurückdrängung des rigiden tayloristischen Fabrikregimes - so sie denn wenigstens im Ansatz oder in Teilen stattgefunden haben - müßten auch andersartige Belastungsmuster im Arbeitsprozeß nach sich ziehen. Insbesondere wären Entlastungen zu erwarten etwa durch interessantere, abwechslungsreichere Arbeit, durch die Verringerung der Monotonie, durch die Überwindung extremer Arbeitsteilung, durch die Gewährung größerer Freiheitsgrade und Bewegungsspielräume oder durch die Beteiligung der unmittelbaren Produzenten an Problemlösungsprozessen in der Gruppenarbeit. In einer umfangreichen Literaturstudie, in der betriebs-, arbeits- und industriepsychologische Literatur seit 1984 aufgearbeitet wurde, ist Gerd Marstedt von der Arbeitsgruppe Public Health des Wissenschaftszentrums Berlin der Frage nachgegangen, wie sich Belastungen und Gesundheitsrisiken im Arbeitsprozeß "im Gefolge neuartiger betrieblicher Rationalisierungsstrategien" verändern (Marstedt 1994). Seine Ergebnisse widersprechen in we-

sentlichen Punkten den bis dahin noch überwiegend optimistischen Vertretern der neuen Lehre vom "Postfordismus". Herausgefiltert aus dem empirischen Material - nahezu 120 Titel - werden Belastungs- und Entlastungsindizes für An- und Ungelernte (die überwiegende Mehrzahl der Produktionsarbeiter) sowie für qualifizierte Facharbeiter (je nach Branche unter zehn bis 50 Prozent der Arbeiter). Vor allem für die Gruppe der An- und Ungelernten sind die Befunde "deprimierend". Erstens seien noch vorhandene hohe körperliche und Umgebungsbelastungen in den vergangenen Jahren (im Unterschied zu den Jahrzehnten davor) nicht mehr nennenswert reduziert worden, eine Entlastung bei den physischen Beanspruchungen habe also nicht stattgefunden. Zweitens hätten gleichzeitig jedoch infolge der Zunahme von Flexibilitätsanforderungen die psychischen Belastungen massiv zugenommen. Genannt wurden immer wieder ein erhöhter Zeit- und Termindruck, die Konkurrenzsituation und soziale Kontrolle innerhalb von Arbeitsgruppen, die fast völlige Eliminierung von Zeitspielräumen sowie die Ausdünnung passiver Arbeitsanteile. Drittens seien neuartige "Belastungskonstellationen" oder "-syndrome" hinzu gekommen, die alle unmittelbar mit der "Verschlankung" bzw. der Abmagerungskur der Unternehmen zu tun haben (Marstedt 1994, S. 42):

- das "Flexibilitäts-Syndrom", das z.B. dann entsteht, wenn Probleme durch unvorhersehbaren, häufigen Arbeitswechsel bei unzureichender Einarbeitung und Zerstörung von sozialen Gruppenbezügen auftreten,
- das "Qualitätssyndrom", das vor allem durch das Auseinanderklaffen zwischen zugewiesener Qualitätsverantwortung und mangelndem Einfluß auf externe qualitätsbestimmende Faktoren entsteht,
- das "Unterbesetzungssyndrom", das darin besteht, daß die erweiterten Aufgaben und Verantwortlichkeiten von einer tendenziell stark ausgedünnten Personaldecke nicht oder nur unter erheblicher Mehrarbeit zu bewältigen sind, und
- das "Just-in-Time-Syndrom", das zu einem Klima permanenten Termindrucks und chronischer Hektik sowie zu andauerndem "Synchronizitäts-Streß" im Unternehmen führt.

Dieser Zunahme vorwiegend psychischer Belastungsmomente - Marstedt spricht von "Innervierung der Arbeit" - steht auf der Entlastungsseite nichts Greifbares gegenüber, sondern höchstens die vage Hoffnung, daß sich bei Einführung von Gruppenarbeit die Entscheidungsspielräume der Gruppenmitglieder erweitern würden.

Wenn es im gegenwärtigen Restrukturierungsprozeß arbeitspolitische Gewinner gibt, dann sind sie höchstens bei der - kleineren - Gruppe der qualifizierten Facharbeiter zu suchen. Zwar sehen auch sie sich erhöhten psychischen Belastungen ausgesetzt, etwa durch neue Formen der Leistungs- und Verhaltenskontrolle oder durch widersprüchliche Arbeitsanforderungen an die Gruppe. Auf der anderen Seite können sie einen Zugewinn an



Autonomie, Entscheidungsfreiheit und Qualifikation für sich verbuchen, v.a. wenn sie zu der "privilegierten" Gruppe der Instandhaltungsspezialisten und modernen Facharbeiter (in der SOFI-Terminologie: "Systemregulierer" oder "Problemlöser") gehören.

Die Arbeitsbedingungen, insbesondere die psychischen Belastungen, so ließe sich als weiteres Zwischenresümee formulieren, haben sich im Prozeß der Verschlankung der Produktionsstrukturen für den überwiegenden Teil der Beschäftigten merklich verschlechtert.

Diese Entwicklungen vollziehen sich relativ unabhängig von äußeren Einflüssen und auch ohne Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen, konjunkturellen und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen. Wollte man diese in die Analyse der gegenwärtigen arbeitspolitischen Trends und Tendenzen einbeziehen, so stehen die Chancen der Produktionsarbeiter auf humanere Arbeitsbedingungen noch schlechter. Die Re-Taylorisierung der Arbeitsprozesse, ob mit oder ohne Gruppenarbeit, schreitet in dem Maße fort, wie den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften unter dem Druck der "Standortkonkurrenz" und der Massenarbeitslosigkeit eine arbeits- und sozialpolitische Errungenschaft nach der anderen entwunden wird. Mit jedem Positions- und Machtverlust der betrieblichen und außerbetrieblichen Arbeitnehmervertretungen in Sachen Flächentarifvertrag und Öffnungsklausel, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Lohnfortzahlung, Verzicht auf übertarifliche Leistungen, differenzierte Entgeltregelungen, Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten, Einbeziehung des Wochenendes in die Regelarbeitszeit u.v.a.m. nimmt der Druck auf die Beschäftigten weiter zu und verschlechtern sich auch die übrigen Arbeitsbedingungen im Betrieb. Am Ende einer solchen Entwicklung stünde die vom VW-Management 1995 propagierte "atmende Fabrik", in der den Beschäftigten buchstäblich die Luft wegbleibt.

## Literatur

- Christian Berggren (1991): Von Ford zu Volvo. Automobilherstellung in Schweden, Berlin/Heidelberg/New York usw.
- P. Binkelmann, H.-J. Braczyk, R. Seltz (Hg.) (1994): Entwicklung der Gruppenarbeit in Deutschland. Stand und Perspektiven, Frankfurt/New York
- Ekkehart Frieling (Hg.) (1997): Automobilmontage in Europa, Frankfurt/New York
- Horst Kern, Michael Schumann (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München
- M. Kleinschmidt, U. Pekruhl (1994): Kooperation, Partizipation und Autonomie: Gruppenarbeit in deutschen Betrieben. In: Arbeit, Heft 2, S. 150-172
- Michael Lacher, Michael Freiboth (1997): Einführung und Evaluation von Gruppenarbeit in der Komponentenfertigung. Vortrag auf einem Workshop am 11.4.1997 in Kassel, heft. Manuskript
- Gerd Marstedt (1994): Rationalisierung und Gesundheit. "Neue Produktionskonzepte", "systemische Rationalisierung", "lean production" - Implikationen für Arbeitsbelastungen und betriebliche Gesundheitspolitik, Berlin (WZB papers)
- O. Mickler, N. Engelhard, R. Lungwitz, B. Wagner (1996): Nach der Trabi-Ära: Arbeiten in schlanken Fabriken. Modernisierung der ostdeutschen Autoindustrie, Berlin

Michael J. Piore, Charles F. Sabel (1985): Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Berlin

RKW-Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V. (Hg.) (1995): Gruppenarbeit. Chancen und Probleme, Eschborn

Michael Schumann (1993): "Wie oft muß das Rad erfunden werden, damit der Wagen läuft?" Zur Entwicklung und Wiederentdeckung von Gruppenarbeit und neuen Produktionskonzepten. In: Frankfurter Rundschau, 6.7.1993

M. Schumann, V. Baethge-Kinsky, M. Kuhlmann, C. Kurz, U. Neumann (1994): Trendreport Rationalisierung. Automobilindustrie, Werkzeugmaschinenbau, Chemische Industrie, Berlin

Michael Schumann (1997): Die deutsche Automobilindustrie im Umbruch. In: WSI-Mitteilungen, Heft 4, S. 217-227

Hans Joachim Sperling (1997): Restrukturierung von Unternehmens- und Arbeitsorganisation - eine Zwischenbilanz. Trend-Report Partizipation und Organisation II, Marburg

Michael Stahlmann (1995): Lean Production. Humanere Arbeit oder "Management by Stress"? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5/95, 27. Januar 1995

P. Strutynski (1994): Mit Gruppenarbeit ins Reich der Freiheit? In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Heft 17 (März), S. 43-55

P. Strutynski (1996): Die Legende vom Postfordismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, S. 695-706

P. Strutynski (1997): Was kommt nach Ford und Taylor? Ein Blick zurück in die Zukunft. In: J. Klages, P. Strutynski (Hg.), Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts, Hamburg, S. 82-98

Friedrich Weltz (1997): Anspruch und Wirklichkeit von Ansätzen zur Flexibilisierung von Organisationsstrukturen. Vortrag auf einem Workshop am 11.4.1997 in Kassel (heft. Manuskript)

James T. Womack, Daniel T. Jones, Daniel Roos (1991): Die zweite Revolution in der Autoindustrie. Konsequenzen aus der weltweiten Studie aus dem Massachusetts Institute of Technology, Frankfurt/New York

### Berliner Dialog-Hefte

Die Zeitschrift für den christlich-marxistischen Dialog  
Die „Berliner Dialog-Hefte“ ist - zumindest europaweit -  
die einzige Zeitschrift, die sich diesem gleichermaßen  
aktuellen wie zukunftsreichen Thema widmet.

#### Aus dem Inhalt der 1997 bereits erschienenen Hefte

##### Heft 1

##### Die Dialog-Themen

M. Keßler: Karl Marx und die Juden  
G. Wirth: „Begegnungen“ mit Friedrich Engels

H. Nick: Geld im Spannungsfeld zwischen Ethik und Wirtschaft  
C. Kömer: Geld im Spannungsfeld zwischen Ethik und Wirtschaft

##### Weitere Beiträge

G. Brender: „Ich würde es wieder so machen“  
S. Loß: Alternativen in der Reformation des 16. Jahrhunderts. Andreas Bodenstein aus Karlstadt  
R. Richter: Über die Versöhnungsanstrengungen des BEK in der DDR in den 70er Jahren gegenüber Polen  
S. Thiede: Christlich-marxistischer Dialog in der DDR. Bestandsaufnahme und Perspektiven

##### Heft 2

##### Das Dialog-Thema

H. Goldstein: Zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Vergötzung des Marktes  
H. Steubloff: Nur ein erster Blick von außen

##### Weitere Beiträge

R. Steigerwald: Zur bundesdeutschen Marxismusdiskussion  
H. Lutter: Karl Barth - Theologe, Demokrat, Humanist und Sozialist  
H. Steubloff: Karl Barth - Über die Aktualität von Erinnerungen  
J. Langer: Stunde der gebrannten Kinder. Stephan Hermlin 13.4.1915 - 6.4.1997  
G. Wendelborn: Der Ruf der Religionen  
A. Feurich: Versagte Bruderschaft? Martin Niemöller und die Juden

Abopreis der Vierteljahrszeitschrift: 30,- DM  
Bestellungen an: Gesellschaft für den christlich-marxistischen Dialog e.V. Limonenstr. 26, 12203 Berlin



Gretchen Binus

## Kapitalkonzentration und -zentralisation in der monopolisierten Wirtschaft

Nach Marx entwickelt sich mit der Akkumulation des Kapitals die spezifisch kapitalistische Produktionsweise und mit der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise die Akkumulation des Kapitals.<sup>1</sup> Aus der gegenseitigen Wirkung dieser beiden Faktoren leitet er nicht nur die Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die Umwälzungen in der technischen Zusammensetzung des Kapitals, den Wandel in der Produktionsorganisation, sondern auch das Wachstum des gesellschaftlichen Kapitals, die damit verbundenen Veränderungen in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und in der Kapitalverfügung ab.

Die Analyse der heutigen Kapitalkonzentration aus dieser Sicht scheint geboten, haben wir es doch mit solchen umfassenden sozialen Folgen einer monopolisierten Wirtschaft zu tun, die das kapitalistische Herrschaftsgefüge nicht mehr bändigen kann und die den gesellschaftlichen Fortschritt in der Welt überhaupt in Frage zu stellen drohen.

Ich möchte in diesem Beitrag auf einige Grundlagen und Trends dieses Prozesses der Kapitalkonzentration eingehen. Sie scheinen mir zur Beurteilung der Entwicklung des Kapitalismus in das neue Jahrtausend hinein von Bedeutung zu sein. Dies aber nicht nur, weil sie durch Dimension, Art und Weise sowie Richtung vor allem die ökonomische Herrschaftsstruktur mit seinem Wechselgefüge zwischen ökonomischer und politischer Macht tangieren und die Dringlichkeit zu alternativen, demokratischen Lösungen zwingend machen, sondern auch deshalb, weil durch neue Erscheinungen in der Entwicklung der Kapitalkonzentration die theoretische Diskussion die Problematik des ökonomischen Monopols wieder stärker in den Vordergrund rücken wird.

### Grundlagen der heutigen Kapitalkonzentration und ihre veränderten Bedingungen am Ende des 20. Jahrhunderts

Erstens. Die Kapitalkonzentration hat im Verlauf dieses Jahrhunderts mit der Beschleunigung des weltweiten Strukturwandels, den politischen Einschnitten in die Entwicklungsbedingungen des Kapitals bei unterschiedlichen Tempi dieses Prozesses insgesamt eine Kontinuität im Wachstum zu neuen Größenordnungen von Unternehmen aufzuweisen. Sie ist charakterisiert durch eine Tendenz zur Gigantomanie von Monopolunternehmen und zur Formierung finanzkapitalistischer Machtzentralen im nationalen

und vor allem internationalen Rahmen. An der Schwelle des 21. Jahrhunderts sind die *marktbeherrschenden Großkonzerne das tragende Element der Kapitalkonzentration und -zentralisation*. Sie bestimmen deren Formen, Modalitäten und Richtungen; d.h. Fusionen, Kooperationen, den Wandel der Konzernstrukturen, die Ausmaße der Rationalisierungsstrategien, Bildung von industrial districts und Strategiepools, Umfang und Art des Kapitalexports, den Charakter der Internationalisierung und Globalisierung der Kapitals.

Einige Zahlen dazu:

- Die Monopolkommission stellt in ihrem letzten Hauptgutachten<sup>2</sup> eine über einen Zeitraum von 20 Jahren gemessene *weiter wachsende Industriekonzentration* bei 73 der größten Konzerne der Bundesrepublik fest (46,5% 1992 gegenüber 40,7 % 1972), darunter eine besonders starke Zunahme des Anteils der drei größten von 13,4 auf 22 %, zugleich aber auch eine zunehmende Kapitalverflechtung der Großen untereinander und einen wachsenden Grad der Interdependenz zwischen ihnen.

- *Fusionen*, vor allem zwischen den mächtigsten Konzernunternehmen, bilden nach wie vor die entscheidende Methode zum Wachstum von Kapitalmacht und den damit verbundenen Möglichkeiten der Expansion in neue Märkte. Die "große Bedeutung des externen Wachstums als eine Form der Unternehmenskonzentration" zeigt sich darin, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Anzahl der Fusionen pro Jahr im Zeitraum von 1975 bis 1984 durchschnittlich von 555 auf 1335 im Zeitraum von 1985 bis 1994 angewachsen ist.<sup>3</sup> Von "Elefantenhochzeiten", Zusammenschlüssen zu noch größeren Einheiten und lanciert von den Großbanken, berichten die Medien laufend - ob in wachstumsschwachen Branchen oder zukunftssträchtigen Zweigen.

- Die Anzahl und Machtkonzentration der *internationalen Konzerne* ist gewachsen. Allein aus den größten 14 Industrieländern entstammten 1970 rund 7.000, 1993 rund 38.000.<sup>4</sup> Die 100 größten internationalen Konzerne bestreiten ungefähr ein Drittel des Bestands aller Auslandsinvestitionen. Für 1995 wurden diese auf 2.730 Mrd. \$ geschätzt.<sup>5</sup> Der Umsatz der größten zehn internationalen Industriekonzerne machte 1994 1.350 Mrd. DM aus (im Vergleich dazu betrug das BSP Afrikas 1993 747 Mrd. DM.) Auch hier bilden die Fusionen vor allem über die Grenze hinweg die wichtigste Voraussetzung. Das US-Magazin Fortune berichtet von Rekordzahlen an Übernahmen der US-amerikanischen Unternehmen, wodurch die USA-

<sup>2</sup> Elftes Hauptgutachten der Monopolkommission 1994/1995, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/5309, vom 19.7.96. S. 127f.

<sup>3</sup> Berechnet nach: Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit in den Jahren 1993/94 sowie über die Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet, in: Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/1660, vom 14.6.1995, S. 148.

<sup>4</sup> World Investment Report 1993 (UN), New York und Genf, S. 19.

<sup>5</sup> Nach World Investment Report 1996 (UN), New York und Genf; Monthly Bulletin of Statistics (UN), New York.

<sup>1</sup> Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW 23, S. 653.



Unternehmen 1995 ihren Vorsprung vor den Japanern international wieder ausbauen konnten.<sup>6</sup>

- Die Entwicklung der Kapitalkonzentration verläuft zu *finanzkapitalistischen Machtstrukturen*. Bei den fünf größten Konzernen der Bundesrepublik machte die Anzahl der in- und ausländischen Beteiligungen im Oktober 1995 insgesamt 72 198 aus, davon Daimler Benz 1.308, Siemens 23.307, Volkswagen 19.989, VEBA 12.040, RWE 15.554.<sup>7</sup> Neben diesen Beteiligungen an anderen Unternehmen werden die finanzkapitalistischen Beziehungen verstärkt durch Ausbau personeller Netzwerke getragen. Allein in der Bundesrepublik waren 1994 37 Vertreter aus dem Kreis der 100 größten Konzerne zugleich als Mitglieder der Kontrollorgane bei anderen aus diesem Kreis.<sup>8</sup>

Zweitens: Die heutige Kapitalakkumulation erfolgt unter den sich äußerst rasch verändernden Bedingungen der Produktivkraftentwicklung. Nach wie vor ist die *Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts* das Instrument, die Profitlogik des Kapitals durchzusetzen. Sie bleibt neben den Lohnsenkungen das entscheidende Mittel der Kostensenkung durch Produktivitätssteigerung und tangiert im gravierenden Maße das Verhältnis der vergegenständlichten zur lebendigen Arbeit. Die "wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals", die nach Marx die Kapitalkonzentration begründet, entwickelt sich heute auf solch eine spezifische Art und Weise, die den gegenwärtigen technischen Entwicklungen entspricht. Charakteristisch sind Entwicklungsprozesse in der Produktion und Organisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die sich aus der Durchsetzung der - wie Daniel Bell<sup>9</sup> sie bezeichnet - dritten technologischen Revolution ergeben. Es sind dies die Einführung neuer Schlüsseltechnologien wie die Informations- und Kommunikationstechnologien, der Übergang zu elektronischen Systemen, zur Miniaturisierung und Digitalisierung der Produktion und Dienstleistung. Sie verändern im bisher nie gekannten Maße den Charakter der Arbeit, ermöglichen die Individualisierung der Produkte bei flexibler Automatisierung und bewirken den Strukturwandel vom Industrie- zum Dienstleistungsgewerbe. Ein beschleunigter Wandel der gesellschaftlichen Organisation der Produktion auf der betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ebene sowie im nationalen und internationalen Rahmen wird zum entscheidenden Merkmal der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung. Neue Formen der Kapitalkonzentration und -zentralisation sind das entscheidende Mittel, die sich mit dieser technologischen Entwicklung ergebenden Kostenvorteile und Möglichkeiten zur Erschließung neuer Märkte profitabel zu nutzen. Auf Basis der bisher installierten

<sup>6</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, München v. 25. Juli 1996, S. 24.

<sup>7</sup> Elftes Hauptgutachten der Monopolkommission 1994/1995, a.a.O., S. 137.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 283.

<sup>9</sup> Daniel Bell, Die dritte technologische Revolution und ihre möglichen sozioökonomischen Konsequenzen, in: MERKUR, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Stuttgart, Heft 1/90.

und sich gleichzeitig verändernden finanzkapitalistischen Herrschaftsstrukturen wird auf kapitalistische Art versucht, dem entscheidenden Aspekt der neuen Technologie - Durchdringung aller Bereiche der Gesellschaft und Neuorganisation der bisherigen Beziehungen - Rechnung zu tragen. Mit der Gestaltung der Kapitalakkumulation reagieren die Unternehmen auf den weltwirtschaftlichen Strukturwandel mit Veränderungen in der gesellschaftlichen Organisation der Produktion und der Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung. Der Umbau der Konzernstrukturen wird zum Markenzeichen der Anpassungsfähigkeit großer etablierter Konzernunternehmen. Das betrifft alle wirtschaftlichen Bereiche, Industrie, Handel.

Drittens. Die Prozesse der Kapitalkonzentration und -zentralisation werden maßgeblich durch einen *Wandel der monopolistischen Konkurrenz* geprägt. Die Eigenart dieses Verhältnisses von Monopol und Konkurrenz - Monopol verstanden nicht als Marktform, sondern als Weiterentwicklung des Kapitalverhältnisses bei gleichzeitigem Entstehen neuer Kapitale und der Fortentwicklung der Konkurrenz in ihren verschiedensten Formen<sup>10</sup> - bestimmen ihre Dimension und Modalitäten. Dabei spielen zwei Faktoren für Qualität, Richtung und Dynamik der Kapitalkonzentration am Ende des auslaufenden Jahrhunderts eine Rolle. Einmal ist es die technologische Entwicklung mit ihren Folgen für den Wandel der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Organisation der Produktion. Sie verändert die Bedingungen der Kapitalakkumulation für die marktbeherrschenden Großkonzerne. Solche Prozesse wie die "Konzentration auf das Kerngeschäft" des Unternehmens oder eine "Dekonzentration" von Produktion wie der Abbau der Fertigungstiefen bei Großunternehmen, meist verbunden mit Ausgliederungen von Betriebsteilen, eine sogenannte Dezentralisation von Kapital - sichtbar in Ausgründungen von Firmen zu relativ eigenständig agierenden Unternehmen und in der Zunahme der Anzahl von kleinen und mittleren Unternehmen - erfolgen in *Abhängigkeit* von der Entwicklung der monopolistischen Herrschaftsbereiche. Es scheint daher kein "folgenreicher Fehlschluß einer kapitalismuskritischen Position zu sein", wie Joachim Bischoff schreibt<sup>11</sup>, daß sich das Monopolverhältnis im Kapitalismus weiter verallgemeinert hat, aber es sieht heute anders aus als vor 50 oder 30 Jahren. Das kapitalistische Monopol als dominierendes Produktionsverhältnis prägt sich in der verschärften Konkurrenz um neue Kapitalanlagesphären weiter aus. Diese Entwicklung schließt eine Bereinigung der bisherigen Konzernstrukturen und eine Aufteilung alter und neuer Marktfelder untereinander ein. Daß in diesem Kampf um profitable Marktpositionen

<sup>10</sup> Vgl. zur Problematik Monopol und Konkurrenz: H. Heininger, P. Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik, Berlin 1970, S. 28ff.; Jörg Huffscheid, Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie, in: Theorie des Monopols, Das Argument AS 6, Berlin 1975, S.4ff.

<sup>11</sup> Vgl. Joachim Bischoff, Kapitalismus pur oder Systemwende nach rechts?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1-97, Hamburg, S. 8.



auch traditionelle Großunternehmen von der Bildfläche verschwinden, ist ein Ergebnis der verschärften rigorosen kapitalistischen Konkurrenz.

Als ein zweiter wesentlicher Faktor für den Wandel im Verhältnis von Monopol und Konkurrenz kommt der veränderten *politischen Kräftesituation in der Welt* eine spezifische Bedeutung zu. Einmal hat der Zusammenbruch des Sozialismus die Motivation für eine forcierte Kapitalkonzentration verschoben. Ging es vordem bei der Stimulierung monopolistischer Konzentrationstendenzen auch um Stärkung von wirtschaftlicher und politischer Macht in der Systemauseinandersetzung, so ist dieser Prozeß heute ausschließlich davon bestimmt, die Konkurrenz der Mächtigsten um neue Märkte und Einflußsphären gegeneinander und miteinander zu gewinnen. Und dies kann heute ohne Rücksicht auf die sozialen Belange der arbeitenden Menschen erfolgen. Zum anderen erhält der Prozeß der Kapitalkonzentration durch die Einbeziehung des größten Teiles des ehemaligen sozialistischen Wirtschaftsgebietes eine Besonderheit, die ohne Zweifel auf den internationalen Konzentrationsprozeß zurückwirken wird. Mit der sozialökonomischen Transformation wurden historisch gewachsene Wirtschaftsstrukturen zerstört, ohne gleichzeitig dem kapitalistischen Wirtschaftssystem adäquate zu schaffen. In Ostdeutschland z.B. erfolgte die sozialökonomische Transformation unter den Bedingungen einer Dependenzökonomie, die von der Vorherrschaft des westdeutschen Finanzkapitals geprägt ist. Die Kapitalakkumulation untersteht überwiegend westdeutschen und wenigen ausländischen Konzernen. Kapitalinvestitionen westlicher Großunternehmen im ehemals sozialistischen Wirtschaftsgebiet gelten bisher als eine Art Rückendeckung im Kampf der großen Blöcke um internationale Standorte.

### Neue Erscheinungen in der heutigen Kapitalkonzentration und -zentralisation

Diese drei Bedingungen - die *Dominanz finanzkapitalistischer Monopole* in der Ökonomie des Kapitals, die *Nutzung der neuen Produktivkraftentwicklung* mit ihren Wirkungen auf einen bedeutenden Wandel in der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und der *veränderte Charakter der monopolistischen Konkurrenz* beeinflussen heute Formen und Richtungen der Kapitalkonzentration. Es sind einerseits daher Tendenzen auszumachen, die eine Fortsetzung bisheriger Prozesse der Kapitalkonzentration darstellen. Dazu zählen Kapitalzentralisationen in Form von Fusionen, Übernahmen, Beteiligungen und Kooperationen. Andererseits gibt es aber auch eine Reihe neuer Erscheinungen innerhalb dieser Prozesse selbst als auch neben diesen, die man als gewandelte Formen oder neue Qualität der Kapitalkonzentration bezeichnen könnte. Im Grunde genommen sind dies jedoch Entwicklungsprozesse, auf die Marx in einer Charakterisierung der Akkumulation hingewiesen hat, die heute nur auf Grundlage des Entwicklungsstandes der kapitalistischen Gesellschaft ein anderes Ausmaß

sowie eine neue Qualität erhalten und das Erkennen des *kapitalistischen Monopols* als beherrschendes Phänomen und Wesen dieser "postmodernen" Gesellschaft immer mehr erschweren: "Die Akkumulation und die sie begleitende Konzentration sind also nicht nur auf viele Punkte zersplittert, sondern das Wachstum der funktionierenden Kapitale ist durchkreuzt durch die Bildung neuer und die Spaltung alter Kapitale. Stellt sich die Akkumulation daher einerseits dar als wachsende Konzentration der Produktionsmittel und des Kommandos über Arbeit, so andererseits als Repulsion vieler individueller Kapitale voneinander."<sup>12</sup>

Auf drei der Tendenzen in dieser Entwicklung heute soll hier kurz eingegangen werden.

#### 1. Monopolistische Kapitalkonzentration auf Grundlage der Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit

Die wachsende finanzkapitalistische Macht der Großkonzerne ist Voraussetzung und tragendes Gerüst der Kapitalakkumulation unter den neuen Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der damit zusammenhängenden Gestaltung der Kapitalkonzentration. Die schiere Größe der Unternehmen allein macht es zwar nicht, aber sie ist die Vorbedingung für strukturelle Veränderungen im Reproduktionsprozeß und damit des Kampfes um die Dominanz auf den Märkten. Sicher hat es zu verschiedenen Zeiten des Kapitalismus mit den Wachstumsschüben in der Entwicklung der Produktivkräfte auch Phasen verstärkter Umorganisation der Produktion in den Großkonzernen gegeben, wie beispielsweise in den 70er Jahren. Der Einschnitt jedoch durch die technologische Entwicklung und die Verschärfung der Konkurrenz ist am Ende dieses Jahrhunderts so gravierend, daß er auf der einen Seite die Probleme der Profitentwicklung und der Finanzierungserfordernisse in verschärfter Form stellt und auf der anderen Seite die Umstrukturierung der Produktion in den Großunternehmen zur Verbesserung der Ertragslage sowie der Neuaufteilung von Produktionssphären zwischen ihnen zu einer entscheidenden Bedingung zur Sicherung von Marktpositionen macht.

Die Industrieunternehmen haben *neue Größenordnungen* erreicht. Allein die mächtigsten 500 konnten 1995 ihren Umsatz um 11,1 Prozent auf 11,38 Billionen Dollar und ihre Erträge um 14,7 Prozent auf 323,3 Mrd. Dollar gegenüber dem Vorjahr steigern.<sup>13</sup> Die finanzkapitalistischen Anforderungen stimulieren zugleich das Engagement der Banken in die Regulierung und Umorganisation der Wirtschaft sowie Neuverteilung der Märkte, ob über "feindliche Übernahme" oder "freundliche Fusion" wie im Falle Thyssen und Krupp. Neben den direkten Beteiligungen der Monopolbanken an industriellen Großunternehmen und der zahlreichen Repräsentation ihrer

<sup>12</sup> Vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, a.a.O., S. 654.

<sup>13</sup> Süddeutsche Zeitung, a.a.O.



Vertreter in den Kontrollorganen läuft die Einflußnahme über ihre Stimmrechtsanteile in den Hauptversammlungen. Bei Siemens halten davon die Deutsche Bank 17,6, die Dresdner Bank 12,4 und die Commerzbank 4,5 Prozent, bei Bayer diese drei Banken 19,0 bzw. 17,9 und 4,8 Prozent<sup>14</sup>. Die Umorganisation des Kreditgewerbes selbst wird dabei gegenwärtig zur Voraussetzung des Kampfes um Einflußnahme. Der Trend geht zur Konzentration auf "Kerngeschäftsfelder", verbunden mit "einer Universalbank neuen Stils, in der alle Synergien zwischen Investment- und Commercial-Banking, aber auch dem Private Banking mobilisiert werden", sowie zu einer flexiblen Organisationsform, mit der man sich rasch verändernden Märkten anpassen kann.<sup>15</sup>

In der materiellen Produktion der mächtigen Konzerne vollzieht sich in letzter Zeit ein bedeutender Wandel in der Organisation der Arbeit und der Arbeitsteilung, der sich von dem in den 70er Jahren merklich unterscheidet. Vor einem Vierteljahrhundert ging es in erster Linie um die Herausbildung von Produktionskomplexen und einer dementsprechend veränderten Organisations- und Leitungsstruktur, d. h. um eine durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kombination entstandene Form der quantitativen und qualitativen Gliederung der Produktion innerhalb der monopolistischen Herrschaftsbereiche. Gegenwärtig betrifft die Neuorganisation der materiellen Produktion eine Orientierung auf Schwerpunkte der Produktion innerhalb des Konzerns, verbunden mit einer stärkeren Spezialisierung, deren Produktionsstandorte verstärkt außerhalb des unmittelbaren Konzernbereichs liegen. Es entstehen dadurch neue Beziehungsgeflechte und Abhängigkeitsverhältnisse, die auch veränderte Leistungsformen nach sich ziehen.

Charakteristisch sind folgende Trends:

- Konzentration auf Kernbereiche der Produktion, Ausgliederung von Spezialunternehmen, Wachstum der Zulieferungen durch Fremdfirmen, Verkauf von Unternehmensteilen,
- Bereinigung der Produktionsstrukturen, oft auch verbunden mit einem "Rückzug aus Kerngeschäften",
- Abkehr von der Massenproduktion standardisierter Produkte zugunsten der Herstellung hochwertiger Güter in den Industrieländern, Verlagerungen von der Produktion auf Dienstleistungsbereiche,
- Einführung neuer Produktionsmethoden und Rationalisierungsstrategien, Gruppenarbeit, Nutzung neuer Technologien für Planung und Herstellung und die Vernetzung mit internationalen Finanzzentren,
- Wandel der Unternehmensorganisation von den traditionell großen, zentralisiert-hierarchischen zu mehr dezentralisierten Strukturen und größerer Eigenständigkeit,

<sup>14</sup> Der Spiegel, Hamburg, 5/1995, S. 82.

<sup>15</sup> Handelsblatt, Düsseldorf, vom 10.3.1997.

- internationale Expansion und Wandel der Produktionsorganisation im internationalen Rahmen.

Die Daimler-Benz AG hat den Mitte 1995 begonnen Umbau des Konzerns abgeschlossen. Es erfolgte eine Schwerpunktsetzung auf vier Geschäftsfelder: Das Fahrzeuggeschäft, auf die Luft- und Raumfahrt (Dasa AG), auf den Dienstleistungsbereich der Debis AG mit Finanzdienstleistungen, Informationstechnologie, Mediendienste, Immobilien sowie auf das Geschäftsfeld Beteiligungen. Unprofitable Bereiche wie AEG und Fokker wurden verkauft.

Der schwedisch-schweizerische Elektrokonzern ABB hat seine Produktionsstruktur im internationalen Rahmen in etwa 1.000 Gesellschaften mit 4.500 Profitzentren aufgesplittet. Sie werden von der Zentrale wie ein Netzwerk geführt.

Der traditionelle AEG-Konzern, der 1985 von Daimler-Benz übernommen wurde, ist in den letzten zehn Jahren auf einen Restbestand geschrumpft. Unter der Regie von Daimler-Benz wurden 13 Geschäftsbereiche an andere Konzerne verkauft, andere wurden mit Konkurrenzunternehmen fusioniert - z.B. die AEG Bahntechnik mit Daimler-Benz und ABB - oder auch stillgelegt, wie AEG Olympia.

Maßstab des Umbaus der Konzerne ist die Renditeerwartung. Die Effektivitätssteigerungen spiegeln sich in den Gewinnen wider. Der Siemens-Konzern verbuchte im vergangenen Geschäftsjahr einen Zuwachs von 20 Prozent auf 2,5 Mrd. DM, der Chemiekonzern Bayer AG mit 2,6 Mrd. DM sein bestes Ergebnis in der Konzerngeschichte überhaupt. Die mit der Neuorganisation der Konzerne verbundene Ökonomisierung in der Anwendung des konstanten und variablen Kapital schlägt sich nicht nur in Profiten, sondern auch in einer rigorosen Abnahme der Zahl der Beschäftigten nieder. Innerhalb von fünf Jahren, von 1991 bis 1996, verringerte Siemens die Zahl der Mitarbeiter um 40.000 auf 103.000 und Daimler-Benz um 85.000 auf 220.000.

## 2. Kapitalkonzentration und -zentralisation bei kleinen und mittleren Unternehmen

Mit dem technologischen Wandel und den damit zusammenhängenden Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hat die Kapitalkonzentration als Wachstum vieler individueller Kapitale im letzten Jahrzehnt durch den Zuwachs der kleinen und mittleren Unternehmen außerordentliche Impulse erhalten. Vor allem die wachsende Flexibilisierung, Differenzierung und Diversifikation der Produktion wirkten als Schub für eine neue Arbeitsteilung. Sie bildet die Grundlage für die Aufwertung der mittelständischen Unternehmen in der Wirtschaftsstruktur des Kapitalismus zum Ende dieses Jahrhunderts. Im vierten Bericht der Europäischen Kommission "Unternehmen in Europa" heißt es: "Im Zuge der struktu-



rellen Veränderungen in der industriellen Produktion, mit zunehmender Bedeutung des Dienstleistungssektors und angesichts der Notwendigkeit schneller Anpassung an die Erfordernisse eines unerbittlichen Wettbewerbs ist den kleinen Unternehmen in den Volkswirtschaften der entwickelten Länder eine viel größere Bedeutung zugewachsen. Ihr wirtschaftliches Gewicht ist erheblich und wegen ihres Wachstumspotentials sind sie inzwischen in den Mittelpunkt vieler politischer Programme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen gerückt.<sup>16</sup>

Diese Entwicklung hat einen eigenständigen Charakter, steht aber zugleich

in äußerst engem Zusammenhang mit den neuen Bedingungen der Kapitalakkumulation und vor allem mit den Veränderungen des monopolistischen Kapitalverhältnisses. Es geht bei dem Bedeutungszuwachs der kleinen und mittleren Unternehmen nicht schlechthin um die Überführung der monopolisierten Wirtschaft in mittelständische Strukturen, sondern um einen effizienteren Markt, der mit neuen Abhängigkeiten zwischen großen und kleinen Unternehmen verbunden ist.

Folgende Trends sind typisch:

Erstens. Es zeigt sich ein *Wandel in der Betriebsgrößenstruktur* der Unternehmen. Gemessen an der Beschäftigtenanzahl verändert sie sich mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der wachsenden Arbeitsteilung. Daß sie in der Entwicklung des Kapitalismus nie von statischer Natur war, wird daran deutlich, daß zu Beginn dieses Jahrhunderts ein Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten bereits als Großunternehmen galt.<sup>17</sup> Obgleich auf einer bestimmten Stufe der Produktivkraftentwicklung eine gewisse Größe der Produktionseinheit und des Marktes zu ihrer Anwendung und Nutzung vorausgesetzt werden muß, gibt es nicht immer eine unmittelbare Korrelation zwischen technologischer Entwicklung und *wachsender* Betriebsgröße. Die "optimale Größe" variiert abhängig vom technischen Stand und von den Gewinnerwartungen. Deshalb ist die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) nicht unabhängig von der Kapitalkonzentration der großen Unternehmen zu betrachten, die die Basistechnologien monopolisiert haben.

Zweitens. In allen entwickelten Industriestaaten *nimmt die Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen zu*. In den 15 Ländern der EU gab es 1992 rund 16 Millionen Unternehmen, von denen 99 Prozent weniger als 250 Personen beschäftigen. Sie sind in den einzelnen Mitgliedsländern und auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche sehr unterschiedlich verteilt. Im Durchschnitt liegt der Anteil der KMU bis zu 249 Beschäftigten an der Gesamt-

beschäftigung bei 73,3 Prozent. In den meisten Bereichen des verarbeitenden Gewerbes sind bei sehr unterschiedlicher sektoraler Spezialisierung von Land zu Land die mittleren Unternehmen dominant.

Drittens. Eine *neue Dynamik in der unternehmensübergreifenden Arbeitsteilung*, die mit dem Wandel in der Organisation der Produktion in den großen Konzernen zusammenhängt, entwickelt sich. Die Umorganisation der Konzerne bringt Wachstumsimpulse für kleinere Unternehmen als Anbieter von Dienstleistungen, Zulieferer und Spezialproduzenten hervor; d.h. Existenz und Entwicklung der KMU sind im großen Maße von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung der Großunternehmen abhängig. In deren Mittelpunkt steht eine bessere Kapitalverwertung durch effektive Verbindung von Kapitalkraft für Basisinnovationen und den Lösungsfähigkeiten der KMU hinsichtlich der Ausdifferenzierung neuer Technologien für verschiedenen Anwenderbereiche und Spezialmärkte.

Viertens. Es verstärkt sich die *Einbindung von kleinen und mittleren Unternehmen in die sich herausbildenden monopolistischen Produktions- und Forschungsverbünde oder industriellen Netzwerke* auf regionaler Ebene. Dieser Trend steht vor allem im Zusammenhang mit dem Wandel von strukturschwachen Gebieten zu sogenannten Technologieregionen. Schwerpunkte der Entwicklung sind räumliche Verbundsysteme von Gruppen, in deren Mittelpunkt die enge Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit der Produktion zur Erhöhung der Qualität des Standortes stehen. Dabei gewinnen neben den Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen kleine und mittlere Unternehmen an Bedeutung, die für die differenzierte Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Technologiefelder von Bedeutung sind. Im Zusammenhang damit bilden sich neuartige Interdependenzen auf der Basis neuer Technologien heraus. Es entstehen dabei oft Abhängigkeitsverhältnisse von Großunternehmen ohne eine juristische oder kapitalmäßige Verflechtung.

Fünftens. In den verschiedensten Formen erfolgt unter den veränderten Bedingungen der Kapitalkonzentration die *Einbindung der kleinen und mittleren Unternehmen in das monopolistische und finanzkapitalistische Gefüge*. Ein bedeutender Teil dieser Unternehmen steht als Zulieferer in unmittelbarer Abhängigkeit von marktbeherrschenden Konzernen. Von den ca. 50.000 Zulieferern bei Siemens sind es rund zwei Drittel, die mittelständische Strukturen aufweisen. Die anwachsende Zahl technologieorientierter KMU ist im unterschiedlichen Maße von Großunternehmen oder Banken technologisch oder kapitalmäßig abhängig. Selbst in Ostdeutschland befinden sich trotz Neubildung die forschungsintensiven kleinen und mittleren Unternehmen mehrheitlich oder vollständig im Eigentum des westdeutschen Kapitals. Die existenzielle Bedrohung, vor der die kleinen und mittleren Unternehmen im Konkurrenzkampf auf Grund vor allem ihrer geringen Kapitalkraft stehen, macht sie ohnehin zum Objekt des Verteilungskampfes um Märkte und Einflußsphären.

<sup>16</sup> Europäische Kommission, Unternehmen in Europa, Vierter Bericht, KMU-Projekt, Eurostat, Luxemburg 1996, S. 8.

<sup>17</sup> A. Wordelt, Mittelständische Unternehmen als Partner von Großunternehmen, Berlin 1981, S. 145.



**ich lese  
du liest  
er, sie, es liest  
wir lesen  
ihr lest.  
Sie noch nicht?**



**In Ost\* und West am Kiosk  
und im Abonnement**

**Jetzt 14 Tage lang kostenlos und unverbindlich testen!  
Abo-Service Tel. 030/29390800, Fax 030/29390630**

**\*Die meistgelesene überregionale  
Tageszeitung im Osten Deutschlands**

Georg Lukács

## Probleme des Klassenbewußtseins

*Vorbemerkung der Z-Redaktion:* Wir veröffentlichen im folgenden einen Auszug aus einer kürzlich in Ungarn erstmalig veröffentlichten Studie von Georg Lukács zur Auseinandersetzung mit seinen Kritikern von "Geschichte und Klassenbewußtsein" aus dem Jahre 1925 oder 1926: Georg Lukács, *Chvostismus und Dialektik*. Herausgegeben von László Illés, Budapest 1996, S. 8-19 [Ausgabe der Zeitschrift *Magyar Filozófiai Szemle*, Aron Verlag]. Der erste Teil dieser Studie ist betitelt "I. Probleme des Klassenbewußtseins". Der hier veröffentlichte Auszug stellt den einleitenden Abschnitt dar und ist überschrieben mit "1. Subjektivismus". Offensichtliche Druckfehler haben wir stillschweigend korrigiert.

Im Geleitwort (S. 57f.) und den Anmerkungen (S. 79-81) des Herausgebers László Illés heißt es u.a.:

"Eine - bisher unbekannte, unveröffentlichte, deutschsprachige - Studie von Georg Lukács wird hiermit dem interessierten Leser zugänglich gemacht. Die Abhandlung *Chvostismus und Dialektik* sollte - laut in der Beweisführung angegebener Quellenangaben - 1925 oder 1926 entstanden sein, das heißt, nach der Lenin-Studie (1924) und zeitgleich mit den bedeutungsvollen Rezensionen der Lassalle-Ausgabe und Moses Hess' Schriften. Auffallend ist, daß Lukács dieses Werk in keiner seiner späteren Rückerverinnerungen erwähnt. Die von ihm im "Vorwort" zur Neuauflage von *Geschichte und Klassenbewußtsein* (1967; Meine marxistische Entwicklung: 1918 - 1930) als verschollen bezeichnete Studie ("Mein Versuch" dessen Manuskript inzwischen verlorengegangen ist ...) dürfte mit *Chvostismus und Dialektik* nicht identisch sein, da jene Schrift - seiner Aussage nach - erst entstand, nachdem er sich in Moskau mit den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* von Marx vertraut gemacht hatte. Um einen "Neuanfang" handelt es sich bei der vorliegenden Schrift (fast ein kleines Buch) nicht; als fulminante Verteidigung von *Geschichte und Klassenbewußtsein* gegen die Angriffe von László Rudas und Abram Deborin ist sie schon eher in dem Rahmen eines Nachhutgefechtes einzuordnen." ... Lukács schrieb diesen Text "in einer zugespitzten politischen Atmosphäre nach dem V. Kongreß der Komintern (Juni - Juli 1924), auf dem die Ausfälle von Sinowjev gegen ihn 'erklungen' waren (Rudas' und Deborins Artikel gegen Lukács wurden bekanntlich in der Vorbereitungsphase des Kongresses veröffentlicht.)"

... "Das Typoskript von Georg Lukács *Chvostismus und Dialektik* befindet sich im RCCHIDNI (Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der neuesten Zeit) in Moskau. Auf großformatigem Durchschlagpapier geschrieben, und mit eigenhändigen Tintenkor-



rekturen versehen, umfaßt es 92 Seiten. Der Text bricht auf der letzten vorhandenen Seite ab, aus der Beweisführung kann man schlußfolgern, daß vermutlich nur einige Seiten fehlen.

... Lukács polemisiert vorwiegend gegen die kritischen Artikel von Abram Deborin und László Rudas. Ihre Abhandlungen erschienen in der Zeitschrift *Arbeiterliteratur* (hrsg. von Johannes Wertheim, Wien, Verlag für Literatur und Politik, 1924), für die Lukács bei der Quellenangabe das Kürzel A.L. verwendet. Die Abkürzung G.u.K., für *Geschichte und Klassenbewußtsein - Studien über marxistische Dialektik*, (Kleine revolutionäre Bibliothek, Bd. 9; Berlin, Malik Verlag, 1923) stammt ebenfalls von Lukács. - Sehr oft beruft er sich auf einen Sammelband, den er 1926 im *Archiv für die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus* rezensierte. Hierbei handelt es sich um W.I. Lenin: *Ausgewählte Werke. Sammelband - Der Kampf um die soziale Revolution*, (Wien, Verlag für Literatur und Politik, 1925). Von ihm ebenfalls sehr oft als Quelle zitiert: *Gegen den Strom*, ein 1921 im Verlag der Kommunistischen Internationale, in Hamburg und Petrograd, erschienener Sammelband, mit Beiträgen von Lenin und Sinowjew, die zuvor zwischen 1914 und 1917 in der Schweizer Zeitschrift *Social-Demokrat* erschienen waren. - Im Organ *Kommunismus* - Zeitschrift der Komintern für die Länder Südosteuropas (Wien, 1920-21; hrsg. von Gerhardt Eisler) veröffentlichte Lukács zahlreiche Beiträge aus seiner 'linksradiakalen' Periode. - *Inprekorr*, das heißt *Internationale Pressekorrespondenz* erschien in Berlin als Informationsblatt der Komintern vom 24. Sept. 1921 bis 1932; danach unter dem Titel *Rundschau* in Basel.

Der weiteren Erläuterung bedürfen einige Institutionen und Parteien: VIVA = Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, EKKI steht für Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale; S.R. für Partei der Sozial-Revolutionäre, einer kleinbürgerlichen Strömung, die 1902 aus den Reihen der Narodniki hervorging und die die führende Rolle der Bolschewiken und die Rechtmäßigkeit der proletarischen Diktatur in Abrede stellte. Und letztendlich: der Chvostismus (aus dem russischen Wort: *chvost* = Schwanz, Schleppe, dementsprechend: Schlepptaupolitik) war eine dem Bolschewismus feindlich gegenüberstehende Strömung, die auf die Spontaneität der Massen setzte, die Notwendigkeit einer marxistischen Partei negierte und die Bedeutung des Klassenbewußtseins leugnete. Ihre Vertreter in der russischen Arbeiterbewegung waren die sog. Ökonomen, die von Lenin besonders in seinem Buch *Was tun?* (1902) - in dem er selber die Bezeichnung 'Chvostismus' gebrauchte - heftig attackiert wurden.

Bei den Kontrahenten von Lukács handelt es sich um: Abram Moissejewitsch *Deborin* (urspr. Joffe; 1881 - 1963), sowjetischer Philosoph, Schüler von G.W. Plechanov, von 1926 bis 1930 Chefredakteur der Zeitschrift *Pod znamenem marksizma*; später in Ungnade gefallen. - László *Rudas* (1885 - 1950), ungarischer Philosoph, Gründungsmitglied der KP Ungarns, Redak-

teur der *Vörös Ujság* (Rote Fahne), nach dem Sturz der ungarischen Räterepublik in die Sowjetunion emigriert, Hauptmitarbeiter im Institut für Marxismus-Leninismus; Lehrtätigkeit an der sog. 'Roten Professur'. Nach 1945 Universitätsprofessor und Mitglied der Akademie in Budapest."

Die Redaktion dankt Helmut Steiner (Berlin) für die über einen Forschungsaufenthalt im Budapester Lukács-Archiv erfolgte Vermittlung des hier abgedruckten Textes.

\*\*\*

Jedesmal, wenn ein opportunistischer Angriff gegen die revolutionäre Dialektik gemacht wird, geschieht er unter der Parole: gegen den Subjektivismus. (Bernstein gegen Marx, Kautsky gegen Lenin.) Unter den vielen Ismen, die Deborin und Rudas mir zuschreiben (Idealismus, Agnostizismus, Eklektizismus etc.) steht der Subjektivismus in erster Reihe. Ich werde in den nachfolgenden Darlegungen beweisen, daß dabei stets von der Frage der Rolle der Partei in der Revolution die Rede ist; daß Deborin und Rudas gegen den Bolschewismus ankämpfen, wenn sie meinen "Subjektivismus" zu bekämpfen wähnen.

Vorerst also: was ist hier unter Subjekt zu verstehen? Und - diese Frage ist von der ersten untrennbar, ja ermöglicht erst ihr richtiges Beantworten -: was ist die Funktion des Subjekts im geschichtlichen Entwicklungsprozeß? Rudas und Deborin stehen hier teils auf dem vulgären Standpunkt des bürgerlichen Alltagslebens und seiner Wissenschaft: sie trennen starr und mechanisch Subjekt und Objekt; sie betrachten als Gegenstand der Wissenschaft nur das, was frei von jedem Zutun des Subjekts ist und schreien im Ton der höchsten wissenschaftlichen Entrüstung auf, wenn dem subjektiven Moment in der Geschichte eine *aktive und positive Rolle* zugeschrieben wird. Darum ist es nur konsequent, wenn Deborin mir (*AL.* X., 629) die Theorie der Identität von Denken und Sein, von Subjekt und Objekt unterschiebt, während in meinem Buche ausdrücklich steht: "... ihre Identität besteht darin, daß sie Momente eines und des selben real-geschichtlichen, dialektischen Prozesses sind" (*G.u.K.*, 223-224). Die absichtliche und unbeabsichtliche Verdrehung meiner Gedanken ins Gegenteil wird verständlich, wenn wir Deborins eigene Auffassung über Subjekt und Objekt ins Auge fassen. Er sagt (*A.a.O.*, 639): "... daß der *einzig* (! von mir gesperrt) materialistische Sinn [3] dieser 'gegenseitigen Einwirkung' nur sein kann, ihre Auffassung als Prozeß der Arbeit, als Prozeß der Produktion, als Tätigkeit, als *Kampf der Gesellschaft mit der Natur*" (von mir gesperrt).

Für Deborin gibt es also *keinen Klassenkampf*. "Die Gesellschaft kämpft mit der Natur" und damit basta! Was sich innerhalb der Gesellschaft abspielt, ist bloßer Schein, Subjektivismus. Darum ist für ihn - sehr konsequenterweise - Subjekt = Individuum und Objekt = Natur, oder Subjekt - Gesellschaft und Objekt - Natur (ebenda). Daß sich *innerhalb* der Gesellschaft ein geschichtlicher Prozeß abspielt, der das Verhältnis von Subjekt



und Objekt anders stellt, nimmt Deborin nicht zur Kenntnis. Dadurch wird aber der historische Materialismus, milde gesagt, auf Comte oder Herbert Spencer zurückrevidiert.

Genosse Rudas geht nicht ganz so weit. Er gibt zu, daß es Klassen und Klassenkämpfe gibt, ja, es gibt bei ihm sogar Stellen, wo er die Existenz und die Wichtigkeit des proletarischen Handelns, der Rolle der Partei erwähnt. Das bleibt aber immer nur ein formelles Zugeständnis an die Leninsche Theorie der Revolution. Im allgemeinen vertritt er konsequent den entgegengesetzten Standpunkt. Doch hören wir ihn selbst:

"Was ist eine 'geschichtliche Lage'? Eine Lage, die, wie jede andere *unabhängig von -* obwar durch das - *Menschenbewußtsein abläuft*." (A.a.O., 678, von mir gesperrt).

Oder:

"Die Menschen haben Gedanken, Gefühle, sie stellen sich sogar Ziele - und sie bilden sich sogar ein, diese Gedanken, Gefühle spielen eine wichtige und unabhängige Rolle in der Geschichte; diese Ziele sind dieselben, die in der Geschichte ebenfalls verwirklicht werden." (Ebd. 685 usw.)

Hier ist vor allem festzustellen: Genosse Rudas spricht fortwährend von "der" Geschichte, von "dem" Menschen und "vergißt" - was ebenfalls konsequent aus seiner Grundauffassung folgt -, daß nicht von "dem" Menschen, sondern vom Proletariat und seiner führenden Partei, daß nicht von "der" Geschichte, sondern von der Epoche der proletarischen Revolution die Rede ist. Er "vergißt", daß der springende Punkt meiner, von ihm bekämpften Ausführungen darin liegt, daß die Beziehung von Bewußtsein und Sein für das Proletariat anders gestellt ist, als für jede früher in der Gesellschaft hervorgetretene Klasse; daß die aktive Funktion des proletarischen Klassenbewußtseins in der Epoche der Revolution eine neue Bedeutung erhält.

Dies gehört zum ABC des Marxismus und insbesondere zum ABC des Leninismus. Man ist aber leider gezwungen, dieses ABC zu wiederholen, angesichts der erneuten Versuche des Menschevismus, aus dem Marxismus eine bürgerliche Soziologie, mit formellen, überhistorischen, jede "menschliche Aktivität" ausschließenden Gesetzen zu machen. Nach Rudas ist das Kennzeichnende der geschichtlichen Lage, daß sie "unabhängig von Menschenbewußtsein abläuft".

[4] Sehen wir zu, wie Lenin das Wesen der geschichtlichen Lage beschreibt: "Das bürgerliche Regime macht jetzt eine außerordentliche revolutionäre Krise auf der ganzen Welt durch. Wir müssen jetzt durch die Praxis den revolutionären Parteien 'beweisen', daß sie genügend selbstbewußt sind, Organisation, Verbindung mit den ausgebeuteten Massen, Entschlossenheit und Wissen besitzen, um diese Krise für die erfolgreiche, für die siegreiche Revolution auszunützen." (*Rede über die Weltlage am 2. Kongreß der Komintern*, Wien 1920, 44.) Und er spricht, nachdem er die objektiven Voraussetzungen einer revolutionären Lage, "die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch

einzelner Klassen" beschreibt, davon, warum bei Vorhandensein solcher Bedingungen nicht immer eine Revolution ausbricht: "Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution entsteht, sondern nur aus einer solchen Situation, wo zu den oben aufgezählten objektiven Bedingungen eine subjektive hinzutritt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären *Klasse* zu revolutionären Massenaktionen, die von genügender *Stärke* sind, um die alte Regierung zu brechen (oder zu erschüttern), die niemals, auch in der Krisenepoche nicht, 'stürzt', wenn man sie nicht 'wirft'." (*Gegen den Strom*, 135.)

Genosse Rudas ist nicht dieser Ansicht. Seine "Jugendsünde", die Auffassung, als ob die ungarische proletarische Revolution von 1919 in erster Reihe am Fehlen dieses subjektiven Moments, der kommunistischen Partei gescheitert wäre, zieht er ausdrücklich zurück. Niemand, auch er in seiner "subjektivistischen" Periode, hat behauptet, daß sie allein daran gescheitert wäre. In Vergangenheit, wie in Gegenwart zeigt sich Rudas als getreuer Kantianer: ob er "das subjektive Moment" über- oder unterschätzt, er trennt es immer sorgfältig von dem "objektiven" und hütet sich, die beiden Momente in ihrer *dialektischen Wechselwirkung* zu betrachten. Er will jetzt zeigen, daß die ungarische Räterediktatur an "objektiven" Hindernissen gescheitert ist. Als solche führt er an, die Kleinheit des Territoriums, das keine Möglichkeit zum militärischen Rückzug gab, den Verrat der Offiziere, die Blockade. Alle drei sind Tatsachen. Alle drei haben für den Untergang der ungarischen Diktatur eine wichtige Rolle gespielt. Jedoch - und dieser *methodische* Gesichtspunkt ist für unsere Kontroverse ausschlaggebend -, keines dieser Momente darf in seiner bloßen Faktizität, unabhängig von der Frage, ob eine kommunistische Partei da war, betrachtet werden, wenn wir revolutionäre Dialektiker, Leninisten bleiben wollen. Blockade, Hunger! Ja, aber Genosse Rudas wird zugeben, daß der Hunger, der Warenmangel etc., nicht entfernt [5] an die Entbehrungen des russischen Proletariats heranreichen, ja die Lebenshaltung unserer Arbeiter nicht einmal auf Wiener Niveau herabsank. Was die Blockade für die Räterediktatur verhängnisvoll machte, war die sozialdemokratische Demagogie, daß die Rückkehr zur "Demokratie" die Aufhebung der Blockade, die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft bedeuten würde; verhängnisvoll war, daß die Arbeiter dieser Demagogie Glauben schenken - eben weil keine kommunistische Partei da war. Verrat der Offiziere! Aber Genosse Rudas, als führend arbeitender Genosse mußte wissen, daß überall, wo nur einigermaßen fähige Kommunisten bei den Truppen waren, ihre Truppenkörper bis zum Schluß zuverlässig und kampffähig blieben. War es wirklich "objektiv" unmöglich, für unsere acht Divisionen (und entsprechende Regimenter etc.) kommunistische Kommandanten oder Kommissare zu finden? Es war unmöglich - weil keine kommunistische Partei da war, die die Auswahl getroffen, die Ernennungen durchgesetzt, die Richtlinien der Tätigkeit bestimmt etc. hätte. Die Kleinheit des Territoriums! Genosse Rudas beruft sich dabei auf die Autorität Trozky's.



Wenn ich boshaft sein wollte, so würde ich aus seinen Darlegungen die "objektiv-soziologische" Konsequenz ziehen: in einem kleinen Lande, in einem Lande ohne die russischen Rückzugsmöglichkeiten ist bei imperialistischen Nachbarn überhaupt keine Diktatur möglich. (Dies bezieht sich dann aber auf jedes europäische Land.) Ich will aber Rudas nur noch daran erinnern, daß der Sturz der Diktatur keine rein militärische Angelegenheit gewesen ist. Die Rote Armee befand sich am 1. August in einer vielversprechenden, mit großen Erfolgen einsetzenden Gegenoffensive (Rückeroberung von Szolnok), als in Budapest die Räterepublik abdankte, eben weil keine Kommunistische Partei da war.

Selbstverständlich hat die Tatsache, daß es in Ungarn während der Räterediktatur keine Kommunistische Partei gab, objektive Ursachen. Jedoch diese objektiven Ursachen sind einerseits zum Teil frühere subjektive gewesen [sic!] (Momente aus der Geschichte der Arbeiterbewegung). Andererseits wird die Bedeutung des subjektiven Moments nur für Kantianer, die Subjekt und Objekt undialektisch starr trennen, dadurch aus der Welt geschafft, daß sein Auftreten, daß die Möglichkeit seines Wirksamwerdens, die Möglichkeit seiner entscheidenden Bedeutung auf objektiven Ursachen beruht. Im Gegenteil. Gerade in dieser Verknüpftheit zeigt sich jene dialektische Wechselbeziehung, die ich in meinem Buche herauszuarbeiten bestrebt war, deren Existenz - mehr oder weniger offen - von Deborin und Rudas bestritten wird.

[6] Allgemein philosophisch (also: in diesem Falle: falsch) ausgedrückt, bedeutet diese Wechselwirkung so viel, daß die subjektive Spiegelung des objektiven Prozesses eine tatsächlich und nicht nur eingebildeterweise wirksames Moment des Prozesses selbst ist. Diese subjektiven Spiegelungen bilden also nicht nur ein unvermeidliches Verbindungsglied zwischen je zwei objektiven Momenten, welche Verbindungsglieder aber bei "objektiver" Betrachtung der Dinge vernachlässigt werden können, da es "objektiv" nicht auf sie ankommt, sondern sie zeigen, daß die Menschen tatsächlich - und nicht bloß eingebildeterweise - ihre Geschichte selbst machen. Wir sagten: allgemein philosophisch ausgedrückt bedeutet in diesem Falle: falsch ausgedrückt. Warum? Weil diese Lage der Dinge *erst mit dem Auftreten des Proletariats real-geschichtlich gegeben ist*, weil das Proletariat das erste und bis jetzt *einzige* Subjekt im Laufe der Geschichte ist, für das diese Auffassung gilt. Alle Denker also, die eine solche Einwirkung des Subjekts auf die Wirklichkeit, auf den Gang der Geschichte einem wirklichen oder fantastischen Subjekte (große Männer, Volksgeister etc.) zugeschrieben haben, sind notwendig in ihrer Methode zu Idealisten geworden und mußten in ihren Ergebnissen bei falschen Konstruktionen, bei Geschichtsmythologien landen.

Natürlich bestreitet die bürgerliche Wissenschaft und der vollständig von ihr beeinflusste Menschevismus auch für das Proletariat jede Möglichkeit der Beeinflussung der Wirklichkeit, oder gibt es sie bloß in einer fanta-

stisch-mythologischen Form zu. In beiden Fällen handelt es sich aber um die gleiche *unhistorische* Auffassung der Wirklichkeit. So wie die mittelalterlich-feudale Ideologie eine überzeitliche Beziehung zwischen Mensch und Gott gedichtet hat, so konstruiert die bürgerliche und die menschevistische Ideologie eine überzeitliche "Soziologie", in der die grundlegenden Existenzformen der bürgerlichen Gesellschaft (freilich in einer mehr oder weniger verzerrten ideologischen Form) gleicherweise als Existenzformen von Vergangenheit und Zukunft, von Urkommunismus und sozialer Revolution erscheinen. Dagegen ist es für die Wissenschaft des Proletariats, gerade weil sei ein Instrument seiner revolutionären Praxis ist, eine Lebensfrage, sich von dieser Anschauungsweise zu befreien: die konkrete Rolle, die dem Proletariat, als subjektivem Faktor der Geschichte, zukommt, real zu ergründen, mit der Funktion, die sein Klassenbewußtsein (und *nur* seines) im Geschichtsprozeß besitzt, ins klare zu kommen.

Genosse Rudas stellt sich ebenfalls in die Reihe derjenigen, die diese Möglichkeit bestreiten und verwickelt sich dabei in die größten Widersprüche. Er schiebt mir - mit Hil[7]fe von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten - die Anschauung unter, als ob in jedem Klassenkampf die Fähigkeit der Klasse, die Totalität der Gesellschaft *adäquat* zu begreifen, das entscheidende Moment wäre. Während in meinem Buch ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die zur Herrschaft berufenen und schwankenden, zur Niederlage verurteilten Klassen sich danach unterscheiden, ob von ihrem Klassenstandpunkt aus "die Totalität der aktuellen Gesellschaft *überhaupt* (jetzt gesperrt) nicht wahrnehmbar ist" (*G.u.K.*, 64), oder ob sie fähig sind, "das Ganze der Gesellschaft ihren Interessen gemäß zu organisieren" (ebd.). Und über diese Totalität wird gesagt, daß für jede Klasse untersucht werden muß, "welches Moment des Gesamt-Produktionsprozesses die Interessen der einzelnen Klassen am unmittelbarsten und vitalsten berührt. Zweitens, inwiefern es im Wesen der Interessen der betreffenden Klasse liegt, über diese Unmittelbarkeit hinauszugehen, das für sie unmittelbar wichtige Moment als bloßes Moment des Ganzen zu erfassen und es so aufzuheben. Und endlich, wie die Totalität, zu der dann fortgeschritten wird, beschaffen, inwiefern sie die wirkliche Erfassung der realen Produktionstotalität ist" (ebd., 66). Dadurch wird es möglich, die verschiedenen Formen des "falschen Bewußtseins" voneinander zu unterscheiden. Daraufhin wird (66-71) ausführlich auseinandergesetzt, daß in den vorkapitalistischen Gesellschaften *jede Klasse nur* ein "falsches Bewußtsein" haben konnte, nach der Analyse der Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft zu dieser *speziellen*, in der Geschichte noch *niemals* dagewesenen Art (adäquate Erfassung des gesellschaftlichen Ganzen) und Funktion (reale und bewußte Beeinflussung des Geschichtsprozesses) im proletarischen Klassenbewußtsein vorzudrängen. Indem nun Rudas sowohl diese historische Abstufung der Klassenbewußtseinsfragen, wie die spezielle Bedeutung dieser Fragen beim Proletariat ignoriert, widerlegt er triumphierend meinen "Idealismus", meinen "Subjektivismus". Ich bin nun mit



ihm darin vollständig einverstanden, daß Mißverständnisse nicht logischer Natur sind und frage: warum ist bei Rudas dieses Mißverständnis entstanden, aus welcher Quelle stammt es und was ist sein politisches Ziel? Und hier zeigen uns seine Schlußfolgerungen deutlich die Quelle an: seinen chvostistischen Fatalismus.

Dieser Fatalismus kommt ganz kraß zum Vorschein, wenn er die heftigsten Angriffe gegen meine sogenannte "Augenblickstheorie" richtet. (AL, 1077-1078.) Ich will wieder nicht bei dem komischen "Mißverständnis" verweilen, als ob es sich hier bei mir um die Rolle der großen Persönlichkeiten handeln würde. Genosse Rudas "mißverstehet" hier, um einem *elementaren Grundsatz* [8] des Bolschewismus nicht ins Auge blicken zu müssen. Er kontrastiert diese Theorie des "Augenblicks" - nach dem altbewährten chvostistischen Trick - mit dem Prozeß, den ich angeblich vollständig vernachlässige (ebd. 1082). Ich will nicht die unzähligen Stellen meines Buches anführen (z.B. 256-257, 315), aus denen sonnenklar hervorgeht, daß dem nicht der Fall ist. Genosse Rudas hat trotzdem insofern recht, von "Prozeß" im Gegensatz zum "Augenblick" zu sprechen, als sein chvostistisch-fatalistischer Begriff des Prozesses tatsächlich jeden *Augenblick der Entscheidung* ausschließt. Er macht sich aber die Aufgabe allzu leicht, und verrät damit zu sehr seine innersten Überzeugungen: für ihn gibt es überhaupt keine Augenblicke der Entscheidung, sein "Prozeß" ist eine Evolution, die mechanisch-fatalistisch von einem Entwicklungsstadium der Gesellschaft zum anderen führt. Freilich wird dies nirgends ganz deutlich ausgesprochen. Genosse Rudas ist viel zu vorsichtig (wie jeder heutige Chvostist), um die Verbindung mit Lenin aufzugeben, aber gerade die Art, wie er "Prozeß" und "Augenblick" einander gegenüberstellt, enthüllt deutlich seine Auffassung. Was ist ein "Augenblick"? Eine Situation, deren Zeitdauer kürzer oder länger sein mag, die sich aber aus dem Prozeß, der zu ihr führt, dadurch heraushebt, daß sich in ihr die wesentlichen Tendenzen des Prozesses zusammendrängen, daß in ihr eine *Entscheidung* über die *zukünftige Richtung des Prozesses* gefällt werden muß. Das heißt: die Tendenzen erreichen eine Art von Gipfelpunkt, und je nach dem, wie in der betreffenden Situation *gehandelt* wird, nimmt der Prozeß nach dem "Augenblick" eine andere Richtung an. Die Entwicklung geht also nicht in einer geradlinigen Steigerung vor sich, so daß etwa bei einer für das Proletariat günstigen Entwicklung übermorgen die Lage günstiger sein *mußte*, als morgen, usw., sondern daß an einem *bestimmten* Punkt die Lage zur Entscheidung drängt und übermorgen für die Entscheidung vielleicht schon *zu spät* ist. Genosse Rudas mag etwa an Lenins Artikel über "Kompromisse" denken, wo nach Lenins Ansicht einige Tage Verspätung das Angebot des Kompromisses an Menschewiki und S.R. gegenstandslos gemacht haben, wo entwickelt wurde, "daß die Tage, als der Weg friedlicher Entwicklung zufällig möglich wurde, schon vorbei sind"; oder an die Sorge Lenins, daß die Bolschewiki in den Oktobertagen den Augenblick der möglichen Machtergreifung versäumen könnten: "Die Geschichte

würde den Revolutionären eine Verzögerung nie verzeihen, die heute siegen könnten (und ganz gewiß siegen werden), während sie morgen vieles, ja alles verlieren können." (*Sammelband*, ...)

Genosse Rudas wird selbstredend dagegen protestieren, daß seine Ansicht hier im Gegensatz zu den grundlegenden Anschauungen Lenins steht. Er [9] arbeitet diesem Vorwurf mit rühmenswürdiger Vorsicht vor: einerseits er so tut, als ob der "Augenblick" im Gegensatz zum "Prozeß" stehen würde, als ob nicht der Prozeß aus einer langen Reihe von Augenblicken bestehen würde, von denen freilich einige die andern an quantitativer Bedeutung derart überragen, daß diese Quantität umschlägt (vergl. Plechanov über die "Bedeutung der Knotenlinie der Massverhältnisse", *Neue Zeit* X., I., 230), andererseits indem er mir einen idealistischen Subjektivismus zuschreibt. Allerdings betone ich - und sehe nicht den geringsten Anlaß, hier etwas von meinen Anschauungen zurückzunehmen, oder sie irgendwie abzuschwächen -, daß es in solchen Augenblicken auf das Klassenbewußtsein, auf den bewußten Willen des Proletariats ankommt, daß nur darin das Moment der Entscheidung liegt. Die dialektische Wechselwirkung von Subjekt und Objekt im Geschichtsprozeß besteht eben darin, daß das subjektive Moment, das selbstverständlicher- und von mir vielfach hervorgehobenerweise (z.B. 181) ein Produkt, ein Moment des objektiven Prozesses ist, in bestimmten geschichtlichen Lagen, deren Auftreten ebenfalls vom objektiven Prozeß hervorgerufen wird, (z.B.: *G.u.K.*, 315), Richtung gebend auf den Prozeß selbst einwirkt. Dieses Einwirken ist nur in der Praxis, nur in der *Gegenwart* möglich (darum benütze ich - um diesen praktisch-gegenwärtigen Charakter scharf hervorzuheben - das Wort Augenblick). Ist die Handlung vollzogen, so rückt das subjektive Moment wieder in die Reihe der objektive Momente ein. So ist für jede Partei ihre eigene ideologische Entwicklung - Proudhonismus in Frankreich, Lassalleanismus in Deutschland - ein objektiver Faktor, mit dem jeder marxistische Politiker als mit einer objektiven Tatsache zu rechnen hat. Die oben geschilderte dialektische Wechselwirkung entsteht also "ausschließlich" in der Praxis. Im "bloßen", das heißt in dem von der Praxis getrennten Denken, stehen Subjekt und Objekt einander deutlich abgegrenzt gegenüber, und jedes Denken, das diese Wesensart der Praxis einfach der Theorie zuschreibt, gerät in die Begriffsmythologie, muß idealistisch werden (Fichte). Aber ebenso kommt jedes Denken - und das ist der Fall von Rudas - zum Fatalismus, das diese spezifische Wesensart der proletarischen Praxis, der umwälzenden Praxis verkennt, das das starre Gegenüberstehen von Subjekt und Objekt aus der "reinen" Theorie in die Praxis übertragen will. Es hebt damit die Praxis auf. Es wird zu einer Theorie des Chvostismus.

Der "Augenblick" ist also keineswegs vom "Prozeß" zu trennen, das Subjekt steht keineswegs dem Objekt starr und unvermittelbar gegenüber. Die dialektische Methode bedeutet weder eine unterschiedslose Einheit, noch eine scharfe Trennung der Momente. [10] Vielmehr im Gegenteil: das ununterbrochene Selbständigwerden der Momente und die ununterbrochene



Aufhebung dieser Selbständigkeit. Wie diese dialektische Wechselwirkung der Momente des Prozesses unter Wiederaufhebung dieser Selbständigkeit konkret aussieht, habe ich in meinem Buch wiederholt dargestellt. Hier kommt es darauf an, einzusehen, daß diese (dialektische und deshalb dialektisch wieder aufgehobene) Selbständigkeit des subjektiven Momentes in dem gegenwärtigen Stadium des historischen Prozesses, in der Periode der proletarischen Revolution ein entscheidendes Kennzeichen der Gesamtlage ist. Man müßte voraussetzen, daß diese Auffassung - unter Leninisten - ein Gemeinplatz ist. Wie ist denn der Grundgedanke Lenins von der Vorbereitung und Organisierung der Revolution ohne eine derartige *aktive und bewußte* Rolle des subjektiven Moments auch nur vorstellbar? Und wer könnte sich Lenins Konzeption von den entscheidenden Momenten der Revolution, die von Marx stammende, aber erst von Lenin konkretisierte Lehre vom Aufstand als Kunst ohne diese Funktion des subjektiven Moments auch nur vorstellen? Und waren nicht alle Vorwürfe, die gegen Lenin (selbst von Rosa Luxemburg) erhoben worden sind, gerade von der Anschauung bestimmt, daß die Revolution von den ökonomischen Kräften gewissermaßen "von selbst", das heißt, anders ausgedrückt "spontan", "elementar", ohne entscheidende Rolle des *bewußt subjektiven* Elements zustande gebracht wird?

In seinen entscheidenden Ausführungen über den Aufstand als Kunst grenzt Genosse Lenin vorerst den marxistischen Begriff des Aufstandes von dem Blanquistischen ab. ("Marxismus und Aufstand", *Sammelband*, 440 ff., auch "Brief an die Genossen", ebd. 469) Er betont dabei, wie die objektive Entwicklung der Revolution auf den Aufstand drängen muß (Krieg, Hungersnot, Bewegung der Bauern, Schwanken der oberen Klassen, revolutionäre Entwicklung des Proletariats), damit der Aufstand Erfolg haben könne, wie diese Entwicklung auf die Haltung der Arbeiterklasse einwirkt. (Im Juli hätten die Arbeiter und Soldaten "um den Besitz von Petersburg nicht kämpfen, nicht sterben mögen", ebd., 442.) Ist aber die objektive Lage zum Aufstand gereift, ist der "Augenblick" des Aufstandes da, dann erhebt sich das *bewußte, subjektive* Moment des revolutionären Prozesses zur selbständigen Aktivität. Lenin kontrastiert sehr scharf das bloß elementar-revolutionäre Auftreten der Massen von diesem aktiven und entscheidenden Eingreifen der klassenbewußten Vorhut. So schreibt er über die Lage vor dem Herbst und im Herbst: "Und andererseits bedarf es der gefaßten und verzweifelten Stimmung der Masse, die *fühlt*, daß durch halbe Maßnahmen nun nichts mehr zu retten ist, daß von [11] 'Einwirken' nicht die Rede sein kann, daß die Hungrigen alles 'kurz und klein schlagen würden, ja sogar rein anarchistisch', falls die Bolschewiki im entscheidenden Kampf sie nicht leiten würden." ("Brief an die Genossen", ebd. 467.) Wenn wir nun seine Bemerkungen über den Aufstand selbst, die auf die Stelle in "Revolution und Konterrevolution in Deutschland" (117) zurückgreifen, vom methodologischen Standpunkt, der für uns hier der gebotene ist, näher betrachten, so heben sie einerseits die *bewußt gemachten*,

also von der subjektiven Seite (vom bewußt handelnden Subjekt) hervorgebrachten Momente heraus (Gruppierung der Kräfte, Überrumpelung etc.), andererseits weisen sie auf die rein subjektiven Momente (Entschlossenheit, moralisches Übergewicht etc.), mit der größten Schärfe hin. (Ebd., 449.) Der Aufstand als Kunst ist also ein Moment des revolutionären Prozesses, wo *das subjektive Moment ein entscheidendes Übergewicht hat*. Es ist überflüssig zu wiederholen, daß sowohl die Möglichkeit dieses Übergewichts, die für den Aufstand günstige objektive Lage, wie das Vorhandensein eines solchen Subjekts, einer kommunistischen Partei Produkt der gesellschaftlichen, der ökonomischen Entwicklung ist, obwohl selbstredend keines sich *unabhängig* von dem Subjekt entwickelt, keines *bloßes Produkt* des elementaren gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses ist. Das subjektive Moment erreicht in diesem "Augenblick" seine übergreifende Bedeutung eben darum und insofern, weil und inwiefern es schon in der früheren Entwicklung bewußt und aktiv tätig gewesen ist. (Gutes Gegenbeispiel der deutsche Oktober mit Thalheimer als Theoretiker des spontanen Chvostismus.) Aber in dem "Augenblick" hängt die Entscheidung und mit ihr das Schicksal der proletarischen Revolution (und damit das der Menschheit) vom subjektiven Moment ab. Es ist unmöglich, den leninistischen Begriff des revolutionären Prozesses richtig aufzufassen, ohne diese zentrale Bedeutung des Aufstandes als Kunst zu verstehen; Lenin sagte, daß man im gegenwärtigen Moment (aber dies bezieht sich auf *alle* revolutionäre Lagen) "dem Marxismus und der Revolution nicht treu bleiben kann, ohne den Aufstand als Kunst zu behandeln" (ebd., 445).

Freilich: Genosse Lenin hat sich scharf gegen jeden "linken" Subjektivismus gewendet (und bei einer solchen Gelegenheit habe auch ich eine verdiente Zurückweisung von ihm erhalten, wegen eines Artikels über Parlamentarismus, in *Kommunismus* 1920). Jedoch gerade dieser Kampf zeigt am deutlichsten, daß Lenin keineswegs prinzipiell die Anerkennung des subjektiven Moments, sondern bloß ihre *unrichtige Anwendung* bekämpft hat. Einerseits jede unrichtige Einschätzung der objektiven Lage; also Auffassungen, die in leichtfertiger Weise einen entscheidenden "Augenblick" als vorhanden betrachtet haben, auch wenn er objektiv nicht gegeben war. Andererseits Anschauungen, die die entscheidende Rolle, die dem aktiv bewußten subjektiven Moment zukommt, auf den ganzen Prozeß mechanisch verallgemeinerten, die sich einbildeten, eine solche Einwirkung wäre zu jeder Zeit und unter allen Umständen und nicht bloß unter ganz bestimmten konkreten Bedingungen möglich; die also - umgekehrt, wie Genosse Ruda, der die "Augenblicke" vollständig in dem "Prozeß" auflöst, und so (im besten Falle) zu einer Luxemburgschen Spontaneitätstheorie kommt -, die also aus der konkreten Wahrheit der bestimmten, konkret geschichtlichen "Augenblicke" die abstrakte Unwahrheit einer permanent-entscheidenden Beeinflussbarkeit des Prozesses machen. Eine solche "linke" Augenblickstheorie vernachlässigt gerade das Moment des dialektischen Umschlagens, gerade das konkrete, revolutionäre Wesen des



"Augenblicks". Aus dem Aufstand als Kunst wird ein Spielen mit dem Aufstand, die berechnete aktive Rolle des Subjekts schlägt in einen phrasenhaften Subjektivismus um.

Mit der Herrschaft des Proletariats tritt aber hier eine so bedeutsame, quantitative Änderung ein, daß sie einen qualitativen Charakter erhält. Wenn die Diktatur des Proletariats von einer wirklichen Kommunistischen Partei ausgeübt wird (also *nicht* wie in Ungarn abläuft), so erhält diese Funktion des subjektiven Moments eine gewisse, freilich dialektisch beschränkte, Beständigkeit. Nicht als ob die Partei nun die ökonomische Struktur des Landes willkürlich ändern könnte, sondern, daß in dem Kampf der verschiedenen ökonomisch-sozialen Tendenzen, die sich selbstredend noch immer elementar auswirken, die Partei (und durch sie sowohl der Staatsapparat, wie die Masse der Arbeiter) in der Lage ist, auf die Entfaltung dieser Tendenzen *bewußt und aktiv* einzuwirken. Lenin hat zwar "linke" Genossen, die die Bedeutung, die Stärke und Beständigkeit dieses Moments überschätzen, bei jeder Gelegenheit scharf bekämpft, jedoch nicht prinzipiell, sondern weil ihre Fragestellungen abstrakt waren, weil diese ihre Abstraktheit die konkret-dialektischen Momente der konkreten Lage verfälscht. Er hat aber auch jene, die die Bedeutung des subjektiven Moments verkannt, die vor den elementaren, ökonomisch notwendig hervorbrechenden Tendenzen defaitistisch kapitulierten, nicht minder scharf bekämpft. Ich führe bloß die folgenden Sätze aus einer Rede am 11. Parteitag der RKP an: "Der Staatskapitalismus ist jener Kapitalismus, den zu beschränken, dessen Grenzen festzustellen wir im Stande sein werden. Dieser Staatskapitalismus ist mit dem Staate verbunden, und der Staat, das sind Arbeiter, der fortgeschrittenste Teil der Arbeiter, die [13] Avant-Garde, das sind wir. Der Staatskapitalismus, das ist jener Kapitalismus, dem wir bestimmte Grenzen setzen müssen, die aber zu setzen wir bisher nicht gekonnt haben. Das ist alles. Und das hängt schon von uns ab, wie dieser Staatskapitalismus sein wird."

"Es hängt von uns ab", sagt also Lenin. Natürlich nicht in jedem Fall, und nicht überall in gleicher Weise. Es ist aber eine Verfälschung der Lehre Lenins, ihre Umbiegung in Chvostismus und Menschevismus, zu behaupten (wie dies Genosse Rudas - *AL* XII., 1085 - tut), daß nach Lenin "nur der Riesenschritt der Entwicklung der Produktivkräfte" zur Revolution notwendig sei. Ebenso wie es eine Verfälschung meiner Ansichten ist, zu behaupten, daß "nur" das Klassenbewußtsein des Proletariats die treibende Kraft der Revolution wäre. Es ist in *bestimmten Situationen* (darum die Terminologie: Augenblick) tatsächlich das entscheidende Moment. Selbst Genosse Rudas wird zugeben, daß im Laufe der Revolution sehr günstige Momente nicht ausgenutzt worden sind. Es ist aber nicht bolschevistisch, nicht leninistisch, dann, post festum zu behaupten, das Proletariat wäre "schwankend", nicht "reif" zum Handeln gewesen, oder gar, daß die Entwicklung der Produktivkräfte den Übergang zur Revolution "noch nicht" gestattet hat. Daß wir in der Periode der Revolution leben, beruht - objek-

tiv ökonomisch - darauf, daß die Produktivkräfte diese Entwicklungsstufe bereits erreicht haben. Wenn freilich, gerade in den entscheidenden Ländern, das Proletariat subjektiv unreif zur Revolution ist, so hat das selbstredend objektive, soziale Ursachen, in deren Reihe jedoch zu objektiven Momenten gewordene subjektive Momente eine außerordentlich große Rolle spielen. (Z.B. die Tatsache, daß die erste große revolutionäre Bewegung der englischen Arbeiter, der Chartismus, gerade zur Zeit des großen kapitalistischen Aufschwunges, noch vor dem Beginn der erfolgreichen wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Kämpfe zusammenbrach; Traditionen der großen bürgerlichen Revolution, Proudhonismus-Syndikalismus in Frankreich; die Revolution von "oben" als Begründer der nationalen Einheit und des - ökonomisch betrachtet - bürgerlich-imperialistischen Staates in Deutschland etc.) Wenn aber die ökonomische Entwicklung die sozialen Grundlagen eines solchen [14] Staates erschüttert, *dann* hängt es allerdings vom *Klassenbewußtsein des Proletariats* ab, ob die Krise für die Bourgeoisie tödlich oder überwindbar wird. "Nur wenn die 'Unterschichten' nicht in der alten Weise leben können, nur dann kann die Revolution siegen." (*Kinderkrankheit*, 63). Glaubt Genosse Rudas, daß dieses "Wollen" bei Lenin nur eine dekorative Phrase ist? (Nach der Art, wie er an verschiedenen Stellen - ... - "das Reich der Freiheit" stets höhnisch zitiert, scheint er dies bei Marx und Engels anzunehmen.) Und daß Lenin dieses Wollen nicht in einer spontan elementaren Weise vorgestellt hat, sollte wieder für einen Kommunisten ein Gemeinplatz sein. Er sollte wissen, daß das Schwanken, oder die Entschlossenheit der Massen weitgehend von dem klugen und entschlossenen oder feigen, chvostistischen und fatalistischen Verhalten der bewußten und aktiven Vorhut, der Kommunistischen Partei, der "Gestalt des proletarischen Klassenbewußtseins" (*G.u.K.*, 335) abhängt. Auch hier möge eine Äußerung Lenins genügen: "Daß die feste Linie der Partei, ihre unbeugsame Entschlossenheit *ebenfalls ein Faktor* der Stimmung, insbesondere in zugespitzten revolutionären Momenten ist, das vergißt man freilich 'gelegentlich'. Manchmal kommt es sehr *gelegen* zu vergessen, daß die verantwortlichen Führer durch ihre Schwankungen und ihre Neigung alles zu vergessen, was sie gestern angebetet haben, höchst unanständige Stimmungsschwankungen in gewisse Schichten der Masse hineinragen." (*Sammelband*, 465.)

Es gibt also Momente des Prozesses ("Augenblicke"), wo die Entscheidung "nur" vom Klassenbewußtsein des Proletariats abhängt. Daß diese Momente nicht frei in der Luft schweben, nicht beliebig herbeiführbar, sondern vom objektiven Prozeß hervorgebracht, also vom Prozeß nicht isolierbar sind, versteht sich nach den bisherigen Ausführungen von selbst. Und meiner Auffassung nach, lassen sie sich vom Prozeß so wenig isolieren, daß vielmehr ihr Vorkommen im Prozeß sehr wesentlich zur Charakteristik des Prozesses selbst gehört, daß darum die bolschevistisch-revolutionäre (und nicht chvostistische) Auffassung des Prozesses selbst von der Erkenntnis dieses Zusammenhanges bestimmt ist. Während nämlich die



Mensheviks auch die entscheidenden Momente, wo das aktive Einwirken des subjektiven Momentes hervortritt, nach [15] dem Schema einer "allmählichen Entwicklung" auffassen, muß von den Bolschewiki der soeben geschilderte Charakter der entscheidenden Momente auch in dem Prozeß selbst entdeckt werden. Das heißt, sie werden diesen nicht evolutionistischen, nicht organischen, sondern sich in Gegensätzen, ruckweise in Vorstößen und Rückschlägen entfaltenden Charakter der Struktur des Prozesses in jedem - scheinbar - ruhigen Moment entdecken. "Es gibt keinen Moment", sagen die Organisationsthesen des III. Kongresses, "wo eine Kommunistische Partei nicht aktiv sein könnte." Warum? Weil es keinen Moment geben kann, wo dieser Charakter des Prozesses, der Keim, die Möglichkeit des *aktiven* Einwirkens des subjektiven Moments vollständig fehlen würde. "Und was ist z.B. jeder Streik anders, als eine kleine Krise der kapitalistischen Gesellschaft? Hatte nicht der preußische Minister des Inneren, Herr von Puttkammer, recht, als er den berühmten Ausspruch machte: 'In jedem Streike lauert die Hydra der Revolution!'" (Lenin: *Rede über die Revolution von 1905*, 96.) Freilich schlägt gerade hier die Quantität in Qualität um. Wer jedoch seine Augen vor der Grundfrage verschließt, der wird diese Seite des Prozesses weder im Großen, noch im Kleinen je richtig erfassen können, wer, wie Rudas, aus chvostistischer Angst in einen "Subjektivismus" zu verfallen, solche Momente überhaupt leugnet, wird notwendigerweise (wie die ungarischen Genossen, die mit Genossen Rudas zusammengearbeitet haben, so oft erfahren mußten), auf die verdeckteren Momente erst recht fatalistisch chvostistisch reagieren.

Es ist klar, daß mit dieser chvostistischen Perspektive die *Vorbereitung* der Revolution, eine Grundfrage des Leninismus, überhaupt unvereinbar ist. Genosse Rudas revidiert hier tatsächlich - freilich unbewußter Weise - Lenin, indem er überall, wo die Sache, die er behandelt, zu diesem Begriff drängt, den Begriff "Voraussehen" unterschiebt. "Das Proletariat ist einstweilen unreif zu seiner Befreiungstat. Das Reifwerden hängt von vielen Umständen ab; unter ihnen spielt auch das Bewußtsein des Proletariats eine gewisse, vielleicht sogar große Rolle. Das hindert aber nicht *vorauszu-*sehen, daß das Proletariat reif werden, daß die Zeit kommen muß, wo es seine Mission erfüllen, wo es sich auch dessen bewußt werden wird." (AL. X. 696-697.) [16] Das, daß es sich hier nicht nur um eine zufällige, stilistische Entgleisung handelt, zeigt nicht nur die Wiederholung dieses Ausdrucks, sondern auch, daß Genosse Rudas als fürchterliche Konsequenz meines "Subjektivismus" triumphierend mir vorhält, daß "dann haben doch die Sozialdemokraten mit ihrer Theorie recht, daß erst das Proletariat erzogen, gebildet werden muß, bevor die Revolution angefangen werden kann! Dann haben doch die Sozialdemokraten mit ihrer 'Politik' recht, wenn sie ihre einzige Tätigkeit auf eine 'Bildungsarbeit' beschränken!" (AL. XII., 1086.) Genosse Rudas meint nämlich offenbar, daß eine ideologische Einwirkung nur auf dem Wege der "Bildungsarbeit" möglich ist; eine andere Einwirkung geschieht durch die sich in den Köpfen (automatisch,

ohne aktives oder gar bewußtes Handeln) durchsetzende Ökonomie. Genosse Rudas merkt selbst nicht, wie sehr er hier Kantianer ist, wie sehr er die Ideologie-Probleme kantianisch-subjektivistisch, nach dem Schema der genauen Trennung der "reinen" von der "praktischen" Vernunft auffaßt. Ich bin freilich "subjektivistisch" genug, um auch die Bildungsarbeit nicht zu unterschätzen und würde es für dringend wünschenswert halten, daß Genossen wie Rudas sich zuerst mit den organisatorischen Schriften Lenins eingehend beschäftigen würden, bevor sie im Namen des Leninismus ein fast Bernsteinsches Gerede gegen den "Subjektivismus" loslassen.

27

## Die Rote Luzi

... die Kinderkrankheit im Kommunismus

Ultrastalinismus ★ Kleinholz ★  
Feuerbach ★ Thesen ★ Wygot-  
ski & Co ★ DGB ★ Imperialis-  
mus ★ Zivilgesellschaft ★ BRD ★  
Demokratie ★ Faschismus  
und noch mehr ...

Das Jahresabo (4 Hefte) kostet 20,- DM.

Probeheft anfordern bei:

Publizistische Studiengemeinschaft

Rankestraße 31

10789 Berlin

oder e-mail: luzi@glasnost.de



## Zur Aktualität der Marx'schen Kapitalismuskritik

Seit einer Reihe von Jahren haben wir ein uns mehr oder weniger bewußtes Paradoxon zu registrieren: In den späten 60er und den 70er Jahren, die noch zu einer Phase gehörten, in der der Kapitalismus in sozialstaatlich und keynesianisch gezähmter Ausformung existierte, kam es in vielen Gesellschaften der sog. 'westlichen Welt' zu einer Renaissance der Marx'schen Kapitalismuskritik. Heute, wo nicht allein die wenigen verbliebenen Kapitalismuskritiker die unter Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie und der monetaristischen Dogmen wieder gleichsam zu sich selbst gelangte Privat- und Marktökonomie als 'Kapitalismus pur' kennzeichnen, gilt die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie auch im überwiegenden Teil der einstigen Linken als hoffnungslos überholt.

Dafür gibt es eine ganze Reihe von Ursachen, darunter rational schwer nachvollziehbare, denen ich im gegebenen Zusammenhang nicht nachgehen kann. Ich beschränke mich auf einen Aspekt, der vermutlich nicht eine vorrangige Erklärung des genannten Paradoxons abgibt, den ich im Kontext meines Themas aber betonen möchte. Ich beziehe mich darauf, daß die Wiederbelebung marxistischer Theorie im allgemeinen und der Marx'schen Kapitalismuskritik im besonderen, die vor etwa 30 Jahren einsetzte, aber kaum länger als 10-15 Jahre anhielt, überwiegend in einer in der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung verfestigten Version erfolgte, die gegenüber der authentischen Marx'schen praktischen Intention und Theoriebildung in spezifischer Weise verkürzt ist. *Meine Überzeugung und zentrale These ist, daß die Aktualität der Marx'schen Kapitalismuskritik heute in ganz erheblichem Maße an Plausibilität und auch Überzeugungskraft gewinnt, wenn jene Verkürzungen als solche verdeutlicht und überwunden werden.* Ich werde also, bevor ich zu aktuell und empirisch gerichteten Begründungsargumenten für diese Aktualität komme, zu verdeutlichen versuchen, was ich mit jenen Verkürzungen der Marx'schen Theorie - und innerhalb derselben der Ökonomiekritik - meine, die im Verlauf ihrer Übernahme durch sozialistische Organisationen etwa im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts als aufklärende und erklärende 'Lehre' sowie forderungs- und praxislegitimierende Grundlage eintraten. Zu bemerken ist, daß dieser Vorgang einer spezifischen Vereinseitigung der Theorie der Sache nach unvermeidbar war und deshalb kaum kritisiert werden kann. Schließlich schicke ich voraus, daß im Rahmen dieses Referats meine Argumentation unvollständig, nicht zureichend differenziert und sachlich verkürzt bleiben muß.

## Menschliche Emanzipation und Kapitalismuskritik

Das Marx'sche Denken ist in erster Linie theoretisch, also erkenntnisgerichtet, und seine wissenschaftliche Arbeit war vor allem eine analytische. Marx und Engels nahmen schon in ihren frühen Schriften emphatisch Wissenschaftlichkeit ihres Denkens und ihrer Argumentation in Anspruch. Philosophie würde sich nach ihrer Auffassung auf Erkenntnislehre reduzieren, wenn die Schleier gelüftet sind, mit denen Religion, Herrschaftsideologien und Mystifikationen die gesellschaftlichen Verhältnisse vernebeln. Eine solche rational begründete Aufklärung war ihr Anspruch. Gleichwohl war das Denken von Marx und Engels zugleich auch normativ geleitet oder, wie man heute sagt, 'unterlegt', d.h. an Werten orientiert - wenn auch eher implizit als ausdrücklich. Es waren das vor allem Werte des 17. und 18. Jahrhunderts, des Humanismus und der Aufklärung, mehr der französischen als der britischen. Diese Werte begründeten ein Denken in der Perspektive von Humanität und Menschenwürde, der generellen Gleichwertigkeit der Menschen sowie ihrer Fähigkeit und Berufung zu vernunftgemäßem Entscheiden und Handeln und mithin zu personaler Freiheit und gemeinschaftlicher Selbstbestimmung. Von dieser Position aus sagten der junge Marx und der junge Engels allen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen den Kampf an, unter denen der Mensch "...ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist..." (MEW Band 1, 385). "*Menschliche Emanzipation*" lautete ihre Parole, wobei 'menschlich' eine besondere Bedeutung hatte, nämlich *allgemeine* Emanzipation, *nicht* die Emanzipation eines Standes, einer Glaubensrichtung, einer Nation oder einer Klasse.

Marx 'entdeckte' bereits früh, 1844, die in Deutschland erst ganz embryonal existierende Arbeiterklasse als das kollektive soziale Subjekt jener menschlichen Emanzipation. Diese 'Berufung' des Proletariats begründete er zunächst weniger empirisch als vielmehr philosophisch-dialektisch: Im herauskommenden Kapitalismus ist die Arbeiterklasse die absolut entwürdigte und unterdrückte, und sie kann sich nur emanzipieren, indem sie die bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse beseitigt, womit sie die Voraussetzung der Emanzipation aller Individuen und Klassen schafft. Die bürgerliche Gesellschaft bringt keine andere Klasse hervor, deren soziale Lage sie dazu *zwingt und befähigt*, diese totale Emanzipation zu erkämpfen. So Marx und Engels in den Jahren 1844-49.

Ab 1845/46 begann Marx, sich auf das Studium der bürgerlichen Politischen Ökonomie zu konzentrieren. Nach Unterbrechung im Zusammenhang der deutschen Revolution 1848/49 nahm er dieses Studium verstärkt in London 1851 wieder auf und schloß es weitgehend mit der Veröffentlichung des ersten Bandes des 'Kapital' 1867 ab, ohne die Publikation seiner weiteren Forschungsergebnisse selbst fortzuführen (1867 verfügte Marx über Manuskripte seiner Kapitalanalyse und -kritik, die den Umfang des ersten Bandes des 'Kapital' um das 8-10fache übertrafen). Als Krönung seiner



ökonomiekritischen Analysen erachtete Marx zwar nicht die 'Entdeckung', wohl aber den wissenschaftlich eindeutigen, unwiderlegbaren Nachweis des Mehrwerts auf der Basis seiner Fassung von Arbeitswerttheorie. Der Mehrwert wird bekanntlich von der Arbeiterklasse, und nur von dieser, erzeugt. Seine unentgeltete Aneignung durch die Kapitalagenten begründet den Tatbestand der *Ausbeutung*. Damit war für Marx die historische Mission der Arbeiterklasse als Subjekt der eigenen (und darüber hinaus der menschlichen) Emanzipation nicht mehr philosophisch deduziert, sondern empirisch nachgewiesen: Die Agenten der konkurrierenden Einzelkapitale müssen ihr Handeln auf permanente Mehrwertsteigerung ausrichten. Die Ausbeutung wird sich deshalb notwendig verschärfen. Gelangt das Proletariat zum Bewußtsein seiner tatsächlichen gesellschaftlichen Position und Funktion, kann es nicht anders handeln, als das kapitalistische Herrschafts- und Produktionsverhältnis zu beseitigen und damit der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu setzen.

Nach dem Erscheinen des ersten Bandes des "Kapital" konzentrierte sich Marx auf politische Aktivitäten, um die allmählich erstarkenden Gewerkschaften und die jungen politischen Organisationen der Arbeiterschaft für seine Theorie zu gewinnen. Im Grunde beschränkte sich jedoch sein und Engels' Erfolg dabei im letzten Viertel des 19. Jhs. auf die deutsche Sozialdemokratie und, ab den 90er Jahren, die russische. Verkürzt formuliert und resümiert, wurde jedoch auch in der deutschen Sozialdemokratie die Marxsche Theorie allenfalls als eine 'Lehre' der *Arbeiteremanzipation* aufgefaßt und übernommen (d.h. der Anspruch der *menschlichen* Emanzipation kaum erkannt), und auch Arbeiteremanzipation wurde schließlich reduziert auf Erlangung der rechtlichen und politischen Gleichstellung *innerhalb* der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

### Ein uneingelöstes Desiderat: Reflexion der Bedingungen emanzipatorisch gerichteter Handlungsmotivation und -fähigkeit

In dem hier unvermeidbaren Verzicht auf Differenzierung und Präzisierung muß man nach meinem Dafürhalten aus heutiger Sicht feststellen, daß erstens Marx' und Engels' Annahme der Entfaltung proletarischen Klassenbewußtseins, der Entwicklung der Arbeiterschaft zur "Klasse für sich" und damit zugleich des emanzipatorisch gerichteten Klassenkampfes letztlich, d.h. von regionalen und temporären Ausnahmen abgesehen, keine Bestätigung fand; daß zweitens dagegen die Marxsche Kapitalanalyse von der tatsächlichen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise keineswegs widerlegt wurde. Meine erste Feststellung halte ich für empirisch evident und bei eingehenderer Untersuchung auch für historisch bestätigt. Sie bedarf eher der *Erklärung* als der Begründung. Der zweiten wird hingegen heute fast allseitig widersprochen, sie erfordert daher Begründung. Daß diese hier nicht zureichend differenziert und umfassend

gegeben werden kann, dürfte einsichtig sein. Mithin in aller Kürze und Allgemeinheit:

Ich vermag nicht zu beurteilen, in welchem Maße sich Marx der Entwicklung des Proletariats zur "Klasse für sich" in dem angedeuteten Sinne gewiß war. Die Antwort auf diese Frage läßt sich nicht aus vereinzelten Textstellen erschließen. Gewißheit findet eher in früheren und an die Adresse der Arbeiterklasse selbst gerichteten Texten Ausdruck; tiefe Skepsis und mitunter harsche Kritik an Arbeiterführern dagegen vor allem im Briefwechsel. Sicher ist jedoch, daß sich Marx mit Fragen der Ausformung personaler Subjektivität, der Ausbildung von Wert- und Einstellungsmustern, Handlungsmotivation und -fähigkeiten, den dazu wirksamen Bedingungsfaktoren usw. nicht wirklich befaßt hat. Man muß dazu bedenken, daß solche Probleme im 19. Jh. vor Freud generell wenig Erörterung fanden, und wenn überhaupt, oft unter dem Einfluß der dominierenden naturwissenschaftlichen Sichtweise in rationalistischer oder gar mechanistischer Vereinseitigung und Verkürzung angegangen wurden. Von den zahlreichen Aspekten, die zur Erklärung der getroffenen Feststellung zu beachten sind, will ich nur zwei anführen:

Erstens läßt sich eine allein zwar nicht ausreichende, m.E. aber wesentliche Erklärung mit Marx selbst geben: Das Lohnarbeitsverhältnis ist unter dem Aspekt einseitiger Mehrwertaneignung der Kapitalagenten zwar ein strukturell antagonistisches, interessengegensätzliches. *Innerhalb* kapitalistischer Produktionsbedingungen ist es aber zugleich die einzige Form, in der die Lohnabhängigen - davon zeugt dieser Begriff - ihren Lebensunterhalt erwerben können. Die Konsequenzen dieses Grundsachverhalts finden empirische Bestätigung aktuell z.B. immer wieder im Kampf von Belegschaften für 'ihre' Arbeitsplätze, also für die *Erhaltung* von Kapital, nicht für seine Abschaffung. Die personale, affirmativ gewendete Verinnerlichung dieses Zwangsverhältnisses ist naheliegend. Zweitens möchte ich, obgleich *spezifische* Erklärungen generell beweiskräftiger als allgemeine sind, doch eine solche anführen: Im Grunde legt die ganze uns bekannte Geschichte der Menschheit die Feststellung nahe, daß die *Hinnahme* je überkommener und bestehender gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse durch die sozialen Subjekte, die Individuen, Gruppen und Klassen, auch unter den Bedingungen ausgeprägter und offener Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Herrschaftsunterworfenheit weitaus eher die Regel und offene, massenhafte Auflehnung die Ausnahme ist. Warum sollte diese Regel sich nicht bestätigen unter entwickelt kapitalistischen Bedingungen, wo Ausbeutung, Ungleichheit und Beherrschung in vielfältiger Weise verschleiert sind und wirken?

### Die Aktualität der Marx'schen Kapitalanalyse

Mit Begründungsargumenten dafür, daß die Marxsche Analyse und Kritik der kapitalistischen Ökonomie nicht widerlegt und überholt, sondern im



wesentlichen bestätigt und aktuell ist, komme ich erst jetzt zum Kern des Themas. Ich fasse die Begründungen in drei Komplexen zusammen, wobei der dritte der aktuell wesentliche ist:

*Erstens:* Weil heute weniger aktuell, verweise ich eher der Systematik und Vollständigkeit halber auf die fast einhundertjährige Tradition, Marx mit dem Argument nicht eingetretener Prognosen für widerlegt zu erklären, die er allerdings gar nicht oder nicht in der behaupteten Form gestellt hat. Bis vor geraumer Zeit konzentrierten sich diese "Widerlegungen" auf die Schlagworte "Verelendung der Arbeiter" und "Zusammenbruch des Kapitalismus". Von letzterem ist bei Marx nicht die Rede. Obgleich für ihn in humanitärer, sozialer, kultureller und historischer Hinsicht wesentlich, bildet das, was die Kritiker mit "Verelendung" meinen, in Marxens Kapitalanalyse eher einen Nebenaspekt. Sie benutzen ganz überwiegend den Begriff im Sinne *absoluter materieller* Verelendung, während es bei Marx um steigenden Ausbeutungsgrad, also um eine *Relation* geht, die Realloohnerhöhungen nicht ausschließt. Vor allem aber verstand Marx, der den Begriff im übrigen eher selten verwandte, z.B. unter 'Degradation' der Arbeiter, von der er sprach, vor allem Abhängigkeit, Unterworfenheit, Unselbständigkeit, Restriktion von physischer, mentaler, intellektueller, kreativer Entfaltung und personaler Identität.

*Zweitens:* Da Marx, im Unterschied zur Mehrheit vor allem der heutigen Ökonomen, die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Strukturbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise und damit deren Funktionsweise und Dynamik erfaßte, war er in der Lage, zu einer Zeit, in der diese Wirtschaftsform noch keineswegs zur Reife gelangt war, eine ganze Reihe bestimmter Momente ihrer Fortentwicklung, auch in gesellschaftlicher Hinsicht, zutreffend zu bezeichnen. Ich nenne dafür nur einige Beispiele ohne Bewertung der Sachverhalte; einige kommen im Kontext von Punkt drei nochmals zur Sprache:

Versteht man mit Marx unter 'Proletariat' nichts anderes als die Klasse der Lohnabhängigen, so ist diese seiner Annahme gemäß in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften bereits seit Jahrzehnten die zahlenmäßig dominierende (wobei er allerdings die bewußtseins- und verhaltensrelevanten Wirkungen der Segmentierungen innerhalb der Klasse nicht antizipierte).

- Marx sprach von der immanenten Tendenz des Kapitalismus, den Weltmarkt herzustellen, eine Realität, die heute als "Globalisierung" in der Diskussion ist.

- Er analysierte die säkulare Tendenz zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die man fast täglich in den Wirtschaftsteilen der Tagespresse bestätigt findet.

- Mit dem, was Marx als die "Produktion des relativen Mehrwerts" bezeichnete, erfaßte er schon im frühindustriellen Stadium den konkurrenz-

vermittelten Zwang der Agenten der Einzelkapitale zu permanenter Produktivitätssteigerung und als Bedingung derselben zu ständiger Umwälzung der Produktionstechniken und -methoden.

- Marx sah auch die damit notwendig verbundene Wirkung fortschreitenden "Ersatzes" lebendiger Arbeit durch Maschinerie, also das, was heute als "technologische Arbeitslosigkeit" beklagt wird.

- Die in den 50er Jahren von einigen US-amerikanischen Autoren, voran V. Packard, beschriebenen ausgeklügelten Methoden systematischer und zielgerichteter Bedürfnisstimulierung, um unter der Voraussetzung industrieller Massenproduktion den Tendenzen zur Marktsättigung zu begegnen, würden Marx nicht erstaunen, er bezeichnete dieses Bestreben der Kapitalagenten exakt.

*Drittens:* Hinter diesen nur beispielhaft genannten Einzelmomenten der Dynamik der kapitalistischen Ökonomie wirken form- und trendbestimmend *allgemeinere* Charakteristika derselben als Strukturbildungen und Funktionsbedingungen, deren Konsequenzen und aktuelle Ausdrucksformen uns allen überwiegend bekannt sind. Drei sollen nachfolgend exemplarisch zur Sprache kommen. Als solche allgemeinen Merkmale der kapitalistischen Wirtschaft habe ich Grundbedingungen im Auge, deren Auswirkungen eine noch umfassendere Reichweite haben, als das Charakteristikum der Mehrwertproduktion, des kapitalistischen Ausbeutungsmechanismus'. Wenn ich auf diesen nachfolgend nicht mehr ausdrücklich eingehe, dann nicht etwa deshalb, weil ich den Sachverhalt leugne oder seine Folgen für unwesentlich halte. Was ich allerdings betonen will und was im übrigen in den leider zu wenigen aktuellen kapitalismuskritischen Diskursen zumeist durchaus gesehen wird, ist, daß die bezeichnete, früher verbreitete tendenzielle Reduktion der Marxschen Kapitalanalyse und -kritik auf Mehrwert und Ausbeutung nicht nur heute unzureichend ist, sondern das immer schon war. Heute ist das nur offenkundiger geworden. Die drei allgemeinen Merkmale der kapitalistischen Ökonomie sind: die *kapitalistische Grundform gesellschaftlicher Klassenspaltung*, funktionsnotwendige *expansive Dynamik* und, damit in wechselseitiger Bedingung, *Kapitalverwertung als struktureller Zwang* und zugleich handlungsleitendes Motiv der Kapitalagenten.

Die *kapitalistische Form der Klassenteilung* basiert zunächst und vor allem darauf, daß die 'sachlichen Produktionsbedingungen' (Marx) in die exklusive Verfügungsmacht einer sozialen Minorität übergehen, womit sie Kapitaleigenschaft erhalten und wodurch sich ein formspezifisches gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis konstituiert. Der Ausschuß des weit größeren Teils der Gesellschaft von der Verfügung über sachliche Wirtschaftsmittel (wie Boden, Rohstoffe, Arbeitsmittel, Geld und Kapital) wird durch die Rechtsform des *Privateigentums* gesichert, womit sich diese Ressourcen zugleich in Mittel *sozialer Herrschaft* verwandeln, da diese Verfügung notwendig Aneignungsmacht der Resultate abhängiger Arbeit und



das Recht bedeutet, durch Aufkündigung des Lohnarbeitsverhältnisses über die elementaren Lebensbedingungen anderer Menschen einseitig zu entscheiden.

*Expansive Dynamik* heißt Wachstumsfixierung. Die ständigen Beschwörungen, Lobpreisungen oder, wie heute häufiger, Klagen der Unternehmer, Politiker, Ökonomen und Publizisten sind ein offenkundiger Beleg des Sachverhalts: Ökonomische Erfolgsindikatoren sind solche des Wachstums, vor allem des Sozialprodukts, des Umsatzes, der Produktivität, des Exports und des Profits.

*Kapitalverwertung* erheischt Mehrwertproduktion und -akkumulation, also *Kapitalvermehrung*. Kapital ist nicht gleich Geld, aber Kapitalmengen werden in Geldgrößen ausgedrückt, z.B. der Wert des Anlagekapitals eines Unternehmens. Für Marx ist Geld die stoffliche Erscheinungsform von 'Wert', und zwar des 'abstrakten Werts', nämlich der Werteigenschaft der warenförmigen Resultate der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit. Diese Werteigenschaft sieht man den Waren im Unterschied zu ihrer *gleichzeitigen* stofflichen Gestalt als *Gebrauchswerte* nicht an. Gebrauchswerterzeugung ist *Bedingung*, aber nicht unternehmerisches *Motiv* der Produktion von 'abstraktem' Wert, der sich realisiert in den kreislaufartig wechselnden Formen von Waren, Geld und Kapital. Kapitalverwertung ist also nicht möglich, ohne daß die darauf ausgerichtete Produktion zugleich *auch* solche von Gebrauchswerten ist. Aber diese sind den Kapitalagenten im Prinzip gleichgültig, sie interessieren nur in ihrer gleichzeitigen abstrakten Werteigenschaft. Die divergierenden Positionen und Funktionen von Kapitalagenten und Lohnabhängigen in den Verwertungsprozessen bewirken somit strukturell gegensätzliche Interessenlagen: Ersteren geht es um Vermehrung von Wert in seiner abstrakten Form als Geld und Kapital, letzteren um gebrauchswertbezogene Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse.

## Unvernunft und Inhumanität kapitalistischer Ökonomie

Die vielfältigen Konsequenzen dieser Grundcharakteristika kapitalistischer Ökonomie können in zumindest vier Problembereichen identifiziert und verfolgt werden. Ich kann diese hier nur sehr unvollständig bezeichnen, was jedoch insofern kein erhebliches Manko bedeutet, als die anzudeutenden Sachverhalte und Zusammenhänge überwiegend als bekannt, wenn auch nicht immer als bewußt, vorausgesetzt werden können:

*Erstens:* Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wuchs die Masse des Kapitals (sowohl der fungierenden Einzelkapitale wie entsprechend im jeweils gesellschaftlichem Maßstab) mehr oder minder kontinuierlich an und innerhalb dieser Prozesse setzte sich zugleich die bereits von Marx hervorgehobene Tendenz zur Zentralisation und Konzentration von Kapital durch. Damit festigte und erweiterte sich zugleich die kapitalistische Basis sozialer Herrschaft. Nicht wenige der heutigen Konzerne

verfügen weltweit nicht über zehn-, sondern über hunderttausende von Beschäftigten. Deutlicher als in der fordistischen Phase des Kapitalismus erweisen sich Lohnarbeitsverhältnisse als 'prekär', als beständig von den Gefahren der 'Freisetzung', der Herabqualifizierung, von Lohnkürzungen, Reduktion betrieblicher Sozialleistungen und von Deregulation rechtlicher Normierungen zugunsten der Lohnabhängigen bedroht. Vor allem Großkonzerne erwerben und veräußern heute ganze Großunternehmen als handele es sich um komplexere Formen von Ware, wobei solche Eigentumswechsel i.d.R. mit Beeinträchtigungen der Lage und der Interessen der Beschäftigten einhergehen.

In den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften werden erstaunlicherweise diese Vorgänge selbst seitens der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen als Selbstverständlichkeit des Wirtschaftsalltags aufgefaßt. Kaum wird der Widerspruch zwischen dem Freiheits-, Demokratie- und Menschenrechtspathos als vielstrapazierte Legitimationsressource der Herrschenden und Regierenden und der Realität völliger gesellschaftlicher (geschweige denn individueller) *Ohnmacht* gegenüber den Praktiken unkontrollierter, allen Rechtfertigungsanfordernissen enthobener Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über fremde Lebensbedingungen und Schicksale wahrgenommen und zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen und Proteste gemacht. Die kapitalistische Ökonomie, die Prozesse der materiellen gesellschaftlichen Produktion, bilden den Nukleus der vielmehr gliedrigen gesellschaftlichen *Reproduktion* und stehen mit den außerökonomischen Sphären derselben in vielfältigen wechselseitigen Bedingungsverhältnissen. Deshalb sind auch diese Bereiche mehr oder weniger direkt geprägt von den kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen und von den je spezifischen Bedingungen ihrer Gewährleistung, was zu be greifen wesentlich ist, hier aber nicht verfolgt werden kann.

*Zweitens:* Industriell-kapitalistische Produktion und Wirtschaftstätigkeit überhaupt war und ist bisher immer mit Inanspruchnahme der natürlichen Umwelt verbunden, und zwar in der doppelten Weise von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung durch Schadstoffimmissionen und toxische Produktionsrückstände. Die von diesem evidenten Sachverhalt ausgehenden Gefährdungen sind allbekannt, ebenso aber auch, daß die beschlossenen und mehr noch die realisierten Gegenmaßnahmen weit hinter den Erfordernissen zurückbleiben. Zwar sind die Belastbarkeitsgrenzen unserer natürlichen Umwelt nicht exakt bekannt und umstritten; viele Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß sie in einigen relevanten Bereichen gefährlich nahekommen, wenn nicht sogar schon erreicht sind. Wissenschaftler, Politiker und andere mehr oder weniger sachkompetente Interessierte erhoffen bzw. erwarten von der sog. Tertiärisierung der kapitalistischen Ökonomie eine relevante Entlastung der Umwelt, eine Annahme, der heute zunehmend mit triftigen Argumenten widersprochen wird.



*Drittens:* Dem Kapitalismus ist ein Konkurrenzsystem eigen, das sich bis heute gleichsam verlängert bzw. erweitert von der innerstaatlichen Konkurrenz zwischen den Agenten der parzellierten Einzelkapitale, über die internationale Konkurrenz vor allem der weltweit agierenden multinationalen Konzerne, bis zur Konkurrenz zwischen Wirtschaftsnationen und -blöcken, die US-amerikanische Autoren in jüngerer Zeit gern als versteckte und offene Wirtschaftskriege kennzeichnen. Dieses Konkurrenzsystem bewirkt in den je höheren Dimensionen das gleiche Resultat wie im je einzelnationalen oder volkswirtschaftlichen Bereich, die Reproduktion und Verfestigung struktureller Ungleichheit: Asymmetrische innergesellschaftliche Einkommens- und Wohlstandsverteilung, disproportionales Wachstum der Einzelkapitale, ungleiche Entwicklung der nationalen Wirtschafts- und Wissenschaftspotentiale, der Produktionsfähigkeiten und der Aneignungsmacht, der Konkurrenzchancen und der Ressourssenausstattung usw. Zwar sind die jeweiligen Strukturen und Hierarchien nicht völlig starr, es finden immer innerhalb derselben (relative) Aufstiegs- und Abstiegswegungen statt. Generell bleibt aber die Asymmetrie von Wirtschaftsstärke, Wohlstand, Entwicklungspotentialen etc. erhalten und sie ist unter kapitalistischen Produktions-, Konkurrenz- und Aneignungsbedingungen auch nicht substantiell reduzierbar. Unter den Bedingungen, die heute als Konsequenzen der 'Globalisierung' diskutiert werden, nehmen die Formen und Wirkungen dieser Konkurrenzen jene regressiven und destruktiven Erscheinungen an, die sich zu einer Art Negativsummenspiel verdichten. Die Einkommensentwicklung in den USA in den vergangenen 20 Jahren, wo etwa 80% des Zuwachses auf 10% der Einkommensbezieher entfielen, ist ein schlagendes Beispiel der erweiterten Reproduktion von Ungleichheit in der innergesellschaftlichen Dimension. Der ökonomische Aufstieg einer Reihe sog. "Schwellenländer" bei zunehmender Verelendung der etwa 40 ärmsten Länder der Erde belegt die zwieschlächtige Dynamik des volkswirtschaftlichen und zwischenstaatlichen Konkurrenzsystems. Auf die vielfältigen Folgen, Probleme, Gefährdungen, die aus dieser Grundtendenz resultieren, wie z.B. die Entstehung stets neuer innerstaatlicher, zwischenstaatlicher und regionaler Konfliktherde, mehr oder weniger begrenzter Kriege und sozialer Unruhen etc. kann hier nicht näher eingegangen werden. In diesem Zusammenhang müßten Anspruch und Realität der "Neuen Weltordnung" nach der Implosion der realsozialistischen Gesellschaften analysiert und diskutiert werden, ein Erfordernis, das die heutige Restlinke beharrlich negiert.

### **Entkoppelung von kapitalistischer Produktivkraftentwicklung und gesellschaftlicher Wohlstandsmehrung**

*Viertens:* Dieser Komplex negativer, bedrohlicher, destruktiver Konsequenzen der Ausformung und Dynamik der heutigen kapitalistischen Ökonomie

sowie der diese befördernden anstatt entgegenwirkenden Politik umfaßt die verschiedenen Ausdrucksformen des grundlegenden Sachverhalts, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte sich für ganze Nationen und für breite soziale Klassen und Schichten innerhalb der nationalen Gesellschaften nicht mehr als Wohlstandsmehrung, sondern in erheblichem Maße als das Gegenteil, als *Wohlstandsminderung* auswirkt. Die konkreten Formen, in denen sich diese Entwicklung ausdrückt, lassen sich zu einigen Gruppen zusammenfassen. Ich unterscheide abschließend ohne Vollständigkeitsanspruch deren drei. Die beiden ersten sind weithin bekannt und bewußt, die dritte m.E. dagegen kaum.

- Abkoppelung von der Wohlstandsentwicklung im weitesten Sinne durch Maßnahmen und Tendenzen wie:

- Zunehmende Diskrepanz der Einkommensentwicklung zugunsten aneignungsprivilegierter, i.d.R. dem Verwertungsprozeß verfügbaren und funktionsmäßig verbundener Schichten und Gruppen, die, von Land zu Land verschieden, einen nicht geringen Anteil der Gesellschaft ausmachen können, bei absolutem Einkommensrückgang der sozial schwächsten und diskriminiertesten Schichten.
- Praktizierung vielfältiger Formen von Sozialabbau durch sukzessive Auflösung der bisherigen, auf Solidarhaftung basierenden Sicherungssysteme, Einschränkung ihres Leistungsumfanges bei Risikoprivatisierung mit der Tendenz vollständiger Durchsetzung der letzteren.
- Deregulierung der vor allem durch Gewerkschaften schrittweise durchgesetzten rechtlichen Ausgestaltungen des Lohnarbeitsverhältnisses mit Schutz- und Mitwirkungsansprüchen der Lohnabhängigen.
- Fortschreitende Reduktion öffentlich finanzierter oder subventionierter Einrichtungen und Dienste in den Bereichen von Erziehung, Bildung, Ausbildung und Fortbildung, Kultur, Jugend und Freizeit etc.
- Zunehmende Beeinträchtigung menschlichen Wohlbefindens, mithin der "Lebensqualität", durch Formen der Betroffenheit von ökologischen Schäden und Fehlentwicklungen.
- Für mich ist erstaunlich, wie wenig die Tendenzen, die ich nachfolgend andeuten will, kritisch zur Kenntnis genommen werden. Dazu eine Vorbemerkung: Daß die Einkommen der Lohnabhängigen für Unternehmer einen Teil der Produktionskosten ausmachen, die zu minimieren sie bestrebt sind, ist bekannt. Ebenso ist mehr oder weniger geläufig, daß diese Einkommen in der oder jener Form in die Prozesse der Kapitalverwertung zurückfließen, sei es als Nachfrage nach Waren und Diensten, sei es durch Sparen, das dem Geld- und Finanzkapital Mittel zuführt. Im Prinzip ist es den Lohnabhängigen (wie auch den nicht-lohnabhängigen Schichten) so



gut wie unmöglich, ihr Einkommen den Kapitalkreisläufen zu entziehen. Den Unternehmen der einzelnen Produktions- und Wirtschaftszweige ist nun keineswegs gleichgültig, in welcher Weise die potentiellen Nachfrager nach Waren und Diensten ihr Einkommen verausgaben. Die Agenten jeder Sparte möchten einen möglichst großen Teil der Gesamtnachfrage auf das je eigene Angebot lenken. Die Konsequenzen dieses Sachverhalts führt immer mehr zu grotesken Ausmaßen und Geschwindigkeiten sog. Produktinnovationen, seien es tatsächliche, seien es mehr oder minder vorgetäuschte. Auch das wissen wir.

Kaum reflektiert wird jedoch, welches quantitative und qualitative Maß an gesellschaftlicher Arbeit für diese Innovationsexzesse aufgewandt wird und in welchem Mißverhältnis dieser Aufwand zu tatsächlicher individueller und gesellschaftlicher Bereicherung und Mehrung von Wohlbefinden steht. Daß diese Frage nicht gestellt wird, würde Karl Marx nicht überraschen; die Ursachen analysierte er als Prozesse der Mystifizierung und Fetischisierung des Kapitalverhältnisses im ganzen sowie auch seiner Komponenten und der sie bezeichnenden Kategorien. Es erhellt dagegen, diesen Sachverhalt - wie auch andere - nicht in den Kategorien von z.B. Kaufkraft, Angebot und Nachfrage, Arbeitsplätzen, deren Bedeutungsgehalt dem Kapitalverhältnis adäquat bestimmt ist, zu erklären, sondern aus der Perspektive der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenartigen Bereiche der Wohlstandserzeugung. Wenn es z.B. heute heißt, Renten, Gesundheitsvorsorge, Krankenhäuser, Seniorenbetreuung, Weiterbildung und Umqualifikation, Sozialhilfe etc. seien nicht mehr finanzierbar, dann stellt sich entmystifiziert die Frage, weshalb die gesellschaftliche Arbeit nicht anders proportioniert wird und ob immer weitere (Schein)Verbesserungen und Neuerungen z.B. in der Unterhaltungselektronik und bei Freizeitsportgeräten wichtiger sind als die bezeichneten gesellschaftlichen Defizitbereiche? Wenn eingewandt wird, Umproportionierung der gesellschaftlichen Arbeit erzeuge z.B. keine Renten, so ist das auch eine vom Geldfetisch infizierte Feststellung. Die älteren Menschen leben nicht von der Geldform ihrer Rente, sondern von den durch Aufwand gesellschaftlicher Arbeit erzeugten Gebrauchswerten, die sie für Geld erwerben. Die kapitalkonforme Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit bedeutet nichts anderes, als daß primäre individuelle und kollektive Bedürfnisse in Produktion und Verteilung diskriminiert werden zugunsten mit hohem Aufwand künstlich erzeugter und raffiniert oktroyierter.

Soweit verkürzt zu dieser dritten Ausdrucksform der Entkoppelung von kapitalistischer Produktivkraftentwicklung und realer Wohlstandsvermehrung. Es ist das ein vielschichtiger Problembereich, der zu diffizilen, sicher kontrovers diskutierten Fragestellungen hinführt, wie etwa zu der gesellschaftlich erzeugter Subjektivitätsform, der mentalen Konditionierung der sozialen Individuen mit dem Resultat von Bedürfnisstrukturen, die den Kapitalverwertungsbedingungen funktional sind.

In den bezeichneten negativen Entwicklungen sowie ökologischen, sozialen und politischen Gefährdungspotentialen gelangen direkt und indirekt immanente Tendenzen der kapitalistischen Ökonomie als Konsequenzen der ihr eigenen Funktionsbedingungen zum Ausdruck. Diese dürfen jedoch nicht als starre *Determinanten*, als unabhängig von menschlichen Entscheidungen und Handlungsweisen sich eigengesetzlich durchsetzende alternative Zwänge aufgefaßt werden. Im Prinzip bestehen real durchaus stets Gestaltungsspielräume und Möglichkeiten gesellschaftlich-politischer Regulation dieser Prozesse und ihrer Folgewirkungen. Was wir jedoch seit 15 bis 20 Jahren weltweit sowohl in inner- wie in internationaler Dimension erleben, ist die ideologische und politische Hegemonie der Interessen- und Machtposition jener sozialen Klassen und Schichten, deren Mitglieder direkt oder indirekt als Agenten der Kapitalprozesse fungieren oder - und das ist die weit größere Anzahl - die an diesen Prozessen in höherem oder geringerem Maße partizipieren. Diese Position und Haltung rücksichtslos verfolgter Aneignungsinteressen drückt sich ideologisch im Neoliberalismus und wirtschaftspolitisch im monetaristischen Dogma aus. Daß dem so ist, ist weder ein Rätsel, noch eine Anomalie. Schwer nachvollziehbar ist dagegen die breite Hinnahme und Anerkennung dieser Ideologie und der ihr folgenden Politik in großen Teilen der einstigen Arbeiterbewegung und Linken und darüber hinaus in den sozialen Klassen und Schichten, deren Angehörige nicht zu den Profiteuren, sondern zum erheblichen Teil zu den Benachteiligten und Opfern dieser Praxis von 'Kapitalismus pur' gehören.



## Die "Postmoderne" als Realität und Ideologie

Die Zeit der Illusionen ist zu Ende, der Traum von einer kontinuierlichen Wohlstandsentwicklung und einem sozial domestizierten Kapitalismus ausgeträumt.

Durch die verschärften Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft sind die sozialen Risiken unkalkulierbar geworden. Weder "Bildung und Ausbildung", noch "Mobilität und Umstellungsbereitschaft", die von der affirmativen Sozialforschung als "Kompetenz für Modernität"<sup>1</sup> definiert und als Garanten sozialer Selbstbehauptung angesehen werden, bewahren vor beruflichen Sackgassen, Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg. In einer Situation des massenhaften Arbeitsplatzabbaus und unkalkulierbarer Zukunftsperspektiven erhält auch die "Konkurrenz der Arbeitenden untereinander" (Marx) einen veränderten Stellenwert. Ehemals mehr oder weniger dem Beschäftigungsverhältnis vorgelagert, ist durch die Unsicherheit verbreitenden betrieblichen Umgestaltungen die Konkurrenzorientierung allgegenwärtig geworden. Die Erfahrung des ersatzlosen Arbeitsplatzabbaus zwingt die Beschäftigten, sich auch gegenüber den unmittelbaren Arbeitskolleginnen und -kollegen zu profilieren, in der Hoffnung, bei der nächsten Rationalisierungswelle noch einmal "davon-zu-kommen".

Durch den Abbau der sozialen Sicherungssysteme "prosperieren" Ausgrenzungs- und Armutsformen, die schon als überwunden galten. Unübersehbar sind die sozialen Spaltungstendenzen: Den Beschäftigten in den prosperierenden "Kernen" steht eine rasch anwachsende Gruppe mit entwerteten Qualifikationen und sinkenden Realeinkommen gegenüber. Für immer mehr Arbeitskraftverkäufer ist es fraglich, wie lange sie überhaupt noch einen Platz im Berufsleben finden.

Leben in der "Postmoderne": Oberflächlich betrachtet ist das Leben "postmodern" geworden. Traditionelle "Gewißheiten" haben sich verbraucht und perspektivische Entwürfe ihre Überzeugungskraft eingebüßt. Gesellschaftsrelevante Interpretationsmuster sind den Menschen abhanden gekommen; das Individuum ist auf seine Vereinzelung, die eine Faktizität und gleichzeitig eine ideologische Spiegelung ist, zurückgeworfen.<sup>2</sup> Ihm fehlt nicht nur ein Verständnis seiner aktuellen Lebensbedingungen, sondern schon der Ansatz eines historischen Bewußtseins. Ohne realistische Orientierungsmöglichkeiten konzentriert sich das Lebensinteresse auf den isolierten Alltagshorizont und den flüchtigen Augenblick: Die "postmodernen" Menschen "wachsen in einer Art permanenter Gegenwart auf, der jegliche organische Verbindung zur Vergangenheit ihrer eigenen Lebens-

zeit fehlt."<sup>3</sup> Obwohl nicht ursächlich durch ihn hervorgerufen, wird der soziale Gedächtnisverlust durch den Medienapparat und die anderen Formen kommerzieller "Zerstreuung" perpetuiert: Erfahrung wird von "Erlebnissen" überlagert und verdrängt.

Die Objektivität löst sich für das entfremdete Alltagsbewußtsein in zersplitterte Einheiten, in disparate Elemente ohne sichtbaren Zusammenhang auf. Alles scheint möglich, jedoch ist die soziale Existenz und Entwicklungsrichtung "kontingent", was in der Alltagswirklichkeit diffus und unkalkulierbar bedeutet. Jeder muß seinen eigenen Weg finden, sein Leben jenseits verlässlicher Anhaltspunkte und solidarischer Beziehungsstrukturen gestalten. Ethische Indifferenz und soziale Verantwortungslosigkeit sind wichtige Voraussetzungen erfolgreicher "Lebensgestaltung". Die Menschen richten sich in einer Welt ohne Wahrheit, Maßstäbe und Perspektiven ein. Die Maxime "Es ist, wie es ist", "fundiert" einen lebensweltlichen "Realismus", der weder Hoffnung noch Visionen zuläßt.

Der Alltag ist durch die Erfahrung sozialer Beziehungslosigkeit und fehlender Sinnhaftigkeit geprägt: Auf der Oberfläche spielen zwischenmenschliche Kontakte eine große Rolle, organisiert sich das Leben in dichten "Kommunikationsnetzen" - ohne, daß wirklich miteinander geredet wird oder die eigentlichen Bedürfnisse zur Sprache kommen. Durch den permanenten Zwang, seine soziale Position zu verteidigen und sich gegenüber den Arbeitsmarktkonkurrenten zu profilieren, entwickelt sich ein "instrumentalistisches" Verhältnis zu den Mitmenschen; sie werden primär als Gegenprinzip zu den eigenen Lebensansprüchen wahrgenommen. Bis in die privaten Beziehungen herrscht die Angst, mißbraucht und übervorteilt zu werden. Trotz einer äußeren "Wohlhabenheit" (die aber immer fragwürdiger wird) leiden viele Menschen an einer inneren Leere, dem Gefühl der Sinnlosigkeit ihres Lebens und der Vergeblichkeit ihres Tuns. Durch seine weltanschauliche bzw. politische Hilflosigkeit ist der "postmoderne" Mensch widerstandslos gegen die zunehmende Fremdbestimmung, wird "die Persönlichkeit auch hier zum einflußlosen Zuschauer dessen ..., was mit seinem Dasein, als isoliertem, in ein fremdes System eingefügtem Teilchen geschieht".<sup>4</sup>

Durch die sozio-strukturell produzierte Bewußtlosigkeit können sich handfeste Klasseninteressen problemlos hinter ideologisch konstruierten Sachzwängen verbergen. Mythisch überladene Begriffe, wie der "Markt" oder neuerdings die "Globalisierung", transportieren eine Weltsicht, die das Verständnis des Geschehens erschwert und die Möglichkeit einer rationalen Einflußnahme auf soziale Prozesse verleugnet.

<sup>1</sup> W. Zapf u.a., Individualisierung und Sicherheit, München 1987, S. 138.

<sup>2</sup> Vgl. W. Seppmann, Individualisierung und Desintegration. Reproduktionsformen der "modernen" Klassengesellschaft, in: Z 27 (September 1996), S. 70ff.

<sup>3</sup> E.J. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 17.

<sup>4</sup> G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 101.



## Jenseits der Solidarität

Die programmatischen Fixierungen der "Moderne" scheinen im sozio-kulturellen Selbstbewußtsein der 90er Jahre keine Gültigkeit mehr zu besitzen: Die Überzeugungskraft der Fortschrittslogik ist verbraucht, die Aufklärung sprachlos geworden; solidarische Problemlösungskonzepte und soziale Emanzipationsvorstellungen sind von der politischen Tagesordnung verschwunden.

Durch die realen Isolations- und Vereinzelungstendenzen ist der Eindruck entstanden, nur noch den eigenen Kräften und Fähigkeiten vertrauen zu können. Durch den Krisendruck schwinden die Skrupel, die "Ellenbogen zu benutzen", den anderen auszugrenzen und kompromißlos den eigenen Vorteil im Existenzkampf zu suchen. Die Radikalisierung der Kapitalakkumulation hat zu einer zunehmenden Sozialdifferenzierung und einem verschärften Konfrontationsklima geführt. Gewachsen ist die Bereitschaft, Ungleichheit und Unterprivilegierung zu akzeptieren: Entstanden sind Lebensverhältnisse, in denen "jeder Einzelne die Kälte um sich verbreitet, in deren Schutz er gedeihen kann."<sup>5</sup> Die Menschen ziehen sich in das Private als einen vermeintlichen Schutzraum zurück; ihre Haltung zum gesellschaftlichen Geschehen ist "indifferent", weil die Verdrängung der sozialen Widersprüche und Gefährdungen zum psycho-sozialen Überlebensprinzip geworden ist. Denn es erweisen sich "jene Menschen als lebensstüchtiger, denen es gelingt, sich durch Illusionen gegen alle Informationen zu schützen, die ihr Bild von Stärke und Kompetenz und ihre [individualistischen] Zukunftserwartungen gefährden."<sup>6</sup> Fatale Konsequenz dieses Bestrebens, "den Schein einer menschlichen Existenz" (Marx) aufrecht zu erhalten, ist die Versöhnung mit den Konsequenzen entfremdeter Sozialbeziehungen, mit der Zerstörung von Sensibilität und der Betäubung von Widerspruchsbedürfnissen.

Die Hoffnungen auf ein besseres Morgen haben sich verflüchtigt; perspektivische Orientierungen werden von einem diffusen Gefühl der Beklommenheit, wenn nicht gar handfesten Existenzängsten verdrängt, zumal die sozialen Anforderungen, mit denen die Menschen konfrontiert werden, in sich selbst widersprüchlich sind. Denn im Widerspruch zu den sozialtheoretischen Mythen vom Beginn eines "postindustriellen Zeitalters" und dem "Ende der Arbeitsgesellschaft" besitzen die traditionellen Orientierungsmuster eine ungebrochene Gültigkeit. Der Platz des Individuums in der Gesellschaft vermittelt sich nach wie vor über den beruflichen Status, sein Selbstwertgefühl über die sozial anerkannte Leistungsfähigkeit. Weil es aber durch die sozialen Ausgrenzungsprozesse immer weniger Menschen gelingt, den verinnerlichten Leistungsorientierungen zu genügen, hat die

<sup>5</sup> T.W. Adorno, *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt/M 1969, S. 28.

<sup>6</sup> C. Szeszsy-Friedmann, *Die kühle Gesellschaft. Von der Unmöglichkeit der Nähe*, München 1991, S. 102.

ökonomische Krise sich zu einem sozio-kulturellen Erosionsprozeß verdichtet. Der Ausschluß großer Bevölkerungsgruppen aus dem sozio-ökonomischen Reproduktionsrahmen bewirkt auf der individuellen Ebene psychische Instabilitäten und normative Diffusionen; Gefühle der Bedrohung und der Ratlosigkeit bilden einen fruchtbaren Nährboden für Resentiments und Haßsyndrome. Gesamtgesellschaftlich schwindet das schon erreichte Niveau der Realitätswahrnehmung und gewährt regressiven Reaktionsformen einen ungestörten Entfaltungsraum.<sup>7</sup> Die Zunahme von Irrationalität und Gewalt, die Ausbreitung von Wunderglauben und obskuren Erlösungserwartungen sind die Symptome eines zunehmenden Zivilisationsverlustes.<sup>8</sup>

Es haben sich Lebensverhältnisse entwickelt, in denen Unsicherheit und Orientierungslosigkeit zum Normalzustand geworden sind. Aber trotz der sozialen Gefährdungen und einer verstärkten Konfrontationsbereitschaft von Seiten der Herren über die Arbeitsplätze und Lebensperspektiven formiert sich nur verhaltener Widerstand, fügen sich die Mehrheit der "individualisierten" Krisenopfer sprachlos ihrem "Schicksal". Trotz zunehmender Massenarbeitslosigkeit, trotz Demontage des sozialstaatlichen Regulationssystems und einer eklatanten Verschärfung der sozialen Gegensätze hat sich bisher nur eine punktuelle und institutionell kanalisierbare Auflehnungs- und Widerspruchsbereitschaft artikuliert.

## Regressionsformen des Denkens

Die ideologische Selbstunterwerfung funktionierte bisher weitgehend reibungslos, weil die Kräfte alternativer Orientierung schwach entwickelt sind und die kapitalismusspezifischen Deutungsmuster massenwirksam nicht in Frage gestellt werden. Dominant ist das herrschaftskonforme Bild eines restaurativen Epochenumbruchs, in dem historische Fortschritts- und soziale Gerechtigkeitsorientierungen keinen Platz mehr haben. Fetischisierte Bewußtseinsformen, die unmittelbar aus der kapitalistischen Lebenspraxis resultieren, können sich in diesem weltanschaulichen Klima ungestört entfalten und die Vorstellungen von der Unerschütterlichkeit der bestehenden Verhältnisse zusätzlich festigen: Obwohl in der gegenwärtigen Krise die vielschichtigen Widersprüche einer kapitalistischen "Modernisierung" zu Tage treten, wird durch die ideologische Hegemonie des herrschenden Blocks die Verarbeitung dieser Erfahrungen in einem machtkonformen Sinne gewährleistet. Obgleich die Protest- und Streikaktionen der letzten Zeit auch eine Vorstellung von den "Grenzen der Globalisierung" und der Fragwürdigkeit der These vom "Ende der Geschichte" vermittelt haben, wird die Widerstands- und Handlungsbereitschaft durch eine politische

<sup>7</sup> Vgl. H. Heuermann, *Medienkultur und Mythen. Regressive Tendenzen im Fortschritt der Moderne*, Reinbek 1994.

<sup>8</sup> Vgl. W. Seppmann, *Dialektik der Entzivilisierung. Krise, Irrationalismus und Gewalt*, Köln 1995.



und weltanschauliche Hilflosigkeit gegenüber der verwertungsorientierten Umwälzung der Arbeits- und Lebensbedingungen gelähmt: Während die meisten Krisenopfer sich resignativ zurückziehen, weil sie sich aufgrund des herrschenden psycho-sozialen Regulationssystems für ihr berufliches "Versagen" verantwortlich fühlen und Scham empfinden<sup>9</sup>, und die "sozial-partnerschaftlich" orientierten Interessenvertreter der Arbeitenden in ihren Reaktionen zwischen hilflosem Protest und nur mühsam überdeckter Resignation schwanken, haben große Teile der Intelligenz im Schatten der sozio-kulturellen Umbrüche ihr kritisches Selbstverständnis gegen soziale Gleichgültigkeit, intellektuellen Relativismus und Verfallsmythologien eingetauscht. Die Deutungsmuster des herrschenden Denkens werden von ihrer Mehrheit akzeptiert und in den Kanon ihres "diskursiven Wissens" integriert. Vernunftorientierte Gesellschaftskritik und historische Rationalitätsorientierungen sind in die Defensive geraten.

Einschneidende Veränderungen des kulturell-ideologischen Profils haben sich schon seit den 80er Jahren abgezeichnet: Ein vordem naiver Fortschrittsoptimismus ist im Windschatten des neo-konservativen Terraingewinns in Skepsis gegenüber planender Weltveränderung und nicht selten auch in eine Aversion gegen Rationalität und Vernunft umgeschlagen. Die Rede ist vom "Scheitern der Moderne" und vom Beginn eines "postmodernen Zeitalters". Das Bemühen, Gleichheit und Gerechtigkeit zu realisieren, sei vergeblich gewesen, alle Versuche, verändernd in den gesellschaftlichen Prozeß einzugreifen, hätten ihr Ziel verfehlt; statt dessen habe der Fortschrittswille bloß neue Widersprüche und verschärfte sozio-kulturelle Disproportionen hervorgebracht.

Die Ursache für das Scheitern der Emanzipationsbestrebungen wird vom "postmodernen Diskurs" in dem der Aufklärungstradition verpflichteten Denken und dessen Insistieren auf Zusammenhänge und Strukturbeziehungen verortet. Weil kulturelle und soziale Phänomene sich nach den postmodernistischen Glaubenssätzen durch eine kaum vermittelbare Singularität auszeichneten, konstituiere jeder Erkenntnisanspruch und jeder Versuch, die Unmittelbarkeit theoretisch zu überschreiten, ein "Zwangsverhältnis". Der Wahrheit verpflichtete Denkanstrengungen und ihre konstitutiven "Kategorien Einheit und Identität" seien "selbst die Quelle der Zerrissenheit und des Leidens".<sup>10</sup> Philosophische und wissenschaftliche Rede solle deshalb von der "Inkommensurabilität der Wirklichkeiten"<sup>11</sup> ausgehen und sich mit der Vorstellung eines rein subjektivistischen Status jeder Erfahrung bescheiden. Referenzpunkte sind weder Wahrheit noch die verständige "Übereinkunft" mit den "Diskurspartnern", sondern das

<sup>9</sup> Vgl. S. Neckel, Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit, Frankfurt und New York 1991, und W. Seppmann, Ausgrenzung und Anpassung. Über die Formen psycho-sozialer Krisenregulation, in: Z 15 September 1993), S. 35ff.

<sup>10</sup> H. Böhme, in: F. Rötzer (Hg.), Denken das an der Zeit ist, Frankfurt/M. 1987, S. 82.

<sup>11</sup> W. Welsch, Topoi der Postmoderne, in: H.R. Fischer u.a. (Hg.), Das Ende der großen Entwürfe, Frankfurt/M. 1992, S. 52.

Bewußtsein der Partikularität und Relativität aller Wissensformen. Fiktion und Realität gleichen sich nach den für das "postmoderne Denken" richtungsweisenden Worten Baudrillards an, weil die "Wirklichkeit" imaginär geworden sei und sich die Spannung zwischen subjektiven Bedürfnissen und der objektiven Welt aufgelöst habe.<sup>12</sup> Durch einen fundamentalen Relativismus werden "Täuschung und Selbsttäuschung zum methodischen Prinzip erhoben".<sup>13</sup>

Ein "verbreitetes Katastrophengefühl"<sup>14</sup> - nur kurz von der Euphorie über den Zusammenbruch des sozialistischen Machtblocks unterbrochen - hat den überwiegenden Teil der Intellektuellen erfaßt. Zu beobachten ist zwar eine breite Verunsicherung über die sozio-kulturelle Krisenentwicklung, aber auch, daß von deren Unvermeidbarkeit ausgegangen wird, weil Gegenentwürfe undenkbar geworden seien und - selten in dieser Deutlichkeit ausgesprochen, aber bei allen postmodernistischen Utopieverboten immer mitgedacht - "es zum Kapitalismus keine globale Alternative gibt".<sup>15</sup> Weil ein wirkungsvolles politisch-weltanschauliches Gegengewicht fehlt, können rückwärtsgewandte Sichtweisen sich nicht nur im Alltagsleben, sondern auch in den intellektuellen Reproduktionssphären ungestört entfalten: Die weltanschaulichen Orientierungssysteme perpetuieren eine Auffassung von Geschichte als immergleichen Vorgang menschlicher Schicksalsverfallenheit; Anfang und Ende werden unter negativen Vorzeichen als identisch begriffen. Parallel dazu breitet sich als subjektives Sinn-Surrogat eine modifizierte Lebensphilosophie aus; Unmittelbarkeitsphantasien und Illusionen einer individualistischen Lebenserfüllung jenseits sozialer Bindungen machen Karriere.

## Philosophie des "gesunden Menschenverstandes"

Nicht der soziale Zusammenhang ist nach den Maximen des Postmodernismus der relevante Bezugspunkt zum Verständnis von Wissensformen, Handlungsmustern oder Lebensentwürfen, sondern die Kenntnisnahme der von ihnen repräsentierten "Differenz" und ihres realen oder vermeintlichen "Eigensinns". Im Zentrum der "postmodernen" Kritik stehen deshalb die "großen Erzählungen", d.h. das Denken in Zusammenhängen und Kausalitätsbeziehungen, weil sie angeblich das Existenzrecht des einzelnen Moments negieren und "dezentrierte Erfahrungen" verhindern.<sup>16</sup> Grund-

<sup>12</sup> Vgl. J. Baudrillard, Der symbolische Tausch und der Tod, München 1982.

<sup>13</sup> J. Wilke, Die Zeit der Phrase: Ein seltsamer Aufbruch in die Postmoderne, in: A. Gedö u.a., Moderne, Nietzsche, Postmoderne, Berlin 1990, S. 150.

<sup>14</sup> G. Vattimo, Das Ende der Moderne, Stuttgart 1990, S. 9.

<sup>15</sup> J.-F. Lyotard, Grabmal des Intellektuellen, Wien und Graz 1985, S. 22.

<sup>16</sup> Abstrahiert wird somit von der Prozeßhaftigkeit des gesellschaftlichen Geschehens und der antizipatorischen Qualität des menschlichen Denkens und Handelns: "Die Große Methode ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen. Sie lehrt Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen." (B. Brecht, Gesammelte Werke, Bd. 20, Frankfurt/M. 1976, S. 475).



sätzlich wird bezweifelt, daß unter der chaotischen Oberfläche der Ereignisse eine dem Begriff zugängliche Struktur erkennbar wäre. Statt dessen werden das Fragmentarische und Unentschiedene als die eigentlichen Bedeutungsträger begriffen, wird faktisch der Verzicht auf theoretische Stringenz und Kohärenz zum Reflexionsideal erhoben.<sup>17</sup>

Die "postmoderne" Konzentration auf die "Diskontinuität" und die Überbewertung des "Besonderen", sowie die Verabsolutierung von "Wahrnehmung" und Beschreibung führt zu einer Denkhaltung, die sich mit dem Augenschein zufrieden gibt, nicht nach Zusammenhängen, Ursachen und Wirkungen fragt. Es ist die Perspektive der unreflektierten Unmittelbarkeit, die schnell ihre "Bestätigung" findet, weil sie den "gesunden Menschenverstand" auf ihrer Seite hat. Der "Rettungsversuch" des Besonderen bleibt durch die weltanschauliche Fetischisierung der Totalität aber nicht nur vergeblich, sondern schlägt in die blinde Akzeptanz des kapitalismusspezifischen Totalitarismus um, der allen Lebensbereichen seinen negativen Stempel aufdrückt. Plädiert wird in den postmodernistischen Diskursen zwar für Vielheit und "Differenz" als Voraussetzung kultureller "Selbstbestimmung", ohne jedoch Rechenschaft darüber abzulegen, wie dieser Autonomieanspruch der Subjekte sich innerhalb des faktischen "Systemzusammenhangs" realisieren kann.

Die Weigerung, die sozialen Vermittlungsbedingungen der differenzierten Existenz- und Erlebnisweisen zur Kenntnis zu nehmen, führt zu einer Unverbindlichkeit des Fragens und kommt der Ablehnung eines interpretativen, ja überhaupt rationalen Verhältnisses zur gesellschaftlichen Realität gleich. Die "Individualisierung" des wissenschaftlichen Blicks führt nicht zu der reklamierten Sensibilität für individuelle Bedürfnisartikulationen; denn die systematische Abwendung von den Menschen in ihren konkreten Lebensverhältnissen "bestätigt" ihr entfremdetes Weltverständnis und ihre fetischisierten Selbstbilder. Das Resultat der postmodernistischen Denkbewegungen ist nicht die angestrebte intellektuelle Selbstermächtigung, sondern die fraglose Hinnahme der gesellschaftlichen Formierungsprozesse, die blinde Akzeptanz der real-existierenden Tendenz zur Vereinnahmung und Manipulation der "dezentrierten" Individuen. Anders als seine Protagonisten meinen, drückt sich in diesem Denken nicht die Spezifik des historischen Umbruchs aus, entwickelt es sich "nicht aus einem neuen Bedürfnis, sondern befriedigt nur mit Reizen alte Bedürfnisse".<sup>18</sup>

Zwar reklamiert das "postmoderne Denken" gegen die nivellierende Kraft der "Strukturen", gegen die Erfahrung einer geistigen und emotionalen Fremdbestimmung einen Geltungsanspruch des Individuums, jedoch drückt sich darin ein bloßes Unbehagen aus, das nicht einmal das Niveau

<sup>17</sup> Vgl. J.-F. Lyotard, *Das postmoderne Wissen*, Graz und Wien 1986.

<sup>18</sup> B. Brecht, zitiert nach: W. F. Haug, *Philosophieren mit Brecht und Gramsci*, Hamburg und Berlin 1996, S. 11.

der Revolte<sup>19</sup> erreicht. Denn für das "postmoderne Wissen" hat die Kritik ihren Gegenstand verloren, ist angeblich "nichts übriggeblieben, wogegen man sich wenden könnte".<sup>20</sup> Weil ein kritisch-theoretischer Kontext fehlt, bleibt der "postmoderne" Auflehnungsversuch (bestenfalls) kraftloses Symbol eines subjektivistischen "Protestes" gegen die selbstzerstörerischen Konsequenzen der herrschenden Vergesellschaftungsbedingungen und gestaltlose Reaktion auf die Verunsicherungen durch die aktuellen Krisentendenzen.

Die postmodernistischen Vorstellungen vom "Besonderen" und dem "Eigensinn", den individuellen Geltungsansprüchen und subjektiven Selbstverwirklichungsmöglichkeiten bleiben diffus und widersprüchlich; nirgends wird eine aufklärende Konkretheit erreicht, die eine Gegenposition zum Abstraktions- und Vereinnahmungsprinzip der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise darstellen könnte. Weil die Mechanismen, die das "Unbehagen an der Moderne" hervorrufen (im postmodernistischen Kontext) nicht thematisiert werden (auf der Grundlage der Maxime einer gleichen Gültigkeit von allem und jedem auch nicht kritisiert werden können!), bleiben die Ursachen der Fremdbestimmung und des Lebensüberdrusses unbegriffen, kann die symbolische Auflehnung dagegen problemlos in das Netz des machtkonformen Denkens integriert und an eine reduktionistische Individualitätsvorstellung (die Persönlichkeitsentfaltung und sozialen Zusammenhang als sich ausschließende Größen begreift), sowie an den Kult des Privaten gekoppelt werden. Das "postmoderne Denken" ist dadurch der kapitalistischen "Rationalität" noch in der spontanen Auflehnung gegen sie ausgeliefert: Der faktischen Ordnung und Rationalität wird die Illusion einer freien Gestaltungsfähigkeit der Biographie qua "erlebnisorientierter" Lebensstilisierung und egozentrischem "Glücksstreben" entgegengesetzt. Weil das herrschende "Realitätsprinzip" als irreversibel erachtet und "die psychischen und physischen Anpassungs- und Koordinationsleistungen der Menschen an die Vorgaben des Systems ... als selbstverständlich vorausgesetzt"<sup>21</sup> werden, fällt der Selbstbestimmungsanspruch recht bescheiden aus: "Der Bezug auf sich selbst ... besteht weniger darin, mit sich selber identisch als sich selbst ähnlich zu sein, zu werden oder zu bleiben."<sup>22</sup>

Auch wenn das "postmoderne" Wirklichkeitsbild realistische Züge enthält, schlägt es durch deren Verabsolutierung und die Verleugnung realer Gegenteilstendenzen und Entwicklungsalternativen in herrschaftskonforme Ideologie um. Verdrängt wird durch einen geschichtsskeptischen Fundamenta-

<sup>19</sup> Vgl. H.H. Holz, *Die abenteuerliche Rebellion. Bürgerliche Protestbewegungen in der Philosophie*, Darmstadt und Neuwied 1976.

<sup>20</sup> Z. Bauman, *Ansichten der Postmoderne*, Hamburg und Berlin 1995, S. 6.

<sup>21</sup> G. Gamm, *Das metaphorische Selbst. Über Subjektivität in der modernen Gesellschaft*, in: J. Georg-Lauer (Hg.), *Postmoderne und Politik*, Tübingen 1992, S. 80.

<sup>22</sup> Ebd., S. 90.



lismus die Tatsache, daß die sozio-kulturellen Regressionserscheinungen die Kehrseite einer mehrschichtigen Emanzipationstendenz darstellen: Denn es gilt ungebrochen, daß die entwickelte bürgerliche Gesellschaft die materiellen Voraussetzungen der menschlichen Selbstbefreiung im Weltmaßstab geschaffen hat. Gleichzeitig stößt die kapitalwirtschaftliche Produktivkraftentwicklung (die immer mehr lebendige Arbeit überflüssig macht) an ihre Grenzen und verlangt nach einschneidenden Veränderungen des sozio-ökonomischen Reproduktionsmodells<sup>23</sup>, revolutionär veränderten Formen der Arbeit und des Lebens. Die Krisenerscheinungen sind als Symptome einer historischen Übergangsphase zu begreifen - ohne daß aber die zukünftige Entwicklungsrichtung schon festgeschrieben wäre! Eine neue historische Formation zeichnet sich am Horizont ebenso ab, wie eine lange Phase des sozio-kulturellen Verfalls und der Barbarei. Denn die fortschrittlichen Entwicklungspotenzen werden von dem Bemühen absorbiert, den überholten Vergesellschaftungsmechanismus funktionsfähig zu halten; immer größere psychische und ökonomische Energien werden auf die Perpetuierung der herrschenden Zustände konzentriert.

Das verbreitete Krisenbewußtsein ist nicht der Ausdruck "postmoderner Lebensverhältnisse", sondern des eklatant verschärften Widerspruchs zwischen der Produktivkraftentwicklung und den bornierten Produktionsverhältnissen: Die patriarchalisch-kapitalistische Gesellschaft "hat eine Stufe in ihrer Entwicklung erreicht, die wiederholte, immer wieder erneute Zerstörung, Deformierung, Ausbeutung verlangt."<sup>24</sup> Der konkrete Ausdruck dieses Widerspruchs mit antizivilisatorischen Konsequenzen<sup>25</sup> ist die institutionalisierte Unfähigkeit des Kapitalismus, den technologischen Rationalisierungsgewinn anders als zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zum sozialen Kahlschlag einzusetzen. Die entfesselten Produktivkräfte wirken als Destruktivkräfte, weil sie dem abstrakten Verwertungszwang und der durch ihn mitgesetzten Konkurrenzorientierung unterworfen sind. Durch die Dominanz der Kapitalrendite gegenüber den menschlichen Selbstverwirklichungsansprüchen müssen die Individuen immer mehr Lebensenergie aufwenden, um in der Konkurrenzgesellschaft überleben zu können.

### "System" und "Lebenswelt"

Auch das gesellschaftstheoretische Denken hat mit einer kaum verdeckten Panik auf die forcierte Krisenentwicklung reagiert. Auf die Ausweitung der ökonomischen zu einer sozio-kulturellen Krise und die Symptome des zivilisatorischen Verfalls "antworten" die meisten professionellen Gesellschaftsanalysten mit theoretischer Agonie und intellektueller Indifferenz,

<sup>23</sup> Vgl. H. Müller, Konkrete Praxisphilosophie und Theorie der ökonomischen Transformation, in: VorSchein. Blätter der Ernst-Bloch-Assoziation, Nr. 15, 1996.

<sup>24</sup> H. Marcuse, in: Gespräche mit Herbert Marcuse, Frankfurt/M. 1978, S. 78.

<sup>25</sup> Vgl. W. Seppmann, Dialektik der Entzivilisierung, a.a.O.

denn ihre in der Vergangenheit akzeptierten Manipulationsbegriffe und herrschaftskonformen Interpretationsmuster haben sich verschliffen und ihre Überzeugungsfähigkeit eingebüßt. Weder kann eine kontinuierliche Fortschrittentwicklung der "marktwirtschaftlichen" Gesellschaftsformation diagnostiziert werden (wie ihn die "Modernisierungstheorie" behauptet hat), noch haben sich die Klassenverhältnisse nach den Vorstellungen der diversen Nivellierungstheorien aufgelöst. Von einer Individualisierungstendenz im Sinne eines zunehmenden personalen Kompetenzgewinns kann angesichts der Krisenexzesse schon gar nicht mehr die Rede sein.

Doch hat die Widerlegung der sozialwissenschaftlichen Mythologien durch die Gesellschaftsentwicklung nicht zu radikalisierten (auf die Wurzel der Probleme zielenden) Analyseversuchen, sondern zu einer geschmeidigen Anpassung des affirmativen Denkens an die Krisenverhältnisse und die mit ihnen konformen "postmodernen" Weltanschauungsschablonen geführt. Um ihre Herrschaftsfunktionalität zu restituieren, wird in einem ersten Argumentationsschritt das eigene theoretische Versagen als Auflösung des Wissenschaftsobjektes "Gesellschaft" interpretiert. Behauptet wird der Zerfall abstrakter Totalitäten und mechanistischer Interpretationsmodelle, faktisch aber der Reflexionshorizont des Alltagsbewußtseins restituiert, das sich mit der Unmittelbarkeit seiner "Erlebniswelt" zufrieden gibt, und keinen Begriff von den objektiven Voraussetzungen individueller Lebensverhältnisse besitzt. Auf dieser reduktionistischen Grundlage aufbauend werden dann in einem zweiten Schritt die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche als disparate Ereignis- und Erlebnissphären interpretiert, die nur lose miteinander verbunden sind und deren "Eigensinn" angeblich nicht mehr hinterfragbar sei. "Fundierend" für diese systematische Blickverzerung ist die Prämisse einer Zweiteilung der sozialen Welt in einen ökonomischen Handlungsbereich und einen praxisfernen "lebensweltlichen" Erfahrungshorizont, wie sie beispielsweise auch von der Habermas'schen "Kommunikationstheorie" propagiert wird.

Auf Basis dieser (im Kern system-funktionalistischen) Konstruktion, proklamiert die "postmodern" gewendete Soziologie den Ausbruch eines "postindustriellen Zeitalters" und behauptet, daß sich der sozio-strukturelle Zusammenhang in "eine Fülle relativ ökonomiefernere sozio-kultureller Milieus, Lebensstile und sozialer Bewegungen ... [aufgelöst hat], deren Lebensformen nicht primär von industriegesellschaftlichen materiellen Lebensbedingungen geprägt sind".<sup>26</sup> Es gibt in der Konsequenz dieser Sichtweise keinen gesellschaftlichen Zusammenhang mehr, sondern nur jeweils ihren eigenen Gesetzen unterworfenen soziale Teilbereiche und "sinnsuchende" Individuen. Der Mensch steht gewissermaßen hilf- und beziehungslos zwischen "System-" und "Lebenswelt", nicht nur ohne zu wissen,

<sup>26</sup> S. Hradil, Soziostrukturelle Paradoxien und gesellschaftliche Modernisierung, in: W. Zapf (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt und New York 1991, S. 366.



was mit ihm geschieht, sondern fern jeder Möglichkeit, ein solches Wissen überhaupt noch realisieren zu können: "Wenn man unter Postmoderne das Fehlen einer einheitlichen Weltbeschreibung, einer für alle verbindlichen Vernunft oder auch nur einer gemeinsamen Einstellung zur Welt und zur Gemeinschaft versteht, dann ist genau dies das Resultat der strukturellen Bedingungen, denen die moderne Gesellschaft sich selbst ausliefert. Sie erträgt keinen Abschlußgedanken, sie erträgt deshalb auch keine Autorität. Sie kennt keine Positionen, von denen aus die Gesellschaft für andere verbindlich beschrieben werden könnte. Es geht daher nicht um Emanzipation zur Vernunft, sondern um Emanzipation von der Vernunft, und diese Emanzipation ist nicht anzustreben, sondern bereits passiert."<sup>27</sup>

## Ende der Gesellschaftstheorie?

Im Windschatten der postmodernen Schlagworte sollen auch die Sozialwissenschaften den "großen theoretischen Ordnungssystemen", also der Gesellschaftstheorie als Erklärungsversuch sozialer Bewegungsformen und der Interpretation des Zusammenhangs von Strukturkomplexen und mikro-sozialen Reaktionsmustern eine Absage erteilen; es soll "Abschied ... von der Idee eines einheitlichen Fundaments" des Vergesellschaftungsprozesses und der gesellschaftstheoretischen Reflexion genommen werden.<sup>28</sup> Mit rituellem Eifer wird statt dessen eine "alternative" Reflexionsform gefordert, "die Vielfalt betont, an Fragmenten verweilt und auf Entzauberung der großen Synthesen setzt".<sup>29</sup> Es geht bei dieser Vorgehensweise nicht vorrangig um eine größere theoretische Aufmerksamkeit für das "Besondere", die Berücksichtigung individueller Reaktionsformen und subjektiver Geltungsansprüche, von Gegentendenzen und Eigengesetzlichkeiten innerhalb des objektiven Vergesellschaftungsprozesses, sondern um die unreflektierte Umsetzung des traditionellen Programms des Positivismus. Das sozialwissenschaftliche Interesse soll sich mit der Unmittelbarkeit bescheiden und "an Fragmenten verweilen"<sup>30</sup>, wie es explizit heißt.

Das makrostrukturelle Umfeld fungiert in solchen Interpretationsmodellen, die nach ihrem eigenen Verständnis den Blick "von der gesamtgesellschaftlichen Determination zur Konstruktion von Institutionen und Kultur aus Interaktion und Kommunikation"<sup>31</sup> gewendet haben, nur als Kulisse für subjektivistische Existenzformen und Artikulationsweisen. Die Vermittlung zwischen den sozio-strukturellen Voraussetzungen und den individuellen Existenzbedingungen werden nicht thematisiert, weil nach den Vorgaben einer postmodernen "Selbstreflexivität" das Bild einer einheitli-

<sup>27</sup> N. Luhmann, *Beobachtungen der Moderne*, Opladen 1992, S. 42.

<sup>28</sup> B. Giesen, *Entzauberte Soziologie oder Abschied von der klassischen Gesellschaftstheorie*, in: W. Zapf (Hg.), a.a.O., S. 776.

<sup>29</sup> Ebd., S. 775.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> W. Zapf, *Modernisierung und Modernisierungstheorien*, in: W. Zapf (Hg.) a.a.O., S. 25f.

chen sozialen Welt obsolet geworden ist und es "keine Instanz [mehr] gibt, von der aus ein ... Ganzes gedacht oder gar bewirkt werden könnte."<sup>32</sup> Die "Individualisierung" (im Sinne von Vereinzelungs- und Entsolidarisierungserfahrungen) wird als konstitutives Moment eines Lebensraums begriffen, der aus Subjekten besteht, "die nicht mehr unproblematisch und sicher davon ausgehen dürfen, in ein und derselben Welt zu leben".<sup>33</sup> Der Gesellschaftskritik wird durch die Infragestellung der Möglichkeit des Wissen ihre Legitimität bestritten.

## Dialektik der Anpassung

Das herrschende Legitimationsdenken in "postmoderner" Gestalt bemüht sich nicht mehr um eine direkte Verteidigung oder gar um die Idealisierung der etablierten Zustände. Weil die Menschen aller Klassen und Schichten die krisengeprägte Realität als beängstigenden Zustand erleben, sind direkte Formen der Apologie kaum noch möglich. Das machtfunktionale Bewußtsein erfüllt seine Rolle im ideologischen Klassenkampf deshalb durch die Verklärung der sichtbaren Widersprüche und des sozial erzeugten Mißbehagens als Ausdruck einer prinzipiellen Absurdität und Ausweglosigkeit der menschlichen Existenz. Beispielsweise durch die theoretische Nivellierung des Gegensatzes von Vernunft und Unvernunft, durch die die sozio-kulturellen Krisenerscheinungen als Ausdruck menschlicher Schicksalsverfallenheit "relativiert" und die herrschenden Kräfte von ihrer Verantwortung für den tiefen Riß, der durch die Gesellschaft geht, entlastet werden sollen.

Vorrangiger Effekt des "postmodernen" Verzichts auf komplexe gesellschaftstheoretische Interpretationsansätze ist die Ausklammerung der Frage nach den konkreten Machtverhältnissen. Herrschaftsstrukturen werden bestenfalls aus dem Blickwinkel subjektiver "Betroffenheit" reflektiert. Auch bei dem "Machttheoretiker" Foucault wird nicht die Komplexität der Herrschaft thematisiert, sondern der Blick auf die individuellen Verstrickungen in ein universales "Machtsystem" (für das keine sozio-strukturellen Ursachen benannt werden) gelenkt und das Bewußtsein für die vermeintlich irreversible Schicksalsverfallenheit der geschichtlich handelnden Menschen "geschärft": "Die Menschheit ... verankert alle ihre Gewaltsamkeiten in Regelsystemen und bewegt sich von Herrschaft zu Herrschaft fort."<sup>34</sup> Das Ergebnis seiner die sozialen Strukturbeziehungen und Entwicklungslinien mißachtenden Vorgehensweise ist nicht ein objektiver Begriff der Machtvermittlung und Herrschaftsperpetuierung, sondern die Beschreibung von Machtbeziehungen, wie sie von den Akteuren erlebt werden.

<sup>32</sup> C. Klinger, *Flucht, Trost, Revolte. Die Moderne und ihre ästhetischen Gegenwelten*, München und Wien 1995, S. 18.

<sup>33</sup> M. Frank, in: F. Rötzer (Hg.), a.a.O., S. 120.

<sup>34</sup> M. Foucault, *Von der Subversion des Wissens*, Frankfurt/M 1978, S. 95.



Das (pseudo-erkenntniskritische) Pathos des alles-in-Frage-Stellens, mit dem der Postmodernismus auftritt, entlarvt sich als dekorative Hülle, mit der die fraglose Hinnahme der etablierten gesellschaftlichen Verhältnisse und die Akzeptanz ihrer Wertmuster verborgen wird. "Überall versucht die Postmoderne [zwar] an Widerstandsbewegungen anzuknüpfen; aber nur, um ihnen den kritischen Stachel zu ziehen".<sup>35</sup> Es ist das herrschaftskonforme Geschäft der "postmodernen Diskurse", den skandalösen Charakter der sozialen Tatsachen zu verschleiern, d. h. sie "vermittelt einer andren Interpretation anzuerkennen".<sup>36</sup>

Trotz aller rhetorischen Distanzierungsrituale akzeptiert das "postmoderne Wissen" die Reproduktionsdynamik der kapitalistischen Moderne, ihre immanente Gleichgültigkeit gegenüber den menschlichen Lebens- und Entfaltungsinteressen. Die von der herrschenden Vergesellschaftungsweise produzierte Sinn- und Perspektivlosigkeit, ein Leben ohne Wahrheiten, Maßstäbe und Ideale gilt den Zeitgeist-Verwaltern als unhintergebarer Reflexionshorizont: "Im Zeitalter des Spektakulären verwischen sich die harten Gegensätze von Wahr und Falsch, Schön und Häßlich, von Wirklichkeit und Illusion, Sinn und Unsinn, die Gegensätze werden zu etwas 'Flottierendem', und so beginnt man allmählich zu begreifen ..., daß es fortan möglich ist ohne Sinn und Ziel zu leben".<sup>37</sup>

Als Repräsentant des herrschenden "theoretischen und sozialen Zynismus"<sup>38</sup>, scheint dem "postmodernen Denken" die Polarität von praktizistischer Lebensbewältigung und subjektivistischen ("lebensweltlichen") "Sinnressourcen" unaufhebbar. Deshalb verbiete sich a priori nicht nur die Suche nach konkreten Veränderungsmöglichkeiten, sondern jede Vorstellung einer anderen oder gar "besseren" Welt: "Man muß die Hoffnungslosigkeit als solche hinnehmen, von ihr im Denken ausgehen und sich leiten lassen".<sup>39</sup>

Weil sie die verbreitete Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit der Alltags-subjekte "bestätigen" und ihnen eine pseudophilosophische Plausibilität verleihen, besitzen die postmodernistischen Konstrukte eine kaum zu unterschätzende Rolle bei der Stabilisierung herrschaftskonformer Denkmuster: Schon der Anspruch auf ein sozialorientiert-sinnhaftes Leben jenseits eines narzißtischen "Selbstverwirklichungsstrebens" gilt als vergeblich und illegitim. Denn es existiere "kein natürlicher Sinn",<sup>40</sup> der als praktikabler Orientierungshorizont oder gar zur Begründung von Lebensansprüchen taugen würde. Weil der Nihilismus das unentrinnbare Schicksal der

<sup>35</sup> B. Schmidt, *Postmoderne Strategien des Vergessens*, Frankfurt/M. 1994, S. 24.

<sup>36</sup> K. Marx/F. Engels, *Die Deutsche Ideologie*, MEW Bd. 3, S. 20.

<sup>37</sup> G. Lipovetzky, *Narziß oder Die Leere*. Hamburg 1995, S. 53.

<sup>38</sup> R. Kurz, *Das Ende der neuen Weltordnung*, in: *Zeitschrift für kritische Theorie*, H. 1, 1995, S. 24.

<sup>39</sup> J.-F. Lyotard u.a., *Immaterialität und Postmoderne*, Westberlin 1985, S. 38.

<sup>40</sup> M. Frank, *Conditio moderna*, Leipzig 1993, S. 10.

Menschen sei<sup>41</sup>, sind sie in postmodernistischer Sicht zur fraglosen Hinnahme des gegebenen Entfremdungszustandes verurteilt.

## Alltag und Ideologie

Die "postmodernen Diskurse" weisen bei genauer Betrachtung eine größere Übereinstimmung mit dem Alltagsbewußtsein auf, als ihnen recht sein kann: "Nichts auf der Welt ist wirklich sicher, aber das Leben geht weiter. Und vergiß nicht: Die Hauptsache bist Du selbst." Diese Sätze aus einem beliebigen deutschen TV-Programm sind nicht nur repräsentativ für die alltägliche Form des Krisenbewußtseins, sondern korrespondieren auch mit dem Kern der postmodernistischen Diskurse.

Der "postmoderne" Denker macht sich - ebenso wie der Alltagsmensch - weder Illusionen über den krisenhaften Gesellschaftszustand, noch über die sozialen Gefährdungen und die Bedrohung der Lebensverhältnisse. Aber er hat es gelernt, sich dem "Schicksal" zu fügen, zumal er sich vom Postulat leiten läßt, daß man "der Modernität gerade da nicht entkommt, wo man sie durchschaut".<sup>42</sup> Entblößt von den unverzichtbaren intellektuellen Mitteln, um über den Tellerrand der herrschenden Vergesellschaftungsprinzipien hinaus zu blicken, unterwirft er sich dem ideologischen Schein, restituiert die Ideologie vom "Ende der Ideologie" und reproduziert die machtkonforme Vorstellung, in Verhältnissen ohne Alternative zu leben. Durch den Verweis auf die reale Katastrophenentwicklung gewinnt die Konstruktion einer schicksalhaften Ausweglosigkeit zusätzliche Überzeugungskraft.

Trotz aller Übereinstimmung dürfen aber die "Differenzen" zwischen dem Alltagsbewußtsein und den theoretischen "Diskursen" nicht vernachlässigt werden. Der modephilosophische Geist reagiert zwar ebenso "spontan" und intellektuell widerstandslos wie das Alltagsbewußtsein auf die soziokulturellen Krisenprozesse, jedoch bescheiden sich die herrschaftskonformen Weltbild-Konstrukteure nicht mit dessen "naiver" Unmittelbarkeit, sondern "systematisieren" die "lebensweltlichen" Gedankenformen mit Hilfe "bewährter" ideologischer Interpretationsmuster. Durch den Rückgriff auf tradierte Weltbildelemente und Konstruktionen des bürgerlichen Irrationalismus (Nietzsche spielt wieder einmal eine "fundierende" Rolle bei der "Umwertung" von Vernunft und Aufklärung) erhalten die spontanen "Erlebnisformen" den Status einer konzeptionellen Ideologie und zusätzliche Überzeugungskraft.

<sup>41</sup> Vgl. G. Vattimo, a.a.O.

<sup>42</sup> G. Figal, *Die eigentliche Modernität. Nietzsches antinomisches Denken*, in: *Sinn und Form*, H. 1, 1995, S. 7.



## Thesen zur Demokratisierung der Ökonomie\*

### Vorspruch

Vorweg muß ich angesichts der Überschrift wohl klarstellen, daß ich selbstverständlich nicht der Meinung bin, die privat-kapitalistische Ökonomie ließe sich demokratisieren. In der bekannten Kennzeichnung des Kapitals als das "automatische Subjekt" durch Marx sind die Gründe zusammengefaßt.

Wenn trotzdem in politischen Zusammenhängen davon die Rede ist, dann hat es damit zweierlei Bewandnis. Zum einen ist dies die irreführende oder irreführende Parole für eine Strategie des unausgesprochenen Kompromisses mit den Kapitaleigentümern und dem Kapitalismus, die damit die politische Demokratie sichern und ausdehnen will. Zum anderen ist dies eine Parole, die sich der Hilflosigkeit radikaler Reformer oder Revolutionäre verdankt, griffige Formeln für den angezielten Prozeß der Abschaffung des Kapitalismus zu finden - und es ist zugleich das Eingeständnis, nicht an den spontanen, verdrehten Bewußtseinsformen der Massen der Lohnabhängigen vorbeigehen zu können.

Daß Sozialismus als Wort und politische Perspektive in diesen Zeiten eher die Ohren verschließt als zur Tat ermuntert, hat eine lange sozialdemokratische und eine nicht ganz so lange kommunistische Geschichte, die sich beide auf dem gleichen Globus abgespielt haben und nur zu oft den Schauplatz teilten. Die kommunistische Geschichte des realen Sozialismus im Westen wurde in einer Phase scheiternder Praxis durch Funktionäre oder Teile der Bevölkerungen beendet. Diese Funktionäre reklamierten dabei, daß sie nun sozialdemokratische Ziele verfolgten.

Da es dieses politische Stichwort also gibt, vor allem im Horizont der Debatte der PDS - in welcher Verwendungsweise auch immer -, sollen einige Probleme und mögliche Schritte einer Strategie gesellschaftlichen Fortschritts hier und heute anhand dieser Überschrift thesenartig zugespitzt werden.

*1. Offensichtlich haben wir gegenwärtig keine Konjunktur für eine Demokratisierung der Wirtschaft - weder als Reform noch als Revolution.*

Was heute als Revolution gefeiert wird, ist, historisch gesehen, die Rückwärtung der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse. Dies gilt auch dann, wenn sie als politische Demokratisierung erstritten wurde. Soweit diese Umwälzung von den alten Führungen inszeniert wurde, handelt es sich um

\* Überarbeiteter Beitrag zum Workshop "Marxismus und Demokratie" der Tagung "Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" vom 14. bis 16.3.1997 an der Universität Hannover.

eine Konterrevolution, die unter den Etiketten von Demokratie, Reform, Marktwirtschaft und Sozialdemokratie vollzogen wurde.

Was als Reform verkauft wird, ist das gerade Gegenteil:

Es handelt sich um *Gegenreformen* - um die Rücknahme von nichtkapitalistischen, vergesellschafteten Formen der gesellschaftlichen Reproduktion.

Das läßt sich aber nicht nur als historischer Rückschritt verstehen, sondern auch als

*2. Die weitere Ausbildung des Kapitalismus zur Totalität.*

Dies geschieht nicht nur im Abbruch des Sozialismus, sondern auch im sogenannten Westen.

Es handelt sich in beiden Prozessen um die Unterordnung zusätzlicher Bereiche und die tiefere Durchdringung schon vereinnahmter durch das kapitalistische Privateigentum, mit der Folge ihrer Waren- und Kapitalförmigkeit sowie des Zwangs zur Verwertung, zur Profitmacherei.

Modernisierung und befreiende Individualisierung sind die vor unseren Augen geschwungenen ideologischen Banner dieser Bewegung.

*3. Zu den Gegenreformen im Westen gibt es Widerstand.*

Er ist meist spontan, wenig organisiert, unverbunden, aber manchmal auch breit und massiv.

Vorrangig ist er allerdings auf die Erhaltung oder Wiederherstellung vorheriger Zustände orientiert, da er unter der politischen und moralischen Hegemonie des Kapitals stattfindet, ohne eigene moralische Ökonomie und gesellschaftliche Perspektive.

*4. Von ganz links wird der Widerstand in eine Perspektive des Bruches mit dem Kapitalismus gerückt.*

Danach signalisiert der Widerstand eine Zuspitzung der Widersprüche, die eine Auflösung der Hegemonie des Kapitals bedeuten, zur Auflösung der inneren Kohärenz der Formation führen und in einen revolutionären Prozeß münden kann, der sich zum Sozialismus vorwärts bewegen könnte.

*5. Was also tun? - Kritisieren, Widerstand organisieren und abwarten?*

Sollte der Sozialismus das ganz "Neue" sein, dann ließe sich darüber jetzt noch nichts Vernünftiges sagen. Uns müßte dann schon rechtzeitig etwas einfallen, wenn es mal wieder so weit ist.

*6. Jedoch - gilt nicht auch heute, daß spontaner Widerstand erst zur Opposition wird, wenn er sich mit einer fortschrittlichen Perspektive verbindet?*

*7. Wenn also aus punktuelltem Widerstand Reform oder Revolution hervorgehen sollen, dann müssen hier und heute die Alltagsinteressen der Menschen mit einer fortschrittlichen Perspektive verbunden werden.*

*8. Solange es revolutionäre Entwicklungen nicht gibt, stellen sich Reform oder Revolution nicht als praktische Alternative.*

Dies geschieht erst beim Verlust der kapitalistischen Hegemonie im Überbau und dem Verlust der Kohärenz der Formation überhaupt in einer



konkreten Gesellschaft. Bis dahin lautet die Alternative vielmehr: Vorwärts gewandte Reformen - oder entwaffnende Kompromisse. Als Theorie und Programm der weiteren Entwicklung gibt es diese Alternative natürlich schon heute.

*9. Im Bild vom Guten Leben lassen sich die Alltagsinteressen der Mehrheit der Bevölkerung zusammenfassen:*

D.h., der Lohnabhängigen und der anderen Beschäftigten, ihrer Angehörigen und Ruheständler - ausgeschlossen also die Großverdiener und Großeigentümer.

Das Gute Leben zeigt sich heute im Wohnen und im Haushalt, im alltäglichen persönlichen Zusammenleben, auch immer noch im Kinderhaben, in Kommunikation und geselligem Leben, in Vergnügen, Unterhaltung und Kultur, im gegenständlichen und ideellen Konsum, in Diensten aller Art, in der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung, in Ausbildung und Bildung, im Urlaub, sowie im Transport bei alledem. Nur für eine Minderheit der arbeitenden Menschen in der BRD ist schon erreicht, daß Arbeit neben dem Erwerb auch als *sinnvolle Selbstbetätigung* schon Praxis und Bedürfnis, also auch objektive Möglichkeit ist.

Auch die Art, der Umfang und die Wirkungen der staatlichen Eingriffe ins Alltagsleben berühren das Gute Leben. Daher gehört die Mitbestimmung im politischen Leben, kurz die Politische Demokratie ebenfalls dazu.

Für die wichtigsten Lebensbereiche lassen sich die erreichten oder gewünschten Standards und Prinzipien für das Gute Leben zusammenfassen: Durch (möglichst sinnvolle) Arbeit erworbene Selbständigkeit, Sicherheit, Versorgung, Zeit, maßvolle Fülle und Genuß, Vergnügen und Unterhaltung, wahrscheinlich auch etwas Abenteuer, Selbstbestimmung, persönliche Entwicklungsperspektiven und gesellschaftliche Mitbestimmung, alles reguliert am Maßstab der Solidarität.

Dabei gilt allerdings, daß in den energiefressenden und stoffumwälzenden Momenten des hiesigen Lebens über die heute und künftig möglichen Dimensionen hinaus gelebt wird - also das dauerhaft und solidarisch für alle hier und in aller Welt mögliche Gute Leben nur auf einem stofflich und energetisch niedrigeren Niveau als heute stattfinden kann.

*10. Verfügbarkeit, Sicherheit und Perspektive von Erwerbsarbeit und Einkommen sind bei der heutigen Entwicklung des Kapitalismus zunehmend problematisch.*

Daran sind, über einige Vermittlungen verknüpft, auch alle weiteren Elemente und Prinzipien des Guten Lebens gekoppelt, bleiben daher nur Wunsch oder werden prekär.

*11. Der Entwicklungsstand an sich könnte, im Gegensatz dazu, die Bedingungen für das Gute Leben schon heute für alle Mitglieder dieser Gesellschaft bereitstellen.*

Die Ergiebigkeit der hiesigen gesellschaftlichen Arbeit aufgrund des Standes der installierten und der ideellen Produktivkräfte machen das inzwischen möglich.

Es ist eine dringende *politische Aufgabe* für die Mobilisierung von Widerstand und Opposition, dieses überzeugend und verständlich vorzuführen: stofflich und zeitlich, bei den Gütern, den Tätigkeiten und den Beziehungen.

Es müßte in Wertgrößen durchgerechnet, in Stoffkreisläufen belegt und in Zeitbudgets vorgeführt werden, daß die kapitalistisch erzeugte Konkurrenz und Hetze, die Armut und die Umweltzerstörung überflüssig sind. Anders gesagt:

Eine alternative *umfassende Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* mit stofflichen und zeitlichen Komponenten müßte die konkrete Utopie des Guten Lebens auf der Basis der heutigen Verhältnisse als reale Möglichkeit erweisen!

*12. Voraussetzung für das Gute Leben und sein Ergebnis wären eine andere Verteilung der Einkommen und ihre andere Verwendung.*

D. h., den Kapitaleigentümern müßte ein zunehmender Teil des Tributs, den sie der gesellschaftlichen Arbeit abfordern, entzogen werden. Das bedeutet dann ein anderes Produktionsprofil und daraus folgend eine andere Art zu arbeiten und eine andere Art des Lebens (der alltäglichen Reproduktion) - eben ein Gutes Leben.

*13. Die Durchsetzung solcher Änderungen bedeutet politischen Kampf um ökonomische Fragen.*

D.h., es geht um Klassenkampf gegen Großkapitale und ihre Eigentümer, sowie gegen die Inhaber von Finanztiteln. Die breite Streuung, z.B. bei Staatspapieren in der BRD, oder bei Aktien in den USA, zeigt das klassenpolitische Problem.

*14. Stimmige Forderungsbündel und institutionelle Reformprojekte müssen die Ziele spontanen Widerstands aufnehmen,*

der sich gegen die widersinnigen Auswirkungen der kapitalistischen "Modernisierung" wendet.

Erst so können die Alltagsinteressen mit einer fortschrittlichen Perspektive zur kräftigen Opposition und zum Kampf um Reformen verbunden werden.

Dies gilt solange, wie die Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums nicht selbst als Ziel von Widerstand und Opposition auf die Tagesordnung gesetzt worden ist.

*15. Damit würde ein Prozesses der demokratischen Regulierung der Ökonomie in Angriff genommen.*

Der kann dann entweder in der tatsächlichen Demokratisierung der Ökonomie, d.h. in Sozialismus münden - oder als Niederlage in der Restaura-



tion des entfesselten Kapitalismus mit seinen Widersprüchen - und damit im künftigen Chaos.

16. Nun kann man mit guten historischen und theoretischen Argumenten bezweifeln, daß sich das Gute Leben auf diese Weise erreichen läßt.

Dies wäre die Fortführung der alten Debatte um Reform und Revolution innerhalb der neuen Verhältnisse. Vielleicht lassen sich aber historische und theoretische Argumente finden, die plausibel machen, daß man ohne diese Vorgehensweise weder das Gute Leben noch Sozialismus erreichen wird.

17. Theoretisch handelt es sich um die wenig durchdachte Frage, wie sich im Lebenszyklus einer Formation das Verhältnis von Basis und Überbau verändert.

Die Vorstellung, daß in revolutionären Krisen einfach die übliche Gesetzmäßigkeit der relativen Abhängigkeit des Überbaus von der Basis aufgehoben wird, das Bewußtsein in Aktion tritt, und, befreit von den Fesseln der bisherigen Hegemonie der herrschenden Verhältnisse, deren Eigentums-Struktur umwälzt, ist wohl zu ungenau.

Was da in Bewegung gerät, ist der alte Überbau der alten Basisverhältnisse. Aber er ist schon brüchig geworden und enthält, als Widerspruch zu beidem, schon Elemente von möglichem Neuen, da die zugespitzten Widersprüche der Basis mit den bisherigen Hegemonie-Mechanismen nicht mehr gebändigt werden können.

18. Für das Ende des Lebenszyklus des Kapitalismus ist diese theoretische Frage besonders schwierig.

Zwar sollen auch hier die Menschen aus den bisherigen Verhältnissen mit den akkumulierten Produktivkräften eine neue Art der Vergesellschaftung entwickeln, aber nicht im Schoße der alten Gesellschaft - sondern erst nach der Revolution - so jedenfalls die Interpretation der Klassiker im revolutionären Marxismus!

Vielleicht sollte man doch die Beurteilung der Zehn-Stunden-Bill und der Genossenschaften bei Marx und Engels nochmal genauer studieren und auf den theoretischen Gehalt "des Neuen im Alten" hin erneut untersuchen. Jedenfalls handelt es sich theoretisch und praktisch auch beim Wechsel vom Kapitalismus zum Sozialismus um einen Dominanzwechsel in einer bleibenden Gesellschaft, und nicht um den Wechsel der Gesellschaft selbst. Dies gilt, wenn Gesellschaft nicht nur als Form der gesellschaftlichen Verhältnisse begriffen wird. Die Frage ist also, ob das Neue, das künftig dominieren soll, und das die Form der Vergesellschaftung betrifft, tatsächlich nur erst nach Beseitigung des Alten entwickelt werden kann, oder ob es sich nicht schon beim Kampf gegen das Alte herausbilden muß.

Wenn letzteres zuträfe, dann wären eben die bisherigen entwickelten Ergebnisse und Errungenschaften des Kampfes gegen den Kapitalismus noch nicht zukunftsreichend genug. Und - so paradox es klingt - der Kapitalismus

wäre also immer noch zu "modern" - weil noch nicht "entwickelt" genug, also noch nicht reif zum Abtritt.

19. Welche Art von Änderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen müssen durch solche stimmigen Forderungsbündel und institutionellen Reformprojekte bewirkt werden?

Es geht dabei einerseits um die Beendigung der Durchdringung und Vorherrschaftsgewinnung des Kapitals und der Logik seiner Verwertung - und um die Umkehrung dieser Tendenz.

Also um die politische Verhinderung der Ausdehnung und Intensivierung der Kapitalisierung und um die politische Rückeroberung von schon kapitalisierten Lebensbereichen.

Die Bewahrung vor Kapitalisierung und die Rückeroberung kann aber nicht konservierend oder restaurierend, nicht als Rückwendung erfolgen. Vielmehr muß beides vom Boden der heutigen Verhältnisse, Interessen, Bedürfnisse und Mentalitäten aus angegangen werden, müssen diese also positiv als Momente der Reform aufgegriffen werden.

Wie wäre also die Kapitalisierung der Konsum- und Genußwelt - symbolisch in der Werbung konzentriert und praktisch im Produktionsprofil der Konsumgüterindustrie und in kommerziellen Konsumdienstleistungen verkörpert - einzudämmen, zurückzudrängen und schließlich aufzuheben?

Die Ausdehnung des Kapitalverhältnisses auf noch nicht durchkapitalisierte Bereiche in wenig entwickelten Gesellschaften ist aber wohl kaum mit einem Kampf um Reformen zu verhindern. Dort würde mit gering entwickelten Produktivkräften gegen Goliath gekämpft.

20. Die Durchsetzung von stimmigen Forderungsbündeln und institutionellen Reformprojekten erfordert selbstverständlich eine erhebliche Veränderung der Kräfteverhältnisse im politisch-institutionellen System.

Bisher sind reformerische Veränderungen der kapitalistischen Reproduktion der Gesellschaften nur so lange lebensfähig und existent geblieben, wie sie durch das bewußt aufrechterhaltene akute politisch-ökonomische Kräfteverhältnis gestützt wurden. So waren solche Strukturänderungen nur eine Art Reservat gegenüber den Totalisierungsvorgängen der kapitalistischen Basis - wie sich heute im weltweiten Abbau von sozialen Sicherungen zeigt.

Dagegen müßte geprüft werden, ob es nicht neue, auf der Basis der modernen Produktivkräfte und spontanen kapitalistischen Vergesellschaftungsvorgänge beruhende, Formen der Vergesellschaftung gibt, die eine eigenständige Reproduktionsfähigkeit gewinnen könnten. Sie also resistent gegen spontane kapitalistische Vereinnahmung oder Unterwanderung entwickeln könnten und nicht protektionistisch dagegen abgeschirmt werden müßten.

Die bisher dafür prädestiniert scheinenden Bereiche der Privatfamilie, als Form aus der zerfallenden Urgesellschaft und des Staates, als Form aus



dem zerfallenden Feudalismus, scheinen nun beide in die Oxydation von Waren- und Kapitalverkehr zu geraten, sich aufzulösen oder sich umzuwandeln. Für beide gibt es noch keinen originär kapitalistischen Ersatz hinsichtlich ihrer notwendigen Funktionen für die gegenwärtigen Gesellschaften.

Modische Diagnosen für solche "Neuen Vergesellschaftungen" hat es dagegen schon mehrfach gegeben: Die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen, u.a. die Grünen, oder etwa die weltweite Vernetzung im Internet.

21. *Die Abwehr gegen die zentralen Bedrohungen der Alltagsinteressen muß mit Ansätzen spontanen Widerstands verbunden werden.*

Die massivsten Bedrohungen im Alltagsleben - Zahlungsunfähigkeit, Einkommenslosigkeit, Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit sowie Krankheit - führen bisher nur höchst selten zu spontanem Widerstand. Zumeist liegt das in der Natur der Sache, da es sich um individuelle oder vereinzelnde Vorgänge handelt. (Die Ausnahmen zeigen die notwendigen besonderen Bedingungen dafür: Kohlebergbau usw.).

Dagegen sind es gerade diese Vorgänge, meist noch im Einzelfall gebündelt, die die Gesellschaft von unten zerfressen. Sie müßten also am dringendsten mit alltäglichen spontanen Widerstandshandlungen für *Anderes* verbunden werden.

22. *Die Verbindung von Alltagsinteressen und strategischer Perspektive müßte in zweierlei Wirkungsrichtungen spezifischer Reproduktionsbereiche organisiert werden.*

Zum einen müßte die Herausnahme von Lebenszusammenhängen aus der Vermarktung und Kapitalverwertung, also die Einschränkung des Feldes für Kapitaleigentum, eine Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung und, damit im Zusammenhang, eine greifbare, alltägliche Beteiligung an der neuen *demokratischen Regulierung* zur Folge haben.

Die Wohnungsfrage könnte solch ein Feld sein, wo sich Alltagsinteressen mit strategischen Entwicklungen verbinden lassen: Genossenschaftswesen, Selbstverwaltung, regionaler Wirtschaftskreislauf mit Mittelstand, entsprechende soziale Bündnisse, Kommunalisierung des Eigentums, örtliche Vertiefung und Verankerung der Demokratie durch alltägliche ökonomisch-politische Selbstverwaltung.

Kinderbetreuung, Schulwesen, Gesundheitswesen, örtliches und regionales Transportwesen, Energieversorgung usw. könnten andere Felder sein.

*Der entscheidende Ansatzpunkt scheint der Schnittpunkt der praktischen Reproduktion der Individuen in Haushalten und Familien mit den örtlich gebundenen und daher politisch und ökonomisch greifbaren Teilen der gesellschaftlichen Reproduktion zu sein!*

In den genannten Feldern ließe sich etwas *Strategisches* in Gang setzen, wenn und soweit die Finanzverfassung der BRD gründlich umgestaltet würde und damit einhergehend die Kompetenzverteilung der Gebietskör-

perschaften zugunsten der Kommunen, Kreise und Regionen verändert und mit einer Vertiefung der demokratischen Gestaltungsmöglichkeit verbunden würde.

Aus der Verbindung von Programm und erfolgreicher Bewegung für die Verbesserung des Alltagslebens könnte sich Widerstand und Perspektive entwickeln und so von einem Ziel zu einer Voraussetzung für die weitere Veränderung der Gesellschaft werden.

23. *Beschäftigung, Einkommensentwicklung und Steuereingänge werden erst bei drastisch veränderten Kräfteverhältnissen demokratisch reguliert werden können.*

Wo Markt, Erwerbseigentum und Kapitalverwertung nicht beseitigt werden können, müßten zum anderen Reformen den *gesellschaftlichen Charakter des Ökonomischen*, seine diktatorische Bestimmung durch Privateigentum und die dadurch erzeugten Mißlichkeiten und Schäden verdeutlichen.

Bis dahin müssen die Profiteure des Systems direkt und sichtbar, praktisch und moralisch für die Aufrechterhaltung der sozialen Reproduktion herangezogen werden:

Kapitaleigentümer hätten in *Anwendung des Verursacherprinzips* aus den Kapitalerträgen die Finanzierung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers und seines sozialen Unterbaus zu tragen. Dies müßte ohne Einschränkung und ohne die Mitbestimmung der Kapitaleigentümer eingerichtet werden, also anders als bei der bisherigen Sozialversicherung.

Der *kapitalistische Tribut des Mehrwertes* auf die Erträge der gesellschaftlichen Arbeit würde also teilweise als *Pachtsumme der Kapitalistenklasse* für die Bewirtschaftung und Verwertung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers und der nötigen materiellen Infrastruktur wieder zurückgefordert werden.

24. *Die Regulierung der Investitionsprozesse in den großen Produktionsbereichen selbst wäre dann schon mit dem Dominanzwechsel bei der ökonomischen Reproduktion verbunden.*

Praktisch hieße dies, daß das private Eigentum an den Produktionsmitteln an einem entscheidenden Punkt ausgehöhlt würde - der Bestimmung über die Akkumulation. Zusammen mit der weitgehenden gesellschaftlichen Abschöpfung des privat angeeigneten Mehrwertes wären die wichtigsten Bastionen des privaten Kapitaleigentums geschleift. Dies wäre natürlich nur erreichbar und aufrechtzuerhalten, wenn im Überbau der Dominanzwechsel schon längst stattgefunden hätte, d.h. bei den politischen Kräften, ihren Aktionen, den Meinungen und Einstellungen - und all dies nicht durch Gewaltaktionen der alten herrschenden Kräfte rückgängig gemacht worden wäre. Das hieße aber: Eine Revolution hätte stattgefunden. Danach könnten dann mit Hilfe eines eigenständigen demokratischen Fundamentes die Verhältnisse in Richtung Sozialismus entwickelt werden und sich ökonomisch reproduzieren.



## Umriss einer marxistischen Diskussion des Begriffs "Entwicklungsländer"

### 1. Herkunft und Karriere des Begriffs "Entwicklungsländer" (El)

Die Kreation des Begriffs "underdeveloped countries" (unterentwickelte Länder) wird in der Regel auf das "point four-program" der US-Außenpolitik im Jahre 1949 zurückgeführt. Damit sollten alle Kolonialländer oder "junge Nationen" bezeichnet werden, die durch weitverbreitete Armut und ökonomisch-technische Rückständigkeit - im Vergleich zu entwickelten kapitalistischen Ländern - gekennzeichnet waren. Im Laufe der 50er Jahre wurde der Begriff von der UN, den nationalen und internationalen Entwicklungsinstitutionen sowie von den meisten Wissenschaftlern, die sich mit diesen Ländern befaßten, übernommen und in die freundlichere und diplomatischere Version von "developing countries" (Entwicklungsländer) transformiert. Soweit mit diesem Begriff mehr als eine Merkmalsbeschreibung (von Defiziten gegenüber den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften) verbunden war, beruhte seine theoretische Herkunft und Zielrichtung auf der sogenannten Modernisierungstheorie, die seit den 50er Jahren zum beherrschenden Paradigma sozialer und politischer Entwicklung zu werden sich anschickte. Vor diesem Hintergrund wurden El als vormoderne (= traditionale) Gesellschaften wahrgenommen, die sich durch das Vorbild der entwickelten Gesellschaften und auch aus inneren Antrieben heraus auf den Weg zur Modernität (= Entwicklungsstand entwickelter kapitalistischer Gesellschaften) begeben hätten bzw. deren Bestimmung darin lag, dies zu tun. Trotz mancher theoretischer Kritik an dem so verstandenen (und "Entwicklung" generell vortäuschenden) Begriff und trotz starker Ausdifferenzierung dessen, was unter El verstanden werden konnte, insbesondere seit den 70er Jahren, wurde der Begriff in der Politik, den internationalen Organisationen und letztlich auch in der Wissenschaft beibehalten, allerdings mit verschiedenen, zusätzlich präzisierenden Attributen versehen (Schwellenländer, Erdölländer, am wenigsten entwickelte Länder etc.). - Marxistische Wissenschaftler haben die Begriffe "Unterentwicklung", "unterentwickelte Gesellschaften" oder "peripherer Kapitalismus" oder "Dritte Welt" meistens vorgezogen, obwohl auch diese

\* Vorabdruck des Stichworts "Entwicklungsländer" für den in Kürze erscheinenden nächsten Band des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus. Unter Mitwirkung von mehr als 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1994ff. Mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers.

Termini nicht in jedem Fall exakt sind und nicht alle Strukturmerkmale dieser Ländergruppe zu erfassen vermögen.

### 2. Marxistische Definitionen des Begriffs "Entwicklungsländer"

Trotz grundsätzlich gemeinsamer historisch-materialistischer Herangehensweise haben sich marxistische Theoretiker gegenüber dem Phänomen Unterentwicklung/El (seit dem Zweiten Weltkrieg) schwer getan, weil es sich um Länder handelte, die in bezug auf ihre Entwicklungsstufe, ihren Kapitalisierungsgrad, ihre Geschichte, ihre politisch-institutionelle Ausstattung sowie in bezug auf ihre Entwicklungspotentiale etc. sich recht unterschiedlich darstellten. Hinzu trat die Unsicherheit darüber, ob es sich um feudale, sonstige vorkapitalistische oder schon kapitalistische Gesellschaftsformationen handelte, ob deren Entwicklungsrichtung durch das Modell des entwickelten industriellen Kapitalismus vorgegeben sei oder ob andere Varianten ökonomisch-sozialer Emanzipation gegenüber der ökonomischen Beherrschung durch die kapitalistischen Metropolen (d.h. durch teilweises "Überspringen" oder "Abkürzen" von Phasen kapitalistischer Entwicklung) denkbar seien.

Es überrascht daher nicht, daß auch unter marxistischen Wissenschaftlern differierende Definitionen angeboten wurden. P.A. Baran z.B., der die marxistische Diskussion um El in den 60er Jahren stark beeinflusste, definierte diese Ländergruppe als eine, in der der ökonomische Surplus a) von Teilen der herrschenden Klasse angeeignet und unproduktiv verschwendet wird und/oder b) von ausländischen Kapitalinteressen appropriiert und überwiegend in die Metropolen transferiert wird (Baran, 1962: 177, 184). Andere Definitionen berühren stärker historische und politische Aspekte der El: "Entwicklungsländer ist ein Sammelbegriff für alle ehemaligen Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Länder, die durch den Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus ihre politische Souveränität erlangt haben, aber um ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Imperialismus immer noch kämpfen." (Khalatbari, 1981: 807). Weitere Definitionen stellen die aktuelle Verschiedenheit gegenüber ähnlichen Aspekten der Geschichte und der möglichen Zukunft heraus, wobei hier natürlich auch die typischen in El dominierenden ökonomischen und sozialen Strukturen impliziert sind: "In der Dritten Welt existieren heute Gesellschaftsstrukturen, die durch vorkapitalistische Verhältnisse, sich herausbildenden Kapitalismus oder durch relativ entwickelten Kapitalismus bestimmt werden. In einigen Ländern entwickelt sich staatsmonopolistischer Kapitalismus. ... Bei aller Verschiedenheit der jeweiligen nationalen Interessen hat die selbständige nationale Wirtschaftsentwicklung die Überwindung ökonomischer Rückständigkeit und Abhängigkeit zum Ziel." (Faulwetter/Stier, 1984: 48f.). Für den ägyptischen Marxisten S. Amin wiederum führt die ungleiche internationale Spezialisierung "zu drei Arten von



Verzerrungen der Ausrichtung des Entwicklungsprozesses in der Peripherie" (Verzerrung zugunsten der Exportsektoren, übergroßes Wachstum des Tertiärsektors, Verzerrung zugunsten der Leichtindustrien); der von den kapitalistischen Zentren beherrschte "periphere Kapitalismus" könne aufgrund seiner Strukturen und politischen Bedingungen die kapitalistische Produktionsweise nicht als tendenziell einzige durchsetzen, ökonomisch-sozial integrieren, homogenisieren und eine entsprechende selbständige Dynamik entfalten (Amin, 1975: 160ff.). Die beiden an Marx (und P.A. Baran) sich orientierenden venezolanischen Sozialwissenschaftler A. Córdova und H. Silva Michelena bieten zwei Definitionsversuche an, die als komplementär zueinander begriffen werden können. Als "unterentwickelt" definiert Córdova "ein Land, das in ausreichendem Maße weder quantitativ und qualitativ zulängliche Produktionsmittel noch Arbeitskraft besitzt, um seine wirtschaftlich aktive Bevölkerung auf einem Produktionsniveau zu nutzen, das mit dem jeweiligen Stand der Technik der geschichtlichen Epoche und den vorhandenen natürlichen Ressourcen in Einklang steht" (Córdova, 1969: 38). Und Silva Michelena ergänzt: "Die Unterentwicklung ist ein historisches Produkt, nicht eine Phase der Entwicklung; als solches ist sie hauptsächlich durch eine Sozialstruktur gekennzeichnet, die - einem deformierten und abhängigen Produktionsapparat eng verbunden - so wirkt, daß sie die besondere Position des Landes in der internationalen Arbeitsteilung zwischen reichen und armen Gesellschaften perpetuiert." (Silva Michelena, 1969: 43).

### 3. Marx und die "Entwicklungsländer"

Obwohl bei Marx und Engels natürlich noch keine Theorie der Unterentwicklung im heutigen Verständnis vermutet werden darf, finden sich bei ihnen in verschiedenen Schriften (z.B. über Indien, China, Rußland, Irland, aber auch im "Kapital" oder den "Grundrissen" und anderswo) einzelne gedankliche Ansätze zur Erklärung von Unterentwicklung bzw. der ungleichen Entwicklung auf Weltebene (Melotti, 1977; Banerjee, 1985). In diesem Zusammenhang haben die knappen und verstreuten Bemerkungen von Marx und Engels zur sogenannten "asiatischen Produktionsweise" (APW) eine überragende Bedeutung. Ohne hier auf die Kontroverse über die Stellung der APW in der Abfolge von Gesellschaftsformationen oder die Frage der inneren Differenziertheit von Gesellschaft eingehen zu können, sei doch festgestellt, daß sich die Bedeutung dieser Bemerkungen für die Problematik der El/Unterentwicklung aus unterschiedlichen Gründen ergibt. Nicht nur aus dem für die El-Forschung elementaren, methodischen Erkenntnisprinzip, daß Unterentwicklung in der Regel sowohl aus internen wie externen Ursachen - die historisch wie aktuell - in einer bestimmten Verklammerung auftreten, resultiert; auch die Entdeckung, daß in diesem Gesellschaftstypus trotz aller Bewegung an der politischen Oberfläche eine derartige wechselseitige, enge Verzahnung von

Produktivkraftstand und Produktionsverhältnissen eingetreten ist, daß dynamische Veränderungen in beiderlei Hinsicht fast ausgeschlossen sind, hat sich als methodisch fruchtbar erwiesen. Durch die Kombination des Vorherrschens von Varianten des Gemeineigentums (auf Dorfebene) und eines relativ zentralisierten und despotischen Staates (mit elementaren infrastrukturellen Aufgaben) einerseits sowie die makro- und mikrogesellschaftlich festgeschriebene Form und Entwicklungshöhe der Arbeitsteilung andererseits konnte eine revolutionäre Klasse wie das städtische und später industrielle Bürgertum in Europa nicht entstehen und infolgedessen sich eine neue dynamische Produktionsweise wie die kapitalistische nicht durchsetzen. Die Abwesenheit von konsolidiertem Privateigentum und die damit verbundene Unmöglichkeit der Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln und die damit wiederum sehr erschwerte Veränderung der gesellschaftlichen und betrieblichen Arbeitsteilung hin zu neuen Produktivitätsverbesserungen, Spezialisierungen etc. haben letztlich verhindert, daß sich eine neue Produktionsweise herausbilden konnte.

Freilich gibt es auch andere Aussagen bei Marx und Engels, die zum Komplex Unterentwicklung gehören. Dabei handelt es sich auch um widersprüchliche Passagen, die Anlaß zu verschiedenen Interpretationen gegeben haben. Z.B. sind die Äußerungen von Marx und Engels über die Kolonialpolitik europäischer Mächte und den Kolonialismus kontrovers. Auf der einen Seite wird unumwunden die Brutalität der merkantil-kapitalistischen Kolonialsysteme aufgezeigt (z.B. in dem berühmten Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation im "Kapital"). Es gibt aber auch einzelne Äußerungen, in denen Marx die objektiven Wirkungen des Kolonialismus und der Ausbreitung des Kapitalismus als erste (oder einzige) echte und notwendige soziale Revolutionierung jener Länder bzw. Verhältnisse versteht. Aber auch hinsichtlich der Beurteilung dieser sozialen Veränderungen tauchen unterschiedliche Bewertungen bei Marx selbst auf. Während in dem Aufsatz über die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien von 1853 noch davon die Rede ist, daß das Samindari- und Raiatwari-System, so abscheulich sie seien, doch zwei Formen von Privateigentum einschlossen, "nach dem die asiatische Gesellschaft so sehr verlangt" (MEW 9: 221), so ist die Beurteilung des progressiven Charakters von Privateigentum bei Marx im Jahre 1881 in den berühmten Briefentwürfen an Vera Sassulitsch z.B. wesentlich differenzierter und im Kern den früheren Aussagen entgegengesetzt. "Was z.B. Ostindien anbelangt, so ist es aller Welt, mit Ausnahme von Sir H. Maine und anderen Leuten gleichen Schlags, nicht unbekannt, daß dort die gewaltsame Aufhebung des Gemeineigentums an Grund und Boden nur ein Akt des englischen Vandalismus war, der die Eingeborenen nicht nach vorn, sondern nach rückwärts stieß." (MEW 19: 402).

Im "Kommunistischen Manifest" und anderen Schriften der 40er und des Beginns der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts dominiert die Sichtweise eines



sich um den Globus ausbreitenden Kapitalismus, der die Welt homogenisiert und "barbarische" bzw. "geschichtslose Völker" in die kapitalistische Zivilisation mehr oder minder auf die gleiche Weise hineinstößt. So z.B. nimmt es sich heute als erstaunlich und kaum glaubhaft aus, daß Engels 1847/48 die Einverleibung großer Teile Mexikos durch die USA zunächst als fortschrittliche Entwicklung begrüßt hat; später, in den 60er Jahren, wurde diese Sicht korrigiert (MEW 4: 501). Und entsprechend unproblematisch heißt es bekanntlich noch in dem Vorwort zum "Kapital", daß das entwickelte kapitalistische Land dem minderentwickelten Land den Spiegel seiner Zukunft zeige. (Diese und andere ähnliche Passagen bilden für manche bürgerliche Entwicklungstheoretiker die Grundlage dafür, Marx als schlichten Modernisierungstheoretiker einzuordnen, z.B. Menzel, 1991: 88, und Nohlen/Nuscheler, 1992: 62). Daß aus der Unterwerfung einer kapitalistischen Nation durch eine andere, ganz abweichende Formen der kapitalistischen Produktion und der Produktionsverhältnisse mit durchaus entgegengesetzten materiellen Ergebnissen dieser Produktionsweise resultieren können, tritt zu diesem Zeitpunkt nicht in das Blickfeld von Marx und Engels. Zwar finden sich schon Äußerungen über eine sich abzeichnende internationale Arbeitsteilung, z.B. im "Kapital", wo es an einer Stelle heißt, daß die Welt sich tendenziell in Industrie- und Rohstoff- bzw. Agrarländer differenzieren wird (MEW 23: 475), daß die Importe billiger Industriewaren in Indien und anderswo im kolonialen Raum die dortigen Ansätze von Manufaktur und Gewerbe zerstören werden, oder z.B. im Zusammenhang mit der Kritik von Marx an Ricardos Theorem der komparativen Kostenvorteile, wo Marx auch die unterschiedlich großen Vorteile für die jeweils am Handel beteiligten Länder hervorhebt - doch systematisch werden solche Überlegungen zu der polarisierenden Durchsetzung des Kapitalismus auf Weltebene, zum Auseinandertreten von Entwicklung und Unterentwicklung, von Dynamik und Stagnation nicht angestellt.

Der Kapitalismus wurde also als notwendiges Durchgangsstadium begriffen, nichtkapitalistische Entwicklungsmöglichkeiten wurden nicht thematisiert, und der Sozialismus wurde als relativ entfernte Etappe aufgefaßt, die nur nach Vollzug der kapitalistischen Phase denkbar war und jedenfalls für die kolonialen und halbkolonialen Länder erst aktuell werden konnte, nachdem die entwickelten kapitalistischen Länder zum Sozialismus übergegangen waren. Dies ist in großen Strichen die vorherrschende Sichtweise von Marx und Engels in den 40er und 50er Jahren; seit Ende der 50er Jahre beginnt sie sich in einigen Punkten zu verändern, und vor allem in den Ausführungen von Marx zur Irland-Frage und zur russischen Agrarentwicklung hat sie eine neue Wendung und Akzentsetzung erfahren. Aufgrund intensiver Beschäftigung mit historischen und ethnologischen Fragen gelangte Marx in seinen letzten Schriften über die russische Bauerngemeinde zu einer deutlichen Einschränkung der Reichweite seiner Theorie der kapitalistischen Entwicklung, die er ausdrücklich nur auf Westeuropa bezieht. Damit ist explizit auch die methodische Aufforderung

verbunden, bestimmte Kategorien in bezug auf andere soziale Realitäten neu zu durchdenken, zu modifizieren und zu erweitern. "Ereignisse von einer schlagenden Analogie, die sich aber in einem unterschiedlichen historischen Milieu abspielten, führten also zu ganz verschiedenen Ergebnissen. Wenn man jede dieser Entwicklungen für sich studiert und dann miteinander vergleicht, wird man leicht den Schlüssel zu dieser Erscheinung finden, aber man wird niemals dahin gelangen mit einem Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein." (MEW 19: 112). - In den Ausführungen über die Irland-Frage (z.B. MEW 32: 667ff.) setzt sich Marx erstmals ausführlich mit der ökonomisch-politischen Herrschaft eines Landes über ein anderes auseinander, erkennt dabei die Problematik ungleicher Spezialisierung (Agrarland versus Industrieland), die Tatsache, daß der britische Akkumulationsprozeß von der Abschöpfung des Mehrwerts in Irland profitiert und umgekehrt der irische Akkumulationsprozeß auf verschiedenartige Weise blockiert und deformiert wird (durch den fehlenden Zollschatz, die niedrigen Preise für irische Produkte, die Invasion britischer Grundeigentümer usw.). Er erkennt, daß die ökonomische Entwicklung Irlands in der totalen Unterordnung des Landes eine Funktion der britischen kapitalistischen Entwicklung ist und daher eine völlig andere Richtung einschlägt als in Großbritannien selbst. Daraus wiederum resultiert auch eine unterschiedliche Interessenlage und politische Haltung des irischen Pächters oder Proletariats gegenüber dem britischen Arbeiter. Und diese Spaltung und tiefe Feindschaft zwischen dem irischen und britischen Arbeiter sieht Marx als eine wesentliche Säule der Aufrechterhaltung der Herrschaft britischer Großgrundbesitzer und Kapitalisten in Irland, aber auch in England selbst an. Daraus zieht Marx folgende Konsequenzen:

- 1) Die Bedingung für eine sozialistische Revolution in England ist die nationale Revolution, d.h. die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit in Irland;
- 2) die Revolution in Irland wird zugleich eine nationale und eine Klassenrevolution sein (weil die Landbesitzer, d.h. die wesentlichen Elemente der herrschenden Klasse, Engländer waren);
- 3) das revolutionäre Programm muß sich auf die Unabhängigkeit Irlands von England stützen, auf die Wiederaneignung des Landes und auf den Schutz durch Zolltarife;
- 4) dieses Programm, das seine Basis in den unteren Klassen hatte, machte aus den fenians (eine revolutionäre irische Organisation) eine nationale Bewegung mit sozialistischer Tendenz;
- 5) die soziale Basis dieser Bewegung war interklassistisch und mußte es sein: Bauern, Intellektuelle, Arbeiter und kleinbürgerliche Handwerker etc. (Franco, 1982: 70ff.).



An diese dialektische Verkettung von nationalen und sozialen Elementen des revolutionären Prozesses in abhängigen, kolonialen und halbkolonialen Ländern knüpften später Lenin, die nachfolgenden theoretischen Ausarbeitungen über die nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen während der Kommunistischen Internationale und alle späteren marxistischen Theoretiker mehr oder minder deutlich an.

#### 4. Umrisse einer marxistischen Fassung der El-Problematik

Entwicklungsländer sind durch gemeinsame Strukturmerkmale gekennzeichnet, die durch historische und gegenwärtige Formen der Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt sowie diesen entsprechende interne ökonomisch-politische Herrschaftsformen hervorgebracht oder geprägt worden sind. Eine historisch-materialistisch oder marxistisch orientierte Entwicklungsländerforschung kann sich mit der bloßen Aufzählung von prinzipiell gleich bedeutsamen Merkmalen, wie z.B. niedriges Pro-Kopf-Einkommen, niedrige Spar- und Investitionsrate, geringe Produktivität, niedriges allgemeines und technisches und qualifikatorisches Niveau der Arbeitskräfte, Vorherrschaft des Primärsektors, Dominanz weniger Produkte des Primärsektors in der Exportpalette, unzureichende Infrastruktur, geringe Lebenserwartung und hohe Säuglingssterblichkeit (im Vergleich zu den Industrieländern) usw. usf. - nicht begnügen. Vielmehr ist sie bestrebt, diese und andere Merkmale in einen strukturellen Erklärungszusammenhang zu stellen, der zum einen historische Determinanten umfaßt und zum anderen politökonomische und sozialstrukturelle Dimensionen in ihrer inneren Verklammerung untersucht. Unterentwicklung wird so als Zustand und Prozeß zugleich begriffen, bei welchem - trotz aller Modifikationen im zeitlichen Verlauf und trotz vielfältiger Länderspezifika - eine hohe strukturelle interne Heterogenität einerseits und starke Außenabhängigkeit andererseits die Entwicklungsparameter regelmäßig bestimmen. Beide grundlegenden Strukturelemente von Unterentwicklung bzw. der El wiederum bedingen sich bis zu einem gewissen Grade gegenseitig, sind historisch (teilweise schon vor 500 Jahren) allmählich entstanden und werden durch die asymmetrischen Weltmarktbeziehungen und internen Klassenverhältnisse bis auf den heutigen Tag perpetuiert.

Der Begriff "Außenabhängigkeit" oder "asymmetrische Einordnung in die weltwirtschaftlichen Beziehungen" enthält verschiedene Aspekte. Zum *ersten* meint er, daß wesentliche Teile des Produktions- und Reproduktionsprozesses der El-Ökonomien nicht durch Aktivitäten innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen abgedeckt werden können und daher nur durch Bezug von außen, d.h. vom Weltmarkt dem Reproduktionsprozeß zur Verfügung gestellt werden können. Diese Deformation der El-Ökonomien, ihre weitgehende Unfähigkeit zur selbständigen Kapitalgüterproduktion, ihre nicht leicht zu behebenden wissenschaftlich-technischen Strukturdefizite bilden die Grundlage der einseitigen ökonomischen Unterordnung im

kapitalistischen Weltmarkt. Eine solche "Außenabhängigkeit" ist nicht mit der "aktiven Außenabhängigkeit" (bezüglich einer hohen Exportquote) von Ländern wie etwa Belgien oder der Schweiz zu verwechseln; auch Hinweise auf überwiegend rohstoffexportierende Länder wie Neuseeland und Australien (nicht zu vergessen: die USA!) treffen insofern nicht, weil dieser Typus von nationaler Ökonomie über wichtige Kapitalgüterproduktionen selbst verfügt, die wissenschaftliche und technische Kompetenz für eventuelle Umstellungen des Produktions- und Exportapparats besitzt und trotz einer bestimmten Spezialisierungsstruktur einen qualitativ anderen intersektoralen und zwischenzweiglichen Verflechtungsgrad als unterentwickelte und abhängige Ökonomien aufweist. *Zweitens* bedeutet "Außenabhängigkeit", daß Austauschprozesse mit dem Ausland/Weltmarkt unter ungünstigen Bedingungen stattfinden (müssen) und dies über Preise, Transaktionskosten, Versicherungsgebühren, Patent- und Lizenzzahlungen etc. zu Transfers von Ressourcen in die metropolitanen Länder führt. *Drittens* bedeutet "Außenabhängigkeit" die Tendenz zur Anziehung von Auslandskapital (als Ersatz für eigene Akkumulationsquellen), was ebenfalls wiederum in der Regel zu weiteren Deformationsprozessen und Ressourcenabflüssen führt. Eine Schätzung aller Posten von Wertabflüssen aus El in die Metropolen (unter Einschluß der Partizipation an Renten, des einheimischen Fluchtkapitals, der Zinszahlungen im Kontext der Verschuldungskrise etc.) kommt für Mitte der 80er Jahre auf die gewaltige Summe von 400 Mrd. US-Dollar jährlich, "was etwa einem Viertel des in den Entwicklungsländern produzierten Nationaleinkommens entspricht. Dies ist zugleich etwa das Doppelte jener Summe, die in den letzten Jahren in den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern im produktiven Bereich investiert worden ist" (Faulwetter, 1988: 18; siehe auch Goldberg, 1992: 1057ff.). Diese sehr handfesten Implikationen von "Außenabhängigkeit" darf eine marxistische El-Forschung nicht übersehen oder relativieren, sondern muß sie zu einem ihrer Untersuchungsschwerpunkte machen. - Diese asymmetrische "Außenabhängigkeit" ist Ergebnis und Ausdruck einer *erstens* von außen angestoßenen und eingeführten kapitalistischen Produktionsweise und *zweitens* zugleich einer Nicht-Verallgemeinerung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, da bis heute eine überwiegend binnenmarktorientierte, ("autozentrierte") homogenisierende kapitalistische Entwicklung (im Sinne der Zunahme des ökonomischen Verflechtungsgrades, nicht im Sinne einer sozial-egalitären Tendenz!) eher die Ausnahme gewesen ist. Das andere wesentliche Charakteristikum der El, die "strukturelle Heterogenität", ist direkt hiervon abzuleiten.

Das Konzept der "strukturellen Heterogenität", das mit der Dependenz-Diskussion in Lateinamerika entstand (z.B. Córdova, 1973: 24ff.) und auch in die marxistische Literatur Eingang gefunden hat (hier gelegentlich auch als "Mehrsektorenwirtschaft" bezeichnet), hat neben den determinierenden ökonomischen Dimensionen auch verschiedene gesellschaftliche Seiten: so in der Sozialstruktur, auf der Ebene des politischen Systems, der Kultur,



des Konsums, der Lebensweise der Bevölkerung und in vielem anderen mehr. Strukturelle Heterogenität bezieht sich zunächst im ökonomischen Bereich auf das relativ dauerhaft Nebeneinander-Bestehen von ökonomischen Sektoren, Wirtschaftszweigen, Branchen, die gegeneinander, aber auch intern durch eine bemerkenswert breite Spannweite von auseinanderweisenden Produktivkraftniveaus, entsprechenden Produktivitätsdifferenzen, unterschiedlichen Eigentums- und Produktionsverhältnissen etc. gekennzeichnet sind. Es können z.B. unterschieden werden: ein naturalwirtschaftlich-patriarchalischer Sektor, ein Sektor feudaler und halbfeudaler Produktion, ein Sektor der einfachen Warenproduktion, ein Sektor des einheimischen Kapitalismus, der Sektor des Auslandskapitals und der staatliche Sektor als staatskapitalistischer Sektor, wobei innerhalb von manchen dieser Sektoren auch noch große Differenzierungen (so z.B. innerhalb des einheimischen Kapitalismus: ein monopolkapitalistischer und ein eher konkurrenzkapitalistischer Bereich) unterschieden werden können (Handbuch der Entwicklungsländer, 1988: 228). Nicht selten findet man zeitlich nebeneinander, was in der westeuropäischen Entwicklung verschiedenen historischen Entwicklungsstufen entsprochen hat. Damit sollen keineswegs auch Ähnlichkeiten in der kapitalistischen Entwicklung zwischen heutigen El und früheren Gesellschaften Europas und Nordamerikas geleugnet werden und die spezifischen historischen Widersprüche der Entfaltung des Kapitalismus in Europa gar verkleinert werden (vgl. Hurtienne, 1981: 105ff.). - Gegenüber den bürgerlichen Dualismus- und Modernisierungskonzepten, aber auch gegenüber einer zwanghaften Gesellschaftsformationsbestimmung, die sich an den bisherigen Entwicklungsgang der wesentlichen Formationsabfolge anlehnt, hat dieses Konzept den Vorzug, empirisch-operationell und analytisch-explikativ verwendet werden zu können. Die vor allem von marxistischen Theoretikern versuchte Bestimmung der Hierarchie der einzelnen Sektoren/Branchen in ihrem Verhältnis zueinander, die u.a. durch die Nähe und Ferne zum Weltmarkt markiert wird, wie auch die Analyse der wechselseitigen Querverbindungen zwischen diesen unterschiedlichen ökonomischen und gesellschaftlichen Segmenten hat wesentlich zur Erhellung der Mechanismen und Bewegungsspielräume von Unterentwicklung, vor allem zur Erklärung des Fortbestandes nicht-kapitalistischer, subsistenzwirtschaftlicher und/oder prekärer, marginaler Arbeits- und Lebensverhältnisse beigetragen. Die für El typischen hohen Macht- und Vermögensdifferentiale und die grundsätzliche Außenorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft sorgt für die Aufrechterhaltung des Gegensatzes zwischen kleinen dynamischen, kapitalistisch-modernen Entwicklungspolen einerseits und von Polen der Marginalität, der einfachen Warenproduktion und anderen residualen Wirtschaftsformen des Überlebens andererseits. Ausmaße und die Intensität struktureller Heterogenität können geradezu als entscheidende Kriterien für das Niveau von Unterentwicklung verstanden werden.

## 5. El und marxistische Entwicklungstheorie heute

Diese sehr abstrakten Strukturmerkmale von El können natürlich keine vollständig verallgemeinerbaren Beurteilungen der Perspektiven von El implizieren, vielmehr sollten sie eher bestimmte und besondere Hemmnisse einer dauerhaften kapitalistischen Akkumulation, in deren Folge eine "nachholende Entwicklung" stattfinden könnte, indizieren. Wie schon das Beispiel Japan am Anfang dieses Jahrhunderts zeigte, und seit Anfang der 70er Jahre dieses Jahrhunderts Südkorea und Taiwan demonstrieren, sind nachholende kapitalistische Entwicklungsprozesse, in deren Verlauf auch Strukturelemente der Unterentwicklung abgebaut werden, durchaus möglich: Allerdings unter bestimmten internen und externen Bedingungen, die wiederum kaum verallgemeinert werden können, sondern eher als die "Ausnahme von der Regel" anzusehen sind.

Als die wichtigste Tendenz während der letzten zwei Jahrzehnte ist zweifellos die zunehmende Differenzierung der El untereinander hinsichtlich langjähriger durchschnittlicher Wachstumsraten des BIP, bezüglich des Pro-Kopf-Einkommens, aber auch hinsichtlich sogenannter sozialer Indikatoren (wie z.B. der durchschnittlichen Lebenserwartung, der Alphabetisierungsrate etc.) hervorzuheben. Reflex dieser Entwicklung ist die von internationalen Organisationen und Wissenschaftlern vorgenommene Differenzierung der Ländertypen in "Schwellenländer" oder Newly Industrializing Countries (NIC), "am wenigsten entwickelte Länder", Länder mit niedrigen oder mittleren Einkommen, ölexportierende oder ölimportierende Länder, Länder ohne Zugang zum Meer, Inselstaaten oder Flächenstaaten, bevölkerungsarme oder bevölkerungsreiche Staaten, schwerverschuldete Entwicklungsländer und weniger verschuldete Entwicklungsländer etc. Außer der häufigsten Kategorisierung der Entwicklungsländer in solche mit "mittlerem Einkommen" (über 670 US-Dollar pro Kopf jährlich, 1993) und niedrige Einkommen (entsprechend darunter) sind viele ökonomische und soziale Typologien der El denkbar und interessant, doch hängen der Sinn und die Brauchbarkeit solcher Einteilungen von dem jeweiligen Erkenntniszweck ab (siehe zu möglichen Typologisierungen: Nuscheler, 1996<sup>4</sup>: 68ff.).

In der Blockfreien-Bewegung (seit 1955), der sogenannten "Gruppe der 77" (seit 1964), der mittlerweile über 120 El angehören, sowie in verschiedenen UN-Organisationen oder -Konferenzen (wie z.B. der UNCTAD) versuchten die El ihre gemeinsamen Interessen gegenüber den imperialistischen Ländern zu artikulieren. Mit dem Ende der Nachkriegsprosperität und den erheblichen Erdölpreisstegungen (1973/74) hatte die Dritte Welt bezüglich ihrer relativen Einheit, ihrer ökonomischen Stärke und hinsichtlich ihrer politischen Machtentfaltung einen Höhepunkt erreicht. Aber schon Ende der 70er Jahre war die Zeit eines ernsthaften Dialogs zwischen dem "Norden" und dem "Süden" vorbei. Eine zweite Phase des Kalten Kriegs, eine erhöhte Bereitschaft der USA zu militärischen Interventionen in der



Dritten Welt und eine verstärkte politisch-militärische Präsenz der Sowjetunion und Kubas in einigen El polarisierten zugleich die Politik der Dritten Welt. Vor allem die Bewegung der Nicht-Paktgebundenen-Staaten wurde seit dieser Zeit schwer erschüttert. Die Verschuldungskrise seit Beginn der 80er Jahre, die eine große Zahl der El erfaßt hatte, die danach aufgenötigten ökonomischen Anpassungsprogramme sowie schließlich der Niedergang nicht-kapitalistischer oder sozialistischer Alternativen in der Dritten Welt nach 1989 schwächte das politische Gewicht der Dritten Welt zusätzlich. Trotz gelegentlichen Aufflackerns von Nord-Süd-Konfliktelementen (z.B. auf der Konferenz in Rio über "Umwelt und Entwicklung" 1992 oder auf der WTO-Konferenz Ende 1996 in Singapur) hat sich die Vereinheitlichung der Interessen der Dritten Welt-Länder erschwert und ihre Konfliktfähigkeit und -bereitschaft bis heute - im Vergleich zu den 70er Jahren - auf fast allen Ebenen sehr verringert. Gegenwärtig hat die Dritte Welt kaum noch eine einheitliche und gewichtige Stimme.

Trotz verstärkter innerer Differenzierung der El und trotz teilweiser anhaltender kapitalistischer Dynamik in einigen Schwellenländern (vor allem in Ostasien) hat sich das globale Nord-Süd-Gefälle in verschiedener Hinsicht in den letzten Jahrzehnten verstärkt. Wenn nicht die bevölkerungsreichsten Staaten der Erde (VR China und Indien) in den letzten 15 bis 20 Jahren eine durchschnittlich recht hohe Wachstumsrate des BIP und entsprechende Steigerungen des statistischen Pro-Kopf-Einkommens zu registrieren gehabt hätten, wäre die ökonomische Gesamtbilanz der Dritten Welt in quantitativer Hinsicht noch wesentlich negativer ausgefallen, als dies ohnehin der Fall ist. Auch unter Einbeziehung dieser stark korrigierenden Faktoren läßt sich feststellen, daß über 100 El mit ca. einem Viertel der Menschheit (1,6 Mrd. Menschen) heute auf einem ökonomisch und teilweise auch sozial niedrigeren Niveau angelangt sind als vor 15 Jahren. "In 70 dieser Länder sind die Durchschnittseinkommen heute niedriger als 1980, in 43 Ländern sogar niedriger als 1970." (UNDP, 1996: 1). Andererseits darf nicht übersehen werden, daß in der gleichen Zeit - zumindest in sozialer Hinsicht - auch deutliche Fortschritte in der Dritten Welt generell erzielt werden konnten. In bezug auf die Senkung der Kindersterblichkeit z.B., auf die Erhöhung der mittleren Lebenserwartung und ähnliche soziale Schlüsselindikatoren, sind bedeutende Fortschritte nicht zu übersehen. "Zwischen 1960 und 1993 wurde das Nord-Süd-Gefälle bei der Lebenserwartung mehr als halbiert, von 23 Jahre auf 11 Jahre." (UNDP, 1996: 5) Auch hinsichtlich anderer Indikatoren, wie z.B. der Einschulungsrate, der Versorgung von Menschen mit medizinischer Grundbetreuung usw. haben sich durchaus Verbesserungen ergeben, wenngleich auch diese sozialen Errungenschaften sowohl zwischen den einzelnen wie auch innerhalb der jeweiligen Entwicklungsländer relativ ungleich verteilt sind. Auch muß unterstrichen werden, daß in ökonomischer Hinsicht die Unterschiede der Entwicklungsergebnisse wesentlich krasser zu sein scheinen als auf der sozialen Ebene.

Diese in mancherlei Hinsicht auseinanderweisenden Resultate der Entwicklung der Dritten Welt, die hier nur sehr grob angedeutet werden konnten, haben eine Reihe von Forschern dazu bewogen, Abschied von einem allgemeinen Begriff der El, von einem Konzept der "Dritten Welt" und auch der Analyse des "Nord-Süd-Konflikts" zu nehmen. Aus marxistischer Sicht scheint es aber problematisch, aus jenen divergierenden Entwicklungstendenzen den Schluß zu ziehen, daß nur noch Einzelfallbeschreibungen, Typenbildungen oder allenfalls "Theorien mittlerer Reichweite" bezüglich der El-Problematik möglich seien. Im übrigen ist die Reaktion auf seiten dieser Autoren durchaus zwiespältig: Wenn einerseits in einer gewissen postmodernen Theoriemüdigkeit die Absage an die "große, universalistische Theorie" propagiert wird, so sind es andererseits nicht selten die gleichen Theoretiker, die einer nicht minder universalistisch orientierten Modernisierungstheorie zu einer Revitalisierung verhelfen möchten. Für Marxisten sind diese aktuellen Tendenzen mit erhöhten Theorieanstrengungen verbunden. "Nach dem Scheitern der Entwicklungstheorien ist nicht der Abschied von, sondern die kritische Erarbeitung der 'großen Theorie' angesagt." (Altwater, 1992: 77f.). Grundsätzlich ist gegenüber jener theorieskeptischen Argumentation die wissenschaftstheoretische Frage zu stellen, ob Theorien oder verallgemeinerte Erklärungsansätze nur für gleichförmige Prozesse und homogene Gegenstandsbereiche gelten können. Gerade die Theorie versucht ja, unterschiedliche Einzel-faktoren, Teilprozesse und Teilstrukturen - über verschiedene Zwischenschritte: z.B. Typenbildung etc. - in einen kohärenten, breiteren Entwicklungszusammenhang zu bringen. D.h. für die vorliegende Problematik, daß der Weltmarkt und seine Funktionsmechanismen als letzte Erklärungsgröße natürlich für die Phänomene der Unterentwicklung nicht ausreichen und immer auch die jeweiligen internen sozioökonomischen und sozialstrukturellen Gegebenheiten, die sich mit den Weltmarktbedingungen berühren, aber nicht völlig aus ihnen ableitbar sind, analysiert werden müssen. Unterschiedliche Entwicklungen können auf diese Weise aus unterschiedlichen Konfigurationen von externen und internen Bedingungen systematisch abgeleitet werden. So müßte eine Theorie der Entwicklung und Unterentwicklung nicht nur das Zustandekommen von Unterentwicklung und deren Perpetuierung klären, sondern ebenso auch Aufholprozesse und Vorgänge des Rückfalls aus einer allgemeinen, aber differenzierten Theorie ableiten können. Eine solche differenzierende Theoretisierung von Entwicklung/Unterentwicklung muß in gewisser Weise auch der Zeit vorauslaufen; denn ein materialistisch-dialektisches Konzept von El muß auch mögliche Entwicklungspfade und zukünftige alternative Entwicklungsperspektiven einschließen. Weit deutlicher als vor 20 oder 30 Jahren wird bei diesem Postulat, daß die Überwindung von Unterentwicklung, Rückständigkeit und Armut nicht bei Vorstellungen von bisheriger nachholender kapitalistischer oder sozialistischer Industrialisierung stehen bleiben kann,



sondern in Zukunft benötigt ist, immer stärker ökologische und globale Dimensionen von Entwicklungsprozessen einzubeziehen.

## Bibliographie

- P. Stier (Hg.), Handbuch Entwicklungsländer. Sozialökonomische Prozesse, Fakten und Strategien, Köln 1988
- H. Faulwetter, Die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch das internationale Monopolkapital, in: P. Stier (Hg.), Handbuch Entwicklungsländer, Köln 1988, 14-18
- P. Khalatbari, Entwicklungsländer, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, Berlin/DDR 1981, 811ff.
- F. Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1996<sup>4</sup>
- P. Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung. Mechanismus - Probleme - Ausweg, Berlin/DDR 1971
- S. Amin, Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformation des peripheren Kapitalismus, Hamburg 1975
- H. Faulwetter/P. Stier, Entwicklungsländer am Scheideweg, Frankfurt/M. 1984
- P.A. Baran, The political economy of growth, New York 1962
- K. Ernst/H. Schilling (Hg.), Entwicklungsländer: Sozialökonomische Prozesse und Klassen, Berlin/DDR 1981
- V. Kiernan, Marx and India, in: The Socialist Register 1967, London 1967, 159-189
- U. Menzel, Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie, Hamburg 1991
- J. Goldberg, "Springquell des Reichtums" oder Sozialfall? Der Süden in der Weltwirtschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 9, 1992, 1069-1077
- D. Banerjee (Hg.), Marxian theory and the Third World, New Delhi u.a. 1985
- U. Melotti, Marx and the Third World, London 1977
- A. Córdova/H. Silva Michelena, Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung, Frankfurt/M. 1969
- A. Córdova, Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt/M. 1973
- D. Nohlen/R. Sturm, Über das Konzept der strukturellen Heterogenität, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Hamburg 1982, 92-116
- D. Boris, Marx, marxistische Revolutionstheorie und die Dritte Welt, in: Marxistische Blätter, H. 2, 1983, 47-53
- C. Franco, Entwicklung, Nation und Sozialismus, in: W.F. Haug/W. Elfferding (Hg.), Internationale Sozialismuskonzeption 2, West-Berlin 1982, 6-22
- D. Boris, Die Dritte Welt im Zeitalter der Extreme, in: Sozialismus, 23. Jg., Nov. 1996, 49-56
- Th. Hurtienne, Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung, in: PROKLA, 11. Jg., H. 44, 1981, 105-136
- E. Altwater, Die globalen Kosten des Fordismus - Zur ökologischen Interdependenz von Metropolen und Peripherie, in: D. Dirmoser u.a. (Hg.), Conquista, Kapital und Chaos, Lateinamerika. Analysen und Berichte, Nr. 15, Jahrbuch 1992, Münster/Hamburg, 77-102
- United Nation Development Program (UNDP), Bericht über die menschliche Entwicklung 1996, Bonn 1996
- D. Nohlen/F. Nuscheler, Was heißt Unterentwicklung?, in: dies. (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Bonn 1992, 31-54
- D. Nohlen/F. Nuscheler, Was heißt Entwicklung, in: dies. (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Bonn 1992, 55-75
- Peripherie, 4. Jg., Nr. 14, Herbst 1983 (Schwerpunkt: Die Dritte Welt und Marx)
- R.H. Chilcote, Dependency and Marxism. Toward a Resolution of the Debate, Boulder 1982.

# Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Themenschwerpunkte 1997:  
Globalisierung  
Surrealismus und Psychoanalyse  
Klassenkampf  
Oktoberrevolution  
Pop-Kultur

Unser Angebot zum Kennenlernen: Das Probabo – Sie erhalten die nächsten 3 Ausgaben kostenlos und unverbindlich zugesandt. Bestellung durch Postkarte oder Brief an untenstehende Adresse.

Das  
Ende der  
Sprachlosigkeit



Trattnerhof 2/14 • A-1010 Wien



## Europa - Protest ohne Alternativen?

Am 7. Juni fand im Frankfurter Gewerkschaftshaus das dritte Treffen der bundesweiten Initiative von Gewerkschaftslinken - getragen vom hessischen DGB - statt, die sich in der Auseinandersetzung um die DGB-Programmdiskussion zusammengefunden hatte (vgl. den Bericht in Z 26, Juni 1996). Erstmals wurde eine internationale Vernetzung durch die Einladung französischer Referenten - Pierre Bourdieu und Claude Debons - versucht, ein auch zeitlich glücklicher Griff, da die Atmosphäre politisch durch den Wahlsieg der französischen Linken vom 1. Juni spannungsvoll aufgeladen war. Die Stimmung der über dreihundert TagungsteilnehmerInnen - gewerkschaftliche Vorstände waren, außer der IG Metall und der IG Medien, kaum vertreten - war insofern geprägt von Ermunterung durch die linksrheinischen Ereignisse und skeptischem Realismus über die desolante Verfaßtheit der bundesdeutschen Linken, die zumindest bisher der Regierungskoalition nur wenig entgegenzusetzen hatte, obwohl selbst die Gazetten der Herrschenden sie zu diesem Zeitpunkt am Rande des Abgrunds sahen.

Die Veranstaltung wurde vom hessischen DGB-Vorsitzenden *Dieter Hooge* eröffnet. Hooge, der deutliche Kritik an der Politik der DGB-Führung äußerte, brachte noch einmal die Intentionen des Treffens in Erinnerung. Die Fragestellung der Tagung hatten die Veranstalter folgendermaßen umrissen: "Mit der Politik und dem Vertrag von Maastricht soll der Neoliberalismus die Vorherrschaft in der europäischen Politik gewinnen. Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß die Schaffung der europäischen Währungsunion einseitig unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung vollzogen werden soll. Der Wettlauf um die Einhaltung der sog. Konvergenz-Kriterien führt zum forcierten Sozialabbau. Gegen diese Politik werden die Protestbewegungen in vielen Ländern Westeuropas immer heftiger. Für Europa, für die soziale Opposition, für die Gewerkschaften wird es zur Schicksalsfrage, ob es gelingt, der neoliberalen Ausrichtung der europäischen Union eine Alternative entgegenzusetzen, die auf ein demokratisch verfaßtes, sozial verantwortliches und politisch handlungs- und gestaltungsfähiges Europa zielt. In der Main-Metropole als Standort der Deutschen Bundesbank und des Europäischen Währungsinstituts soll mit dem 3. Forum des Hessischen DGB ein Zeichen gegen die soziale Kälte einer neoliberal strukturierten europäischen Vereinigung gesetzt werden."

Erster Redner war *Prof. Pierre Bourdieu* vom Collège de France, Paris. Seinen mit Spannung erwarteten Vortrag eröffnete Bourdieu mit der Feststellung, daß wir in den Ländern Europas an einer Wende stehen. In Europa gibt es ständig neue Streikbewegungen, die alle von den gleichen Zielen ausgehen, der Verteidigung der sozialen Errungenschaften, die Errungenschaften des Humanismus in Europa sind.

Zu seinem gegen Tietmeyer gerichteten Aufruf ("Warnung vor dem Modell Tietmeyer", in: DIE ZEIT v. 1.11.96), der ein breites Echo fand, bemerkte Bourdieu, er verbeiß sich hier nicht in den Bundesbankpräsidenten, der sich im Übrigen laut öffentlicher Erklärung für eine sturmfreie "westfälische Eiche" halte, so daß ja durchaus weiterer Sturm gegen ihn zu machen sei. Denn mit dem Widerstand gegen die Währungsunion wende man sich nicht gegen die Europäische Union, nur gegen ein monetaristisches Europa, das die Banken machen läßt, was sie wollen und alle sozialen Errungenschaften kappen will - mit einem Vokabular, das sich um die Globalisierung der Märkte gruppiert und eine gewisse fatalistische Einstellung hervorgerufen hat.

Der Neoliberalismus, so Bourdieu, ist eine konservative Einstellung, die bis zum "wildem" Kapitalismus geht. In Frankreich wurden Intellektuelle, die sich auf gewerkschaftlicher Ebene engagiert hatten, als "archaisch" gebrandmarkt. Denn mit dem Neoliberalismus ist eine mit ihrem Universalismus von Coca Cola und Jeans verführerische Strategie auf den Plan getreten, deren Begründung im Neodarwinismus liegt. Der Konservatismus des 19. Jahrhunderts beruhte eher auf traditionellen Moralvorstellungen, der neue finde in der Schule ein Instrument ideologischer Zurichtung der Individuen: Effizient und stark, kann er sich nach dem Durkheimschen Motto: "Religion ist ein gut begründeter Wahnsinn" auch an der Realität festmachen. Seine Realitäten sind Verbilligung des Transports, steigende Exporte, Steuerung der Kapitalflüsse. Die tonangebende Rolle bei der Zertrümmerung der Nationalstaatsideologien von oben spielen die großen Multis. Die in Chicago erfundene mythische Konstruktion einer gegen die Nationalstaaten gerichteten Konzentration wirtschaftlicher Macht führt unter dem Zwang zur Annahme ständig bedrohter Arbeitsplätze zur Demontage sozialer Sicherheit, nicht nur der Arbeiterschaft, auch der Mittelschichten.

Wenn Neoliberale und Gewerkschafter, so führte Bourdieu seine Kritik des Neoliberalismus weiter aus, vom Staat sprechen, so meinen sie etwas ganz Verschiedenes: Neoliberale meinen die Zurückdrängung ökonomischer Staatsfunktionen und gleichzeitige Stärkung des Polizeistaats, Gewerkschafter dagegen stützen sich auf einen Aspekt des Staates, unter dem dieser Kampffeld und Werkzeug der Allgemeinheit ist. In Frankreich sind allgemeiner Mindestlohn, Mindestlöhne für den öffentlichen Dienst und die Beschäftigung von Frauen durch Kampf ins Leben gerufene Errungenschaften. Wenn der Sozialstaat abgebaut wird, hat der Polizeistaat gute Karten.

Abschließend versuchte Bourdieu, die Perspektiven und Dimensionen des Kampfes um ein soziales Europa aufzuzeigen. Dem Verdrängungswettbewerb ist nur mit der Einsicht zu begegnen, daß er überall in Europa stattfindet und der die Arbeiterklassen der europäischen Länder gegeneinander ausspielende Klassenkampf von oben ein europaweites Bündnis der



Lohnabhängigen und einen neu zu begründenden Internationalismus auf die Tagesordnung setzt. Dabei ist von unterschiedlichen Traditionen auszugehen: Im Unterschied zur Autonomie der Tarifpartner in Deutschland sind die Gewerkschaften in Frankreich eher schwach; der Kampf um Arbeitszeitverkürzung zum Beispiel wurde hier nicht aufgenommen. Umgekehrt haben die Intellektuellen in Deutschland sich sehr zurückgehalten. Es wären daher über die Beschäftigten und die Betriebsräte transnationaler Unternehmen Scharniere die Landesgrenzen übergreifender Kooperationsformen herauszufinden.

Ein neuer Internationalismus müsse, so Bourdieu, in zwei Richtungen wirksam werden:

- einmal in der Mobilisierung der lohnabhängigen Bevölkerungen. Zu deren Voraussetzungen gehöre die Bereitschaft der Intellektuellen, in diesen Prozeß "sich einzuschreiben" ebenso wie die Installierung einer kritischen Beobachtungsstelle für europäischen Aufbau; ihre sozialen Grundlagen hätte eine solche Mobilisierung in der Entwicklung des Schulsystems und in der Wiederaufwertung inflationierender Diplom-Abschlüsse;
- zum anderen im Kampf gegen die nationalen Staaten, in dem es um die Verteidigung der sozialen Errungenschaften geht, der zugleich aber unter den Bedingungen eingeschränkter nationalstaatlicher Handlungskompetenzen Möglichkeiten diese überschreitender sozialstaatlicher Projekte schafft. Wegweisend für diesen Kampf sei Schweden, das die EU solange ablehnt, bis es zu Nachverhandlungen in Sachen Mindestlohn, Sozialdumping und Outsourcing kommen wird. Die Differenzierung von "Zonen" und Umverteilungsstrategien etwa wäre Bestandteil eines noch zu definierenden konkreten Maßnahme-Katalogs, dessen allgemeine Zielsetzung gegen Mac Donald-Denken, Chicago-Modelle und gegen die konservative Revolution des Neoliberalismus zu richten ist.

In der anschließenden Diskussion wies Bourdieu auf noch bestehende Barrieren hin: ein Denken, das zu sehr noch in nationalen Kategorien befangen sei, etwa in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, anders als das der ökonomischen Führungskräfte, denen gegenüber Gewerkschafter oft weiterhin national fixiert sind und auf die Grenzen auch ihrer sprachlichen Kompetenzen stoßen. Gefordert aber sei ein europäisches, ein effizientes und strukturelles Denken, das nicht so tun könne, als gäbe es keine Ansprechspartner.

*Detlef Hensche*, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Medien, befaßte sich mit den Aufgaben und Strategien der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und im Kampf für ein soziales Europa. Hensche beschrieb die politische Situation so: Die Gewerkschaften befinden sich gegenüber dem Neoliberalismus derzeit in der Defensive. Aber die Zukunft ist gestaltbar, und es gibt Alternativen. Es sind auch zahlreiche - bisweilen mit Mißerfolg endende - Bewegungen, Aktionen und Kämpfe zu verzeichnen; in der Regel lassen die Medien sie schnell wieder

in Vergessenheit geraten. Allesamt sind sie Abwehrkämpfe, und ungeachtet ihrer jeweiligen Ergebnisse sind sie in der Regel nicht vergeblich. Sie sind Ausdruck einer zunehmenden Politisierung, und es gibt auch eine wachsende Bereitschaft zu "Regelverletzungen". Aber, und hier richtete der IG Medien-Vorsitzende seine Kritik dezidiert an den DGB, dies alles sind bisher einzelne, isolierte Aktionen geblieben. Es kam nicht zu einer allgemeinen Solidarisierung, und es gab keine Koordination durch den Dachverband, auch dort nicht, wo sie möglich gewesen wäre. Dem vorhandenen Bedarf nach Verallgemeinerung und Weiterentwicklung wurde nicht entsprochen. Aus dieser Situationsbeschreibung heraus benannte Hensche zwei Probleme für eine Strategie der Gewerkschaften:

Der soziale Protest muß unter dem Dach des DGB zusammengeführt werden, wo immer das möglich ist. Bei der Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sei das z. B. nicht gelungen. Hier habe jede Einzelgewerkschaft - mit unterschiedlichem Erfolg - für sich alleine agiert und ein politisches Problem mit Mitteln der Tarifpolitik zu lösen versucht. Sozialer Protest braucht eine politische Perspektive, sagte Hensche. Es geht darum, den Spaltungen und Ausgrenzungen in der Gesellschaft die Vision einer solidarischen Gesellschaft entgegenzusetzen. Ohne den DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte oder einflußreiche Repräsentanten einiger Einzelgewerkschaften ausdrücklich zu nennen, sagte Hensche an deren Adresse gewandt: Mit der Parole vom "Bündnis für Arbeit und Standort" ist diese Perspektive allerdings nicht zu gewinnen. Die Hegemonie eines alternativen Modells ist nicht durch partielle Unterwerfung unter die Logik des Neoliberalismus zu erreichen. Unter den Teilnehmern und Teilnehmerinnen war diese Position wohl weitgehend unbestritten. In der Gewerkschaftsbewegung insgesamt wird sie freilich kontrovers beurteilt.

Die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften für ein alternatives Modell, so führte Hensche weiter aus, steht und fällt mit deren Präsenz im Betrieb. Doch die Massenarbeitslosigkeit führt zu einer Erosion der betrieblichen Organisation, die die Gewerkschaften schmerzhaft trifft. Die Tendenz der modernen Produktivkraftentwicklung geht zu einer weiteren Auflösung des Betriebes als Ort der gewerkschaftlichen Verankerung.

Allerdings, so betonte Hensche, dürfen Probleme wie die genannten die Gewerkschaften nicht daran hindern, das Recht auf Arbeit und auf soziale Gestaltung einzufordern. Uns geht nicht die Arbeit aus, sagte Hensche. Vielmehr gibt es große, mit Arbeitskraft unterversorgte gesellschaftliche Bereiche. Was fehlt, ist die Finanzierung. Damit sind Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums aufgeworfen. Daß die komfortablen Zeiten der einvernehmlichen Verteilung jährlicher Zuwächse im Sinne von Sozialpartnerschaft und Wohlstandsvorstellungen der Nachkriegsjahrzehnte vorbei sind, ist in den Gewerkschaften Konsens. Umstritten sind aber die Schlußfolgerungen daraus. Hensche plädierte dafür, die Arbeit radikal umzuverteilen, und zwar hauptsächlich durch Arbeitszeitverkür-



zung. Wir müssen, sagte er, der Idiotie der Arbeitszeitverlängerung ein phantasievolles und überzeugendes Konzept der Arbeitszeitverkürzung entgegenstellen. Arbeitszeitverkürzung findet ohnehin statt: Wenn immer weniger Menschen die vorhandene gesellschaftliche Arbeit leisten, ist das nichts anderes als Arbeitszeitverkürzung - allerdings nach den brutalen Regeln des Neoliberalismus. Hensche sprach sich für Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten aus, weil sie nur dann gesellschaftliche Wirkung entfalten und neue Arbeitsplätze schaffen könne. Er erklärte auch unumwunden, zumindest für die besser gestellten Einkommen halte er eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich nicht für durchsetzbar. Dies war der einzige Punkt seines Referats, der eine kontroverse Diskussion auslöste. Um dieses Ziel zu erreichen, bedürfe es eines Bündnisses mit politischen Parteien - mit anderen Worten: eines Regierungswechsels. Hensche nannte die Parteien nicht ausdrücklich beim Namen, und er schloß auch keine ausdrücklich aus.

Neoliberalismus, Deregulierung, Flexibilisierung, Marktradikalismus, Demontage des Sozialstaats u.a.m. sind, so sagte Hensche selbstkritisch, an uns, an den Gewerkschaften nicht spurlos vorübergegangen. Es ist schwerer geworden, für das Gegenmodell einer sozialen und solidarischen Gesellschaft zu werben, und auch die Gewerkschaften selbst tun sich schwerer damit. Es komme darauf an, Arbeitszeitverkürzung mit der Vision einer alternativen solidarischen und sozialen Gesellschaft zu verbinden.

Hensche plädierte dafür, den gewerkschaftlichen Interessenbegriff weit zu fassen und nicht nur auf Betrieb und Arbeit zu beziehen. Auch Probleme wie Verkehr, Wohnung, Gesundheit müßten in ihm thematisiert werden. Das bedeute, auch in den Gewerkschaften sich widerspiegelnde Branchenegoismen zu überwinden. Auch an diesem Punkt richtete er seine Forderung nach mehr Koordination an den DGB, der in diesem Sinne auch mehr mit anderen sozialen Bewegungen zusammenarbeiten müsse. Gleichzeitig müsse die gewerkschaftliche Politik europäisiert werden. Der Reichtum in Europa, sagte Hensche, muß umverteilt werden zugunsten der unterentwickelten Regionen. Was Reichtum und Wohlstand sind, muß auch in diesem Sinne neu definiert werden. Insgesamt, so forderte Hensche, haben die Gewerkschaften nur dann eine Perspektive, wenn sie sich mehr politisieren. Das sei Teil ihrer Antwort auf die Krise und die Defensive, in der sie sich befänden. Die traditionelle Rollenverteilung von Tarifpolitik (Gewerkschaft) und Gesetzgebung (Staat) sei überholt. Wir brauchen, sagte Hensche, auch politische Instrumente der Durchsetzung unserer Forderungen, und dazu gehört auch der politische Streik, wie es in Italien und Frankreich längst normal ist. Anknüpfend an Bourdieu drückte es der IG Medien-Vorsitzende so aus: Gut wäre, wenn es uns gelänge, deutsche Gewerkschaften und französische Politik miteinander zu verbinden.

*Claude Debons*, stellvertretender Generalsekretär der CFDT/FGTE Frankreich, sprach über die Erfahrungen der französischen Streikämpfe

im November und Dezember 1995. Sie zeichneten sich durch Organisation, Dauer und ihre Identifikation mit dem langen Kampf um ein besseres Leben aus.

Ihre Speerspitze waren die Beschäftigten der Unternehmen des öffentlichen Dienstes, vor allem die Transportarbeiter, ihr unmittelbarer Auslöser die Rentenreform und die Reform der sozialen Sicherungsdienste. In der Ablehnung der Lohnblockaden und der zunehmenden Arbeitslosigkeit gingen soziale Dynamik und ausgeprägte Zukunftsängste eine spezifische Verbindung ein.

Denn der Öffentliche Dienst, so Debons, "ist Teil unseres nationalen Erbes". Insbesondere den EisenbahnarbeiterInnen kam immer schon eine Schlüsselrolle zu, nicht nur als Schmelztiegel der Arbeiterbewegung, sondern auch in der Résistance und im Wiederaufbau der Nachkriegszeit, was ein hohes Selbstbewußtsein der Eisenbahner zur Folge hatte. Die Zustimmung der Bevölkerung zur kämpferischen Aktion war ein entscheidendes Moment nationaler Identität. Sie widerstand dem Versuch der Regierung, den Streikenden einen Schuldkomplex aufzuzwingen. Hinzu komme ein weiteres typisch französisches Element: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist hier höher als in anderen Bereichen.

Die Ergebnisse der Protestbewegung waren widersprüchlich: Die Regierung zog den Reformentwurf zurück, die Tarifbewegungen aber blieben ohne greifbare Resultate. Andererseits kam es zu weiteren Aktionen wie den antirassistischen und feministischen gegen die Existenzbedingungen von in Frankreich wie Gefangene gehaltenen ImmigrantInnen und der aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossenen "Sans papiers".

Die Probleme der französischen Gewerkschaftsbewegung hinsichtlich ihrer Mitgliederzahlen sind Moment ihrer Effizienzkrise. Eine in Frankreich traditionell zentralistische Regulierung ist ein weiterer Grund dafür, daß Tarifaueinandersetzungen hier weniger ausgeprägt sind als in Deutschland und weiterhin die Gefahr besteht, daß gewerkschaftliche Initiativen offensiver Politik ausbleiben und Gegenstrategien sich auf den Neoliberalismus bloß flankierende Konzepte beschränken werden. Heute bereits gibt es Brüche in den traditionellen Gewerkschaftsorganisationen: Aktive Mitglieder haben sie verlassen, um eigene Organisationen zu gründen.

Zum Schluß warf Debons die Frage auf, wie vorzugehen sei, wenn es um die Entwicklung neuer Perspektiven eröffnender Strategien geht, die geeignet sind, die Herausforderungen des Neoliberalismus anzunehmen und über defensive Aktionen hinauszukommen.

*Prof. Burkart Lutz*, Direktor des IsF/München, trug drei Thesen vor.

1. Seit den siebziger Jahren ist die ungewöhnliche Wachstumskonstellation definitiv zu Ende, die die Entwicklung in Westeuropa nach dem Kriege geprägt hatte. Mit dieser Wachstumsperiode war eine "Wohlfahrtssteigerung"



verbunden, die aus der Perspektive der zwanziger und dreißiger Jahre und auch der unmittelbaren Nachkriegszeit ganz unvorstellbar war.

Diese Wachstumsphase, so die These von Lutz, war zeitlich begrenzt, weil sie die Quellen, aus denen sie sich speiste, mit deren Nutzung zugleich erschöpfte. Jetzt befinden wir uns in einer Phase ohne historisches Vorbild - eine latente Krise mit depressiver Spirale. Deren Umschlag in eine große Depression wird zunehmend wahrscheinlich.

2. Der Ausgang der Krise ist offen. Ein Aufschwung nach der Krise - wie ihn die französischen Regulationstheoretiker erwarten - muß nicht kommen. In der Tat sei er - und hier zitierte Lutz einen Kritiker seines "Kurzen Traums der Prosperität" von 1986 (Campus-Verlag) - nicht der Ansicht, daß der Kapitalismus aus sich heraus seine Krise lösen könne. Aus dieser Krise bietet der Neoliberalismus keinen Ausweg. Entgegen allen Behauptungen verfügt er über kein konsistentes Konzept für einen Aufschwung. Notwendig ist eine völlig neue Konfiguration von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft, die Entwicklung eines sie durchdringenden gesellschaftlichen Instrumentariums. Der Neoliberalismus ist demgegenüber bestenfalls in der Lage, ein "Räuber- und Gangstersystem" zu entwickeln; schlimmstenfalls droht er das Ende von Gesellschaft überhaupt heraufzubeschwören.

3. Der Aufstieg des Neoliberalismus, sein Vorstoß in das "Vakuum eines historischen Projekts" hängt damit zusammen, daß die Linke "ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat". - Die Linke, so Lutz, hat sich selbst in der Wachstumskonstellation eingerichtet und verfügt über kein tragfähiges Verständnis der heutigen Gesellschaft. Wir leben heute zwar noch im Kapitalismus, aber ein hoher Teil des Sozialprodukts wird über den Staat vermittelt. Insofern sei die Vorstellung, man könne aus der Kritik der politischen Ökonomie von Marx die Bewegungsgesetze der heutigen Gesellschaft ableiten, "eine extreme Verkürzung".

Darüber hinaus, so sah es Lutz, hat die Linke es versäumt, das historische Erbe des 19. Jahrhunderts kritisch aufzuarbeiten. So setzen alle auf den Staat, aber dieser Staat hat seine Tradition als repressiver Hoheitsstaat des 19. Jahrhunderts. Der Konsens der Gesellschaft ist auf die Verbindung von Demokratie und Aufstieg gegründet; aber eine solche Gesellschaft ist ein Widerspruch in sich - eine ungleiche, hierarchisch strukturierte Gesellschaft.

Die Großorganisationen der Prosperitätsphase - Konzerne wie gesellschaftliche Organisationen einschließlich der Gewerkschaften - werden nicht die dominierenden Strukturen einer leistungsfähigen Volkswirtschaft des 21. Jahrhunderts sein. Aber die Linke hat keine Alternativen zu diesen bürokratischen Großorganisationen durchgespielt.

Zwar seien bedeutende Schritte auf dem Weg der Frauenemanzipation getan; aber wie die biologische Reproduktion der zukünftigen Gesellschaft gesichert werden solle, sei unklar.

Die Vision einer solidarischen Gesellschaft zu entwickeln, sieht Lutz als die wichtigste Aufgabe der Linken an, eine "Riesenaufgabe", weil man sich auch die Mechanismen dieser Gesellschaft "ausdenken" müsse. Zum Schlüsselproblem dabei werde die Frage: Wie kommt man aus den Erfolgsstrukturen der Vergangenheit heraus? "Die Revolution", so Lutz, "muß in den Köpfen beginnen, aber lassen wir's nicht dabei bewenden!"

Insgesamt lieferte die Veranstaltung wichtige Anregungen für eine innergewerkschaftliche Diskussion um Strategien für ein soziales Europa. Allerdings wurden etliche in der Gewerkschaftsdebatte strittige Punkte nur indirekt angesprochen, und was das Verhältnis der Gewerkschaften zum "Euro" und seiner Schlüsselrolle für ein neoliberal dominiertes Europa betrifft, blieben die Erörterungen eher unpolitisch. Die in den Gewerkschaften dominierende Herangehensweise, die Einführung des "Euro" im Prinzip zu begrüßen, sie jedoch mit einschränkenden Forderungen sozialer Art zu versehen, wurde nicht ernsthaft diskutiert. Daher erbrachte die Veranstaltung auch zu wenige Impulse für ein Infragestellen dieser Position. Insgesamt setzte dieses Treffen der Gewerkschaftslinken zwar ein Zeichen gegen ein neoliberal beherrschtes Europa, widerspiegelte aber auch die Schwächen und Defizite der Gewerkschaften bei der Erarbeitung einer politisch eingriffsfähigen Gegenstrategie.

Die Texte der DGB-Veranstaltung "Protest ohne Alternativen" mit den Referaten von Pierre Bourdieu, Detlef Henschel, Burkart Lutz, Claude Debons und anderen Texten sind inzwischen als Buch erschienen: Perspektiven des Protests, Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat, VSA-Verlag, 140 Seiten, 19,80 DM, Hamburg 1997. Das zur Tagung vorgelegte Dokument der "Initiative neue soziale Politik" drucken wir im Anhang ab. Es kann als Sonderdruck bezogen werden über: Initiative neue soziale Politik, c/o IG Medien, Landesbezirk Hessen, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, 60329 Frankfurt am Main.

André Leisewitz/Jürgen Reusch/Reinhard Schweicher

## INITIATIVE neue soziale Politik: Für eine neue europäische Gewerkschaftsdebatte

In vielen Ländern Westeuropas nimmt der Protest gegen Sozialabbau und gegen die Zerstörung der kontinentalen Wohlfahrtsstaaten zu. Die spontanen Proteste werden heftiger und beeinflussen sich wechselseitig - über die Ländergrenzen hinweg. So haben sie auf beiden Seiten des Rheins "französische Zustände" geschaffen - und proklamiert. Gegen die Schließung des belgischen Renault-Werkes in Vilvoorde haben erstmals belgi-



sche, französische, spanische und deutsche Automobilarbeiter gemeinsam demonstriert und gestreikt.

Die weitgehend spontanen Proteste durchbrechen die politische Abstinenz, die von der neoliberalen Politik gefördert wird. Sie artikulieren die Ängste und Widerstände, die realen sozialen Beschädigungen, die von den kommerzgesteuerten Medienindustrien weitgehend aus der Öffentlichkeit ausgeblendet werden. Insofern verteidigen die Protestbewegungen mit den sozialstaatlichen Verfassungen zugleich die Fundamente der politischen Demokratie.

Der Protest gegen die Zerstörung sozialer Lebensbedingungen und gegen den neuen Totalitarismus der globalen Sachzwänge muß solidarisch unterstützt werden. Das gilt auch für Aktionen einzelner Berufsgruppen, die von der Modernisierung bedroht und um ihre soziale Zukunftsaussichten gebracht werden. Nichts kann die materielle Schlechterstellung lohnabhängiger Menschen zugunsten einer Gesamtwirtschaft rechtfertigen, die nicht im allgemeinen Interesse geführt wird. Die Gefahr ist jedoch groß, daß sich die Protestbewegungen in isolierten und hinhaltenden Abwehrkämpfen erschöpfen und schließlich in Resignation und Ressentiments enden.

Die europäischen Gewerkschaften haben sich auf den Epochenwandel und die Krisenbedingungen bisher nicht hinreichend eingestellt. Sie sind mit dem Übergang zum globalisierten, finanzwirtschaftlich dominierten Kapitalismus, mit dem Ende der Systemkonkurrenz und der Aushöhlung der Wohlfahrtsstaaten konfrontiert. Der Druck der Arbeitslosigkeit, die allgegenwärtige Drohung sozialen und politischen Abstiegs, der Marginalisierung und der Ausgrenzung schüren einen Angstkonservatismus, der sich auf die gewerkschaftliche Rolle fixiert, die unter den wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen der Nachkriegsjahrzehnte erfolgreich war. Heute führt die Fixierung auf den aufgekündigten sozialstaatlichen Konsens zu einer Politik, die den Abbau von Arbeitnehmerrechten nur noch moderieren kann.

Damit steht die Existenz und Rolle der Gewerkschaften selbst in Frage. Wir halten eine radikal erneuerte, international organisierte und geführte gewerkschaftliche Zukunftsdebatte für erforderlich.

1. Durch ihre erfolgreiche Integration in die nationalen Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegsära hat sich der Charakter der westeuropäischen Gewerkschaften als nationale Verbände noch verstärkt. Die gesamte gewerkschaftliche Interessenvertretung steht heute unter dem zersetzenden Druck ruinöser Konkurrenz, der sie schwächt und individuell, betrieblich, regional und national aufzuspalten droht. Neoliberale Politik verstärkt diesen Druck und zielt auf die Einbindung der nationalen Gewerkschaften in den Wettbewerb um optimale Standortbedingungen für das Kapital. Damit droht den ohnehin schwachen und lockeren internationalen und europäischen Gewerkschaftsbünden weitere Schwächung und Zerfall.

Für die Gewerkschaften wird die Verstärkung und Neubestimmung ihres internationalen Engagements zur Überlebensfrage. Ihre länderübergreifende, internationale Handlungs- und Aktionsfähigkeit muß ausgebaut werden. Nationale Anpassung an die Konkurrenzzwänge der globalen Ökonomie löst die Probleme nicht. Diesen scheinbar übermächtigen Sachzwängen muß eine internationale Politik entgegengestellt werden, die sie dem allgemeinen Wohlfahrtsinteresse unterwirft. Auch die Durchsetzung einer neuen Beschäftigungs-, Umwelt- und Sozialpolitik in den einzelnen Ländern, auch die Stärkung der betrieblichen Interessenvertretung ist nur mit der Aufwertung und Neuformierung der internationalen Gewerkschaftspolitik möglich. Lokales Handeln verlangt heute mehr denn je globales Denken.

2. Der Neoliberalismus betreibt die Unterordnung der Politik unter die von privaten Interessen bestimmte Ökonomie. Ihrem Funktionieren opfert er die Wohlfahrtsinteressen der Allgemeinheit. Neoliberale Politik ist der Versuch, die Dynamik geld- und profitgesteuerter Effizienz-, Produktivitäts- und Wachstumssteigerung zwanghaft zu verewigen. Getrieben durch den Stachel der Konkurrenz wird die erreichte Überfülle an gesellschaftlichen Produktionskräften in Arbeitslosigkeit und Armut verkehrt, werden alle menschlichen, kulturellen und sozialen Beziehungen dem Diktat ökonomischer Effizienz ausgeliefert. Die Staaten werden mit der neoliberalen Privatisierungs- und Deregulierungspolitik zum Motor schleichender sozialer und kultureller Destruktion.

Der Entwicklungszusammenhang von hohem wirtschaftlichen Wachstum, Beschäftigung, Produktivitäts- und Wohlfahrtssteigerung, auf dem der Erfolg und die Kompromißpraxis der Gewerkschaften in den Nachkriegsjahrzehnten beruht hatte, bestimmt auch heute noch überwiegend ihr Denken und Handeln. Es ist diese unaufgelöste Bindung an die produktivistische Entwicklungsdynamik der vergangenen Industrialisierungsepoche, die sie dem "Wirtschaftshorror", der Vorherrschaft des destruktiven Ökonomismus ausliefert.

Zukunftsfähige Gewerkschaftspolitik muß sich von diesen ökonomischen Dogmen freimachen. Sie muß ihre Tabuisierung und politische Neutralisierung zu quasi-natürlichen Sachzwängen aufbrechen und ihre tragenden Interessen- und Herrschaftsstrukturen offenlegen. Erst dann ist politische Gestaltungsmacht zurückzugewinnen. Diese muß von den lebenspraktischen Bedürfnissen und Interessen ausgehen, wenn sie gegen die ökonomische Auszehrung der politischen Kultur widerstandsfähig bleiben will.

3. Der materielle Verteilungskampf wird härter und umfassender. Mit der Umverteilung der Einkommen und Vermögen greift die neoliberale Politik die materiellen Kernstrukturen der wohlfahrtsstaatlich verfaßten Gesellschaften an. Der Verteilungskampf rückt in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen.



Der neoliberalen Politik ist es gelungen, auf Kosten der Arbeitnehmereinkommen und der Staatshaushalte die Kapitalrenditen auf das Niveau anzuheben, das sie in den Prosperitätsjahrzehnten mit ihrem stürmischen Wachstum erreicht hatten. Durch hohe Profitanreize für die Kapitaleigner soll die Wachstumsdynamik belebt und damit Beschäftigung geschaffen werden. Dieses Versprechen war von Anbeginn illusionär, denn das hohe wirtschaftliche Wachstum der Prosperitätsjahre mußte sich auf dem erreichten Produktionsniveau der hochindustrialisierten Länder notwendigerweise abflachen. Die neoliberale Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals hat mit den Arbeitnehmereinkommen die Massenkaufkraft geschwächt. Sie hat dazu beigetragen, die Staatshaushalte in die Verschuldung zu treiben. So werden die depressiven wirtschaftlichen Tendenzen noch verstärkt. Gefördert wurde das Geldkapital und damit ein internationaler Finanzkapitalismus, der sich gegen realwirtschaftliche Erfordernisse verselbständigt. Dieser sichert überhöhte Profitansprüche ab und erschwert arbeitsintensive Produktion. Die verschuldeten Staatshaushalte sind zur zinspflichtigen Pfründe geworden. Internationale Unternehmen entziehen sich der nationalen Steuerpflicht. Zudem werden die Staatshaushalte und die auf der Erwerbstätigkeit aufbauenden sozialen Sicherungssysteme durch die endemisch steigende Arbeitslosigkeit ausgezehrt.

Vordringlich ist eine neue verteilungspolitische Debatte, in der eine eingreifende Alternative zur neoliberalen Umverteilungspolitik entwickelt wird.

Diese Debatte muß mit der grundlegenden Neubewertung der Arbeit verknüpft werden, die diese sowohl von der herrschenden produktivistischen Logik als auch von der Ideologie befreit, daß hohe Beschäftigung durch weltweit dezentralisierte Arbeitsmärkte erreicht werden kann. Arbeitszeitverkürzung, Ausbau der öffentlichen Beschäftigung, Förderung existenzsichernder Erwerbsformen - das bleiben Kernpunkte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die soziale Zukunftssicherung.

4. Mit der Politik von Maastricht hat der Neoliberalismus die Vorherrschaft in der europäischen Politik erlangt. Seine einseitige und ausschließliche Ausrichtung auf die Geldstabilität hat aus dem Projekt der gemeinsamen Währung das Diktat einer Spar- und Austeritätspolitik gemacht, die zum Generalangriff auf die europäischen Sozialstaaten wird. Die neoliberale Politik wird zum Sprengsatz gegen die politische Einigung Europas. So wird diese für einen wachsenden Teil seiner Bürger zu einem Schreckgespenst, das Ablehnung und Protest herausfordert.

Die Gewerkschaften haben vielfach erst spät und unter dem Druck zunehmender Widerstände begonnen, für eine Revision der Maastricht-Politik einzutreten. Die von ihnen geforderte Lockerung der Konvergenzkriterien, die Ergänzung der Währungsunion durch die Sozialcharta und einzelne beschäftigungsfördernde Maßnahmen werden jedoch die zentrifugalen, sozialen und politischen Tendenzen kaum aufhalten, die im Europa

des Euro und der grenzenlosen Konkurrenz noch verstärkt freigesetzt werden.

Die Forderung, die europäische Markt- und Währungsunion durch eine Sozialunion zu ergänzen, wird dieser Situation nicht gewachsen sein. Der provinzialistische Rückzug auf nationalistische und chauvinistische Haltungen wird sich - zumal bei den Verlierern der neoliberalen Modernisierungspolitik - so lange eher verstärken, wie Europa als Quelle der Bedrohung erscheint.

Es besteht die Gefahr, daß auch Gewerkschaften von diesem Sog erfaßt und in den Strudel wechselseitiger Unterbietungskonkurrenz gerissen werden. Andererseits kann die politische Einigung Europas nur durch eine soziale Bewegung gesichert und vorangebracht werden, die auf die europäische Erweiterung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltungskräfte setzt. Die Gewerkschaften müssen - zusammen mit anderen politischen, sozialen und kulturellen Kräften - dem autokratischen neoliberalen Europa eine Alternative für ein demokratisch verfaßtes, sozial verantwortliches und politisch handlungs- und gestaltungsfähiges Europa entgegenstellen.

Die Entwicklung einer zeitgemäßen gewerkschaftlichen Europapolitik kann nur in dem Maße gelingen, wie aus den schwachen europäischen Bündeln nationaler Gewerkschaften eine gewerkschaftliche Bewegung wird, die ihren geistigen und politischen Mittelpunkt in Europa hat und gemeinsam handlungs- und aktionsfähig wird. Sie verlangt eine länderübergreifende, europäisch vernetzte Debatte zur Neuformulierung zukunftsfähiger gewerkschaftlicher Politik in Europa.

Für Europa und seine Länder bedeutet die Vorherrschaft des neoliberalen Marktfundamentalismus die fortschreitende Zerstörung ihrer Zivilgesellschaften. Angestrebt wird die Annäherung an das US-amerikanische Kapitalismus- und Gesellschaftsmodell mit seiner übersteigerten Individualisierung, seinem Mangel an sozialem Schutz und seiner extremen Polarisierung von Einkommen und Vermögen, die rapide wachsende Armut und die rassistische Durchdringung und Spaltung der Gesellschaft fördert.

Der Prozeß der sozialen Zerstörung führt zu heftigen sozialen und politischen Erschütterungen. Das wachsende politische Gewicht von Rassismus und Nationalismus in Europa ist Ausdruck dieser Krise. Der Neoliberalismus ist nicht die Lösung, sondern selbst Verursacher und Teil der Krise. Sein Scheitern ist offenkundig. Die Politik der Gewerkschaften muß dazu beitragen, endlich eine wirkliche Alternative aufzubauen, die den Grundproblemen der Zeit gerecht wird.

Dafür wollen wir die politische Kraft und das politische Mandat der Gewerkschaften stärken.

Wir setzen uns dafür ein, den nötigen Diskussions- und Verständigungsprozeß gemeinsam über organisatorische, soziale und kulturelle Grenzen



hinweg vor Ort zu organisieren. Wir werden uns mit diesem Aufruf vor allem an Kolleginnen und Kollegen in Europa und den europäischen Ländern wenden. Wir wollen die Diskussion und Verständigung mit ihnen suchen und intensivieren und damit zur Bildung des Netzwerkes beitragen, das eine europäische Gewerkschaftsbewegung braucht.

## Eine gleichberechtigte Stadt für Frauen und Männer, Kinder und Senioren

Wenig hat sich seit der Zeit des Absolutismus geändert, wenn es um den Städtebau geht. Stets haben die Mächtigen Stadtplanung und deren Umsetzung in steinerne Wirklichkeit als ihre Prärogative betrachtet, sich in ihrer ganzen Herrlichkeit dem Volk darzustellen und sich ein Denkmal für die Nachwelt zu setzen. Planer, Architekten und Baumeister waren nur allzu willens, ihren Ruhm mit dem ihres politischen Auftraggebers zu verknüpfen. Sie entwarfen und bauten ideale Zirkulations-, Produktions-, Konsum- und vor allem Herrschaftssphären, wie sie der auf Grandioses pochenden Vorstellung der jeweiligen Zeit und der in ihr Herrschenden entsprachen.

Der zur Zeit heftig umstrittene Masterplan für den Umbau der Berliner Stadtmitte nach dem selbstherrlichen Bild, das das Kapital und seine politischen Sachwalter von sich entworfen haben, ist exemplarisch dafür, wie die Bedürfnisse der Bevölkerung den Planspielereien der Politiker geopfert werden, während die wirklichen Inhaber der Macht, die großen Konzerne und kapitalstarken Investorengruppen, ihre Disneyland-Repräsentationsbauten ohne jede Rücksicht auf die vorhandene und zu verdrängende Bevölkerung und die real existierende gebaute Umwelt als getreue Abbilder ihrer verkitschten kleinbürgerlichen Großmachtästhetik in den märkischen Sand setzen.

Die PDS ist gegenwärtig wohl die einzige unter den deutschen Parteien, die nicht bloß einen intensiven Dialog mit der Bevölkerung führt, die vielmehr auch - zumal auf der lokalen Ebene - um die Durchsetzung derer Interessen kämpft. Am 30. und 31. Mai veranstalteten die Berliner PDS-Fraktion und der Arbeitskreis Feministische Politik der PDS-Bundestagsgruppe gemeinsam eine Tagung zur Stadtentwicklung unter dem Titel "Gleichberechtigte Stadt - Stadt der Menschen, nicht der Macht". Darüber kollektiv zu reflektieren und Strategien zu entwerfen, wie dieses Ziel zu erreichen sei, hatten sich rund fünfzig fachlich höchst kompetente Frauen und einige Männer im Berliner Abgeordnetenhaus versammelt, die freilich auch anderen Parteien - wie den Bündnis-Grünen - angehören oder parteilos, aber sozial engagiert sind.

In der Einladung standen einige bedenkenswerte Sätze, die die Richtung der Tagung ahnen ließen: "Über feministische Perspektiven zu diskutieren, bedeutet nicht einfach, über Frauen nachzudenken. Frauen sind nicht die

besseren Menschen, und Frauen bilden keine homogene Gruppe, sondern haben sehr verschiedene Interessen und Bedürfnisse. Eine feministische Perspektive auf das Thema schließt ein, daß Interessenkonstellationen und gesellschaftliche Machtverhältnisse in der Stadtentwicklungs- und Planungspolitik sowie in der Wohnungs- und Mietenpolitik offengelegt und Wege gezeigt werden, diese zu verändern."

Aus diesen Sätzen spricht eine andere als die in Westdeutschland übliche feministische Politik, die Männer aus der zu lösenden gesellschaftlichen Problematik gleichsam ausklammert und sie lediglich als Antagonisten wahrnimmt. An dieser Variante des Feminismus übten etliche der versammelten Frauen explizit Kritik. Die Distanzierung von jener frauenzentristischen Orientierung erleichterte es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Tagung, sich konkret mit den Benachteiligungen auseinanderzusetzen, denen Frauen allgemein, Alleinerziehende, Familien, Kinder und Senioren in der heutigen 'autogerechten' und konsumorientierten Stadt ausgesetzt sind, und politische Strategien zu definieren, die, falls sie durchzusetzen sind, die Lebensumwelt der Bevölkerungsmehrheit entscheidend verbessern.

Niemand gab sich Illusionen hin, daß etwa eine Neuverteilung des öffentlichen Raums, insbesondere des Straßenraums, zum Nachteil der Autos und zum Wohl der "mobilsten" Wesen in unserer Gesellschaft: der zu Fuß gehenden, Fahrrad fahrenden und öffentliche Verkehrsmittel benutzenden Frauen, keine Widerstände bei männlichen und weiblichen Automobilisten oder bei Gewerbetreibenden hervorrufen würde; daß eine Stadtplanung der kurzen Wege und langsamen Räume nicht auf vehemente Abwehr der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer, der großen Einzelhandelskonzerne und auch der Behörden stoßen würde.

Doch, wenn Frauen bereits vor Beginn der Planung eines Wohngebiets oder der Umgestaltung eines vorhandenen Stadtviertels die durch anzuziehende oder ansässige Bevölkerung aufklären und motivieren, ihre Bedürfnisse entschieden zu vertreten; wenn sich Frauen vermehrt in sämtliche für stadtplanerische Entscheidungen zuständigen Gremien wählen lassen und auch in den Beiräten aktiv werden, um die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu artikulieren und durchzusetzen; wenn Frauen in Kooperation mit sozial gesonnenen männlichen Kollegen in der Legislative von Bund, Ländern und Gemeinden die oft frauenfeindlichen Gesetzesnovellen, Förderrichtlinien und Bauverordnungen mit der Perspektive einer sozialen Stadtentwicklung attackieren und modifizieren, dann bestehen selbst in dieser brutalen neo-manchesterlichen Gesellschaft durchaus realistische Chancen, unsere Städte bewohnbar zu erhalten und peu à peu zu reurbanisieren.

Um den Menschen bewußt zu machen, daß es bei Stadtplanung um ihre unmittelbaren individuellen und kollektiven Interessen geht, und daß sie ein Recht haben, über die Zukunft ihrer Kommunen mitzuentcheiden, sei



es notwendig, die Menschen zu provozieren, damit sie aufschrecken und aktiv werden. Zugleich sei es unerlässlich, daß Frauen, die sich in der traditionell von Männern dominierten Domäne des Städtebaus engagieren, selbstbewußter auftreten und ihre Perspektiven und konkreten Lösungsvorschläge offensiver vertreten, als sie es bislang gewöhnlich tun.

Die Empfehlung, Mut zu selbstbewußtem Auftreten, richtet sich vor allem an die westdeutschen Kolleginnen. In puncto Selbstbewußtsein gibt es eine unüberhörbare Differenz zwischen Ost- und Westfrauen. Das machte auch diese Tagung deutlich. Während westdeutsche Fachfrauen sich nicht enthalten konnten, mehrmals und nicht ohne eine Spur von Selbstmitleid sich darüber zu beklagen, daß sie auf Konferenzen als vereinzelte Alibifrauen unter lauter Männern von diesen eher belächelt als ernstgenommen würden, um sodann in männlich forschem Ton ihre Analysen und Schlußfolgerungen vorzutragen, traten ihre ostdeutschen Kolleginnen mit geradezu selbstverständlicher Souveränität auf.

Woher diese Differenz rührt, erfuhr man, als sich die Referentinnen vorstellten und ihre jeweilige Sozialisation skizzierten: In der DDR hatte es in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Stadtplanung eine wirkliche, durch soziale Maßnahmen abgestützte Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern gegeben, mit dem Effekt, daß auch heute in den fünf Neuen Bundesländern relativ mehr Fachfrauen Verantwortung für stadtplanerische Entscheidungen tragen als in den alten Bundesländern. Für diese Ostfrauen - ob PDS, Bündnis 90/Die Grünen oder parteilos -, nicht selten Mütter mehrerer Kinder, scheint die Verantwortung für die eigene Familie wie die für die Gesellschaft von gleicher Relevanz zu sein. Aus diesem Verantwortungsbewußtsein resultieren offenbar ihr Selbstbewußtsein und ihre Kraft, sich gegen die herrschenden Mächte zu stellen und für eine "Stadt der Menschen" zu kämpfen.

*Hans G Helms*

## Wehrmachtsverbrechen

Zum bisherigen Verlauf der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944"

Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" entstand im Rahmen des Forschungsprojekts "Angesichts unseres Jahrhunderts. Gewalt und Destruktivität im Zivilisationsprozeß" des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Im Rahmen dieser Thematik ist die Wehrmacht Gegenstand der Forschungsarbeit. Denn sie spielte nach Auffassung dieses Institutes "eine aktive Rolle beim Holocaust, bei der Ausraubung der besetzten Gebiete, beim Massenmord an der Zivilbevölkerung und bei der Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Der

Krieg war kein 'normaler' Krieg - er wurde als Rassen- und Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt. Die Wehrmacht war, das belegen die Millionen außerhalb von Kampfhandlungen von ihr ermordeten Menschen, eine verbrecherische Organisation" (Information des Hamburger Instituts für Sozialforschung). Deutschland unter der Nazi-Diktatur hat die Völker Europas überfallen - den totalen Krieg der verbrannten Erde bis zu seiner bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 praktiziert.

## Kein pauschales Urteil über Wehrmachtsangehörige

Das Hamburger Institut für Sozialforschung hob in diesem Zusammenhang zugleich hervor: "Die Ausstellung will kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen" (Katalog, 7). Sie stellt nicht die ganz unsinnige Behauptung auf, daß etwa 18 bis 20 Millionen Wehrmachtsangehörige der Kriegsjahre Verbrecher waren, eine Behauptung, die ja nur die Unterstellung derer ist, die die Ausstellung, meist ohne sie gesehen zu haben, von Anfang an verhindern wollten. Und das vor allem aus den Reihen der CSU/CDU. Die Konservativen haben Angst vor der historischen Wahrheit. Denn das Hamburger Forschungsprojekt kommt zu dem Ergebnis, daß die Wehrmacht an allen Verbrechen eines 1941 bis 1944 auf dem Balkan und in der UdSSR gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung geführten Vernichtungskrieges "aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war" (ebd.). Die Ausstellung belegt diese Aussage in Fallstudien zu drei Kriegsschauplätzen, zum Partisanenkrieg in Serbien, zur 6. Armee auf ihrem Weg nach Stalingrad und zur dreijährigen Besetzung Weißrußlands. Das ist eine Auswahl. In der Ausstellung selbst kommen, anders als im Buch zur Ausstellung<sup>1</sup>, der Partisanenkrieg in Griechenland und der - seit 1943 - in Italien nicht vor, in Buch und Ausstellung fehlt etwa die Belagerung Leningrads, die von Anfang an auf die Aushungerung der Bevölkerung (man beziffert die Zahl der Opfer heute auf etwa 1,2 Millionen) und die "Ausradierung" der Stadt gerichtet war.

Neu an diesen Fallstudien ist nicht der Tatbestand, auf den sie sich beziehen. Er ist, wenn auch nicht einer breiteren Öffentlichkeit, bekannt, etwa seit den Arbeiten von Norbert Müller (ders., Hrsg., Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR, Berlin/DDR und Köln 1980) oder Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm (Die Truppe des Weltanschauungskrieges, Stuttgart 1981) und seit den neueren Arbeiten des Freiburger "Militärgeschichtlichen Forschungsamtes". Und danach wurde lange vor dem Überfall auf die Sowjetunion in reibungsloser Kooperation von Wehrmacht und politischer Führung die Strategie des Vernichtungskrieges ausgearbeitet, gab es die aktive Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust, die

<sup>1</sup> Hannes Heer, Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995. Vgl. die Besprechung in Z 23 (September 1995), S. 217ff.



seit Frühjahr 1941 erlassenen und dann in aller Regel bis auf die untersten Befehlsebenen mit deutscher Gründlichkeit befolgten "verbrecherischen Befehle": den berüchtigten und - nach zunehmender und mit gleichen Mitteln verfallender sowjetischer Gegenwehr - 1942 aufgehobenen "Kommissarbefehl"<sup>2</sup> den alle an Verbrechen Beteiligten - es sei denn, sie handelten nicht auf Befehl und gefährdeten so die "Manneszucht" - von Strafverfolgung befreienden "Kriegsgerichtsbarkeits"-Befehl; die "Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland" vom April 1941, die ausdrücklich - neben den bekannten Gruppen der "kommunistischen Hetzer" und Freischärler - auch die Juden zum Objekt einer "rücksichtslosen und energischen" Behandlung machten; den ohne irgendeinen nachweisbaren Zusammenhang mit Partisanentätigkeit für einen getöteten 'Herrenmenschen' 100, für einen verwundeten 50 Tötungen von Zivilpersonen vorsehenden "Geiselmord"-Befehl.

Neu an der These der Ausstellung ist das, was man eine längst fällige Umkehrung des Blicks auf die Wehrmacht nennen könnte: Die Verbrechen wurden nicht von Teilen oder einzelnen Kommandeuren einer insgesamt "sauberen" Wehrmacht begangen. Die Wehrmacht war als straff hierarchisierte und totale Institution eine "verbrecherische Organisation", auch wenn sie im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß - aus "formalen Gründen" - nicht als solche bezeichnet worden war. Sie war nicht nur ein "Instrument" des "totalitären Staates", wie Klaus von Bismarck sie nannte, es gab nicht nur "antijüdische Tendenzen im Ostheer" (Helmut Krausnick), sie war nicht nur in den Vernichtungsprozeß "verwickelt" oder "verstrickt", sie war an der Planung und Ausführung aller Verbrechen dieses Krieges aktiv beteiligt, der ein "Vernichtungskrieg" war "von Anfang an". Nicht wenige Generäle der Wehrmacht wurden im Nürnberger Prozeß als Kriegsverbrecher verurteilt.

Neu ist auch die von dem nicht für sich stehenden, sondern die Texte und Dokumente illustrierenden Bildmaterial aufgeworfene Frage nach einer "Gesellschaftsgeschichte des Krieges" (Hannes Heer) oder einer Öffnung der Kriegsgeschichtsschreibung für "Sozial- und Kulturgeschichte" (Omer Bartov), einer Mentalitätsgeschichte, zu der in dem Buch zur Ausstellung erste Ansätze entwickelt werden.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Vgl. die von Gerhard Zwerenz (Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht 163. Sitzung vom 13. März 1997, S. 14717f.) genannten Zahlen: In den ersten sieben Monaten gab es 3,9 Mill. sowjetische Kriegsgefangene, davon sind zwei Mill. verhungert, 600.000 wurden erschossen - in Ausführung des "Kommissarbefehls", obwohl Sie von der CDU/CSU doch fortwährend herbeten, daß so viele Generäle und Armeekommandeure den Kommissarbefehl nicht an die Truppe weitergegeben haben".

<sup>3</sup> Vgl. die Besprechung des Buchs zur Ausstellung, a.a.O.

## Zur Rezeption der Ausstellung

Das Echo auf die im März 1995 eröffnete Wanderausstellung in der breiten Öffentlichkeit - so im Fernsehen, Rundfunk und in der in- und ausländischen Presse - war gewaltig. Und auch die Besucherzahlen stiegen auf den ersten Stationen eher stetig, dann sprunghaft an. Allein in München waren es über 90.000 BesucherInnen verschiedener Generationen - vor allem jüngere Menschen, in Frankfurt am Main über 100.000.

Die Meinungen zur Ausstellung waren allerdings gespalten. Sie rührte in der Tat an mächtige Tabus. Ging es doch darum, "von der vielleicht letzten großen Legende über die NS-Zeit Abschied zu nehmen, der Legende von der 'sauberen', anständig gebliebenen Wehrmacht" - so der Militärhistoriker Wolfram Wette (FR vom 23.5.1997). Die Ausstellung riß denn auch eine bisher nur mühsam verkleisterte Wunde auf und trieb vor allem konservative Kräfte aus der CDU/CSU auf die Barrikaden.

Trotz anfänglicher Skandale um Anträge von Grünen und SPD in mehreren Bundesländern, die Landtagsgebäude für die Ausstellung zu öffnen, nahm deren Tournee einen eher ruhigen Verlauf, bis ihr Gauweiler und der "Bayernkurier" mit ihren Ausfällen gegen die Initiatoren und mit der kalkulierten Mobilisierung der "Straße", wie die Herren sonst zu sagen pflegen, in München einen spektakulären und vor allem den Ausstellungsmachern selber erklärmaßen unverhofften Erfolg verschafften.

So kam es sogar im März dieses Jahres zu einer Bundestagsdebatte, die manche, so auch Heer<sup>4</sup>, zu einer "Sternstunde des Deutschen Bundestages" erklärten, andere als eine eher peinliche Betroffenheitsdemonstration empfanden, die dennoch nicht zu einer beschworenen gemeinsamen Erklärung "aller demokratischen Parteien" hinreichte.

Lange vor der Eröffnung der Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche, der "Wiege der deutschen Demokratie", entbrannte der Streit um Preisgabe oder Wahrung der Würde des Orts. Die Oberbürgermeisterin Roth (CDU) verweigerte sich einer Begrüßungsrede und blieb der international beachteten Eröffnungsfeier mit dem Hinweis auf dringend benötigte Urlaubstage fern. Später besuchte sie die Ausstellung durch die Hintertür. Erika Steinbach, Frankfurter MdB, die ihren Münchener CDU-Rechtsaußen-Kollegen an Diffamierungen und Denunziationen der für die Ausstellung Verantwortlichen noch zu überbieten trachtete, kündigte eine "Gegenveranstaltung" an. Stattdessen aber wurden sie und ihr Anhang, wenn auch ohne öffentliche Rüge, so doch nicht minder deutlich, von "oben" zurückgepfiffen, denn die offizielle Politik und mit ihr die klügeren, die Routiniers und Modernisierer unter den Gegnern der Ausstellung hatten längst die entschlossene Flucht nach vorn angetreten. Die

<sup>4</sup> So Hannes Heer bei einer im Vorfeld der Frankfurter Ausstellungsstation vom Fritz Bauer Institut am 17.3.1997 veranstalteten Podiumsdiskussion in der Universität Frankfurt/M.



"Wehrmacht als Institution", auf deren Verdienste im Kampf gegen den "östlichen Gegner" man nach dessen friedlichem Abgang ohnehin verzichten kann, könne - anders als "einzelne Soldaten", vor allem, jedenfalls im letzten Jahr eines längst verlorenen Krieges, "die Offiziere des 20. Juli" -, so Rühle bereits 1995, "keine Tradition begründen" für die Bundeswehr, die im Zuge der neuen Weltordnung auf den Weg einer milliarden schweren Aufrüstung zur im weltweiten Friedenskampf einsatzfähigen Eingreiftruppe gegangen ist. Inzwischen hat sie in je nach Konjunktur "friedenserhaltenden" oder "friedensschaffenden" Kampfeinsätzen - z.B. auf dem Balkan - ihre Bewährungsprobe bestanden.

### Modernisierte Variante der "Traditionspflege" der Bundeswehr

Bemerkenswerter als die vorgestrigte dürfte indessen diese modernisierte Variante des Umgangs mit den Verbrechen der Wehrmacht sein, die offenbar weder die Ausstellungsmacher noch ihre leidenschaftlichen Fürsprecher wie Otto Schily auch nur einer Erwähnung wert erachteten. Diese Art Historisierung erinnert fatal an die Goldhagen-Debatte, in der kaum jemand daran Anstoß nahm, daß Goldhagen bei aller Radikalität seiner Thesen den Deutschen von heute die Läuterung zu vorbildlichen Demokraten bescheinigte.

Tatsache ist aber doch: Die "Väter" der Bundeswehr waren die Nazi-Generale Speidel, Heusinger, Trettner u.a. Und im "Zeichen von Wiederbewaffnung, Westintegration und der bevorstehenden Wahl zum zweiten Bundestag ging", so der Münchener Historiker Norbert Frei (Der Spiegel, Nr. 16 vom 14.4.1997), "die Reinwaschung der Wehrmacht zügig voran." Eisenhower gab zunächst eine von "Adenauers Beratern, den ehemaligen Wehrmachtsgenerälen Speidel und Heusinger, vorbereitete Ehrenerklärung" (ebd.) ab. Darin hieß es: "Was mich betrifft, so bin ich nicht der Ansicht, daß der deutsche Soldat als solcher seine Ehre verloren hat" (Die Neue Zeit, München, 24.1.1951). Mehr noch. Nach Robert M.W. Kempner, ehemaliger Stellvertretender Hauptankläger der USA im Nürnberger Prozeß, forderte die Adenauer-Regierung von McCloy, damals Hoher Kommissar der USA in der Bundesrepublik, die "Begnädigung von Massenmördern", weil sonst "die Bundesrepublik nicht an der NATO teilnehmen könnte" (Die Welt vom 18.3. 1965). Und auch das wurde Realität. Kriegsverbrecher wurden, bis auf wenige Ausnahmen, freigelassen und nahmen nicht selten in Staat und Wirtschaft wieder hohe Positionen ein. "Traditionsverbände" schossen zur gleichen Zeit trotz ausdrücklichen Verbots gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 4 wie Pilze aus dem Boden. Hier seien als Beispiele nur der Verband Deutscher Soldaten e. V. und die HIAG (SS-Verband) genannt. Dokumente zu Aktivitäten dieser "Verbände" sind ebenfalls in der Ausstellung zu sehen. Die Wehrmacht lebt nicht nur in der "Traditionspflege" weiter - auch wenn Rühle auf Druck der Ergebnisse der historischen Forschung von dieser "Vergangenheit" formal abrückt. Die

militaristische Geisteshaltung ist in "zeitgemäßer" Gestalt auch heute noch präsent. Die massiven Angriffe nicht nur aus konservativen Kreisen der CSU/CDU und ihrer Presse gegen die Ausstellung sind Beweis dafür, sie haben einen realen politischen Hintergrund.

Die Verletzung eben dieses neuen Tabus bekamen vier junge Heidelberger Historiker und Juristen mit ihrer Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien 1941 - 1944" zu spüren, die "in Material und Tendenz der Ausstellung des Hamburger Instituts ähnelt", aber einige Tafeln "der aktuellen deutschen Außenpolitik" widmet, "die sich besorgniserregend militarisieren" (FR vom 7.5.1997). Die Autoren dieser Ausstellung und der ASTA der TU Berlin, der sie in den Lichthof der Hochschule holen will, werden in ihrem Kampf gegen die vom TU-Präsidenten bereits angekündigte Zensur - anders als ihre Hamburger Kollegen - mit scharfen Sanktionen zu rechnen haben.

### Erste Ergebnisse der Besucherforschung

Zugleich hält der Besucheransturm, begleitet von teils hämischer, meist aber unverhohlenen erstaunter Berichterstattung, unvermindert an. Bei einer am 16.4.1997, drei Tage nach der Frankfurter Ausstellungseröffnung, vom Hessischen Rundfunk in der Paulskirche veranstalteten und live gesendeten Podiumsdiskussion berichtete die Berliner Sozialwissenschaftlerin Gabriele Rosenthal über erste Ergebnisse ihrer vom Reemtsma-Institut beauftragten Besucherforschung: Täter und Mitläufer der NS-Herrschaft, so ihre Bemerkungen zum an allen Ausstellungsorten zu beobachtenden Generationswandel der BesucherInnen, sind in einem Alter, in dem sie zunehmend anfangen möchten zu sprechen, aber nicht sprechen können, weil das Schweigegebot sich über fünfzig Jahre hinweg so stark etabliert hat, daß es einer Unterstützung für die Eröffnung des Dialogs bedarf. Auf der anderen Seite gibt es die Enkelgeneration, die viel mehr Fragen stellt als die zweite Generation, einfach weil für sie die Vergangenheit nicht so bedrohlich ist. Die zweite Generation mußte und muß noch abwehren, solange es so schmerzhaft ist, sich der Situation zu stellen, daß der eigene Vater in Massenverbrechen, Massenerschießungen und -erhängungen verstrickt war. Bei den Besucherforschungen war rein zahlenmäßig auffällig, daß die zweite Generation weniger vertreten ist. Gerade aus dieser Generation aber, das wäre hinzuzufügen, rekrutiert sich heute zu großen Teilen die sogenannte "politische Klasse", die sich seit der mit Stimmen der SPD und der Grünen erfolgten Absegnung des neuen Bundeswehrkonzepts durch nichts mehr, schon gar nicht von einer durch die Städte tingelnden Wanderausstellung, wie es bei eher cool reagierenden Kommentatoren heißt, aus der Tagesordnung bringen läßt. So findet, dies ist der weitere Befund Gabriele Rosenthals, eine Auseinandersetzung zwischen den Alten und den Jungen statt: Schulklassen kommen in die Ausstellung und erleben dort, wie alte Männer und Frauen schimpfen und sich erregen, ag-



gressiv werden. Durch diese Angehörigen der Großvätergeneration wird die Vergangenheit zur Gegenwart: SchülerInnen stellen eine Verbindung zu den eigenen Großvätern her, und dadurch werden viele Emotionen freigesetzt.

Offenbar kommt hier ein zunehmendes Interesse an Mentalitätsgeschichte zum Ausdruck, die sich, so Bartov, mit Fragen nach der Fähigkeit des Erinnerns und Gedenkens, nach der sozialen Zusammensetzung der Wehrmacht, nach dem Zusammenhang zwischen dem sozialen Hintergrund der Soldaten und ihrem Verhalten im Krieg, nach den Folgen des Kriegserlebnisses der Soldaten für ihren sozialen Status nach dem Krieg, ihre politische Orientierung oder ihre Selbstwahrnehmung zu befassen hätte. Denn bei aller Berufung überlebender Angehöriger der Tätergeneration auf den Befehlsnotstand konfrontiert uns die Ausstellung unerbittlich mit dem wirklichen Sachverhalt, daß, so der Militärgeschichtler Gerhard Schreiber, "tatsächlich ... nach heutigem Kenntnisstand kein einziger Soldat der Wehrmacht oder SS-Mann in diese Situation (geriet), also in eine Lage, in der er als Folge der Nichtausführung einer kriminellen Weisung eine Schädigung an Leib oder Leben erlitt" (FR vom 12.4.1997).

Jan Philipp Reemtsma (FAZ vom 9.4.1997) erklärt die starke Resonanz der Ausstellung mit dem Zusammentreffen eines bestimmten Themas und einer großen kollektiven Bereitschaft, mit dieser "von der normalen Historiographie" kaum thematisierten Frage umzugehen, der Frage von Regime und Volksgemeinschaft, die erst von drei öffentlichkeitswirksamen Publikationen angesprochen worden sei: den Klemperer-Tagebüchern, akribischen Aufzeichnungen über die trotz aller Schwankungen sich arrangierenden "voces populi", dem Goldhagen-Buch über "Hitlers willfährige Henker"<sup>5</sup> und der Wehrmachtausstellung. Letztere setzt uns der abscheulichen Botschaft von bei gefallenen oder gefangenen Soldaten zusammen mit Familienfotos und Kriegsidyllen mit Weiher, Gänsen und Bäumen gefundenen Bildern aus, in denen sich lachende deutsche Männer, Väter, Söhne neben von ihnen oder ihresgleichen Erhängten, Erschossenen, Verstümmelten wie neben Jagdtrophäen fotografieren ließen.

Die Ausstellung rüttelt wach. Die Legendenbildung fiel angesichts dieser umfangreichen Dokumentensammlung in sich zusammen, das Publikum erhielt die Möglichkeit, sich selbst ein Urteil zu bilden über die Rolle der Wehrmacht im Vernichtungskrieg. Unter dem Titel "Diskussion um die Wehrmacht wird nicht so schnell zugeschüttet" berichtete die FR vom 19.6.97, drei Wochen nach dem letzten Tag der Ausstellung in Frankfurt/M., über ihre Wirkung auf Jugendliche: Einer der von Rosemarie Papadopoulou-Killius, Geschichtslehrerin an der Bockenheimer Max-

<sup>5</sup> So die richtige Übersetzung von "executioners", im Gegensatz zu "executors", eine Art Testamentvollstrecker, wie es verharmlosend im deutschen Titel "Hitlers willige Vollstrecker" heißt, von anderen Anpassungen an den "deutschen Markt" abgesehen (vgl. Der Spiegel, Nr. 33 vom 12.8.1996).

Beckmann-Schule, bei ihren Führungen durch die Ausstellung befragten Jugendlichen schrieb: "Für die Enkel ist es wichtig zu sehen, was die Vorfahren gemacht haben, damit diese Fehler nicht wieder geschehen"; ein anderer befand, die Ausstellung sei wichtig gewesen, weil die jüngere Generation erfahren habe, "zu welchen Grausamkeiten Menschen fähig sind". Ein dritter freilich meinte - anders als Historiographen wie Horst Möller, Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte und Teilnehmer an der Podiumsdiskussion in der Paulskirche, der über die "suggestive Wirkung" der Bilder klagte -, das sei "mehr was für Ältere, weil es viel zu viel zu lesen" gebe.

Fritz Krause/Reinhard Schweicher

# BAHAMAS

Nr. 23 Sommer 1997

## Alpträume der Zivilgesellschaft

Anarchie in Albanien, Sozialfaschismus-  
these, Wehrmacht in der Diskussion, Ent-  
schädigung für NS-Opfer, „junge Welt“ in  
Abwicklung, Nationalcharakter und instru-  
mentelle Vernunft, Demokratiepreis für  
Goldhagen, Dialektik im 20. Jhdt. u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorkasse / Briefmarken)

Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;

**BAHAMAS**, Postfach 620628, 10796 Berlin

Fax/Fon: 030 / 623 69 44





## Versuche, die Geschichte der RAF zu verstehen

Das Beispiel Birgit Hogefeld

Mit Beiträgen von: Carlchristian von Braunmühl, Birgit Hogefeld, Hubertus Janssen, Horst-Eberhard Richter, Gerd Rosenkranz

ISBN 3-930096-87-0  
120 Seiten, 19,80 DM, bereits erschienen

Format 12,5 x 21 cm  
1. Auflage 1996 vergriffen  
2. Auflage 1996 fast vergriffen

**3. erweiterte und korrigierte Auflage erscheint im April 1997, ca. 160 Seiten, 24,80 DM**

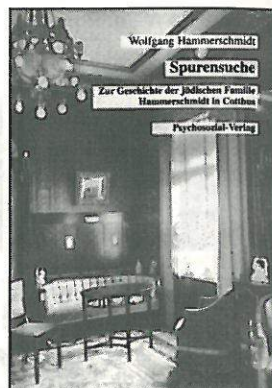
Wolfgang Hammerschmidt:

## Spurensuche

Zur Geschichte der jüdischen Familie Hammerschmidt in Cottbus

geb., 226 S., zahlr. Abb., 48,- DM, ISBN 3-930096-49-8

„Ein Jahrhundert wird besichtigt“, könnte der Untertitel des Buches lauten, dessen Ausgangspunkt eine Recherchenreise an den Ort eines scheußlichen Geiselmordes im besetzten Frankreich des Jahres 1944 war. Denn die Betrachtungen des Autors gehen zurück bis zum Ende des 19. Jahrhunderts.



Anette Simon:

## Versuch, mir und anderen die ostdeutsche Moral zu erklären

112 Seiten, 19,80 DM, ISBN 3-930096-33-1

Der „Versuch...“ ist eine Art öffentliches Selbstgespräch. Dabei will die Autorin nur für sich sprechen, da ihre Biografie „keineswegs typisch“ sei. (Der Spiegel 27/1996)



## Neoliberalismus und Rechtsextremismus

Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günter Bachmann, Dirk Kotzur: *Wollt ihr den totalen Markt. Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München (Knaur Facts) 1997, 336 S. 16,90 DM.*

Der Neoliberalismus ist seit einem Vierteljahrhundert in den ganzen Welt unter dem Motto angetreten, die Welt von der Tyrannei und Last des "totalen Staates" zu befreien, der nach dem 2. Weltkrieg in der Form des Wohlfahrtsstaates errichtet worden war. Dies legt auf den ersten Blick nicht unbedingt eine Nähe zum Rechtsextremismus nahe, insbesondere wenn dieser in antiquierten Formen faschistischer Ideologie und Terminologie daherkommt, wie etwa die NPD oder DVU in Deutschland. Aber erstens haben sich viele rechtsradikale Parteien mittlerweile von diesem weltanschaulichen Ballast befreit und kommen in modernen, äußerlich grundgesetzkonformen Aufmachungen daher. Zweitens zeigt aber ein genauerer Blick, daß es dennoch frappierende Berührungspunkte und inhaltliche Überschneidungen zwischen Rechtsextremismus und Neoliberalismus gibt: Beiden ist eine dezidierte Feindschaft zur parlamentarischen Demokratie und insbesondere ihrer wohlfahrtsstaatlichen Ausformung gemeinsam; sie zielen auf Entpolitisierung und Unterwerfung der BürgerInnen unter eine von ihnen nicht gewählte und schon gar nicht beeinfluß- oder gestaltbare Macht; der Kern ihres ökonomischen Pro-

grammes ist die Niederwerfung der Gewerkschaften, die Abschaffung des Sozialstaates und die Auslieferung von Produktion und Verteilung an den Markt als Ort der Entfaltung von Unternehmermacht.

Um diesen genaueren Blick geht es in diesem Buch. Es ist das Ergebnis eines von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Forschungsprojektes unter Leitung des Hamburger Wirtschaftswissenschaftlers Herbert Schui. Im Vordergrund stehen weder die plakative Entlarvung noch die moralische Anklage, es handelt sich vielmehr um den Versuch, den Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und Rechtsextremismus zu erklären und diese Erklärung dann an verschiedenen Parteien nachzuvollziehen, wobei sich je nach historischen Entstehungs- und Wirkungsbedingungen und politischen Kräfteverhältnissen erhebliche Unterschiede in der konkreten Umsetzung des entscheidenden funktionalen Kerns ergeben.

Zentrale These bei der Erklärung des Zusammenhanges zwischen Neoliberalismus und Rechtsextremismus ist die Analyse des Neoliberalismus als *Gegenbewegung*, als Konterrevolution gegen den wohlfahrtsstaatlichen Reformismus, der nach dem zweiten Weltkrieg das prägende Muster kapitalistischer Entwicklung geworden war. Natürlich spielen für die Etablierung des Wohlfahrtsstaates die Stärke der Linken - Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Kommunisten mit von Land zu Land unterschiedlicher Gewichtung - und damit das politische Kräfteverhältnis eine



entscheidende Rolle. Er ist aber auch ökonomisch funktional und die Grundlage für die 30 Jahre Nachkriegsprosperität, auf die heute immer wieder mit einer gewissen Nostalgie, paradoxerweise gerade von Neoliberalen, verwiesen wird. Diese Inanspruchnahme besteht ganz zu Unrecht, denn - wie im 2. für das gesamte Buch grundlegenden theoretischen Kapitel und im 4. Kapitel gezeigt wird -, die Nachkriegsprosperität beruht im wesentlichen gerade auf den Elementen, die der Neoliberalismus heute so militant angreift und abschaffen möchte: auf einer Politik der planenden staatlichen Steuerung und Lenkung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und ihrer wesentlichen Proportionen - teils durch unmittelbare Verstaatlichung und staatliche Produktion, überall aber durch Einkommens- und Umverteilungspolitik zur Stärkung der effektiven Endnachfrage. Diese Politik stützt sich auf die theoretischen Konzeptionen, die von Keynes - und einer Reihe noch schärfer argumentierender Ökonomen wie vor allem Kaldor und Kalecki - in der Verarbeitung der Erfahrungen von erstem Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise ausgearbeitet worden waren: Zur Gewährleistung einer wirtschaftlichen Entwicklung, die das produktive Potential eines Landes ausschöpft und weiter ausbaut, bedarf es eines angemessenen Verhältnisses zwischen Aufbau und Modernisierung von Produktionskapazitäten durch die unternehmerischen Investitionen einerseits und der Auslastung dieser Kapazitäten durch private

und staatliche Nachfrage andererseits. Von Exportüberschüssen wird in dieser Konzeption mit Recht nicht nur abgesehen, sondern sie werden als langfristige Erscheinung abgelehnt, weil sie natürlich irgendwo anders Außenhandelsdefizite bedeuten und dadurch das internationale Gleichgewicht stören, das für eine allgemein störungsfreie binnenwirtschaftliche Entwicklung erforderlich ist. Eine solche Proportionalität zwischen Aufbau und Auslastung der Kapazitäten stellt sich aber durch den Marktmechanismus nicht - oder, so wäre zu ergänzen, nur periodisch in schweren Krisen mit enormen sozialen Kosten - her; vielmehr führt die Einkommensverteilung in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften aufgrund der Machtüberlegenheit der Kapitaleseite immer zu Profiten, die zu hoch sind, um störungsfreie kapitalistische Reproduktion zu gewährleisten. Insofern ist ein Eingriff in die Verteilung in Richtung auf Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht durch entsprechende gesetzliche Absicherung und auf Ausbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme ein Ausdruck gesamtwirtschaftlicher Vernunft, der die Jahre des Wirtschaftswunders erklärt.

Dieses Modell ist seit den 70er Jahren zunehmend unter ökonomischen Druck gekommen: Um die hohen Akkumulationsraten und die hohe Endnachfrage aufrechtzuerhalten, hätte es weiterer Umverteilung, Planung und Steuerung bedurft. Das aber hätte die ökonomische und politische Stellung des Kapitals weiter eingeschränkt.

Hiergegen hat das Unternehmerlager zunehmend mobilgemacht. Vor die Alternative gestellt, diesen Widerstand zu überwinden oder zurückzuweichen, haben die Regierungen den zweiten Weg gewählt - und die Gewerkschaften haben sie nicht daran gehindert. Der wirtschaftspolitische Paradigmawechsel zugunsten des Neoliberalismus war eingeleitet: Fortan geht es um Sozialabbau, Lohnsenkung, Rückzug des Staates aus wohlfahrtsstaatlicher Aktivität, Abbau parlamentarischer Demokratie als Ort, an dem auch über wirtschaftliche Fragen beraten und entschieden wird - Auslieferung der Wirtschaft an den Markt im Namen eines individualistischen Weltbildes, das Freiheit auf die Freiheit von staatlicher Regulierung reduziert. Eine Vermittlung von Individuum und Staat durch Demokratie findet nicht mehr statt. Der Staat wird nicht abgeschafft, sondern tritt dem Einzelnen als - starker und autoritärer - Ordnungsstaat unmittelbar gegenüber. Das Regieren soll allerdings ein Expertengremium besorgen, das sich den politischen Auseinandersetzungen entzieht - sozusagen eine Bundesbank auf allen Ebenen. Das Problem bei dieser neoliberalen Renaissance ist die Beschaffung von gesellschaftlichem Zusammenhalt. Da er nicht mehr durch vernunftgeleitete gesellschaftliche Steuerung der Produktion, Eingriffe und Korrektur von Märkten erfolgen soll, müssen Surrogate her, die diesen Zusammenhalt ersetzen. Hier greift der Neoliberalismus auf die traditionellen Werte des Rechtsextremismus zurück:

Familie, Volk, Nation, Heimat, sowie Fremdenhaß und versteckten oder offenen Rassismus (3. Kap.) Der Rechtsextremismus hat in dieser Sicht die Funktion, die soziale Polarisierung und emotionale Kälte des Neoliberalismus durch Einführung emotionalisierender Versatzstücke zu überspielen.

Vor diesem theoretischen Hintergrund werden real existierende Formen des Neoliberalismus und ihre Verbindungen zum Rechtsextremismus untersucht. Dabei zeigen sich sehr unterschiedliche Mischungsformen zwischen den rein neoliberalen und den traditionell rechtsextremen Elementen. So überwiegen in Deutschland bei NPD und DVU eindeutig die traditionellen Elemente (5. Kap.), ganz im Gegensatz zum Bund Freier Bürger (BfD), der - als Vereinigung konservativer Mittelständler und ProfessorInnen - das Prinzip des Rückzuges des Staates aus der Wirtschaft am radikalsten formuliert (7. Kap.) Dazwischen stehen die Republikaner (6. Kap.), die sich nach dem Rückzug Schönhubers zwar auf dem Weg zu einer modernen neoliberalen Partei gemacht haben, deren nationalistischer und rassistischer Kitt allerdings unverkennbar ist. Gemeinsam ist diesen drei deutschen Organisationen die radikale Ablehnung des deutschen Wohlfahrtsstaates und der Kampf gegen das "Gewerkschaftskartell". Gemeinsam ist ihnen auch die Orientierung auf eine autoritäre ordnungspolitische Funktion des Staates. Die offensichtlichen Überschneidungen dieser beiden Merkmale mit der



Politik der Regierungskoalition erschweren diesen rechtsextremen Parteien allerdings eine eigenständige erfolgreiche Profilierung. Sie können andererseits Grundlage für eine Sammlungsbewegung werden, zu der dann auch der rechtskonservative Flügel der FDP und die entsprechenden Ränder von CDU und CSU gehören würden.

Als Modell einer erfolgreichen Verbindung von Rechtsextremismus und Neoliberalismus wird die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ausführlich analysiert. Ihr Erfolg beruht zwar auch auf spezifisch österreichischen Faktoren wie Fehlentwicklungen des österreichischen Modells der Sozialpartnerschaft, in dem Bürokratie, Vetternwirtschaft und Verflechtungen zu erheblicher Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit bei der Bevölkerung geführt haben. Auch die professionelle Medieninszenierung und das Darstellungstalent von Jörg Haider spielen eine Rolle beim Aufstieg der FPÖ. Im Kern geht es jedoch auch hier um die Zerschlagung der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung, die in Österreich aus historischen Gründen besonders weit entwickelt worden war. Da die etablierten Parteien und die Regierungskoalition mit der Demontage des Sozialstaates nicht so zügig vorankommen wie in Deutschland, stößt die FPÖ auf erhebliche Zustimmung und Unterstützung im Unternehmerlager, während die deutschen Unternehmen bislang ihre gesellschaftspolitischen Anliegen überwiegend auch bei den Regierungsparteien gut aufgehoben finden. Theoretisch steht die FPÖ

auf dem Boden der Hayekschen Evolutionstheorie, nach der individueller Kampf und Durchsetzung die Prinzipien der Entwicklung sind. Praktisch versucht sie gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Orientierung auf Ausländerfeindlichkeit und latenten oder gelegentlich offenen Rassismus sowie durch die Berufung auf Familie, Heimat und Volk zu schaffen.

Im 10. und letzten Kapitel steht noch einmal die Leitfrage "Kapitalismus und Demokratie" an. Allgemeines Wahlrecht und parlamentarische Demokratie sind Instrumente zur Errichtung nützlicher gesellschaftlicher Strukturen und zur ständigen Überprüfung ihrer Nützlichkeit. Das betrifft auch die Organisation der Wirtschaft. Nahe liegendes Kriterium für ihre Nützlichkeit ist der Grad, in dem sie größtmöglichen Wohlstand für alle schaffen kann. Kapitalistisch organisierte Wirtschaft ist hierzu nur eingeschränkt und nur auf der Grundlage politischer Einbindung und Steuerung in der Lage. In dem Maße, wie die Intensität dieser notwendigen Steuerung wächst, wird aber die ökonomische und politische Herrschaftsposition der Unternehmer geschwächt. Um dies zu verhindern, bekämpfen sie jede wohlfahrtsstaatliche Wirtschaftspolitik. Um hiermit in der parlamentarischen Demokratie ideologisch durchzukommen, definieren sie das Nützlichkeitskriterium um: Nicht die konkrete Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands, sondern die allgemeine Freiheit des Einzelnen ist jetzt entscheidend, denn in der Freiheit und in der ungelenkten

Entwicklung setze sich jeweils das Beste durch. Dieser Verweis auf das Überleben des Stärksten bestimmt auch die emotionalen Werte des Neoliberalismus, die sich weitgehend mit den Traditionswerten des Rechtsextremismus treffen: An die Stelle der rationalen Diskussion und der gemeinschaftlichen Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zum Wohle aller tritt das irrationale Prinzip der Auslese durch den Überlebenskampf. Die gesellschaftlich destabilisierenden Wirkungen dieses Kampfes sind freilich gefährlich und müssen - auch hier treffen sich Neoliberalismus und Rechtsextremismus - durch den autoritären Staat unterdrückt werden.

Eine Frage, auf die in diesem Buch nicht eingegangen wird, ist die nach den Verbindungen von Rechtsextremismus und Neoliberalismus im Hinblick auf die internationale Expansion. Denn die neoliberale Strategie von Lohn- und Sozialabbau sowie Deregulierung kann zwar die Kosten der Unternehmen senken, führt aber nicht zu einer Lösung des Nachfrageproblems. Die soll über die internationale Expansion erfolgen. Das aber führt zu zunehmender internationaler Konkurrenz, die mit wachsender Militanz und unter Einsatz staatlicher Politik geführt wird. Ohne internationale Kooperation oder zumindest wirksame Mechanismen zur Konfliktregelung ist eine Eskalation der Konkurrenz zu Wirtschaftskriegen mit unkalkulierbarer und unkontrollierbarer Aggressivität zu befürchten. Neoliberale Marktrhetorik schlägt, wenn es um den

Weltmarkt geht, in der Regel in offen expansionistische Eroberungsphantasien um. Auch hier ergeben sich Berührungspunkte zum Rechtsextremismus, die vertiefter Erörterung bedürfen. Nachdem das vorliegende Buch durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde, wäre die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Neoliberalismus und Rechtsextremismus in den außenwirtschaftlichen Strategien des Kapitals ein vielversprechendes Thema für eine Förderung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wer seine Kritik am Neoliberalismus nicht auf die Klage über unsoziale Wirtschaftspolitik und seine Gegnerschaft zum Rechtsextremismus nicht auf den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit beschränken will, sondern etwas über die Grundlagen und Stoßrichtung von beiden und über ihren Zusammenhang erfahren will, wird es in diesem Buch finden. Die Argumentationen sind gut nachvollziehbar, das Quellenmaterial zu den einzelnen Organisationen reichlich. Ich kann dem Band nur eine möglichst große Verbreitung wünschen.

Jörg Huffschild

### Perspektiven europäischer Integration

Heiko Glawe/Markus Schröder, *Der Euro und die 'Idee Europa' - Katalysator oder Sprengsatz für die europäische Integration?* VSA Verlag, Hamburg 1997, 144 S., DM 19,80.

Unter dem Schlagwort Maastricht nimmt die europäische Integration immer mehr öffentlichen Raum



ein. Das gilt nicht nur für Radio, Fernsehen und Zeitung, sondern auch für die Auslagen der Buchhandlungen. Die Fülle der Neuerscheinungen legt es eigentlich nahe, eine Literaturübersicht zum Thema 'Europäische Integration' anstatt der Besprechung eines einzelnen Buches zu verfassen. Warum dies an dieser Stelle nicht geschieht? Viele Titel beschränken sich auf sehr spezielle Aspekte des Integrationsprozesses, unter denen sich ein Punkt offenbar ganz besonderen Interesses erfreut, nämlich Ratgeber vom Schlage 'Der Euro als Kapitalanlage'. Zudem verlaufen die politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld der geplanten Währungsunion mittlerweile fast so hektisch und undurchschaubar wie das Treiben der Kapitalanleger und ihrer Makler an den internationalen Börsen. Unter diesen Umständen den Überblick zu bewahren, erfordert erstens theoretisch begründete Orientierungspunkte und zweitens einen Zugang zum Thema, der die Währungsunion im Kontext sozioökonomischer und politischer Entwicklungen sieht - beides kann der Band von Glawe und Schröder bieten.

Dem Band ist ein ausführliches Vorwort von *Frieder-Otto Wolf* und *Klaus Dräger* vorangestellt, die diesen Band für die AG Wirtschaft und Soziales der Grünen im Europaparlament in Auftrag gegeben haben. In drei Kapiteln stellen Glawe und Schröder (1) die Europadebatten verschiedener Länder vor, diskutieren (2) die Risiken einer Währungsunion und behandeln (3) Probleme und Ansätze einer

politischen Regulierung des Integrationsprozesses.

Tatsächlich leidet die Europapolitik vielfach darunter, daß sie aus einer stark nationalstaatlichen Perspektive betrieben wird. Zur Überwindung dieser verengten Sichtweise mag die Vorstellung der europapolitischen Debatten anderer Länder ein wichtiger erster Schritt sein. Stellt sich die Frage, welche Länder zu diesem Zweck ausgewählt werden, da eine Behandlung aller 15 EU-Staaten ein mehrbändiges Werk erfordern würde, das dann sicher nur noch dokumentarischen Wert hätte, aber kaum gelesen werden dürfte. Glawe und Schröder haben Frankreich, Italien und Schweden/Skandinavien für ihre Länderstudien ausgewählt. Dies ist deshalb problematisch, weil mit Deutschland und Großbritannien zwei der einflußreichsten Länder in der EU nicht behandelt werden. Zwar ist im gesamten Buch mehrfach von deutschen Hegemoniebestrebungen und der herausgehobenen Rolle der DM die Rede, doch wird damit eine nationalstaatliche Sicht auf Europa gerade nicht durch eine europäische Perspektive überwunden, aus der eine gesonderte Betrachtung Deutschlands sinnvoller gewesen wäre. Großbritannien außer acht zu lassen, entspricht zwar dem gegenwärtigen europäischen Integrationskern, der sich um die Achse Bonn - Paris herausgebildet hat, aber nicht unbedingt dem ökonomischen Gewicht Großbritanniens in der EU. Gerade unter dem Gesichtspunkt der monetären Integration sollte nicht vergessen werden, daß die

Londoner City den wichtigsten Finanzplatz Europas darstellt, dessen Bedeutung infolge einer Währungsunion sicherlich abnehmen dürfte. Großbritanniens ablehnende Haltung gegenüber einer Währungsunion dürfte teilweise schlicht daher rühren, daß der Euro den kontinentalen Börsen in Frankfurt und Paris höhere Umsätze bescheren würde. Andere Gründe für Großbritanniens euroskeptische Position, die leider ebenso wenig Erwähnung finden, liegen in seiner internationalen Schwächung gegenüber der kontinentalen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs und sicher auch in dem britischen Bestreben, den 'angelsächsischen' Kapitalismus nicht durch integrationsbedingte Zugeständnisse an den 'rheinischen' Kapitalismus 'aufweichen' zu wollen. Inwieweit sich diese Position nach dem Regierungswechsel in London ändern wird, bleibt freilich abzuwarten, ist aber für die weitere Entwicklung der EU möglicherweise von erheblicher Bedeutung.

Schließlich scheint es mir problematisch, Schweden stellvertretend für die skandinavischen Länder zu behandeln: Norwegen beispielsweise ist noch nicht einmal Mitglied in der EU, und an dieser Tatsache hätten die Autoren die Integrationsprobleme, die sich aus dem ökonomischen Nord-Süd-Gefälle Europas ergeben, darstellen können.

Trotz der wenig repräsentativen Auswahl der Länderstudien gelingt es den beiden Autoren, ein differenziertes Bild der treibenden

Kräfte und angestrebten Ziele im Zusammenhang des europäischen Integrationsprozesses zu zeichnen. Gegenüber der deutschen Debatte, die sehr stark auf die ökonomischen Fragen Geldwertstabilisierung und Haushaltskonsolidierung konzentriert ist, wird die französische, in erster Linie politisch motivierte Position sehr überzeugend dargestellt: Deren Kern besteht in dem Versuch, ein europäisches Gegengewicht zu den USA und dem NAFTA-Block zu schaffen. Die Einbindung Deutschlands ist Teil dieses Versuchs, einen europäischen Block zu formieren, bei dem es in zweierlei Hinsicht um hegemoniale Positionen geht: Die internationale Hegemonie der USA soll ebenso dauerhaft überwunden werden wie die regionale, insbesondere an die DM geknüpfte Hegemonie Deutschlands in Europa. Glawe und Schröder zeigen, daß Frankreich wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen den genannten machtpolitischen Bestrebungen unterordnet.

Am Beispiel Italien werden verschiedene ökonomische und politische Widersprüche des derzeitigen Integrationsprozesses vorgeführt. Erstens wird mit Verweis auf die Währungsturbulenzen 1993 und den darauf folgenden Ausstieg der Lira aus dem Europäischen Währungssystem gezeigt, daß eine Währungsunion, die derartige Turbulenzen verhindern würde, sogar dann erstrebenswert scheinen kann, wenn sie durch eine radikale Austeritätspolitik samt deren negativen Folgen für Einkommens- und Beschäftigungsniveau 'erkauft' werden



muß. Zweitens erinnern die Autoren daran, daß die Lira-Abwertung nach dem EWS-Ausstieg zumindest vorübergehend eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch gestiegene Exporte mit sich gebracht hat. Gleichwohl verliert ein Land durch Abwertungen politisch und ökonomisch an Einfluß; zusammen mit der Austeritätspolitik, die der Maastrichter Vertrag erzwingt, werden daher politische Kräfte gestärkt, die eine Politik der "Renationalisierung" einem Fortgang des Integration vorziehen. Der Zulauf, den die italienischen Faschisten in den letzten Jahren erfahren haben, ist wohl auch mit solchen negativen Folgen des bisherigen Integrationsprozesses zu erklären.

Das zweite Kapitel, das sich den "Risiken einer Europäischen Währungsunion" widmet, geht von der grundlegenden Fragestellung aus, ob die Maastrichter Euro-Pläne Ausdruck und Instrument neoliberaler Wirtschaftspolitik oder ein Vehikel der politischen Integration sind. Bei der Behandlung dieser Frage wird sehr deutlich, daß die monetaristische Kritik an der geplanten Währungsunion nicht als prinzipielle Ablehnung des Euro, sondern als 'Härtung' neoliberaler Politik zu verstehen ist: Die erklärte Absicht dieser Politik besteht darin, Integration auf monetäre Aspekte und hier auf die Schaffung einer inflationsfreien Währung zu begrenzen, die keine fiskalpolitischen Spielräume offen läßt. Um diese 'taktische' Kritik des Monetarismus an der Währungsunion zu belegen, verweisen Glawe und Schröder mehrfach auf ein Mani-

fest von 60 deutschen Ökonomen, das an einer Stelle wie folgt zitiert wird: "Die EZB (Europäische Zentralbank) wird (...) Preisstabilität in Europa nicht durchsetzen, weil es für sie aufgrund unterschiedlicher Interessen der nationalen Entscheidungsträger keinen genügend starken Anreiz gibt, dies zu wollen." (56)

Diese Analyse des Monetarismus macht auch klar, daß der Euro weniger der finanziellen Stabilisierung innerhalb der EU - und damit der Absicherung realwirtschaftlicher Kreisläufe - dienen soll als der Schaffung einer internationalen Anlage- und Reservewährung. Dieses Ziel wird Glawe und Schröder zufolge auf zwei Wegen zu erreichen gesucht: Nach außen soll durch unterdurchschnittliche Inflationsraten eine reale Unterbewertung des Euro erreicht werden, die einerseits die europäischen Exporte fördert und andererseits durch eine Kombination geringer Inflation und hoher Zinsen die EU zu einem rentierlichen Feld internationaler Kapitalanlagen macht. Nach innen dient das monetaristische Integrationskonzept dazu, die verschiedenen Regionen Europas in eine hierarchische Arbeitsteilung gemäß komparativer Kostenvorteile zu zwingen. Hieraus erklärt sich auch die Ablehnung eines Ausbaus der Regional- und Strukturpolitik in der EU durch die Vertreter des Monetarismus.

Das Konzept einer nach außen merkantilistisch und nach innen neoliberal zugerichteten EU wirft Legitimationsprobleme auf, die von den Autoren nur kurz und erst am

Ende ihres Buches behandelt werden. Dort heißt es: "In den reichen, auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähigen Regionen stimmt die Mehrheit der Bevölkerung für eine weitere Vertiefung, in den ärmeren Regionen dagegen." (102) Eine derartige Haltung wäre angesichts des 'merkantilistisch-liberalen' Charakters der Maastrichter Integrationspläne durchaus zu erwarten, ist aber tatsächlich nicht gegeben. Mehrheiten gegen die Euro-Einführung gibt es auch in den meisten industriell hochentwickelten Regionen der EU, und diese lassen sich mit Blick auf eine innereuropäische Arbeitsteilung nach komparativen Kostenvorteilen auch recht gut begründen: In dem Maße, in dem sich dieses Muster der Arbeitsteilung durchsetzt, werden arbeitsintensive Produktionsstufen in weniger industrialisierte Regionen verlagert und beschleunigen in den alten Industriezentren - infolge anhaltender Rationalisierungen - ohnehin stattfindenden Arbeitsplatzabbau oder führen doch zumindest zu (Real-)Lohnsenkungen.

Die Untersuchung der Maastrichter Pläne zur Bildung einer Währungsunion kommt zu dem Schluß: "Dieses Projekt steht bislang nur auf einem und dazu noch auf einem schwachen währungspolitischen Bein." (68) Konsequenterweise gehen die Autoren im dritten und letzten Kapitel der Frage nach, ob gegen diese geldpolitisch beschränkten Integrationspläne ein "Vorrang der Politik" konzipiert und durchgesetzt werden kann, und kontrastieren die gegen-

wärtig vorherrschende "Synthese aus angelsächsischem Markt- und deutschem Geldradikalismus gegen den Etatismus à la française" (79f.). Diese treffende Unterscheidung unterschiedlicher Arten gesellschaftlicher Regulation darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein "Vorrang der Politik" nicht notwendigerweise mit einer Verschiebung oder gar grundsätzlichen Änderung der europäischen Integrationsziele einhergeht: Auch eine stärker interventionistische Politik kann dazu genutzt werden, den Wirtschaftsblock EU in der Triadenkonkurrenz gegenüber Nordamerika und Südostasien 'fit' zu machen.

Freilich verknüpfen Glawe und Schröder das Konzept einer Regulierung des europäischen Binnenmarktes mit einem politischen Kurswechsel: Neben die monetäre Konvergenz stellen sie das Ziel einer realen Konvergenz in der EU, und das erfordert zuallererst den Abbau von Einkommensunterschieden und eine Erhöhung des Beschäftigungsniveaus. Außer "einer sozialen Mindestabsicherung" (103) werden allerdings keine weiteren Instrumente zur Förderung realer Konvergenz genannt. Umfangreicher ist dagegen der 'monetäre Instrumentenkasten', den die Autoren vorstellen: Devisenumsatz(Tobin-)steuer, Kapitalverkehrskontrollen sowie die Schaffung eines "Europäischen Währungsfonds" (100) werden hier genannt.

Die große Bedeutung, die der Regulierung internationaler Finanzmärkte beigemessen wird, ergibt



sich folgerichtig aus dem monetär-keynesianischen Ansatz, den Glawe und Schröder ihren theoretischen Ausführungen zumeist unterlegen. Danach erleben wir "eine(n) tendenziellen Übergang von der 'Produktions-' in die 'Vermögenswirtschaft'" (103), die dadurch gekennzeichnet ist, daß dominante Finanzmärkte für die Entwicklung der untergeordneten Güter- und Arbeitsmärkte verantwortlich sind. Aus dieser Überlegung wird dann der Schluß gezogen, daß eine Regulierung der Finanzmärkte deren dominante Position brechen und der weiteren Entwicklung der "Produktionswirtschaft" förderlich sein könnte. Kommt es wie geplant ab Januar zur Einführung einer Gemeinschaftswährung, stellt sich die Frage der Finanzmarktregulierung im wesentlichen bezüglich des Außenverhältnisses des Euro zu anderen Währungen. Gegenüber den Ländern, die Mitglieder der EU, nicht aber Teilnehmer an der Währungsunion sind, kann und wird dies wohl durch eine - wie auch immer modifizierte - Neuaufnahme des 'Europäischen Währungssystems' gelingen.

Den "Regulierungsbedarf der liberalisierten Finanzmärkte" zu deklaren, gibt es derzeit aber wenig Erfolgsaussichten. Zwar spricht auch R.A. Mundell bezüglich der ökonomischen Möglichkeiten solcher Regulierungen von einem "missing factor", beurteilt deren politische Durchsetzbarkeit aber skeptisch: "... the major powers may not be willing to take such a step." (R.A. Mundell: *The International Monetary System: The Missing Factor*.

*Journal of Policy Modeling* 17 (1995), 5, 479-492) Glawe und Schröder sind da optimistischer: "Das große Gewicht der westeuropäischen Länder in der Weltwirtschaft wäre - bei einem koordinierten Vorgehen - eine gute Basis einer solchen Initiative." (99)

Ingo Schmidt

### Aktuelle Entwicklungen des Kapitalismus

Johanna Klages/Peter Strutyński (Hrsg.), *Kapitalismus am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*, VSA Verlag, Hamburg 1997, 260 S., DM 34,80.

Der dem Gedenken an Heinz Jung gewidmete Band versammelt auf gut 250 Seiten 18 Beiträge unterschiedlicher Autoren, die aus verschiedenen Perspektiven und mit verschiedenen Ansätzen aktuelle Entwicklungen des - entgegen mancher Erwartung eben (noch?) nicht untergegangenen - Kapitalismus kritisch beleuchten und analysieren. Die Beiträge gruppieren sich um vier Themenblöcke: a) Ökonomie und Sozialstruktur, b) Umwelt und globale Peripherie, c) Individuum, Kultur und Gesellschaft und d) "Am Ende des Jahrhunderts".

Die außergewöhnlich breite thematische Streuung und Vielfältigkeit mag zunächst den Anschein von Beliebigkeit der Zusammenstellung erwecken, zumal die Herausgeber auch noch explizit dem Leser die Suche nach Verbindungslinien zwischen den einzelnen Aufsätzen überlassen. Eine wichtige Gemeinsamkeit der Beiträge

ist allerdings im Vorwort erwähnt: die Anregung zu weiterem Nachdenken und zur Umsetzung der mit der Lektüre gewonnenen Erkenntnisse in politische Veränderungsstrategien (vgl. S. 8).

Dieser Anspruch liegt m.E. auch dem Gesamtkonzept des Sammelbandes zugrunde, und wenngleich einzelne Beiträge für meinen Geschmack etwas zu knapp geraten sind und den Wunsch nach vertiefter Erörterung manches Problems hinterlassen, halte ich die umfassende Sichtweise von Gesellschaft, die gerade in der thematischen Breite der Beiträge zum Ausdruck kommt, für verdienstvoll, weil sie bei näherem Hinsehen Zusammenhänge deutlich macht und damit eindimensionalen Betrachtungen und vereinfachenden, monokausalen Erklärungen entgegensteht. Kapitalismus ist eben nicht nur ein ökonomisches Ordnungsprinzip, und kapitalistische Gesellschaft muß auch in der Vielfalt ihrer Facetten gesehen und analysiert werden.

Eine Besprechung des Buches steht gleichwohl vor dem Problem, daß es auf dem dafür gegebenen Raum kaum möglich ist, jedem der 18 Aufsätze auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Der im folgenden getroffenen Schwerpunktbildung liegen die subjektiven Interessen der Verfasserin zugrunde.

Den mit Abstand breitesten Raum nimmt der Themenkomplex Ökonomie und Sozialstruktur ein. H. Schui macht in seinem Beitrag über die politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates und den Neoli-

beralismus darauf aufmerksam, daß neoliberale Prinzipien im Widerspruch zum Grundgesetz (soziale Verpflichtung des Eigentums, Sozialstaatsprinzip) stehen (10), zeigt auf, daß der Abbau des Sozialstaats und des Massenkonsums zu wachsenden Problemen bei der Kapitalrealisierung führt und macht deutlich, daß sich im Neoliberalismus wirtschaftlicher Marktradikalismus mit politisch reaktionären Kräften verbindet. In zunehmender Deregulierung und der Verabsolutierung von Markt und Wettbewerb als alleinigen Lenkungsinstrumenten sieht er die Tendenz zu einem wenig demokratischen Staat angelegt. Diese Warnung ist m.E. gut begründet. Auch J. Bischoff bescheinigt den "neokonservativen" Parteien eine Tendenz, den sozialen Rechtsstaat in einen Sicherheits- oder Kontrollstaat umzuwandeln (39) und sieht mit der Demontage des Sozialstaats einen Prozeß der "Abschaffung von kollektiver Solidarität als einem Grundbaustein des sozialen Zusammenlebens" (38). Angesichts struktureller Massenarbeitslosigkeit hält er die bloße Verteidigung des westeuropäischen Wohlfahrtsstaates in seiner bisherigen Gestalt aber für nicht erreichbar, weshalb es neuer Konzepte von Gewerkschaften und der politischen Linken bedürfe. Bischoff deutet an, Perspektiven lägen nur in einer weltweiten Verkürzung der Arbeitszeit und einer Neuverteilung von Produktivitätsgewinnen. In Anlehnung an Rifkin meint er, dazu seien auch gemeinsame Anstrengungen aller Regierungen zur



Schaffung neuer Arbeitsplätze in der sozialen Wirtschaft für diejenigen notwendig, die in der Privatwirtschaft nicht mehr gebraucht würden (40). Schade, daß Bischoff keine Ansatzpunkte für eine Realisierung dieses Postulats benennt!

G. Fülberth begibt sich unter Rückgriff auf E. Hobsbawms Metapher vom "Erdrutsch" auf die Suche nach Erklärungen und Wesensmerkmalen der vermeintlichen oder realen ökonomischen Wende ab 1973 in der Bundesrepublik. Er kommt zu dem manchen Leser (und Co-Autor?) sicher provozierenden Ergebnis, daß Abbau des Sozialstaates, Deregulierung und Privatisierungen diese Wende nicht treffend charakterisierten. Auch eine Entfesselung der Märkte im Zusammenhang mit reduzierter staatlicher Wirtschaftstätigkeit könne angesichts weitgehend konstanter Staatsquote kaum als Hauptcharakteristikum gelten. Vielmehr bedürfe es einer Erklärung der steigenden Massenarbeitslosigkeit. Dafür untersucht er drei Ansätze, die gleichermaßen Hypothesen seien: zunächst neoklassische und keynesianische Erklärungsvarianten, die sich seines Erachtens nicht unbedingt ausschließen, die dieselben Fakten als Belege heranzögen und beide ein zu hohes Lohnniveau als Ursache für möglich hielten. Ihnen gegenübergestellt wird das Marxsche allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. In der Betrachtung der bundesrepublikanischen Entwicklung legt Fülberth hierbei besonderes Augenmerk auf jene Umstände, die einer Steigerung der organischen Zusam-

mensetzung des Kapitals zeitweise oder in bestimmten Branchen entgegengewirkt haben können.

Der Beitrag von J. Reitzig und Brandl konkretisiert die zuvor von Schui und Bischoff ausgesprochenen Warnungen vor einem autoritären Staat, indem er sich mit den theoretischen Grundlagen neoliberaler Staatstheorie, insbesondere mit der Konzeption J.M. Buchanins, auseinandersetzt. Dieser Konzeption zufolge hat der Staat zunächst lediglich Rechtsschutzstaat zu sein. Darüber hinausgehende staatliche Leistungen seien nur dann legitimierbar, wenn sie im Interesse aller Individuen lägen, den Nutzen jedes einzelnen erhöhten und dem Kriterium der Pareto-Optimalität entsprächen. Da die sogenannte natürliche Verteilung als ungleich angenommen werde, würden auch extreme Ungleichheiten als gerecht empfunden und staatliche Eingriffe in Verteilungsverhältnisse mißbilligt. Damit stehe nicht nur der Wohlfahrtsstaat zur Disposition, sondern auch das Prinzip demokratischer Mehrheitsentscheidungen, das die neoliberale Theorie lediglich unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten sehe. Wieweit solche Überlegungen bereits Eingang in die realen politischen Debatten gefunden haben, verdeutlichen die Autoren am Beispiel des neuen Programmentwurfs der FDP.

S. Herkommer setzt sich in m.E. anregender, aber auch anspruchsvoller Weise mit sozialen Differenzierungen der kapitalistischen Klassengesellschaft auseinander. Trotz zu beobachtender Individualisie-

rung und Pluralisierung von Lebensstilen habe marxistische Klassenanalyse weiterhin ihre Berechtigung, müsse jedoch besser die Vermittlung von Klassenstruktur, alltäglichen Lebensverhältnissen und sozialem Handeln einbeziehen. Brauchbare Anregungen dazu sieht er zum einen in Kreckels Unterscheidung zwischen abstraktem Klassenverhältnis und konkreten empirischen Klassen, zum anderen in den Arbeiten Bourdieus, insbesondere dessen Habituskonzept, das es erlaube, Herausbildung und Funktion von Lebensstilen und Milieus präziser zu erfassen. Da Herkommers Interesse insbesondere der besseren Erfassung des Phänomens der "neuen Armut" bzw. der Ausgrenzung und Marginalisierung von Bevölkerungsteilen gilt, setzt er sich mit der us-amerikanischen Debatte um die sogenannte underclass auseinander (vgl. seinen Beitrag in Z 26, Juni 1996). Auch wenn er selbst den Begriff "soziale Kategorie" für die Analyse der Marginalisierten präferiert und das Konzept der Unterklasse für neokonservativ besetzt hält, meint er, der us-amerikanischen Diskussion seien wichtige Erkenntnisse abzugewinnen.

Die Frage "Was kommt nach Ford und Taylor?" leitet P. Strutyński bei seinem "Blick zurück in die Zukunft". In der gegenwärtigen Restrukturierung von Produktions- und Arbeitsprozessen sieht er keinen grundlegenden Bruch mit dem Modell des Fordismus-Taylorismus, sondern eher dessen Perfektionierung und regionale Ausbreitung. In seiner Argumenta-

tion betrachtet er die kapitalistische Entwicklung seit der Wachstums- und Krise der 70er Jahre und ihre Reflexion durch die sozialwissenschaftliche Diskussion sowie die Entwicklung der Arbeitsorganisation insbesondere in Japan und in der Bundesrepublik. Kritisch gewürdigt werden u.a. das Paradigma der flexiblen Spezialisierung von Piore und Sabel, die von Kern/Schumann vermutete Tendenz zur Requalifizierung der Arbeit, die französische Regulationstheorie und daran anknüpfende wirtschaftsgeographische Diskussionen. Strutyński zeigt, daß mit dem Vordringen "neuer Produktionskonzepte" und des Toyotismus keineswegs in erster Linie Humanisierung der Arbeit und emanzipatorische Ziele verbunden sind, sondern eine Steigerung der Produktivität. Mit m.E. guter Begründung hält er die Begriffe Postmoderne bzw. Postfordismus für wenig erhellend.

Verdienstvollerweise wendet sich A. Oppolzer einem in der marxistischen Diskussion zu wenig beleuchteten Thema zu, dem Zusammenhang von Wertewandel in der Arbeitsmoral und jenen neuen Managementstrategien, die darauf zielen, den Unternehmen zusätzliche Leistungs- und Motivationsreserven der Beschäftigten zu erschließen. Er zeigt, daß "neue" Werthaltungen, die eher auf Selbstentfaltung und Partizipation gerichtet sind und veränderte Ansprüche an die Arbeit implizieren, bei den Beschäftigten zwar gegenüber bzw. neben den "alten", materiellen Wertorientierungen zunehmen, daß dieser Wandel aber nicht



alle Beschäftigtengruppen gleichermaßen erfaßt und sich gerade in Krisenzeiten nicht ungebrochen durchsetzt. Wichtig finde ich Opolzers Hinweis auf die Gefahren des Zusammenwirkens von Wertewandel der Beschäftigten und entsprechend veränderten Managementkonzepten: verstärkte Segmentierung der Beschäftigten in Modernisierungsgewinner und -verlierer, Tendenzen der Individualisierung und Entsolidarisierung, Arbeitsintensivierung und Verlagerung des Risikos auf die Beschäftigten. Notwendig scheint mir auch die Warnung vor einer Überbewertung der Tendenzen zum Wertewandel und zu neuen Managementstrategien, nimmt doch in letzter Zeit die Ausrichtung des Managements am "shareholder value", d.h. an ausschließlich kurzfristigen Profitmaximierungsinteressen deutlich zu.

Drei folgende Beiträge beschäftigen sich mit Problemen der Umwelt. A. Leisewitz schildert die mit der kapitalistischen Produktionsweise verbundenen Umweltbelastungen und den Ressourcenverbrauch, wobei er u.a. die deutlichen Unterschiede zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern beleuchtet und anschaulich belegt, daß in der Bundesrepublik seit 1960 trotz umweltpolitischer Bemühungen alle Belastungskennziffern sowohl absolut als auch pro Kopf deutlich gestiegen sind. B. Reef und F. Luks interessiert eher die Frage, inwieweit ökologische Politik im Kapitalismus durchgesetzt werden kann. Reef stellt zunächst die Grundlagen neoklassi-

scher Umweltökonomik dar und beleuchtet sodann Wirksamkeit und Reichweite umweltpolitischer Steuerungsinstrumente. Ob eine nicht nur kosmetische Umweltpolitik und nachhaltiges Wirtschaften mit dem Kapitalismus vereinbar sind, macht er vor allem an der Frage der Notwendigkeit des Wachstums von Produktion und Akkumulation und an der Vereinbarkeit von Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum fest. Hier sieht er zwar erhebliche Widerstände, bemängelt das Fehlen einer international koordinierten Wirtschafts- und Umweltpolitik, hält aber eine grundlegende Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und eine weitgehende Ablösung des Marktmechanismus nicht für erforderlich. F. Luks unkonventionell gestalteter Beitrag behandelt dieselbe Problematik in Form einer Diskussion mit Intellektuellen in einer Kneipe. Die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus bleibt letztlich offen, doch behält Fred (der Autor), der ökologische Politik hier und jetzt voranbringen will, in dem Disput das letzte Wort.

Der Dritten Welt und den Ursachen für die zunehmende Differenzierung zwischen den Entwicklungsländern und für den Verlust ihres politischen Gewichts widmet sich der Beitrag "Metamorphosen des Nord-Süd-Konflikts" von D. Boris, der erneut an die "Erdrutsch-Metapher" anknüpft. Der Autor hält klare politische Artikulationen des Nord-Süd-Konflikts in seinen neuen Formen für wenig wahrscheinlich und macht darauf aufmerksam, daß sich zunehmend in-

nerhalb der Metropolländer periphere Zonen herausbilden und sich umgekehrt innerhalb der Entwicklungsländer zentrale Ballungen ökonomischer und politischer Macht ausdehnen. Gleichwohl hält er - nicht zuletzt aus ökologischen Gründen - einen erneuten globalen Dialog für notwendig, in dem "das Wirtschafts- und Konsummodell der Industrieländer ebenso wie die Fiktion einer nachholenden kapitalistischen Industrialisierung auf Weltebene zur Disposition" gestellt werden müsse" (161).

H. Holzer beleuchtet unter dem Titel "Globalisierung per Musikvideo" die weltumspannenden Aktivitäten des Fernsehsenders MTV, die Inhalte der gezeigten Videos und die Situation ihrer jugendlichen Konsumenten. In der Präsentation der Clips, die zum Erwerb der Musik und dargestellter Produkte animierten und sexistische Klischees beinhalteten, sieht er die Suggestion einer "zeitlosen Gegenwart" und tendenziell die "Enthistorisierung von Erfahrungen" (169) gegeben. Selten würden tatsächlich anspruchsvolle oder gar zu Aufruhr anregende Stücke gezeigt. Von den Videos werde eine oberflächlich bleibende Rezeption gefördert, die ebenso der fragmentarischen Identität von Jugendlichen wie ihrer Individualisierung förderlich sei. Ganz anders und für mich nicht immer einsichtig argumentieren C. Lohmann und M. Spohr bei ihrer Analyse der Massenbewegung um Technomusik. Zwar halten sie offenbar nichts von den musikalischen Qualitäten dieses Genres, doch sehen sie in dem Wunsch

nach ekstatischen Rauschzuständen, der in der Technoszene unübersehbar sei, eine berechtigte Manifestation des menschlichen Grundbedürfnisses nach Lust am Leben.

Die Mitherausgeberin J. Klages präsentiert eine vielschichtige Reflexion zum Begriff des gesellschaftlichen Individualismus und den verbreiteten Klagen über fehlenden Gemeinsinn und Zerfallstendenzen, die hier nicht in ihrer Differenziertheit wiedergegeben werden kann. Sie charakterisiert Individualismus als die der bürgerlichen Gesellschaft angemessene Verhaltensweise, rekurriert auf Bourdieus Habituskonzept und weist letztlich nicht den Menschen, sondern den Verhältnissen, die durch ihr Handeln stabilisiert werden, die Verantwortung für dieses Verhalten zu.

Timpf besinnt sich - ausgehend von Überlegungen über "umstrittene Modernität" - auf einen Vergleich ausgewählter Instrumente und Horizonte von Bourdieu und Gramsci, die zur Analyse von Gegenwartsgesellschaften verwendbar sein könnten. In gewisser Weise scheint ihm Gramscis Kategorie des Alltagsverstands Protoformen des Bourdieuschen Habituskonzepts zu liefern, ohne allerdings die seines Erachtens wichtigen Feldstrukturen begreifen zu können. Auch bemängelt er, daß Gramscis Konzeption professioneller Intellektueller im Gegensatz zu der Bourdieus nicht die in jedem Fall fehlende Interessensidentität mit den Beherrschten berücksichtigt. Während Bourdieus methodische Grundlagen ihm zur



Identifikation von Fortschritt und Moderne geeignet erscheinen, sei Gramscis Entwurf insgesamt neu zu beurteilen.

Daß der Begriff Zivilgesellschaft innerhalb weniger Jahre aus der politischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion verschwunden ist, beschäftigt K.F. Geiger, der unterschiedliche Verwendungen des Begriffs in den Debatten Ende der 80er Jahre deutlich macht und kritisch hinterfragt. Diesen Interpretationen wird die ursprüngliche Verwendung des Terminus durch Gramsci gegenübergestellt, die das gesamte Kultursystem einer gegebenen Gesellschaft umfaßte und als wesentliche Funktion die u.U. auch Gewalt implizierende Stabilisierung oder Destabilisierung der Herrschaftsordnung bezeichnete. Geiger konstatiert angesichts fortschreitender Transnationalisierung aber das Verschwinden eines nationalstaatlich herrschenden Blocks und die Überlagerung nationaler Zivilgesellschaft durch transnationale Strukturen und fordert deshalb eine Weiterentwicklung von Gramscis Modell.

E.-M. Tschurenev betrachtet die Entwicklung des Anarchie- und Kapitalismusbegriffs von Burkes Kritik der Französischen Revolution über die deutsche politische Literatur Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts, die mit Anarchie sowohl negative als auch positive Konnotationen verband, über Marx und Marcuse bis hin zu Lyotard, der in der kapitalistischen Ökonomie keine über sie hinaus weisenden Widersprüche mehr ausmache. Allerdings sehe Lyotard die Mög-

lichkeit unangepaßten Verhaltens, das wesentlich auf der Sprachform des Erzählens basiere, wobei der Widerstand, aus dem unangepaßtes Verhalten resultiere, wesentlich in Gefühlen zu verorten sei. Die "widerständige anarchische Intensität des Gefühls" sei "zwar gegenüber dem Bestehenden ohnmächtig, aber doch immer da ... [und] offen für das, was sich ereignet...". (247)

Der abschließende Aufsatz von F. Tomberg über "Weltgesellschaft - Übergangsgesellschaft" konstruiert ausgehend von der Konfrontation der Prophezeiungen Marxens und Nietzsches mit der realen Entwicklung eine weltgesellschaftliche Utopie bzw. "verrückte Idee", die nach Meinung des Autors nur durch weniger verrückte Ideen ersetzt werden sollte. Tomberg sieht aus sozialen, vor allem aber aus ökologischen Gründen die Notwendigkeit eines "politischen Weltverbundes sozialstaatlicher Qualität" (254). Der für diese Umwälzung notwendige Druck auf die Herrschenden könne weniger aus speziellen Klasseninteressen als durch die Überordnung elementarer Menschheitsinteressen zu Erfolg gelangen. Zwar werde der Staat als Herrschaftsinstanz, wie von Marx vorausgesagt, absterben, doch bedürfe es einer weltstaatlichen Regulierungsinstanz. Auf lokaler Ebene gebildete kleine Gemeinschaften seien ähnlich der griechischen Polis (im Unterschied zu früheren Großfamilien ohne patriarchalische Prägung) als kleinste Zellen des Weltganzen denkbar, wobei als Vermittlungsinstanz zum globalen Sou-

verän größere Regionalverbünde, evtl. auch die - allerdings ihrer Souveränität beraubten - früheren Nationalstaaten in Frage kämen. Dafür, daß diese Umwälzung von Europa ausgehen muß, sieht Tomberg keinerlei Gründe. Prinzipiell sei in jedem Fall Multikulturalität gefordert. Allerdings sieht er eine besondere Verantwortung dieses Kontinents, der wesentlich zur weltumfassenden westlichen Prägung beigetragen hat.

Insgesamt habe ich dem Buch sehr viele Anregungen entnommen, an denen es sich m.E. weiterzudenken lohnt. Interessant ist auch, wie zahlreich aber auch unterschiedlich einzelne Autoren an Elementen anknüpfen, die eigentlich eher dem konservativen Denken entstammen.

Dem Verlag möchte ich zu bedenken geben, ob es nicht möglich ist, die Bindung von Büchern qualitativ besser zu gestalten. Mein Exemplar des Sammelbands hat jedenfalls im Verlauf des Gebrauchs schnell Ähnlichkeit mit einer Loseblattsammlung angenommen, einer Form, die dem Gebrauchswert in diesem Fall nicht gerade zuträglich ist.

Jutta Weber-Bensch

## Beiträge zur Theorie sozialen Handelns

Pierre Bourdieu, *Der Tote packt den Lebenden, Schriften zur Politik & Kultur 2*, VSA Verlag, Hamburg 1997, 208 S., DM 34,80.

Der zweite Band von Bourdieus "Schriften zu Politik und Kultur", herausgegeben von Margareta

Steinrück, enthält Aufsätze, Reden und Interviews, die das breite thematische Spektrum des französischen Soziologen widerspiegeln. Neben einer Einführung in seine Handlungstheorie und in zwei ihrer zentralen Begriffe umreißt Bourdieu eine "Theorie des sozialen Raumes". Zusätzlich werden unterschiedliche "praktische Interventionen" dokumentiert, die ihn in Deutschland in den letzten beiden Jahren einem breiteren Publikum bekannt gemacht haben. Zusammen mit dem ersten Band (Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 1992) bieten diese Aufsätze auch für NichtwissenschaftlerInnen eine Gelegenheit, die theoretischen Hintergrundüberlegungen zu den politischen Interventionen Bourdieus zu deuten. Denn "die Soziologie wäre nicht eine Stunde Mühe wert, wenn sie ein für Experten reserviertes Wissen von Experten wäre" (Bourdieu). Da sich das oftmals schwer zugängliche Werk Bourdieus nicht immer an diese Maxime hält, ist es umso erfreulicher, daß mit dieser Mischung aus theoretischen Grundlagentexten und politischen Stellungnahmen und Polemiken nicht nur die eminent politische Dimension des Denkens von Bourdieu zur Geltung kommt, sondern gleichzeitig einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden kann.

Unter dem Titel "Der Tote packt den Lebenden" entfaltet Bourdieu seine Handlungstheorie. Dabei geht es ihm um die Überwindung der Dichotomie von Struktur und Handlung. Jede Handlung, jede "hi-



storische Aktion", ist ein Zusammentreffen zweier "Geschichten" - der objektivierten Geschichte und der Geschichte, die im Habitus verkörpert ist. Handlungen lassen sich aber weder direkt von den Institutionen ableiten, noch sind die Ergebnisse der historischen Aktionen Ergebnisse bewußter und klarer strategischer Optionen. Vielmehr besteht ein dialektisches Verhältnis zwischen beiden "Geschichten" bzw. zwischen der "Position und der Disposition". Oft bestärken und überlagern sich beide "Geschichten", d.h. der Habitus gerät nicht in Konflikt oder gar in Widerspruch zu den Institutionen. "Geschichtliche Bewegung, veränderndes Handeln findet sich deshalb am ehesten da, wo es nicht zu einem Passungsverhältnis zwischen Position und Disposition kommt, wo die Akteure ein unglückliches Verhältnis haben zu den Institutionen, die sie bewohnen." (8)

Die beiden zentralen Begriffe für die Analyse des sozialen Handelns, "Habitus" und "Feld", stehen im Mittelpunkt des zweiten Aufsatzes ("Zur Genese der Begriffe Habitus und Feld"). Der Begriff des "Habitus" wendet sich gegen die Gegensätzlichkeit von Strukturalismus und Subjektivismus und nähert sich der gesellschaftlichen Praxis der Akteure durch eine Synthese von Phänomenologie und Objektivismus. Bourdieu wollte "den Boden der Bewußtseinsphilosophie (...) verlassen, ohne den Akteur in seiner Wahrheit als praktischer Operator der Gegenstandskonstruktion abzuschaffen" (63). Er betont die schöpferischen

Eigenschaften des Habitus und löst damit die Akteure von ihrer Rolle als bloße Träger der Struktur, ohne in die Bewußtseinsphilosophie zurückzufallen. Der Habitus wird als ein subjektives System verinnerlichter Strukturen charakterisiert, das weder ausschließlich objektiven strukturellen Handlungszwängen folgt, noch im bewußtseinsphilosophischen Sinne frei ist von jeglicher Körperlichkeit. Die durch den Habitus als ein prinzipiell "offenes" Dispositionssystem, das permanent neue Erfahrungen verarbeitet, geschaffenen Handlungsformen neigen schließlich dazu, durch die vorbewußten Denk- und Handlungsmuster die objektive gesellschaftliche Praxis zu reproduzieren. In der gleichen Weise und in Abgrenzung gegen ein "totes" und mechanisches Institutionenbild entwickelt Bourdieu seinen Begriff vom "Feld" als zentralem Ort von Kapitalinvestitionen jeglicher Art (ökonomischen, kulturellen, sozialen und symbolischen) und sozialen Kämpfen. Die innere Struktur eines Feldes hängt vom Aufkommen der unterschiedlichen Kapitalsorten ab. Analog zu seiner differenzierten Auffassung von Kapital erweitert Bourdieu den Begriff der "Ökonomie" ("Für einen anderen Begriff der Ökonomie"). Der erweiterten Ökonomie liegt somit generell eine Ordnung von Dispositionen und Institutionen zugrunde, die sich nicht auf das ökonomische (wirtschaftliche) Feld beschränken, sondern als ökonomisches Prinzip der Optimierung auch in scheinbar ökonomiefernen Feldern virulent ist (Politik, Kunst, Kultur). Zwar bilden sich

auch auf diesen Feldern Partikularinteressen heraus und es wird Kapital investiert und Profit maximiert, aber gleichzeitig können sich universelle "Gewinne" ergeben. "Die Ökonomie in dem von mir verwendeten Sinn ist sehr anders, man spielt nicht um die gleichen Profite". (81)

Bourdieu's zentrales Interesse gilt der Theorie der sozialen Klassen, wie er sie in seinen bekanntesten theoretisch-empirischen Schriften entwickelt hat (Die feinen Unterschiede, L'Etat noblesse.). Seine Theorie bewegt sich im Spannungsfeld zwischen der Klasse als empirischer Realität - den "konkreten" Klassen - und der Klasse als analytischer Konstruktion - der "Klasse auf dem Papier". Bourdieu verspricht mit seiner Klassenkonzeption die Integration von Klassen, Schicht- und Ungleichheitskonzepten und wendet sich gegen eine Dichotomie von Strukturalismus und Konstruktivismus, denn "die Akteure sind in Wirklichkeit beides: Klassifizierende und Klassifizierte" (103). Da, so Bourdieu, der Versuch, Handeln direkt aus einer abstrakten Klassenkonstruktion abzuleiten, gescheitert ist, müssen Klassenstruktur, Lebensverhältnisse und soziale Praxis zu einer neuen Synthese zusammengefaßt werden. Deshalb setzt er dem Konzept der "sozialen Klassen" den "sozialen Raum" entgegen. In diesem Raum wirken soziale Kräfte, die - im Sinne seines erweiterten Kapitalbegriffs - mit spezifischem Kapital ausgestattet sind. Dabei unterscheiden sich die Akteure nach der Höhe ihres Kapital-

volumens, der Qualität ihres Kapitals und nach ihrer "Laufbahn", d.h. der Entwicklung ihres Kapitals in der Zeit. Diese Dimensionen weisen den sozialen Kräften eine Position innerhalb dieses Raumes zu. Benachbarte Positionen ergeben "Ensembles von Akteuren", die wahrscheinlich vergleichbare Dispositionen (Habitus) und Handlungsmuster aufweisen. Sie werden aber dadurch nicht zu einer effektiven Klasse. Sie bleiben Konstrukte, die jedoch auf realen Beobachtungen fundieren. "Und je sorgfältiger und genauer die theoretische Konstruktion von Klassen ist, desto größer ist ironischerweise die Wahrscheinlichkeit, daß sie für wirklich existierende Gruppen gehalten werden." (108). Eine konstruierte Klasse bleibt somit eine "wahrscheinliche reale Klasse", die auf mehr oder weniger Affinitäten im sozialen Raum beruht. "Der Übergang von der Wahrscheinlichkeit zur Wirklichkeit, von der theoretischen zur praktischen Klasse (ist) anders, als die marxistische Theorie unterstellt, niemals etwas Gegebenes...". (113)

Was Bourdieu an der berühmten Studie von Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel über "die Arbeitslosen von Marienthal" schätzte, versuchte er auch in seiner breiten soziologischen Untersuchung zum "Elend der Welt" zu verwirklichen. "Arbeitslosigkeit als Tragödie des Alltags" und "Das Elend des Staates - Der Staat des Elends" zeigen gleichsam Bourdieu's Arbeitsweise, die das genaue Beobachten ebenso wie die Theorie als Aufgaben der Sozialwissenschaften ansieht. Wie



die in den dreißiger Jahren entstandene Untersuchung, in der die Erfahrung der Arbeitslosigkeit im "Rohzustand, in ihrer gleichsam metaphysischen Wahrheit der Erfahrung von Verlassenheit zum Ausdruck" (143) kommt, läßt Bourdieu in seiner eigenen Untersuchung Alltagsmenschen 60 Geschichten "von unten" erzählen. Dieses "schonungslose Röntgenbild der französischen Gesellschaft" ist ein Bild sozialer Desintegration und von Massenarbeitslosigkeit, vom Rückzug des Staates aus der Verantwortung für das Gemeinwohl und der Dominanz des Ökonomismus über die Politik. Zugleich ist es der Versuch, die politische Sprache wiederzugewinnen und das Sprachmonopol der politischen Eliten zu durchbrechen, die mit ihrem Einheitsdenken den politischen Diskurs lange Zeit konfiszierten.

Um den Rückgewinn von politischen Räumen geht es auch bei den "Praktischen Interventionen" Bourdieus. Den regen intellektuellen Diskussionen in Frankreich ist es zu verdanken, daß die Debatte über den Fortgang der europäischen Integration und das damit verbundene europäische Gesellschaftsmodell sich nicht im Sinn oder Unsinn von Konvergenzkriterien und Budgetrestriktionen erschöpft, sondern die tieferliegenden Konfliktlinien aufdeckt. Hier geht es um "einen neuen Glauben an die historische Unvermeidlichkeit", um den Verlust der Autonomie der Politik gegenüber der Ökonomie und um eine technokratische Politikverwaltung, die jeden Sinn von

Gesellschaftlichkeit verloren hat. Die in Frankreich immer wieder aufflammenden sozialen Bewegungen wenden sich gegen die falsche Alternative "Liberalismus oder Barbarei" und zerren die undiskutierten Ziele der neoliberalen Enzykliken an das Licht der Öffentlichkeit - und endlich in den Mittelpunkt einer öffentlichen Auseinandersetzung.

"Wieder Frühling in Paris" war es, als SchülerInnen und StudentInnen 1994 erfolgreich gegen das sog. "SMIC-jeune", den abgesenkten Einstiegslohn für Jugendliche demonstrierten. Bourdieu solidarierte sich mit ihrem Kampf ebenso wie mit den ArbeiterInnen und Angestellten in den großen Streiks 1995. In seiner kurzen Ansprache im Gare de Lyon in Paris ("Brecht die Vorherrschaft der Technokraten") verteidigt der französische Soziologe den Kampf der Bediensteten des öffentlichen Dienstes gegen all diejenigen, die in der Verteidigung ihrer sozialen Errungenschaften nur regressive, konservative Elemente sehen wollen. Die Verteidigung des öffentlichen Dienstes und des Sozialversicherungssystems, so Bourdieu, ist der legitime Kampf um solidarische Institutionen, die sukzessive der ökonomischen Orthodoxie geopfert werden sollen. In seiner Polemik gegen den Bundesbankpräsidenten ("Warnung vor dem Modell Tietmeyer"), einem "Hohepriester der DM" und des europäischen Monetarismus, denunziert Bourdieu den Neoliberalismus als eine unhinterfragte Doktrin, die jedes zivilgesellschaftliche Projekt hintertreibt.

Die ökonomische Fassade, die der Bevölkerung Allgemeinwohl und Marktzwänge vorgaukeln will, kann nur durch kompetente politische Interventionen als rationaler Ausdruck der Interessen der Herrschenden entlarvt werden.

Die Intellektuellen könnten zu den entscheidenden Trägern der "Politik der Moral in der Politik werden", an deren Ende die Unterstützung und Herausbildung von Institutionen steht, die moralisches Handeln der Akteure zumindest fördern. In den letzten Monaten stellte die französische Intelligenz unter Beweis, daß sie noch kraftvoll zubeißen kann und sich trefflich streitet. Anders als die "neuen Philosophen" wie Bernard-Henry Lévy, deren ganzes Schaffen auf "mediengerechten Exhibitionismus" schießt, kann der Intellektuelle, so Bourdieu, nur wirksam werden, wenn er auf der Grundlage wirklicher Kompetenz interveniert. Um gleichzeitig ihre Autonomie von Geldgebern, politischen Organisationen und vor allem Medien zu wahren, müssen sich die Intellektuellen ohne inhaltliche Vorgaben zu einer "Internationalen der Intellektuellen" vernetzen.

Indem Bourdieu in beiden Bänden zu Politik und Kultur von der Alltagskultur über die Schule und die Sprache bis zur Rolle der Intellektuellen und der politischen Eliten verschiedene gesellschaftliche Bereiche streift, geben die Artikel auch einen guten Überblick über die Konflikte und Kämpfe in der französischen Gesellschaft und ihre intellektuelle Verarbeitung. Auffällig ist schließlich, daß die Interven-

tionen von Intellektuellen die gängigen Politikfelder der letzten Jahre wie Bildung und Antirassismus überschreiten und zunehmend einen angeblich "töten Hund" aufgreifen: die soziale Frage. Hoffentlich erfährt der Titel "Der Tote packt den Lebenden" auch in dieser Form noch seine empirische Bestätigung.

Jochen Steinhilber

## Global Governance?

Dirk Messner, Franz Nuscheler: *Weltkonferenzen und Weltberichte, Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1996, 294 S., DM 24,80.

"Die Weltkonferenzen ließen bei den global players die wachsende Einsicht erkennen, dass die globalen Herausforderungen, mit denen die Weltgesellschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert konfrontiert ist, nur durch internationale Kooperation bewältigt werden können" (166). Diese Behauptung der Herausgeber Messner und Nuscheler wird durch die Texte des von ihnen herausgegebenen Sammelbandes nicht abgedeckt. Einmal waren die im Globalisierungsdiskurs gemeinhin im Mittelpunkt stehenden "global players", nämlich die internationalen Konzerne, auf den behandelten Weltkonferenzen bekanntlich nicht vertreten. Dementsprechend werden sie in den Beiträgen des Bandes auch nicht behandelt. Zum anderen zeigen die überwiegend auf mittlerem Zeitungsartikelniveau



abgefaßten Darstellungen von sechs Weltkonferenzen im Gegenteil, daß von einer Tendenz zu internationaler Kooperation im Sinne der Autoren nicht die Rede sein kann.

Die Autoren und Herausgeber plädieren in dem Buch für "Global Governance", d.h. für eine auf Konsens und "aufgeklärtes Eigeninteresse" der Nationalstaaten basierende "Weltordnungspolitik" (17). Angesichts der Globalisierung von Problemlagen versage die Steuerungskompetenz des Nationalstaates zunehmend, so daß diese ihre Souveränität mit lokalen, regionalen und supranationalen Organisationen teilen müßten. Zudem beinhalte "Global Governance" daß immer mehr Bereiche durch internationale Abkommen "verrechtlicht" würden.

Leider wird nicht ganz deutlich, ob die Autoren eine solche Entwicklung nur für politisch wünschenswert und notwendig halten (was sicher richtig ist), oder ob sie sie bereits als reale Entwicklungstendenz entdecken. So stellen die beiden Herausgeber am Ende ihres konzeptionellen Einleitungsartikels ("Global Governance") zwar fest, "daß der Global Governance-Zug nicht nur wenig Schubkraft besitzt, sondern in die falsche Richtung fährt" (31), meinen aber trotzdem, daß die Einsicht in die Notwendigkeit von Global Governance gewachsen sei (siehe oben). Warum der Zug in die falsche Richtung fährt bleibt ebenfalls unklar - denn es werden in dem Band an keiner Stelle jene sozialen Kräfte behandelt, die diese Ent-

wicklung - positiv wie negativ - beeinflussen. Es wird unterstellt, daß Global Governance die quasi logische Konsequenz der Globalisierung auf politischer Ebene sei - was offensichtlich jeder historischen Erfahrung widerspricht. Denn die 'logische' Konsequenz in einer durch Machtungleichgewichte gekennzeichneten und zunehmend interdependenten Welt ist nicht Konsens und Kooperation sondern Dominanz. Und das eigentlich Neue in der Welt (seit 1990) ist weder die Tendenz noch der derzeit erreichte Stand der Globalisierung, sondern die Renaissance einer multipolaren, durch Ungleichgewichte gekennzeichneten Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Mag "der" Nationalstaat auch an Regelungskompetenz eingebüßt haben, bestimmte Nationalstaaten, an ihrer Spitze die USA, haben dies keinesfalls. Die 'logische' Antwort auf die Globalisierung nach dem Ende der System-Auseinandersetzung scheint mehr imperialistische Dominanz als Konsens zu sein. Die Tatsache, daß die Durchsetzung der Interessen der dominierenden Mächte durch bestehende Interdependenzen begrenzt wird (Umweltbelastungen, Armutsmigration usw.) ändert nichts an der Tatsache, daß die vielzitierten Nationalstaaten ihre jeweiligen Interessen mit sehr unterschiedlichem Gewicht geltend machen können und machen.

Dies wird immerhin in einem Beitrag über sicherheitspolitische Leitbilder thematisiert: In den USA wird Sicherheitspolitik vielfach als erweiterte Durchsetzung von Groß-

machtinteressen verstanden. In einer globalisierten Welt interessiert sich die dominierende Macht eben auch für innenpolitische Entwicklungen anderer Nationalstaaten - deren Souveränität und Regelungskompetenz dann in der Tat eingeschränkt wird durch den Druck und die Interventionen stärkerer Nationalstaaten.

Das Problem der Dominanz in den internationalen Beziehungen nicht oder nur am Rande thematisiert zu haben, ist die wichtigste konzeptionelle Schwäche des Sammelbandes. Zwar wird bei allen sechs beschriebenen Konferenzen deutlich, daß sich jeweils hegemoniale Interessen durchgesetzt haben, daß die beschlossenen Aktionsprogramme (selbst in ihrer oft vagen Form) deshalb weitgehend Absichtserklärungen bleiben mußten. Sicherlich kann sich "Hegemonie nicht Kooperationszwängen entziehen", wie die Herausgeber unterstreichen (168) - Kooperation ist jedoch durchaus mit Abhängigkeit und Dominanz vereinbar. Auch innerhalb von hegemonialen Beziehungen wird kooperiert, muß der Hegemon bestimmte Rücksichten nehmen und Grenzen beachten. "Globale Interdependenzen begründen einen Imperativ zur internationalen Kooperation und stellen die Vernunft und Ethik einer einseitig nationalstaatlichen Macht- und Interessenpolitik zur Mehrung eigener Vorteile in Frage", behaupten die Herausgeber (21). Bislang belegen der Verlauf und vor allem die Folge der Weltkonferenzen das Gegenteil.

Die historische Antwort auf die Globalisierung vor dem Beginn der Systemkonkurrenz war der Imperialismus. Auch wenn einzuräumen ist, daß die im Weltgeschehen dominierenden Nationalstaaten ihre Interessen nur im Rahmen der bestehenden Interdependenzen realisieren können, ändert das nichts an der Tatsache, daß die internationalen Beziehungen durch massive Ungleichgewichte gekennzeichnet bleiben. Angesichts der rücksichtslosen Instrumentalisierung der UN durch die USA (die es trotzdem nicht für notwendig halten, ihre Schulden zu bezahlen) sollte man es zumindest verstehen können, daß "gerade die armen und kleinen Entwicklungsländer ... zum Selbstschutz die juristische Fiktion der Souveränität (hochhalten)" (168).

Die Nichtbehandlung des im Globalisierungsprozess von heute zentralen Dominanzproblems dürfte vor allem der Lieblosigkeit und Zufälligkeit geschuldet sein, mit der der Band und auch manche Beiträge zusammengeschustert wurden. Der erste Teil diskutiert unter der Überschrift "neue Leitbilder der internationalen Politik" quer durch den Garten den Begriff der Global Governance, die Weltbank-Programmatik, die entwicklungspolitische Kontroverse zwischen Weltbank und Lateinamerikanischer Wirtschaftskommission (CEPAL), die Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern, Sustainable Development, Sicherheitspolitik und Menschenrechte. Obwohl der Bezug zum Thema des Bandes nicht ganz klar ist, lohnen vor allem die informativen Beiträge



von Siebold und Messner über die Veränderungen und Kontinuitäten der Weltbankprogrammatisierung und über die Position der CEPAL.

Im zweiten Teil werden sechs Weltkonferenzen des Zeitraums 1990 bis 1996 (Weltkindergipfel, Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung, Weltbevölkerungskonferenz, Weltsozialgipfel, Weltfrauenkonferenz, Städtegipfel) kurz und oberflächlich abgehandelt. Dem Zeitungsleser bieten diese Beiträge nichts Neues.

Der dritte Teil enthält Kurzdarstellungen von 48 Weltberichten (von Amnesty International bis zum Worldwatch Institut), die kaum mehr als bibliographische Angaben enthalten.

Der Band ist vor allem für jene eine Enttäuschung, für die die Namen Messner und Nuscheler und das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), aus dem die Autoren ausnahmslos stammen, Qualitätssiegel sind. Auch wenn die Arbeitsbelastung groß und die Zeit knapp ist, sollte man doch versuchen, solche Ausrutscher wie das besprochene Buch zu vermeiden.

Jörg Goldberg

### Nation als historisches Phänomen

Maziar Jafroodi, *Nation und Vernunft. Zur Entstehung des Nationalbewußtseins*, Verlag für die Gesellschaft, Hannover 1996, 105 S., DM 19,90.

"Entstehung und Funktion von Nation und Nationalismus" - dieser

Titel der in Marburg entstandenen Diplomarbeit umreißt deren Inhalt weit präziser als die für die Veröffentlichung gewählte Überschrift. Gegenstand der Darlegungen sind nämlich neben der Herausbildung von Nationen gleichermaßen und der Seitenzahl nach weit mehr deren Geschichte in den letzten zwei Jahrhunderten sowie ihre vermutliche Perspektive. Historiker mag verwundern, wie man die Weite dieses thematischen Feldes auf 100 Druckseiten ausschreiten kann. Die handwerklich-methodischen Mittel, die bei der Entstehung dieser Arbeit zum Einsatz kamen, stammen denn auch aus der Werkzeugkammer der Politikwissenschaft, die auf historisch-empirische Nachzeichnung verzichtet und sich dafür ihrem Gegenstand systematisch großflächig zu nähern sucht.

Die Ergebnisse und Ansichten, die der Autor vorstellt, sind beachtenswert, fordern teils aber auch zum Widerspruch heraus. In Übereinstimmung mit und gestützt auf Autoren wie Ernest Gellner, Eric Hobsbawm und andere begreift der Verfasser die Nation als ein historisches Phänomen, dessen Entstehung mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft verbunden ist. "Die sozio-ökonomischen Grundlagen der nationalen Integration wurzeln in der industriellen Revolution" (31). Wenn auch eingeschränkt, weil nur auf die industrielle Revolution bezogen, wird damit die Nation als Begleiterscheinung der Entwicklung des Kapitalismus erklärt. Dieser Denkanatz wird freilich schon wenige Seiten später wieder preisgegeben,

indem nun die Nation als "ein Produkt des modernen Verwaltungsstaates" (40) definiert wird. Nicht die Nation habe den Nationalstaat hervorgebracht, sondern umgekehrt der Nationalstaat die Nation. Die Entstehungsgeschichte "der meisten Nationen" zeige, daß nicht eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame ethnische Zugehörigkeit und Geschichte die Nation hervorbrachten, sondern eben der Staat.

Das Denkmuster, Nationen und Nationales wie hier ausschließlich oder wie bei Hobsbawm und vielen anderen namhaften Historikern vorwiegend über den Staat zu definieren, ist geprägt von der Geschichte der Nationsentstehung in Westeuropa, besonders in Frankreich, wo tatsächlich der Staat zunächst in Gestalt der absoluten Monarchie und vor allem dann in der bürgerlichen Revolution von 1789 sowie dem napoleonischen Kaiserreich entscheidenden Anteil an der Bildung der Nation und der massenhaften Entstehung und Verbreitung von französischem Nationalbewußtsein hatte. In Mittel-, Süd-, Südost- und teilweise in Osteuropa dagegen dominiert ein anderer Typus der Nations- und Nationalstaatsbildung. Hier schufen sich Nationalbewegungen gegen bestehende Staaten und diese überwindend erst die ihnen gemäßen Nationalstaaten. Da sich Nationalbewegungen nicht an bestehenden Staatsformen orientieren konnten, spielte die ethnische Komponente des Nationalen hier eine besondere Rolle. Gegen eine Hypostasierung des Staates gegenüber der Nation spricht ferner die Tatsache, daß die

Definition der Nationszugehörigkeit über die Staatszugehörigkeit eines der verbreitetsten und übelsten Mittel der Unterdrückung von nationalen Minderheiten war und ist. Sowohl historische als auch aktuelle Gründe sprechen also gegen eine Verabsolutierung oder Überbewertung der Rolle des Staates gegenüber der Nation.

Aber vielleicht meinte der Autor seine diesbezüglichen Ausführungen gar nicht so ernst? Immerhin referiert er gleich anschließend an die zitierten Passagen, ohne sich zu distanzieren, Theodor Schieders Konzept der europäischen Nationalstaatsbildung, das dem mitteleuropäischen Verlauf dieses Prozesses einen eigenständigen und gleichwertigen Rang neben dem westeuropäischen Modell zuerkennt. Indes offenbart sich hier nicht etwa ein rascher Gesinnungswechsel. Vielmehr legt dieses Beispiel eine Schwäche der Arbeit offen, die darin besteht, daß viele Autoren referiert und auch ausführlich zitiert werden, ohne hinreichend kritisch hinterfragt und in das Konzept des Autors integriert zu werden.

Ein einschränkungslos zu akzeptierendes Anliegen der Arbeit besteht in der Untermauerung der These von der Historizität der Nation. Ihre Geburtsumstände im Transformationsprozeß von der feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft lassen sie zunächst in einem progressiven Zusammenhang erscheinen. Nationale Identifikation habe zuerst noch keinen nationalistischen Charakter gehabt (39). Zustimmung, aber freilich ganz bei-



läufig erwähnt der Autor auch, daß die kommunistischen Parteien Europas sich im antifaschistischen Kampf bemühten, nationale Gefühle zu mobilisieren (73). Im Vordergrund seiner Aufmerksamkeit steht, "daß der nationale Gedanke zum Ungeheuer geworden ist" (10). Angesichts der Vielzahl von Verbrechen und Greueltaten, die in Vergangenheit und Gegenwart unter nationalistischer Flagge begangen wurden und werden, mag eine solche Optik verständlich erscheinen. Gleichwohl wird sie der komplexen historischen Realität des 20. Jh. nicht gerecht, zu der eben auch die progressive Rolle nationaler Befreiungsbewegungen gegen imperialistische Unterdrückung gehört - und wer kann wissen, daß das kommende Jahrhundert gegen ähnliche antiimperialistische nationale Befreiungsbewegungen gefeit ist?

Historizität der Nation, das ist, wie der Verfasser deutlich macht, heute vor allem ihr Bedeutungswandel und teilweiser Funktionsverlust. Die Bedürfnisse ökonomischer Entwicklungen drängen seit langem und immer zwingender zur Überwindung nationalstaatlicher Begrenzungen und zur Schaffung übernationaler wirtschaftlicher und staatlicher Strukturen. Der Autor konstatiert einen wachsenden Trend zum Autonomieverlust der Nationalstaaten, meint aber gleichzeitig, daß deren Überwindung "ein allmählicher langfristiger Erosionsprozeß sein (wird) und nicht von heute auf morgen stattfinden kann" (95).

Angesichts der gelegentlich anzutreffenden Auffassung, die Sowjetunion sei wegen der Widersprüche zwischen ihren Nationen und Nationalitäten gescheitert, verdient die Auffassung des Verfassers Erwähnung, daß der Nationalismus nur die Erscheinungsform, nicht aber die Haupttriebkraft dieser Entwicklung gewesen sei. Nicht am Nationalismus und nicht wegen zweifellos gemachter Fehler in der Nationalitätenpolitik ist die Sowjetunion gescheitert, sondern an unzureichender wirtschaftlicher Effizienz und verlorener Lernfähigkeit, zuletzt auch an abhanden gekommener Lernwilligkeit des verkrusteten und erstarrten politischen Systems. Nur weil drängende soziale Fragen nicht gelöst wurden, konnte Nationales bzw. Nationalismus zum Vehikel der Restauration werden.

Verwiesen sei schließlich auf eine Textstelle, mit der der Autor sich zu einem derzeit auch unter Linken nicht mehr allgemein verbreiteten Geschichtsoptimismus bekennt. Die größte Herausforderung unserer Zeit sei der "Aufbau eines neuen Internationalismus", um der Internationalisierung des Kapitals begegnen zu können. Das alte Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung, die Erlangung der nationalstaatlichen Macht, sei obsolet. Und: "Wie so oft in der Geschichte werden neue Herausforderungen auch neue Alternativen hervorbringen" (94).

Helmut Bleiber

## Stadtarchäologie in Chicago

Marco d'Eramo, *Das Schwein und der Wolkenkratzer. Chicago, eine Geschichte unserer Zukunft*, Antje Kunstmann Verlag, München 1996, 453 S., DM 45,-.

Der Stadtsoziologe Mike Davis hat in seinem Buch "City of Quartz" den Begriff "Stadtarchäologie" geprägt. Dieser erste Versuch einer Stadtarchäologie von unten, der in der 1994 erschienenen deutschen Übersetzung den Untertitel "Ausgrabungen der Zukunft in LA" hatte, wurde damals viel beachtet.

All denen, die das Buch gelesen haben (und natürlich auch allen anderen) und fasziniert waren vom soziologisch-historischen Ausgrabungsspaziergang durch Los Angeles, sei das kürzlich unter dem Titel "Das Schwein und der Wolkenkratzer" erschienene Buch empfohlen. Mit einer ähnlichen Methode wie Davis macht sich der italienische Soziologe und Journalist Marco d'Eramo daran, die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Chicagos zu erkunden.

Den Auftakt bildet ein Themenkomplex, in dessen Zusammenhang vielleicht viele das erste Mal etwas über Chicago gelesen haben: Schweine und Rinder bzw. ihre Verarbeitung. Schon 1906 war Fleisch und die Verarbeitung von Tieren der wichtigste Industriezweig in Chicago, das Fließband von Henry Ford wurde den Tötungs- und Verarbeitungslinien der Schlachthöfe nachgeahmt.

Heute rühmt sich der Multi McDonalds (der auch aus Chicago

stammt), in der ganzen Welt völlig identische Hamburger zu verkaufen. Der Handel mit Tieren, landwirtschaftlichen Produkten und die daran gekoppelte Entwicklung der für Verwertung und Transport notwendigen technischen Infrastruktur haben Chicago groß gemacht und geformt. Das zeigt sich an der dortigen Börse und manifestiert sich in die Macht der Industriebarone demonstrierenden Wolkenkratzern. Das Buch erzählt aber auch von der University of Chicago, wo die Wiege des Neoliberalismus der sogenannten Chicagoboyes stand, von Al Capone, der ebenfalls in Chicago zuhause war oder von der klirrenden Kälte, die Chicago jeden Winter heimsucht.

Der Kapitalismus, das Wirtschaftssystem, das in den Vereinigten Staaten von Amerika fast schon Religion geworden ist, produziert auch Verelendung. Auch der Mythos "melting pot" versagt in Chicago, wo heute fast 50 Prozent der Bevölkerung schwarz und farbig sind, in ihren communities ihre eigene Kultur pflegen und gelernt haben, sich zur eigenen Sicherheit selbst zu organisieren, was z.B. in die Gründung der Black Panther Party mündete (auch in Chicago). "In alten Zeiten hieß es, alle Wege führen nach Rom, in der modernen Zeit fahren alle Züge nach Chicago", schrieb ein Journalist 1884. Dies traf nicht nur auf die Fleischtransporte, sondern auch auf die Millionen von EinwanderInnen aus mehr als 25 Nationen zu, die um die Jahrhundertwende in Chicago ein- und aufeinander trafen. 1910 waren mehr als zwei Drittel der



Bevölkerung MigrantInnen der ersten oder zweiten Generation. D'Eramo betrachtet diese Migrationswelle vor allem auf dem Hintergrund der damaligen Arbeitskämpfe. Es war kein Geheimnis, daß MigrantInnen von Arbeitgebern immer wieder als StreikbrecherInnen benutzt werden. Und auch Antisemitismus gab es: 1908 mußten Jüdinnen und Juden als Sündenböcke herhalten, als es darum ging, Verantwortliche für die Hälfte der begangenen Verbrechen zu suchen. Doch auch nichtjüdische Menschen wurden von Arbeitgebern und dem Staat - besonders im Zusammenhang mit riots während der Arbeitskämpfe - rassistisch stigmatisiert. Sacco und Vanzetti z.B., oder die Anarchisten, von denen der überwiegende Teil nicht in Nord-Amerika geboren worden war, die als mutmaßliche Haymarket-Attentäter hingerichtet wurden; sie alle finden Eingang in D'Eramos Studie, wie überhaupt die Geschichte der Arbeiterbewegung Chicagos.

Das Buch liefert ein einzigartiges Panorama des Kapitals als gesellschaftliches Verhältnis. Des Kapitals als der Grund, der eine große Anzahl von Menschen und Material in kurzer Zeit von einem Ort zum anderen bewegt, der die Arbeiterklasse zusammensetzt und umwälzt, der aus dem Nichts eine blühende Stadt entstehen läßt (Chicago ist nur 130 Jahre alt), Industrieareale errichtet und sie nach zwei Generationen wieder verschrottet. D'Eramo zeigt auch auf, wie Schweinefleisch und Rassismus, wie Börse und Holzproduktion, wie die

politische Ökonomie der Entfernung mit der Herausbildung von Konsumnormen und Mentalitäten zusammenhängt, wie Gewalt und Ökonomie, wie die zwei Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse Kapital und Rassismus ineinander verschränkt sind. Mit der Analyse des Patriarchats hapert es leider etwas. D'Eramo analysiert, und das ist besonders hervorzuheben, wie gesellschaftliche Verhältnisse zur Natur mit gesellschaftlicher Organisation und Herrschaft zusammenhängen und sich wechselseitig beeinflussen. Nur ein Beispiel für die Schaffung von Wirklichkeit, die die herrschaftsförmige und kapitalistische Zuordnung von Natur zustandebringt: Das Warentermingeschäft mit Nutzpflanzen (wie Weizen) und Tieren (wie Rindern) verlangt eine Einheitlichkeit dieser Produkte. Sie müssen zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft schon heute nennbare Eigenschaften haben. Also werden sie bewertet, vermessen und in Kategorien eingeteilt. Aus Tieren und Lebensmitteln werden Waren - und nur die der Warenförmigkeit entsprechenden Tiere und Pflanzenprodukte werden gehandelt. Am Schluß dieses Prozesses steht der Umstand, daß es andere als die neu geschaffenen Getreidesorten oder Rinderarten kaum noch gibt; die Verordnung also die ihr entsprechenden Tatsachen erst produziert.

Das Buch liefert am Beispiels Chicago nahezu eine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der USA, es ist sehr anschaulich geschrieben, noch

dazu unterhaltsam und es macht viel Spaß, es zu lesen.

Bernd Hüttner

## Unbewältigte Vergangenheit

Rainer Butenschön/Eckart Spoo (Hg.), *Wozu muß einer der Bluthund sein? Der Mehrheitssozialdemokrat Gustav Noske und der deutsche Militarismus des 20. Jahrhunderts*, Distel Verlag, Heilbronn 1997, 96 S., DM 18,-.

Am 30.11.96 fand in Hannover eine Konferenz mit der ungewöhnlichen Fragestellung "Wozu muß einer der Bluthund sein?" statt. Vordergründiger Anlaß war der 50. Todestag jenes Mannes, auf den diese Metapher des "Bluthundes" zurückgeht: Gustav Noske. Der SPD-Politiker und Volksbeauftragte hatte nach eigenem Bekunden - als ihm am 6. Januar 1919 der Oberbefehl über die Reste des regulären Militärs und der Freikorps für die "Wiederherstellung geordneter Verhältnisse" angetragen wurde - gesagt: "Meinetwegen. Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht."

Hier nun sind die Referate jener Tagung publiziert. Der einleitende Beitrag der Herausgeber und Initiatoren dieses "Nachdenkens über Noske" greift die Quintessenz einer Arbeit des Publizisten Sebastian Haffner über die Novemberrevolution auf (ders., *Der Verrat*. 1918/19 - als Deutschland wurde, wie es ist, Berlin 1993; Erstveröffentl. 1969): "Deutschland krankt an der verratenen Revolution von 1918 noch heute." Rainer Butenschön und

Eckart Spoo ("Bürgerinitiative für Sozialismus"; vgl. Z 30, Juni 1997, S. 214ff.) untersuchen diesen Befund im konkret-historischen Kontext, vor dem Hintergrund des kaiserlich-deutschen "Griffs nach der Weltmacht" und den damit einhergehenden scharfen Auseinandersetzungen in der SPD über ihr Verhältnis zum "wehrhaften Vaterland" (so Noske schon 1907) bzw. zum "deutschen Imperialismus und Militarismus" (so u.a. Liebknecht, Luxemburg, Zetkin). Sie zeichnen eine Entwicklung nach, die die Parteikontrahenten über ihre Auseinandersetzung um Krieg und Frieden, um revolutionären Bruch mit den Mächten, die das "Zeitalter der Massaker" (Hobsbawm) beginnen ließen, oder weitgehende Kontinuität "der Ordnung" auf verschiedenen Seiten der Barrikaden führte. Ungeschminkt werden die "Geburtsfehler" der Republik, die fatalen - z.T. bis heute wirkenden - Folgen des anti-revolutionären Zusammenwirkens der damaligen SPD-Führung mit jenen antidemokratischen und militaristischen Kräften aufgezeigt, die 14 Jahre später auch vor ihr selbst nicht Halt machten und erneut einen Weltkrieg entfesselten. Damit ist der Beitrag von Butenschön und Spoo weit mehr als eine "Einleitung", er liefert vielmehr für die folgenden Beiträge einen Background, so auch Defizite ausgleichend, die bei den folgenden komprimierten Referaten bzw. Thesen wohl kaum zu vermeiden waren.

Den Einführungsvortrag in Hannover hielt Wolfram Wette, dessen 1200seitige Noske-Biographie 1987



beinahe dem Zensurversuch des "Wörner-Beirats" des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes zum Opfer gefallen wäre. Sein Beitrag ist eine Zusammenfassung dieser Arbeit (ders., Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987) mit dem Titel "Noske-Ära: Die vertane Chance, mit dem preußisch-deutschen Militarismus zu brechen". Anstatt das "Volkswehrgesetz" vom 12.12.18 umzusetzen und mit der geforderten "Zertrümmerung des Militarismus" zu beginnen, habe Noske "die Versuche, die Revolution weiterzutreiben, durch seine Freikorps zusammenschießen" lassen (34). Seiner "Politik der 'eisernen Faust'" seien allein im ersten halben Jahr so viele Menschen zum Opfer gefallen wie bei "innere(n) Konflikten in Deutschland seit dem 30jährigen Krieg nicht mehr" (32). Auf Gründe und Motive für Noskes "Bedenkenlosigkeit" beim innenpolitischen Einsatz militärischer Gewalt eingehend, verweist Wette zwar darauf, daß es - entgegen der Selbsteinschätzung Noskes, seine "eigentliche historische Leistung" sei die "Abwehr des Bolschewismus" gewesen - diese "bolschewistische Gefahr" ... als einen machtpolitisch ernst zu nehmenden Faktor in Wirklichkeit nicht gegeben habe. Hier aber hätte man sich von Wette, als dem profundesten Kenner der Person Noskes, mehr Aufhellung erwartet als pauschale Verweise auf dessen "objektiv unbegründete" Furcht, seine "anders geartete Wahrnehmung" und sein "Feindbild" (31f.).

Klaus Gietinger, Autor der akribischen Untersuchung "Eine Leiche im Landwehrkanal - Die Ermordung der Rosa Luxemburg" (vgl. Z 17, März 1994, S. 185f.), widmete sich dem Thema "Terror als Mittel - zu welchem Zweck?". Die schon von Wette konstatierte Unverhältnismäßigkeit der (militärischen) Mittel (33), die er auch im einzelnen belegt, ist für ihn schlichtweg staatlicher Terror. Noskes Agieren sei die Konsequenz der undemokratischen Politik der "SPD-Führungsoligarchie" seit November 1918 gewesen. Es gipfelte in einem "völkerrechtswidrigen" Schießbefehl, der auch die Gefangenentötung legitimierte ("ein Meilenstein der Einführung des Terrors in die deutsche Politik"; 45). Daß Noske auch hier im Einklang mit dem übrigen Führungspersonal seiner Partei gewesen sei, belege u.a. das Protokoll der Nationalversammlung, das "stürmischen Beifall" auch bei der Mehrheitssozialdemokratie vermerkt habe, als Noske dort diesen Befehl verteidigte. Zusammenfassend kommt Gietinger zu dem Fazit, die damalige SPD-Führung sei verantwortlich für die Etablierung einer politischen Kultur gewesen, "die es selbst im Wilhelminischen Reich nicht gegeben hatte; einer Bürgerkriegskultur, die höchst demoralisierend auf die gesamte Arbeiterbewegung wirkte, deren Spaltung zementierte und dem deutschen Faschismus die Tür öffnete" (52).

Eher thesen- und holzschnittartig zeichnet Giesinger, gestützt auf sozialpsychologische Anhaltspunkte und psychoanalytische Arbeiten,

das Bild eines "soldatischen Mann(es), der selbst nie Soldat gewesen ist", der von Angst vor und Haß auf die selbständig handelnde, für ihn "Chaos" symbolisierende, "Masse" geprägt gewesen sei (46f.). Ohne eine solche oft vernachlässigte Analyse der Prädisposition eines "politischen Täters" geringschätzen zu wollen, muß aber doch auch die konkrete Entwicklung seiner politischen Positionen nachgezeichnet werden: in diesem Fall des "Emporkömmlings" (Luxemburg), der schon in seiner Jungferrede im Reichstag 1907 dem Odium des "vaterlandslosen Gesellen" mit einer prononciert "patriotischen" Rede begegnete ("Wir wünschen, daß Deutschland möglichst wehrhaft ist"), des späteren Kolonial-, Budget- und Militärpolitikers, der - wie die meisten "Konvertiten" - seine Loyalität immer wieder vauseilend und 150prozentig (bis hier am Ende zum Äußersten) beweist.

Michael Buckmillers "Nachdenken über Funktion und Rollenverständnis eines 'Bluthundes'" ist in dieser Frage ähnlich unbefriedigend, auch wenn er einräumt, daß "jede bloß subjektive Motivforschung (...) hilflos und abgestanden (wirkt)" (58). Bezüglich der Konsequenzen der Noske-Ära für die SPD-Politik in der Weimarer Republik kommt er zu dem Schluß, die Partei habe "sich durch Noske jede Möglichkeit eines Bündnisses nach links ... zer Schlagt" (64; Hervorh. durch den Rez.).

In weiteren Beiträgen werden Noskes 13jährige Amtszeit als Oberpräsident der preußischen

Provinz Hannover (bis Mitte Mai 1933!), insbesondere seine Haltung zu den dort agierenden "radikalen Gruppen", skizziert (Wolfgang Wippermann) und die Bewertung Noskes und der SPD-Politik in der Novemberrevolution durch die verschiedenen Strömungen des sozialdemokratischen Exils nach 1933 wiedergegeben (Johannes Klotz).

In einem abschließenden Beitrag geht Karl-Heinz Hansen der Frage "Ein Stück Geschichte - erledigt?" nach. Hansen, bis zu seinem Parteiausschluß 1983 für die SPD im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, war laut Information der Herausgeber auf der Tagung spontan für den erkrankten Peter von Oertzen eingesprungen. Mit dem Bedauern eines "Enttäuschten" konstatiert er, die SPD habe nach dem 2. Weltkrieg die Chance vertan, "den Feind dort zu erkennen, wo er in Deutschland immer noch steht, nämlich rechts...". Zwar habe es "eine historische Sekunde" lang so ausgesehen, als sei die SPD zu einer "konsequent antimilitaristischen Partei mutiert", doch spätestens seit 1960 sei ihre gesamte Politik dem Erwerb der "Regierungsfähigkeit" untergeordnet worden, die dann auch zur Großen Koalition unter dem Altnazi Kiesinger führte und zur Mitverabschiedung der Notstandsgesetze 1968. Drei der zustimmenden SPD-Bundestagsabgeordneten wurden später Verteidigungsminister, ohne sich dort von ihren christdemokratischen Vorgängern und Nachfolgern wesentlich zu unterscheiden (Schmidt, Leber, Apel). "Bis heute", so resü-



miert Hansen mit Blick auf die ersten "Out-of-area"-Einsätze der Bundeswehr, "sind wir Zeugen des nicht unaufhaltbaren, aber voraussehbaren Versagens der SPD, mit dem deutschen Militarismus in Uniform und Zivil zu Rande zu kommen." (93)

Alles in allem eine eindrucksvolle Publikation, der zu wünschen ist, daß sie zeitgeschichtlich und besonders an der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Interessierte zu weiterer Diskussion anregt, wie die Herausgeber hoffen. Ihre an gleicher Stelle geäußerte Abwehr "parteipolitischer Polemik" ist achtenswert, doch Konferenz und Buch werfen doch einige Fragen auf. Sie selbst konstatieren, daß über Noske "in der SPD gewöhnlich geschwiegen wird" und weisen darauf hin, daß es "nicht selbstverständlich" war, daß sich die Jungsozialisten in der SPD und die Friedrich-Ebert-Stiftung als Mitveranstalter der Tagung "auf das Thema einließen". Das Fehlen eines Referats oder Beitrags aus den Reihen der Mitveranstalter spricht nicht eben für ein "Sich-einlassen". Zumindest eine Zusammenfassung der Diskussionen hätte längst überfällige und höchst interessante Hinweise darauf geben können, wie z.B. die Parteijugend und die WissenschaftlerInnen der parteinahen Stiftung 60 Jahre nach den verhängnisvollen Vorgängen die Politik ihrer "Alt Vorderen" beurteilen. Schweigen spricht nicht gerade für Aufarbeitung und Bewältigung. Umso beredter aber ist die Mutterpartei, wenn es darum geht, anderen, linken politischen Kräften

"Beweise für eine glaubhafte Erneuerung" abzuverlangen.

Klaus D. Fischer

### **David B. Rjazanov - kritischer Intellektueller, Verteidiger der Menschenrechte, Opfer Stalins**

*David Borisovic Rjazanov und die erste MEGA. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderband 1. Argument-Verlag, Berlin/Hamburg 1997, 278 S., DM 27,-.*

David Rjazanov, 1870 in Odessa geboren, war schon als Siebzehnjähriger an der revolutionären Bewegung in Rußland beteiligt, mit 19 Jahren ging er ins Ausland, um die westeuropäische Linke kennenzulernen. Unter anderem nahm er am Gründungskongreß der 2. Internationale in Paris teil. Nach Rußland zurückgekehrt, wurde er 1891 zum ersten Mal verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, an die sich lange Jahre der Verbannung anschlossen. Um die Jahrhundertwende verließ er das Land erneut, lebte in Paris und Berlin und schrieb für russische und deutsche sozialdemokratische Organe. Schon zu dieser Zeit kritisierte er Lenins Auffassung von revolutionärer Taktik, hier vor allem die spezifische Organisationsform der Partei, die unter dem Signum des "demokratischen Zentralismus" Geschichte machen sollte. Vom 2. Parteitag der russischen Sozialdemokratie (SDAPR) blieb er (als kritischer Kopf?) ausgeschlossen, so daß er sich zwischen den beiden

großen Fraktionen - den Menschewiki oder den Bolschewiki - nicht zu entscheiden brauchte. In der Revolution von 1905 wieder in Rußland widmete er sich insbesondere dem Aufbau der Gewerkschaften. 1907 vorübergehend verhaftet, gelang ihm die Flucht ins Ausland, wo er die nächsten zehn Jahre verbrachte. In dieser Zeit intensivierte er das schon bei seinem ersten Aufenthalt in Westeuropa begonnene Studium von Marx und Engels, und zwar unmittelbar aus den Quellen. Ausgewiesen durch Artikel in den deutschen sozialdemokratischen Organen "Die Neue Zeit" und "Vorwärts" sowie der russischen "Iskra" und durch die redaktionelle Betreuung der russischen Übersetzung von Franz Mehrings Ausgabe "Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle" erhielt er Zutritt zum sozialdemokratischen Parteiarchiv und damit auch zum literarischen Nachlaß von Marx und Engels, dem hinfür seine Sorge und Aufmerksamkeit galt. Parallel zur Sicherung und Sichtung dieses Nachlasses - Rjazanov war an dem ersten, dem sogenannten Wiener Editionsplan (1911) der Werke von Marx und Engels beteiligt - erforschte er die Geschichte der I. Internationale und wertete Marx' und Engels' Aufsätze zu Rußland für eine eigene Analyse der Situation aus, beides in der Absicht, angeleitet durch die Schriften der Klassiker, die Grundlagen sozialistischer Politik in seinem Heimatland zu formulieren.

Nach der Februarrevolution 1917 zunächst wieder am Aufbau der Gewerkschaften beteiligt, bekam Rjazanov 1918 den Auftrag, als Leiter der Verwaltung für Wissenschaft und Archivangelegenheiten beim Volkskommissariat für Bildung die historische Wissenschaft der jungen Sowjetrepublik zu (re-)organisieren. Zum einen sicherte er durch Neugestaltung des Archivwesens die Überlieferung für künftige historische Forschung. Zum anderen baute er im Rahmen der Sozialistischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften, deren Präsidiumsmitglied er war, das später selbständige Marx-Engels-Institut auf. Auch hier sorgte er als erstes für die materielle Grundlage jeder Forschung: Bücher und Archivalien. So entstand am Institut in den 20er Jahren eine der größten Bibliotheken des Sozialismus. Außerdem erreichte er vom Parteivorstand der SPD, daß er den dort befindlichen Marx-Engels-Nachlaß für das Institut fotografieren lassen durfte. Damit wurde sukzessiv die Basis für die 1927 beginnende Edition einer historisch-kritischen Gesamtausgabe der Schriften von Marx und Engels, der MEGA<sup>1</sup>, geschaffen. Bis Rjazanov 1931 von Stalins Schergen verhaftet wurde, erschienen unter seiner Leitung und nach seinem Plan fünf Bände, weitere waren vorbereitet.

Rjazanovs Verhaftung stand im Zusammenhang mit dem ersten "Menschewistenprozeß". Seine anhaltende Kritik an der Politik der Partei, seine wissenschaftliche Objektivität, die er keiner Parteilinie unterzuordnen bereit war, und die



Beschäftigung parteikritischer Wissenschaftler in seinem Institut waren für Stalin Grund genug, ihn zunächst seiner Ämter zu entheben und ihn, wie unter dem zaristischen Regime, in die Verbannung zu schicken. Mitte 1937 wurde er erneut verhaftet und nach kurzer Verhandlung im Januar 1938 wegen "konterrevolutionärer" Tätigkeit zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde sofort vollstreckt. Erst 1958 wurde Rjazanov nach langem Bemühen seiner Lebensgefährtin formell rehabilitiert, aber erst Herbst 1989 wurde sein Ausschuß aus der SDRAP aufgehoben. Im Frühjahr 1990 wurde er schließlich posthum wieder Mitglied der russischen Akademie der Wissenschaften.

Dieser hier kurz zusammengefaßte Lebenslauf Rjazanovs ist zwei Publikationen aus dem Jahre 1993 zu entnehmen, dem Aufsatz Jakov Rokitjanskij unter dem Titel "Das tragische Schicksal von David Borisovic Rjazanov" (Marx-Engels-Forschung im historischen Spannungsfeld. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Hamburg 1993) und einem biographischen Essay, der einem Rjazanov gewidmeten Dokumentationsband vorangestellt ist (David Rjazanow - Marx-Engels-Forscher - Humanist - Dissident, hrsg. von Volker Külöw und André Jaroslawski. Dietz Verlag Berlin 1993).

Die Herausgeber des gerade genannten Dokumentationsbandes kennzeichnen ihre Arbeit selbst als Auftakt zur Rjazanov-Forschung. Diese Forschung wird in dem nun vorliegenden Sonderband fortgesetzt, und zwar in drei Dimensio-

nen: Das Buch umfaßt Aufsätze und Dokumente zu Rjazanovs wissenschaftsorganisatorischer Tätigkeit, insbesondere zum Aufbau des Marx-Engels-Instituts und der ersten MEGA. In mehreren Aufsätzen wird seine politische und wissenschaftliche Position und Tätigkeit, teils im Kontext der anderer russischer Sozialisten (Bucharin, Pokrovski, Deborin), dargestellt. Schließlich werden weitere Dokumente zu Rjazanovs Schicksal nach seiner Verhaftung 1931, teils aus dem Russischen übersetzt, publiziert.

Zur politischen Rolle Rjazanovs verdient der Aufsatz von Jakov Grigor'evic Rokitjanskij über Rjazanovs Eintreten für Gerechtigkeit und gegen staatliche Willkür besondere Aufmerksamkeit. Rokitjanskij, dem wir schon eine biographische Skizze (s.o.) von 1993 verdanken, arbeitet aus neuentdeckten Quellen Rjazanovs Kampf um innerparteiliche Demokratie, seine prinzipielle Kritik an der Todesstrafe und sein Eintreten für politische Opponenten innerhalb und außerhalb der Partei heraus. Er zeigt, daß Rjazanov sich nicht auf Kritik und Fürsprache beschränkte, sondern in großem Umfang praktische Hilfe leistete. Dazu gehörte unter anderem die ihm von Lenin zugestandene, aber in den Prozessen ihm immer wieder angekreidete Beschäftigung Oppositioneller im Marx-Engels-Institut. Dieser Aufsatz, aber auch die anderen von russischen Autoren, dokumentieren das Bemühen russischer Intellektueller, einen der ihren, dessen Leistungen in der

Sowjetunion vor 1989 Anathema waren, zu rehabilitieren und anhand seines Schicksals ein Stück Geschichte mißglückter russischer Revolution zu schreiben. Ein Teil dieser Artikel wurde für eine wissenschaftliche Konferenz zum 125. Geburtstag Rjazanovs in Moskau verfaßt. Die Herkunftsnachweise im einzelnen fehlen leider.

Die Beiträge zum zweiten Thema, Rjazanov als Wissenschaftsorganisator und Herausgeber der MEGA<sup>1</sup>, beleuchten dessen Beitrag zur Neuordnung des Russischen Archivwesens, zum Aufbau der Bibliothek des Marx-Engels-Instituts und zur Gründung eines Marx-Engels-Museums in Moskau. Das hier wohl wichtigste Dokument ist Rjazanovs Vortrag über die Aufgaben des Marx-Engels-Instituts vom Herbst 1930, also nur wenige Monate vor seiner Verhaftung, das eine Vorstellung gibt von der immensen Arbeitsleistung: Betreuung und Ergänzung der Sammlungen, das Marx-Engels-Museum, Edition der Marx-Engels-Werkausgabe in deutscher und russischer Sprache, Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe usw. Zwischen den Zeilen ist schon etwas von dem politischen Druck zu spüren, unter dem das Institut damals stand. Den Stand der MEGA<sup>1</sup>-Arbeiten zum Zeitpunkt von Rjazanovs Verhaftung beleuchtet ein weiteres Dokument: die von Ernst Czobiel, dem stellvertretenden Institutsleiter, 1931 verfaßte Aufstellung über die geleistete Arbeit und die weiteren Perspektiven.

In den Kontext der MEGA<sup>1</sup>-Herausgabe und der Arbeit des Insti-

tuts gehört auch der hier erstmals veröffentlichte Briefwechsel zwischen Rjazanov und Boris Ivanovic Nicolaevskij, der wegen seines Protestes gegen die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands schon 1922 aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde. Flankiert wird der Briefwechsel durch eine biographische Skizze (Vjaceslav Viktorovic Krylow). Eine solche findet sich auch zu dem Historiker und Engels-Biographen Gustav Mayer (Gottfried Niedhardt), der trotz unfairer Angriffe Rjazanovs auf ihn den wissenschaftlichen Kontakt nicht abbrach und für die Historische Zeitschrift regelmäßig die MEGA<sup>1</sup>-Bände rezensierte. In dem sonst instruktiven Aufsatz (Rolf Hecker) über die der MEGA<sup>1</sup> zugrundeliegenden, wesentlich auf Rjazanov zurückgehenden Editionsprinzipien, über deren Kodifizierung und partielle Modifikation nach dessen Verhaftung und über das Ende der MEGA<sup>1</sup> 1936 vermißt man eine Einschätzung der unter Rjazanovs Nachfolger Vladimir V. Adoratskij erschienenen Bände.

Erwähnt werden sollen noch die Dokumente zum "Sturz Rjazanovs" - so der Titel des von Hans Stein, einem ehemaligen MEGA-Mitarbeiter, 1931 verfaßten und in diesem Band abgedruckten Artikels. Neben einer weiteren zeitgenössischen Reaktion auf die Verhaftung Rjazanovs in der russischen Emigrantenzeitschrift "Zapiski Socialdemokrata" kommt in diesem Teil vor allem Rjazanov selbst zu Wort. Aufgenommen wurden verschiedene Texte, die er zu seiner Vertei-



digung verfaßte. Sie dokumentieren einmal mehr seine Unbeugsamkeit gegenüber der Partei. Diese Dokumente und die in dem oben erwähnten Dokumentationsband von 1993 publizierten ergänzen sich wechselseitig.

Insgesamt stellt der vorliegende Band eine wichtige Fortführung der 1993 begonnenen Arbeit dar. Dennoch einige kritische Anmerkungen: Die Gliederung in Teil I: vor allem Texte und Dokumente zum Marx-Engels-Institut und zur Herausgabe der MEGA<sup>1</sup>, und Teil II: Aufsätze zu Rjzanovs wissenschaftlicher und politischer Tätigkeit sowie die Dokumente zu der Zeit nach seiner Verhaftung, überzeugt nicht. In Teil II, beispielhaft in dem Aufsatz zu Rjzanovs Rolle als "Gelehrter, Wissenschaftsorganisator und Politiker" (Nikita Jurevic Kolpinskij), werden Zusammenhänge erläutert, die zu den Voraussetzungen des in Teil I Ausgeführten gehören. Eine Gliederung, die zunächst auf Rjzanovs politische, wissenschaftliche und wissenschaftsorganisatorische Rolle eingegangen wäre, dann auf die Arbeit des Instituts und die MEGA<sup>1</sup> und schließlich auf Rjzanovs Ende, würde für den Leser die Sachinformationen m.E. besser organisieren. Weiter: Um den Stellenwert des zweifellos kenntnisreichen Artikels über Deborin (Wladislaw Hedeler) zu begreifen, hätte es zumindest einer der hilfreichen Vorbemerkungen bedurft, die Rolf Hecker hier und da beisteuert, wobei sich mir die Frage stellt, ob der Deborin-Text wirklich in diesen Band gehört. Die Frage

gilt auch für den Abdruck eines der Dokumente - ein Vergleich der französischen Ausgabe des "Kapitals" mit der 2. deutschen Auflage (1931; Valerie Kropp, Kurt Nixdorf); es ist aufschlußreich, aber geht es in diesem Band nicht unter? Durch diese m.E. aus dem Zusammenhang fallenden Texte entsteht, auch vermittelt über den nicht ganz stringenten Aufbau des Bandes, der Eindruck einer gewissen Beliebigkeit.

Meine etwas skeptische Einschätzung des Gesamtbandes soll das positive Urteil über seine Einzelbeiträge nicht verdecken: Hier sind die Teile mehr als ihre Summe.

Renate Schumacher

### Biographie Helmut Schinkels

*Ulla Plener, Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen (1902-1946). trafo verlag, dr. wolfgang weist, Berlin 1996, 272 S., DM 32,80.*

Es ist üblich, die Geschichte der Arbeiterbewegung der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts anhand ihrer Organisationen - deren Programmatik und Politik - darzustellen. Sofern es um Einzelne ging, gibt es eine Vielzahl von Biographien von "Führungspersönlichkeiten". Demgegenüber widmet sich Ulla Plener dem Schicksal eines Menschen, der zu den weniger bekannten Persönlichkeiten zählte, die in der kommunistischen Bewegung aktiv waren.

Helmut Schinkel - um diesen Mann geht es in Ulla Pleners Buch - war Reformpädagoge und widmete sein Leben vor allem den Proletariatskindern. Von Beginn seines politischen Weges an war er ein romantisch veranlagter, national gesinnter junger Mann - und wurde im Gefolge des ersten Weltkrieges, wie so viele andere aus seiner Generation, ein humanistischer, über bestimmte Strecken undogmatischer Kommunist. Er blieb es, auch hinter Stacheldraht, bis zu seinem Tode nach neun Jahren Lagerhaft in der Sowjetunion. In der Mitte seines Lebens traf er auf den bekannten Maler Heinrich Vogeler, mit dem ihm seit jener Zeit eine enge geistige Gemeinschaft verband: Beide folgten sie dem "kommunistischen Mythos", für beide waren Kinder ein wichtiger Teil ihrer Welt, beide vertraten ähnliche pädagogische Ansichten - und beide hatten sie offensichtlich immer wieder Schwierigkeiten mit ihrer Partei.

Ulla Plener dokumentiert den Lebenslauf einer Persönlichkeit, die zugleich für den Teil der kommunistischen Bewegung steht, dessen Schicksal am tragischsten war. Schinkel wurde 1937 in der Sowjetunion verhaftet und starb 1946 in einem NKWD-Lager. In den im vorliegenden Buch enthaltenen biographischen Dokumenten spiegelt sich - durch ein Einzelschicksal gebrochen - die vielgestaltige Geschichte der deutschen (auch der internationalen) Arbeiterbewegung wider: Intellektuelle und ihre Motive für den Beitritt zur kommunistischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg; die kommunistische

Kinder- und Jugendbewegung, ihre Inhalte und Formen, ihr Liedschaffen und ihre Presse; einige Seiten der Reformpädagogik jener Zeit; Aspekte der kommunistischen Ideologie und Agitation in den 20er Jahren; eine spezifische, mit der kommunistischen Kinderbewegung verbundene, Seite des Wirkens Heinrich Vogelers; Situationen und Vorgänge in der stalinistischen Sowjetunion der 30er und 40er Jahre - und die Überzeugungskraft der einmal gewonnenen und verinnerlichteten kommunistischen Idee.

Der Band enthält eine Reihe von Dokumenten, die aus der Feder von Helmut Schinkel selbst stammen: jugendliche Essays und Scherzgedichte, Beiträge zur Freizeit von Arbeiterkindern und zum politischen Schulkampf in der Weimarer Republik, 22 Lieder bzw. Liedertexte, Artikel in der Kinderpresse und Briefen. Zeugnisse seines Wirkens hat Ulla Plener außerdem Privatarchive, dem Archiv des Museums Brandenburg/Havel, dem Zentralen Parteiarchiv der SED, dem Archiv der KOMINTERN sowie dem KGB-Archiv entnommen. Einige Lebensabschnitte (das Wirken auf Vogelers Barkenhoff, die Lehrertätigkeit an Berliner Schulen) konnte die Autorin nur mit Fotoaufnahmen dokumentieren.

Ulla Plener geht mit ihrem Buch am Beispiel eines Einzelschicksals der Frage nach: Wer waren die Menschen, die die kommunistische Bewegung von Anfang an stützten? Was brachte diese Menschen dazu, sich derartig für diese Bewegung zu engagieren? Wie gestalteten sich



ihre Beziehungen zu "der Partei", zu ihrem Apparat? Wie lebten sie und wie starben sie?

Horst Dietzel

### Thomas Metschers Epos der literarischen Ideen

Thomas Metscher, *Shakespeares Spiegel: Geschichte und Literarische Idee. Bd. I: Shakespeare und die Renaissance*, von Bockel Verlag, Hamburg 1995, 371 S., DM 78,-.

Auf drei Bände mit insgesamt fast 1.100 Seiten ist das neue Großwerk Thomas Metschers, Literaturwissenschaftler in Bremen und einer der produktivsten Akademiker unserer Tage, angelegt: Der erste Band liegt (seit 1995) vor und versammelt, nunmehr systematisch geordnet in ihren inneren und logischen Zusammenhang gebracht, Arbeiten aus den letzten dreißig Jahren, die zunächst einmal mehr oder weniger unabhängig voneinander entstanden waren. Aber es ist der Autor und das "dicke Brett", an dem er seit Jahrzehnten langsam und beständig bohrt, die diesen Beiträgen ihre Kohärenz und Zusammengehörigkeit, ihre unverkennbare analytisch-methodische und auch - es sei gesagt - ihre ideologische Identität geben. Die meisten Arbeiten stammen aus den achtziger Jahren, sind also "vor der Wende" entstanden, was auf subtile Weise erkennbar bleibt - und auf seine Weise einen Autor ehrt, der seiner Desillusionierung über die DDR und ihren unrühmlichen Zusammenfall in einem bewegenden Gedicht Rechenschaft abgelegt hat.

Die angekündigten weiteren Bände ("Klassik und Aufklärung" und "Moderne") dürften dann wohl auch mehr neuere Arbeiten enthalten, auf die man - wenn man Metschers Einladung zu einer Reise durch die progressive Ideengeschichte der Literatur zunächst einmal angenommen hat - auch vor dem angedeuteten zeitgeschichtlichen Hintergrund bzw. der reflektierten Erfahrung mit einem historischen Bruch das Recht hat, gespannt zu sein. Worum aber geht es? Was gibt dem Buche das Recht, die Aufmerksamkeit eines literaturgeschichtlich interessierten Lesers und politisch engagierten Zeitgenossen (beides sind wichtige Voraussetzungen!) zu beanspruchen?

Mir scheint, ein Schlüsselsatz zu dem ehrgeizigen (und, so viel darf man wohl für Band I bereits sagen: gelungenen) Projekt findet sich im Vorwort (18), wo es heißt: "Die Ideen von Frieden und Arbeit, Liebe und Glück etwa verdanken ihre universale Artikulation mehr noch als der Philosophie (man könnte hier hinzufügen: 'und mehr noch als der Politik' - E.K.) der Dichtung. Man denke an die Utopie bei Morus, Shakespeare, Goethe, die Begriffe von Freiheit und Menschenrecht, deren Genesis poetisch ist und philosophisch." In anderen Worten, Metscher geht davon aus, nicht nur daß Dichtung und Literatur "Ideen" haben, Ideen ausdrücken, daß große Dichtung und Literatur grundsätzliche Einsichten und Erkenntnisse über Mensch, Natur und Welt artikulieren - und zwar in einer Weise, die diese Artikulation unterscheidet

von der wissenschaftlichen, der philosophischen (oder auch der politischen) - sondern daß die literarisch-poetische Welt-, Natur- und Menschen-Erkenntnis den anderen Artikulationsweisen sowohl vorangeht, diese erst recht eigentlich ermöglicht, und ihnen sogar letztlich an Tiefe und dimensionalem Reichtum überlegen ist. Wer also ernsthaft fragt und keine schnellen, vielmehr komplexe, auch ambivalente, widersprüchliche, das eigene Denken weiterbefördernde Antworten für die großen Themen, die großen Probleme haben möchte, der klopfe an die Pforten der Dichter. Und im Falle er vertraut sich auf diesem "Gang zu den Müttern" (Faust) der erfahrenen Führung Metschers an, so läßt der ihn vor allem anklopfen bei Shakespeare, läßt ihn eintreten in die reiche, überreiche Shakespeare-Welt und zeigt ihm dort Schätze, die er ohne interpretatorische Hilfestellung allein kaum erblickt hätte. Um nicht weiterhin in bilderreichen Andeutungen zu sprechen: Was Metscher hier an Einsichten in Shakespeare-Texte vermittelt, die Interpretationen einzelner Szenen, Monologe oder auch dramaturgischer Zusammenhänge, das sind lauter funkelnde Perlen, kleine Meisterstücke an Sensibilität und Scharfsinn, die auch noch denjenigen in Erstaunen und fruchtbares Entzücken versetzen, der seinen Shakespeare zu kennen glaubt. Wenn es für sonst nichts wäre: Allein um dieser Stücke willen - "Hamlet" vor allem, aber auch "Lear", "Shylock", "Troilus und Cressida" u.a.m. - lohnt sich die (im

übrigen nicht leichte) Lektüre des Buches.

"Shakespeares Spiegel" ist der Obertitel aller drei Bände; Shakespeare wird also das Licht - der Spiegel - sein, in dem "Klassik und Aufklärung" und dann auch die "Moderne" erscheinen werden. Da wird man gespannt sein dürfen, wie Metscher dieses Versprechen einlöst. Denn die Begründung, warum Shakespeare gewissermaßen zum literarisch-poetischen "Epochengott" der europäischen Neuzeit (von der Renaissance bis heute) gemacht wird, in dessen Welt-Gewand alle Dichter und Denker der letzten 400 Jahre aufgehoben sind, diese Begründung wird nicht überzeugend gegeben. Daß Shakespeare an einem Epochen-Umbruch stand und sowohl zurück - in das zu Ende gegangene feudale Mittelalter - als auch nach vorn - in die Welt der modernen Machtkämpfe, des Kolonialismus, des Bürgertums - blickte, das begründet noch nicht seine Rolle als geistiger Übervater und "unser Zeitgenosse" (Jan Kott); hat er das nicht mit Leonardo gemein? Und steht nicht Goethe, der zwangsläufig in Metschers 'Geschichtsphilosophie' dann zur nachgeordneten Nebenfigur wird, ebenfalls an so einer Umbruchstelle? Die methodische Begründung für die Wahl Shakespeares durch Metscher liegt allerdings woanders: nämlich in "Shakespeares Spiegel", wie ja der Titel heißt. Will sagen: Shakespeare habe mit der Spiegel-Metapher (in der Hamlet-Rede an die Schauspieler) eine Rollen- bzw. Funktionsdefinition für Literatur



und Dichtung, und nicht nur, wie diese Stelle allgemein gelesen wird, für das Theater geliefert, die Met-scher sich zu eigen gemacht und literaturgeschichtlich angewandt hat. So ist dann doch nicht Shakespeare der 'Spiegel der Neuzeit' und der interpretatorische Schlüssel zum Verständnis 'der Welt', sondern "nur" sein bzw. Hamlets Spiegel. Und doch ist es dann *in concreto* die Shakespeare-Welt, an der die Probleme der Renaissance, aus der sich auch die Probleme und Perspektiven unserer Gegenwart herleiten, exemplifiziert werden, nur gelegentlich durchbrochen mit (wiederum in sich brillanten) Kurzanalysen zu Autoren wie Erasmus, Thomas Morus, Dante, Vergil und am Schluß noch Luther. Was immer Metschers weitergesteckte Ziele sind - nämlich das oben angedeutete große Epos einer europäischen Geistesgeschichte als Geschichte der großen humanistischen Ideen - es ist Shakespeare, der ihn nicht losläßt, von dessen Faszination er sich nicht trennen kann: zu unserem, der Leser, Vorteil.

Die Rede vom Epos besagt, daß hier eben kein "Drama" der literarischen Geistesgeschichte geschrieben wird: Es fehlen die Antagonisten, die Widersprecher, und eben auch die Widersprüche. Von der Schwierigkeit, Metscher zu lesen, war schon andeutungsweise die Rede; man kann ihn nicht "lesen", man muß ihn studieren, durcharbeiten. Und da stellen sich dann doch bisweilen intellektuelle Ermüdungserscheinungen ein, weil die Resultate, nachdem man Metschers theorie- und begriffsgesät-

tigten Analysen angestrengt gefolgt ist - da gibt es kaum Textpassagen, die man entspannt und ohne höchste Konzentration mit dem Stift in der Hand "einfach so" lesen kann - kaum je mehr überraschen: Sie sind alle vorhersehbar und immer, natürlich, auf der 'guten' Seite der Geschichte, der des Fortschritts, der Humanität, des Friedens. Zwar hat man auf dem Wege hin zu diesen "vorprogrammierten" Diskurs-Ergebnissen höchst aufregende Entdeckungen machen können, vor allem eben bei scheinbar bisweilen nebensächlichen, bisweilen bekannt-geglaubten Shakespeare-Textstellen, auch tut Metscher neue Einsichten und unerwartete Querverbindungen zu anderen Literaturen und Genres immer wieder auf, aber nicht nur wiederholen sich einige davon (als Folge der unterschiedlichen Entstehungszeiten und -anlässe der Einzelstücke), sie verlieren auch dann an Innovationskraft und Dialektik. Die Geschichte, die Metscher in den literarischen Ideen aufgehoben und gleichzeitig sich fortentwickeln sieht, sie wartet auf ihre Erlösung. Nicht auf ihr Ende, wie ein amerikanischer Schnelldenker philosophische Laien vor einigen Jahren belehren wollte, wohl aber auf die endliche Verwirklichung des vor allem von Shakespeare Antizipierten. Daß die real existierende bürgerliche Gesellschaft diese Verwirklichung nicht ist, das ergibt sich nur allzu deutlich aus allem, was Shakespeare schon an seiner Gegenwart kritisiert hatte und was bis heute nicht grundsätzlich überwun-

den wurde. "Wir sind bei uns nicht angekommen, solange Shakespeare unsre Stücke schreibt." (Heiner Müller) Daß der zum Zeitpunkt, als Metschers Texte geschrieben wurden, noch real existierende Sozialismus diese Verwirklichung im Ansatz vielleicht sein könnte, das wird stillschweigend nicht ausgeschlossen; es ehrt den Verfasser, daß er da keine kritischen Korrekturen angebracht hat. Denn auch wenn dieser Weg sich - das allerdings nicht erst "seit der Wende" - als ein Irrweg herausgestellt hat: Die großen Ideen bleiben und sollen und wollen nicht nur unverbindliche "Ideen" bleiben. Der Friede z.B., dem Metscher einen zentralen Stellenwert nicht nur bei Shakespeare, sondern bei allen von ihm vorgeführten großen Renaissance-Intellektuellen zuerkennt, der ist eben keine bloße schöne "utopische" Idee, sondern die Bedingung der Möglichkeit von Ideen überhaupt: eine Lebensnotwendigkeit.

Von diesem 'Herzstück' seiner Analyse her scheint sich dann das großangelegte, kühne Projekt inhaltlich konkret zu rechtfertigen: Große Dichtung wird immer auch zugleich Friedens-Dichtung sein müssen. - Aber was macht unser Epos nun mit dem zugegebenermaßen sehr deutschen, aber un-zweifelhaften Dichter Kleist? Für Spannung und Interesse an den weiteren Bänden ist gesorgt.

Ekkehart Krippendorff

## Bucheingänge

Wolfram Auerbach, *Diesseits von Gut und Böse. Theorie und Moral der "Marxistischen Gruppe" (MG) und der Zeitschrift "Gegenstandspunkt"*, Verlag für die Gesellschaft, Hannover 1996

Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1996, MAAS-Verlag, 200 S.

Sabine Kebir, *Ich fragte nicht nach meinem Anteil. Elisabeth Hauptmanns Arbeit mit Bertolt Brecht*, Aufbau-Verlag Berlin 1997, 292 S.

Hans Luft, *Landwirtschaft Ost kontra Treuhandmodell*, Berlin 1997, Dietz-Verlag, 128 S.

Edelbert Richter, *Hundert Argumente. Ein Kommentar zur Erfurter Erklärung*, Weimar 1997, 74 S.

Werner Ruf, *Die algerische Tragödie. Vom Zerbersten des Staates einer zerrissenen Gesellschaft*, Münster 1997, agenda-Verlag, 171 S.

Fred Schmid, *Deutsche Macht-Allianz. Geld und Macht der Deutschen Bank und Allianz Versicherung*, isw-report Nr. 31, München 1997, 32 S.

Schwertfisch, *Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie*, Bremen 1997, Yeti Press, 230 S.

Hiroshi Uchida, *Logik der Reproduktion. Marx' Grundrisse und Hegels Logik*, hrsg. und eingel. v. Walter G. Neumann, Verlag für die Gesellschaft, Hannover 1994 (Orig.: Routledge, London/New York 1988), 173 S.



## Autorinnen und Autoren

- Prof. Dr. Gretchen Binus - Berlin, Wirtschaftswissenschaftlerin  
 Prof. Dr. Helmut Bleiber - Berlin, Historiker  
 Prof. Dr. Dieter Boris - Marburg, Soziologe, Hochschullehrer an der Universität Marburg, Z-Beiratsmitglied  
 Prof. Dr. Hansgeorg Conert - Syke, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler  
 Dr. Horst Dietzel - Berlin, Soziologe, Mitarbeiter beim PV der PDS  
 Klaus D. Fischer - Frankfurt/M., Politologe, Z-Redakteur  
 Dr. Jörg Goldberg - Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler  
 Prof. Dr. Horst Heininger - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Z-Beiratsmitglied  
 Dr. Hans G Helms - Köln, Wirtschafts- und Sozialhistoriker  
 Bernd Hüttner - Bremen, Dipl.-Politikwissenschaftler  
 Prof. Dr. Jörg Hufschmid - Bremen, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer an der Universität Bremen, Z-Beiratsmitglied  
 Prof. Dr. Klaus Peter Kisker - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer an der FU Berlin  
 Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker  
 Prof. Dr. Ekkehard Krippendorf - Berlin, Hochschullehrer an der FU Berlin  
 Dr. André Leisewitz - Frankfurt/M., Dipl. Biologe, Z-Redakteur  
 Kai Michelsen - Frankfurt/M., Dipl. Politologe, Medizinsoziologe an der Universität Frankfurt/M.  
 Dr. Jörg Miehe - Göttingen, Sozialwissenschaftler  
 Dr. Jürgen Reusch - Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Journalist, Z-Redakteur, Vors. des IMSF e.V.  
 Dr. Fred Schmid - München, Wirtschaftswissenschaftler, Journalist, Mitarbeiter im ISW München e.V.  
 Dr. Ingo Schmidt - Göttingen, Hochschulassistent am volkswirtschaftlichen Seminar der Universität Göttingen  
 Prof. Dr. Herbert Schui - Hamburg, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)  
 Renate Schumacher - Seeheim/Jugenheim, Sozialwissenschaftlerin  
 Dr. Reinhard Schweicher - Frankfurt/M., Philosoph, Z-Redakteur  
 Dr. Werner Seppmann - Haltern i. Westf., Sozialwissenschaftler  
 Jochen Steinhilber - Marburg, Doktorand der Politikwissenschaften  
 Dr. Peter Strutyński - Kassel, Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer an der Gesamthochschule Kassel  
 Dr. Hans-Jürgen Urban - Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Leiter der Abtlg. Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall  
 Jutta Weber-Bensch - Kassel, Soziologin

# PapyRossa

## Politik & Geschichte

Hermannus Pfeiffer

### Der Kapitalismus frißt seine Kinder

Über den Standort Deutschland, seine Gegner und seine glorreiche Zukunft  
 180 Seiten, DM 28,-  
 ISBN 3-89438-139-6

Johannes Klotz/Ulrich Schneider

### Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild

Geschichtslegenden der Neuen Rechten  
 Mit Beiträgen von Ludwig Elm, Johannes Klotz, Reinhard Kühnl, Karl Heinz Roth, Ulrich Schneider, Gerd Ueberschär, Gerd Wiegel, Wolfgang Wippermann  
 180 Seiten, DM 28,-  
 ISBN 3-89438-137-X

### Memorandum '97

Beschäftigungspolitik statt Sparritual  
 Hg. von der AG Alternative Wirtschaftspolitik  
 250 Seiten, DM 29,80  
 ISBN 3-89438-123-X

Frank Deppe

### Fin de Siècle

Am Übergang ins 21. Jahrhundert  
 200 Seiten, DM 28,-  
 ISBN 3-89438-121-3

R.Ridenour/E.F. Fürntratt-Kloep

### Kuba - Ein Yankee

berichtet

294 Seiten DM 29,80  
 ISBN 3-89438-122-1

Gert Meyer

### Wehrmachtsverbrechen

Dokumente aus sowjetischen Archiven  
 340 Seiten, DM 36,-  
 ISBN 3-89438-138-8

Gesamtverzeichnis  
 anfordern:

PapyRossa Verlag  
 Petersbergstr. 4  
 50939 Köln  
 Tel. 0221/44 85 45  
 Fax 0221/44 43 05

PapyRossa